

Steffen Kröhnert, Nienke van Olst, Reiner Klingholz

Deutschland 2020

Die demografische Zukunft der Nation

aus Mecklenburg wandern die Jungen ab +++ Bremen in der Schuldenfalle +++ schwere Zeiten für Thüringen +++ Kindersegen in Cloppenburg +++
te in Sachsen-Anhalt und Brandenburg +++ Krisenregion Ruhrgebiet +++ bayerisches Wirtschaftswunder zieht die Menschen an +++ Rhein-Main

Das
Berlin-Institut  für Weltbevölkerung
und globale Entwicklung

ist eine gemeinnützige Stiftung und berechtigt,
Spendenquittungen auszustellen.

Spendenkonto:
Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Kto. 20 28 64 07

Bei Überweisungen bitte unbedingt Name und
Adresse angeben.

Impressum

Herausgeber:

Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung

Markgrafenstraße 37

10117 Berlin

Telefon (030) 22 32 48 45

Telefax (030) 22 32 48 46

e-mail: info@berlin-institut.org

www.berlin-institut.org

Autoren:

Steffen Kröhnert, Nienke van Olst, Reiner Klingholz

Redaktion:

Inga Kröger

Gestaltung:

Traktor, Köln

Druck:

Gebrüder Kopp GmbH & Co. KG, Köln

Das Berlin-Institut dankt der Robert Bosch Stiftung
für die Unterstützung dieses Projekts.

INHALT

ABSCHIED VOM WACHSTUM	4
INDIKATOREN, NOTEN UND IHRE KRITERIEN	6
DIE ZEHN WICHTIGSTEN ERGEBNISSE	12
GESAMTBEWERTUNG	22
SCHLESWIG-HOLSTEIN UND HAMBURG Ein Land zwischen den Meeren und die zweitgrößte Stadt Deutschlands	25
NIEDERSACHSEN UND BREMEN Starke Überalterung und ungewöhnlicher Kinderreichtum	30
MECKLENBURG-VORPOMMERN Das wichtigste Kapital sind die Leere und die Landschaft	36
BERLIN UND BRANDENBURG Die Probleme der Hauptstadt werden zum Segen für das Umland	41
SACHSEN In Leipzig und Dresden ziehen neue Industrien ein – in der Oberlausitz die Wölfe	46
THÜRINGEN Massenabwanderung aus dem High-Tech-Land der DDR	50
SACHSEN-ANHALT Kein Bundesland hat nach der Wende größere Verwerfungen erfahren	54
NORDRHEIN-WESTFALEN Das Revier steigt ab	58
SAARLAND Der schrumpfende Zwerg im Südwesten	66
RHEINLAND-PFALZ Chemieindustrie, Kasernen und Weinberge	68
HESSEN Vom Bauernland zum Bankenzentrum	73
BADEN-WÜRTTEMBERG Wo die Zukunft ein Zuhause hat	78
BAYERN Alpenpanorama und Wirtschaftswunder	84
WEGE IN DIE DEMOGRAFISCHE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT	92
ANMERKUNGEN UND QUELLEN	96
ALLE KREISE IM ÜBERBLICK	97

ABSCHIED VOM WACHSTUM

Deutschland ist das mit Abstand bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Zahl der Einwohner von damals 68 Millionen kontinuierlich auf mittlerweile 83 Millionen gestiegen. Deutschland ist nach wie vor einer der stärksten Industriestandorte der Welt. Warum also sollte man sich Sorgen machen um eine schrumpfende Nation?

Weil demografische Veränderungen einen langen Vorlauf haben. In Wirklichkeit gehen die Kinderzahlen in Deutschland seit über hundert Jahren zurück. Die Frauen des Jahrgangs 1935 waren die letzten, die im Mittel 2,1 Kinder bekamen. So viele wären nötig, um den Bestand einer Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Seit Anfang der 1970er Jahre ist jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern. Von hundert Deutschen bleiben deshalb 30 Jahre später nur noch etwa 70 übrig. Würde man diese Entwicklung extrapolieren, ginge es bald zu Ende mit dem Volk der Dichter und Denker.

Dass wir von dem Rückgang bislang so wenig gespürt haben, hat zwei Gründe: Zum einen ist die Lebenserwartung allein im vergangenen Jahrhundert um 31 Jahre gestiegen. Zum anderen leben in Deutschland mittlerweile rund zwölf Millionen Menschen mit „Migrations-Hintergrund“: Aussiedler, Ausländer und eingebürgerte Migranten. Sie und die Alten füllen die demografischen Lücken, die durch den Geburtenrückgang entstanden sind. Vorerst jedenfalls.

Doch damit hat es bald ein Ende: Die Prognostiker des Statistischen Bundesamtes sagen bis zum Jahr 2050 einen Schwund von zehn Millionen Menschen voraus – und zwar unter der Annahme, dass die Lebenserwartung weiter steigt und jährlich 200.000 Personen aus dem Ausland zu uns einwandern. Kämen nur 100.000 im Jahr, wären wir 2050 schon um 16 Millionen ärmer. Ganz ohne Migranten um 30 Millionen. Im Jahr 2100 würden dann in Deutschland nur noch 24 Millionen Menschen wohnen – so viele wie Anfang des 19. Jahrhunderts.

Ob mit oder ohne Zuwanderer: Immer weniger Kinder und mehr alte Menschen führen zwangsläufig dazu, dass einer immer kleiner werdenden Gruppe an Werktätigen immer mehr Versorgungsbedürftige gegenüber stehen. Die Folgen dieser Entwicklung sind unter Demografen seit Jahrzehnten bekannt. Politiker allerdings haben das Problem lange ignoriert. Erst die Krise der Renten- und Krankenversicherungskassen hat das Thema an die Oberfläche gebracht. Doch die jetzt angeschobene Diskussion erfasst den wirklichen Umfang des demografischen Wandels nicht einmal im Ansatz: Deutschland wird sich, wie andere Industrienationen auch, in den kommenden Jahrzehnten von Grund auf verändern.

Die Veränderungen betreffen praktisch alle Bereiche unseres Lebens: Schulen und Hochschulen, Regional- und Stadtplanung, Industrie, Handel und Immobilienwirtschaft, die öffentlichen und privaten Investitionen, den Umgang mit ausländischen Mitbürgern – und letztlich das, was wir unsere Kultur nennen.

Die neuen Bundesländer haben in den vergangenen 14 Jahren im Zeitraffer vorgemacht, wozu Kinderarmut, Überalterung, Strukturwandel und Abwanderung führen können: Der Osten Deutschlands hat seit der Wende rund zwei Millionen Menschen verloren – vor allem junge und qualifizierte. Diese Entwicklung wird weitergehen – und sie hat längst auch den Westen erfasst. Neben Thüringen, der Lausitz oder Vorpommern stecken auch das Saarland und Südostniedersachsen, das Ruhrgebiet, Nordhessen und Nordbayern in einem schleichenden, aber kaum aufzuhaltenden Schrumpfungsprozess.

Manche Regionen Deutschlands erleben bereits eine regelrechte Bevölkerungs-Implosion: Dort, wo es zu wenig Arbeit gibt, wo die Innenstädte zerfallen, Kneipen und Diskos leer stehen und Freibäder und Theater schließen, werden sich kaum junge Familien ansiedeln. Und wo der Bildungsgrad sinkt und qualifiziertes Personal fehlt, wird kaum ein größeres Industrieunternehmen investieren. All das bedeutet weniger Steuereinnahmen für die betroffenen Kommunen, die gleichzeitig mehr alte Menschen zu versorgen haben. Die Gemeinden müssen dann an anderer Stelle sparen, etwa die Bibliothek dicht machen und die Abgaben erhöhen. Nun sinkt die Chance, Neubürger anzulocken, weiter. Diese Abwärtsspirale zieht mittlerweile ganze Regionen nach unten. Die Abwanderung aus den Schrumpfungsregionen in die attraktiven urbanen Großräume wird sich deshalb noch verstärken. Gleichzeitig wird sich die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen, die im Ausland geboren sind, weiter vergrößern. Sie werden in ein Land kommen, wo Fremde schon heute schlecht integriert sind.

Warum diese Studie?

Unter diesem Eindruck untersucht die Studie „Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation“ die Zukunftsfähigkeit der 440 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte. Zukunftsfähig sind sicher jene Regionen, in denen auch in 20 Jahren noch ausreichend Menschen leben, um wenigstens die bestehende Infrastruktur zu nutzen.

Kinderzahlen, Altersverteilung und Wanderungsbewegungen, grundsätzliche demografische Kennziffern, lassen eine Prognose über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung zu. Diese hängt aber auch von der Attraktivität der Regionen ab, beispielsweise von deren Freizeitwert oder der Familienfreundlichkeit. Ihr Entwicklungspotenzial wird beeinflusst von der Qualifikation der Menschen und von der Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Industriebetriebe. Aber auch vom Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot für junge Menschen und davon, wie gut ausländische Bürger in der deutschen Gesellschaft zurecht kommen.

Das Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung hat deshalb 22 Indikatoren definiert, welche die Bevölkerungsentwicklung, die Attraktivität und die Entwicklungschancen der Regionen beeinflussen. Diese Indikatoren ermöglichen direkt oder indirekt einen Ausblick auf die Zukunft. Für die Bereiche Demografie, Wirtschaft, Integration, Bildung, Familienfreundlichkeit und Flächennutzung wurden Daten aus der amtlichen und privatwirtschaftlichen Statistik gesammelt, gegebenenfalls umgerechnet und einem Benotungsschlüssel unterworfen. Daraus ergibt sich für alle Kreise und kreisfreien Städte sowohl ein Muster aus 22 Einzelnoten, als auch eine Gesamtnote, die ein bundesweites, flächendeckendes Bild der Zukunftsfähigkeit erlaubt. Dieses Bild ist weit aussagekräftiger als jenes, das eine reine Bevölkerungsprognose liefern kann.

Die Studie soll die regionale Dimension der demografischen Veränderung verdeutlichen, der bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. So haben im vergangenen Jahrzehnt rund ein Drittel aller Kreise Bevölkerung verloren, obwohl die Bevölkerungszahl Deutschlands insgesamt gestiegen ist. Den Berechnungen des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung zufolge wird sich die Zahl der Schwundkreise bis 2020 in etwa verdoppeln.

Einer Umfrage aus dem Jahr 2003 zufolge haben 52 Prozent der Deutschen noch nie den Begriff „demografischer Wandel“ gehört. Dies zeigt, wie unzureichend die Bevölkerung über einen Prozess informiert ist, der längst ihr Leben beeinflusst. „Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation“ soll die Diskussion über den anstehenden Wandel fördern. Sie kann auch ein Hilfsmittel zur Regional- und Wirtschaftsplanung sein. Denn angesichts leerer Kassen sind öffentliche und private Investitionen sorgsamer abzuwägen denn je.

Berlin, im April 2004

Dr. Reiner Klingholz
Direktor
Berlin-Institut für Weltbevölkerung
und globale Entwicklung

INDIKATOREN, NOTEN UND IHRE KRITERIEN

Wie werden sich die 440 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte bis zum Jahr 2020 demografisch verändern? Wie gut sind sie für den prognostizierten Wandel gerüstet?

Um die „Zukunftsfähigkeit“ vergleichbar zu bewerten, hat das Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung 22 Indikatoren ausgewählt: zu den Schwerpunkten Demografie und Wirtschaft ebenso wie zur Ausländerintegration, Bildung, Familienfreundlichkeit und Flächennutzung. Hierfür wurden die Rohdaten aus den aktuellsten, auf Kreisebene verfügbaren amtlichen und privatwirtschaftlichen Statistiken ermittelt, beziehungsweise errechnet und einem jeweils definierten Notenschlüssel unterworfen. Die einzelnen Bewertungen wurden für die verschiedenen Bereiche (Demografie, Wirtschaft etc.) in Zwischennoten zusammengefasst. Zusätzlich wurde eine Gesamtnote aus dem Durchschnitt aller Indikatoren gebildet. Die Noten sind in einer Deutschlandkarte dargestellt (in der rechten Ausklappseite) und für alle Indikatoren in den entsprechenden Bundesland-Kapiteln aufgeführt.

Alle Daten, die der Benotung zugrunde liegen, sind in der Online-Version der Studie „Deutschland 2020 – die demografische Lage der Nation“ unter

www.berlin-institut.org

verfügbar. Das Berlin-Institut hat bei der Zusammenstellung und Berechnung der Daten größtmögliche Sorgfalt angelegt. Trotzdem können sich angesichts der großen Datenmengen Fehler einschleichen. Um eventuell erforderliche Korrekturen so schnell wie möglich berücksichtigen zu können, bitten wir in diesem Fall um Benachrichtigung an:

info@berlin-institut.org

Bereich Demografie

Demografische Daten bergen eine Aussage über die Zukunft. Wo heute wenig Kinder geboren werden, wo ein Mangel an jungen Menschen, insbesondere an potentiellen Müttern herrscht, muss die nächste Generation schrumpfen. Dafür fallen die Alten mehr ins Gewicht. Diese Entwicklung wird noch verstärkt, wo mehr junge Menschen ab- als zuwandern.

1. Kinderzahl pro Frau

Bei gleichbleibender Lebenserwartung bleibt eine Bevölkerung stabil, wenn jede Frau im Mittel 2,1 Kinder hinterlässt. Wird dieser Wert nicht erreicht, was in allen Kreisen Deutschlands der Fall ist, schrumpft eine Bevölkerung. Es sei denn, sie verstärkt sich durch Zuwanderung.

Benotungsschlüssel	Maßeinheit: Anzahl der Kinder, die eine Frau durchschnittlich im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn die Geburtenraten für alle Altersgruppen zwischen 15 und 45 Jahren so blieben, wie zum Zeitpunkt der Berechnung 2001. Diese Gesamtfertilitätsrate (TFR) wird häufig vereinfachend mit der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau gleichgesetzt.
2 und mehr	1
1,70 bis 1,99	2
1,50 bis 1,69	3
1,40 bis 1,49	4
1,30 bis 1,39	5
weniger als 1,30	6

Die Spanne reicht von 0,88 im baden-württembergischen Heidelberg bis 1,92 im niedersächsischen Cloppenburg

Quelle: Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

2. Unter 20-Jährige

In einer Bevölkerung mit einer ausgewogenen Altersverteilung sollten die unter 20-Jährigen idealerweise einen Anteil von 30 Prozent ausmachen. Dieser Wert wird nirgendwo in Deutschland erreicht.

Benutzungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentualer Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Stichtag 2001.
29 und mehr	1
27 bis 28,99	2
24 bis 26,99	3
21 bis 23,99	4
18 bis 20,99	5
weniger als 18	6

Die Spanne reicht von 16,23 Prozent im sächsischen Chemnitz bis 28,63 Prozent im niedersächsischen Cloppenburg.

Quelle: Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

3. Frauenanteil

In strukturschwachen Regionen haben Frauen noch schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Männer. Die Folge: Vor allem junge Frauen wandern ab. Damit fehlen dort potenzielle Mütter, was ein Frühindikator für weitere Bevölkerungsverluste ist. Dadurch, dass generell mehr Jungen als Mädchen geboren werden, liegt das Geschlechterverhältnis in Deutschland in dieser Altersgruppe normalerweise bei 98 Frauen gegenüber 100 Männern.

Benutzungsschlüssel	Maßeinheit: Anzahl der Frauen je 100 Männer in der Altersgruppe der 18- und 29-Jährigen.
100 und mehr	1
96 bis 99,99	2
92 bis 95,99	3
88 bis 91,99	4
84 bis 87,99	5
weniger als 84	6

Die Spanne reicht von 76,09 in Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern bis 122,70 im baden-württembergischen Heidelberg.

Quelle: Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

4. Wanderung

Wie viele Menschen in eine Region ziehen beziehungsweise sie verlassen, ist ein Zeichen für ihre Zufriedenheit mit den dortigen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dabei verstärken oder schwächen Wanderungsbewegungen oft andere demografische Entwicklungen: Da vor allem 20- bis 40-Jährige wandern, verjüngen Wanderungsgewinne die Bevölkerung, bei Verlusten bleiben insbesondere Ältere zurück.

Benutzungsschlüssel	Maßeinheit: Differenz aus Zu- und Abwanderungen je 1.000 Einwohner; Mittelwert für die Jahre 1997 bis 2001. Bei allen Werten unter Null handelt es sich um Wanderungsverluste.
5 und mehr	1
0 bis 4,99	2
-3 bis -0,01	3
-6 bis -3,01	4
-9 bis -6,01	5
weniger als -9	6

Die Spanne reicht von 29,78 Zuwanderern pro 1.000 Einwohner im Jahr in Potsdam-Mittelmark, bis zu 35,04 Abwanderern im sächsischen Hoyerswerda.

Quelle: Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

5. Natürliche Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020

Die natürliche Saldo-Rate gibt an, wie sich Prognosen zufolge die Zahl der Einwohner einer bestimmten Region allein durch das Verhältnis von Geburten und Sterbefällen verändern wird. Wanderungen werden hierbei nicht berücksichtigt. Bei Werten unter Null reicht der Nachwuchs nicht aus, um die Todesfälle auszugleichen.

Benutzungsschlüssel	Maßeinheit: Jährliche Differenz aus Geborenen und Gestorbenen im Prognose-Zeitraum 2000 bis 2020 je 1.000 Einwohner.
2 und mehr	1
0 bis 1,9	2
-2 bis -0,1	3
-4 bis -2,1	4
-6 bis -4,1	5
weniger als -6	6

Die Spanne reicht von -10 im niedersächsischen Osterode bis 2,7 im bayerischen Freising.

Quelle: INKAR Prognose 2020

6. Bevölkerungsprognose 2020

Die Prognose berücksichtigt die Entwicklung der Fertilität, die Lebenserwartung sowie die Zu- und Abwanderungen innerhalb Deutschlands und aus dem Ausland.

Benutzungsschlüssel	Maßeinheit: Prognostizierter Gewinn oder Verlust an Einwohnern im Zeitraum 2000 bis 2020 in Prozent.
10 und mehr	1
0 bis 9,9	2
-5 bis -0,1	3
-10 bis -5,1	4
-15 bis -10,1	5
weniger als -15	6

Die Spanne reicht von -28,8 Prozent im thüringischen Jena bis 43,4 Prozent im brandenburgischen Potsdam-Mittelmark. Für die sächsischen Kreise Stollberg, Freiberg, Kamenz und Meißen liegen aus INKAR Prognose 2020 keine glaubhaften Ergebnisse vor (siehe auch Seite 47).

Quelle: INKAR Prognose 2020

Bereich Wirtschaft

Wirtschaftlich erfolgreiche Regionen ziehen Menschen an, strukturschwache Gebiete, in denen ganze Branchen sterben und Arbeitsplätze abgebaut werden, fallen demografisch zurück. Da die kommunalen Haushalte von Bevölkerungszahl und Steueraufkommen abhängen, erlauben Wirtschaftsdaten wie die Kaufkraft und das Bruttoinlandsprodukt Aussagen über die zukünftige Attraktivität von Kreisen und Städten.

7. Kaufkraft

Die Qualität einer Region hängt auch vom Einkommen privater Haushalte ab. Die Kaufkraft gibt an, wie viel Geld einer Person für den Konsum, zur Investition und zum Sparen pro Jahr zur Verfügung steht.

Benotungsschlüssel	Maßeinheit: Durchschnitt aller Nettoeinkünfte in Euro pro Kopf im Jahr 2003.
19.000 und mehr	1
17.500 bis 18.999	2
16.000 bis 17.499	3
14.500 bis 15.999	4
13.000 bis 14.499	5
weniger als 13.000	6

Die Spanne reicht von 10.566 Euro in Demmin in Mecklenburg-Vorpommern bis 23.852 Euro im hessischen Hochtaunuskreis.

Quelle: Gesellschaft für Konsumforschung

8. Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gibt den gesamten Wert der wirtschaftlichen Leistung an, der aus Produktionstätigkeit im Inland resultiert.

Benotungsschlüssel	Maßeinheit: Bruttowertschöpfung plus nicht abzugsfähige Umsatzsteuer plus Einfuhrabgaben je Einwohner in Euro, Mittelwert der Jahre 1999 bis 2001.
40.000 und mehr	1
26.000 bis 39.999	2
20.000 bis 25.999	3
16.000 bis 19.999	4
14.000 bis 15.999	5
weniger als 14.000	6

Die Spanne reicht von 10.893 Euro im sächsischen Mittleren Erzgebirgskreis bis 75.444 Euro im bayerischen Landkreis München. Die Benotungen für Kaufkraft und Bruttoinlandsprodukt können sich in Einzelfällen sehr unterscheiden – etwa in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen und dem angrenzenden Rhein-Pfalz-Kreis. In der Stadt ist das Bruttoinlandsprodukt aufgrund des großen Chemieunternehmens BASF sehr hoch, die Kaufkraft jedoch recht niedrig, weil die meisten Gutverdiener lieber außerhalb der wenig attraktiven Stadt leben wollen. Der Landkreis wird dadurch zu einem Schlafkreis mit extrem niedrigem Bruttoinlandsprodukt – aber hoher Kaufkraft.

Quelle: Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

9. Gestaltungsquote

Die Gestaltungsquote beschreibt das Verhältnis von Schulden und Einnahmen einer Kommune und damit den finanziellen Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte. Eine hohe Verschuldung bindet den Kommunen die Hände, in die Zukunft zu investieren. Diese Kommunen müssen vor allem an „freiwilligen Leistungen“ sparen, wozu viele Angebote im Jugend-, Kultur- und Sportbereich zählen.

Benotungsschlüssel	Maßeinheit: Verhältnis von Schulden zu Steuern und steuerähnlichen Einnahmen im Jahr 2000.
weniger als 0,4	1
0,4 bis 0,59	2
0,6 bis 0,79	3
0,8 bis 0,99	4
1,0 bis 1,49	5
1,5 und mehr	6

Die Spanne reicht von 0,21 im bayerischen Landkreis München bis 2,52 im bayerischen Passau.

Quelle: INKAR 2003.

Für die Kreise Solingen, Bremen, Bremerhaven liegen keine Daten vor. Die Verschuldung in Bremen und Bremerhaven ist aber so hoch, dass eine Benotung mit 6 veranschlagt wurde.

Eigene Berechnungen für Berlin und Hamburg (Rohdaten aus: www.makro.euv-frankfurt-o.de/brandenburg/finanzen/oeffentl-finanz.html). Für Wuppertal und Wilhelmshaven lagen nur Daten für 1999 vor (aus INKAR 2002).

10. Erwerbstätigkeit

Der Indikator gibt an, wie viele Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen, also Steuern und Sozialabgaben an die öffentlichen Haushalte entrichten.

Benotungsschlüssel	Maßeinheit: prozentualer Anteil der Bevölkerung in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung am Wohnort im Stichjahr 2001.
36,5 und mehr	1
35,0 bis 36,49	2
33,5 bis 34,99	3
32,0 bis 33,49	4
30,5 bis 31,99	5
weniger als 30,5	6

Die Spanne reicht von 25,86 Prozent im niedersächsischen Lüchow-Dannenberg bis 40,84 Prozent im thüringischen Hildburghausen. Kreise aus den neuen Bundesländern schneiden vergleichsweise gut ab, weil dort relativ viele Frauen erwerbstätig sind und wenig Kinder leben. In Hildburghausen leben besonders viele Pendler, die außerhalb ihres Heimatkreises Arbeit finden.

Quelle: Statistik Regional 2003

11. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger

Wo wenig Menschen Arbeit finden und viele Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger leben, werden entsprechend wenig Steuern und Sozialabgaben gezahlt und die öffentlichen Kassen belastet.

Benotungsschlüssel	Maßeinheit: Summe der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner im Stichjahr 2001.
weniger als 14	1
14 bis 27,9	2
28 bis 41,9	3
42 bis 55,9	4
56 bis 69,9	5
70 und mehr	6

Die Spanne reicht von 8,7 je 1.000 Einwohner im bayerischen Unterallgäu bis 130,4 in Bremerhaven, das zum Bundesland Bremen gehört. Bei diesem Indikator schneiden (im Gegensatz zu Indikator 10, Erwerbstätigkeit) jene Kreise gut ab, in denen viele Kinder leben und wo viele Frauen keine Arbeit suchen und sich statt dessen der Familie widmen.

Quelle: INKAR 2003

12. Hochbetagte

Für Kommunen mit einem hohen Anteil an Hochbetagten ist nicht nur die generelle Altersverteilung ungünstig. Oberhalb eines Alters von 75 Jahren steigt auch die Wahrscheinlichkeit, betreuungs- und pflegebedürftig zu werden. Dies belastet kommunale Haushalte und Sozialkassen.

Benotungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentualer Anteil der über 75-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Stichjahr 2001.
weniger als 5	1
5 bis 5,9	2
6 bis 6,9	3
7 bis 7,9	4
8 bis 8,9	5
9 und mehr	6

Die Spanne reicht von 4,6 Prozent in Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern bis 11,8 im baden-württembergischen Baden-Baden.

Quelle: Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

13. Wohnungsbau

Die Wohnungsbautätigkeit ist ein Maß für die Attraktivität einer Region. Eine niedrige Zahl weist auf vorhandene Leerstände, einen gesättigten Markt, zu hohe Baukosten und die Verfügbarkeit von Bauland hin. Eine hohe Zahl zeigt, dass Neubauten, unter anderem für junge Familien, überhaupt bezahlbar sind.

Benotungsschlüssel	Maßeinheit: Fertiggestellte Wohnungen in Ein- und Mehrfamilienhäusern je 1.000 Wohnungen im Bestand, Mittelwert 1997 bis 2001.
19 und mehr	1
15,5 bis 18,9	2
12,0 bis 15,4	3
8,5 bis 11,9	4
5,0 bis 8,4	5
weniger als 5	6

Die Spanne reicht von 2,8 Wohnungen im nordrhein-westfälischen Essen bis 41,9 in Bad Doberan in Mecklenburg-Vorpommern.

Quelle: Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

Bereich Ausländer-Integration

In Deutschland leben derzeit 7,4 Millionen Ausländer, rund 4,7 Millionen Aussiedler und ungefähr 1,3 Millionen in jüngerer Vergangenheit einbürgerte Ausländer. Insgesamt handelt es sich dabei um über zwölf Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Es ist davon auszugehen, dass sich der Anteil der nicht in Deutschland geborenen Mitbürger weiter und auf lange Sicht sogar deutlich erhöhen wird. Diese Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, sie mit Sprachkenntnissen und Ausbildung zu versorgen, und das Entstehen von Parallel-Gesellschaften zu verhindern, ist eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft. Nicht nur weil eine moderne Gesellschaft nur funktioniert, wenn alle Mitglieder zumindest theoretisch gleiche Chancen haben, sondern auch weil schlecht integrierte Ausländer in einem hohen Maß keine Arbeit finden, also keine Steuern und Sozialabgaben zahlen und zu einem Kostenfaktor für die öffentlichen Haushalte werden. Als „Ausländer“ gelten in dieser Studie die oben aufgeführten 7,4 Millionen Menschen ohne deutschen Pass. Aussiedler und Eingebürgerte werden (ungeachtet der Tatsache, dass auch sie häufig massive Integrationsprobleme haben) nicht berücksichtigt, da diese Personen als Deutsche statistisch nicht als eigene Gruppe zu identifizieren sind.

14. Bildungschancen für Ausländer

Dieser Indikator ist ein Maßstab für die Chancengleichheit von Ausländer-Kindern. Bei perfekter Integration müsste der Anteil ausländischer Kinder an Gymnasien ebenso groß sein wie ihr Anteil an den Zehn- bis 18-Jährigen.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Verhältnis des Anteils der Zehn- bis 18-Jährigen Ausländer an der Bevölkerung zum Anteil der Ausländer an Gymnasien im Stichtjahr 2001.
0,8 und mehr	1	
0,65 bis 0,79	2	
0,50 bis 0,64	3	
0,35 bis 0,49	4	
0,20 bis 0,34	5	
weniger als 0,2	6	

Die Spanne reicht von 0,02 in Stendal in Sachsen-Anhalt bis 2,98 im bayerischen Amberg-Sulzbach. Der extrem gute Wert für Amberg-Sulzbach beruht auf der Existenz eines Europäischen Gymnasiums im Kreis. Ebenfalls überdurchschnittlich gut schneiden manche Grenzkreise wie Uecker-Randow und Frankfurt an der Oder ab, weil dort Jugendliche aus dem benachbarten Ausland die Gymnasien besuchen.

Quelle: Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

Schweinfurt Landkreis und Bamberg Landkreis haben keine Gymnasien; der Bördekreis hat keine Ausländer am Gymnasium gemeldet. Diese Kreise erhielten keine Bewertung.

15. Arbeitslosigkeit unter Ausländern

Ausländer leiden häufig überproportional unter Arbeitslosigkeit. Chancengleichheit würde bestehen, wenn ihre Arbeitslosigkeit jener von Deutschen entspräche.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Verhältnis der Arbeitslosenquote unter Ausländern zu jener unter Deutschen im Stichtjahr 2001 (ohne Selbstständige und Beamte). Werte unter eins entstehen, wo Ausländer seltener arbeitslos sind als Einheimische. Die Arbeitslosenquote ist hier definiert als prozentualer Anteil der Arbeitslosen an der Summe aus Arbeitslosen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Selbstständige und Beamte gehen in die Berechnung nicht mit ein, da für sie auf Kreisebene keine Daten vorliegen.
weniger als 1	1	
1,00 bis 1,39	2	
1,40 bis 1,79	3	
1,80 bis 2,19	4	
2,20 bis 2,59	5	
2,60 und mehr	6	

Die Spanne reicht von 0,58 im thüringischen Sömmerda bis 3,80 im bayerischen Rhön-Grabfeld. Kreise in den neuen Bundesländern erreichen häufig gute Noten, weil dort bei generell hoher Arbeitslosigkeit relativ wenige Ausländer leben. Ausländer siedeln sich in diesen Gebieten häufig nur an, wenn sie Aussicht auf eine Stelle haben.

Quelle: INKAR 2002, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

Bereich Bildung

Das wichtigste Kapital eines rohstoffarmen Hochindustrialandes ist die intellektuelle Leistungsfähigkeit seiner Bürger und die Verfügbarkeit von Fachkräften. Ohne ausreichenden Bildungsstand kann ein Industrieland im internationalen Wettbewerb nicht bestehen.

16. Schulabgänger ohne Abschluss

Wer die Schule ohne jeglichen Abschluss verlässt, hat wenig Chancen auf Arbeit und gesellschaftliche Anerkennung. Im Bundesdurchschnitt trifft dies 9,3 Prozent aller Schulabgänger.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Prozentualer Anteil aller Schulabgänger, die nicht einmal Hauptschulabschluss erreichen, im Stichtjahr 2001.
weniger als 5	1	
5,0 bis 7,4	2	
7,5 bis 9,9	3	
10,0 bis 12,4	4	
12,5 bis 14,9	5	
15 und mehr	6	

Die Spanne reicht von 3,6 Prozent im Rheinisch-Bergischen Kreis in Nordrhein-Westfalen bis 26 Prozent in Wismar in Mecklenburg-Vorpommern. Die Werte für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt fallen im Stichtjahr relativ hoch aus, weil in diesen Bundesländern 2001 das 13. Schuljahr eingeführt wurde. Dies

verringert die Zahl der Schulabgänger und erhöht den Anteil der Abgänger ohne Abschluss.

Quelle: Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

17. Ausbildungsplatzdichte

Das Angebot an Ausbildungsplätzen zeigt, wie groß die Chancen für Jugendliche sind, einen Beruf zu erlernen – und wie hoch die Nachfrage in Industrie und Gewerbe nach zukünftigen Fachkräften ist.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen je 100 Ausbildungsplatzsuchende im Stichtjahr 2001.
106 und mehr	1	
102 bis 105,9	2	
98 bis 101,9	3	
94 bis 97,9	4	
90 bis 93,9	5	
weniger als 90	6	

Die Spanne reicht von 83,4 in den Kreisen Barnim und Uckermark (beide in Brandenburg) bis 113,5 im baden-württembergischen Ludwigsburg.

Quelle: INKAR 2003

18. Hochqualifizierte

Arbeitskräfte mit sehr hohem Ausbildungsstand sind ein Maß für das Vorhandensein von Arbeitsplätzen in zukunftsfähigen Wirtschaftsbereichen.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Abschluss an Hochschule, Fachhochschule oder höherer Fachschule an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Stichtjahr 2001.
12 und mehr	1	
10 bis 11,99	2	
8 bis 9,99	3	
6 bis 7,99	4	
4 bis 5,99	5	
weniger als 4	6	

Die Spanne reicht von 2,8 im niedersächsischen Wittmund bis 23,58 im baden-württembergischen Heidelberg.

Quelle: Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

Bereich Familienfreundlichkeit

Eine stabile Gesellschaft braucht Nachwuchs. Und dieser benötigt ein familienfreundliches Umfeld mit einem ausreichenden Angebot an Kindertagesstätten und gut erreichbaren Schulen, an angemessenem Wohnraum sowie Spielkameraden in der gleichen Altersklasse. Doch die Zahl der Familien geht zurück – in 36 Prozent aller deutschen Haushalte lebt nur eine Person.

19. Single-Haushalte

Eine hohe Rate an Single-Haushalten geht im Allgemeinen mit niedrigen Geburtenraten und später Familiengründung einher. Sie ist ein Hinweis auf viele alleinstehende Alte und/oder jüngere Menschen, die ohne Kinder oder Partner leben.

Benutzungsschlüssel	Maßeinheit: Prozentualer Anteil der Single-Haushalte an den Gesamthaushalten.
weniger als 25	1
25 bis 29,9	2
30 bis 34,9	3
35 bis 39,9	4
40 bis 44,9	5
45 und mehr	6

Die Spanne reicht von 16,3 im bayerischen Eichstätt bis 54,8 im niedersächsischen Wilhelmshaven.

Quelle: INKAR 2003

20. Kindergärten

Ausreichend Kindergartenplätze erleichtern vor allem Frauen, Beruf und Kinder miteinander zu vereinbaren. Und das macht sich auch im Staatshaushalt bezahlt: Berufstätige Mütter erhöhen die Steuereinnahmen um mehr als das, was gute Betreuungsangebote kosten.

Benutzungsschlüssel	Maßeinheit: Krippen- und Kindergartenplätze im Stichjahr 2002 je 100 Kinder unter sechs Jahren im Stichjahr 2001.
90 und mehr	1
80 bis 89,9	2
70 bis 79,9	3
60 bis 69,9	4
50 bis 59,9	5
weniger als 50	6

Die Spanne reicht von 40,9 im nordrhein-westfälischen Hamm bis 100,9 im thüringischen Gera. Traditionell ist das Angebot an Krippen und Kindergärten im Osten Deutschlands hoch.

Quelle: Statistische Landesämter, Statistik Regional 2003, Daten für Bayern von 1998, eigene Berechnungen

Bereich Flächennutzung

Die Attraktivität der Regionen hängt auch vom Zustand ihrer Umwelt ab, von den natürlichen Freiräumen und von der Möglichkeit, Natur zu erleben. Zukunftsfähig sind deshalb auch Gebiete, die Erholungsraum bieten. Dieser stellt ein wichtiges Kapital für Gebiete dar, die ansonsten wirtschaftlich schwach sind.

21. Freifläche

In einem stark zersiedelten Land gewinnen Naturräume einen besonderen Wert. Vor allem für Stadtbewohner, die dort Ruhe und Weite finden – Werte, die urbane Zentren häufig kaum mehr bieten können.

Benutzungsschlüssel Landkreise	Benutzungsschlüssel Städte
10.000 und mehr	1.400 und mehr
7.500 bis 9.999	1.100 bis 1.399
5.000 bis 7.499	800 bis 1.099
2.500 bis 4.999	500 bis 799
1.000 bis 2.499	200 bis 499
weniger als 1.000	weniger als 200

Maßeinheit: Für die Bevölkerung und den Naturhaushalt zur Verfügung stehender Regenerationsraum (Wald, Gewässer, Naturschutzgebiete) pro Einwohner in Quadratmeter im Stichjahr 2000. Für Städte und Landkreise wurden jeweils eigene Benutzungsschlüssel definiert.

Landkreise: Die Spanne reicht von 539 im nordrhein-westfälischen Mettmann bis 23.343 im Kreis Müritz in Mecklenburg-Vorpommern.

Städte: Die Spanne reicht von 96 in im nordrhein-westfälischen Herne bis 2.325 im baden-württembergischen Baden-Baden.

Quelle: INKAR 2003

22. Fremdenverkehr

Strukturschwache, dünnbesiedelte Regionen können von ihrer Menschenleere und Natur profitieren – sofern sie touristisch attraktiv sind.

Benutzungsschlüssel	Maßeinheit: Übernachtungszahlen im Fremdenverkehr je Einwohner pro Jahr, Mittelwert der Jahre 1997 bis 2001.
20 und mehr	1
10 bis 19,99	2
7 bis 9,99	3
4 bis 6,99	4
1 bis 3,99	5
weniger als 1	6

Die Spanne reicht von 0,2 Übernachtungen im nordrhein-westfälischen Herne bis 52,99 Übernachtungen auf Rügen in Mecklenburg-Vorpommern. Weil die Übernachtungszahlen pro Einwohner gemessen werden, schneiden bevölkerungsarme Gebiete gut ab, touristisch interessante Städte wie Berlin, Lübeck oder München aber relativ schlecht: In Städten verteilen sich die Einkünfte aus dem Tourismus auf eine große Bevölkerung.

Quelle: Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen.

Für die Kreise Frankenthal, Kaiserslautern und Mainz lagen keine Daten vor. Die Durchschnittswerte für manche Kreise in Rheinland-Pfalz sind aus weniger als fünf Jahren berechnet.

DIE ZEHN WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

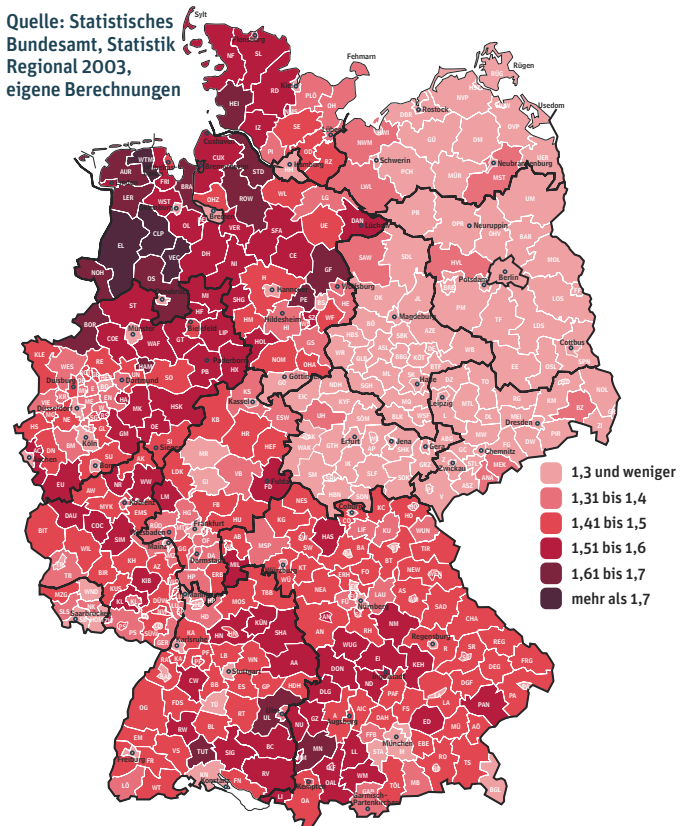
Weil deutschlandweit zu wenig Nachwuchs zur Welt kommt, weil die Bevölkerung altert und die klassischen Industrieregionen an Bedeutung verlieren, wird sich Deutschland in den nächsten beiden Jahrzehnten demografisch stark und danach sogar massiv verändern. Auch 14 Jahre nach dem Mauerfall unterscheiden sich die neuen und die alten Bundesländer in nahezu allen Indikatoren. Der Osten bleibt wirtschaftsschwach und verzeichnet mehr Arbeitslose. Gleichzeitig hält die Abwanderung an und die Kinderzahlen liegen nach wie vor deutlich unter dem Niveau des Westens. Die zehn wichtigsten Ergebnisse der Studie „Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation“ sind hier zusammengefasst.

1

Deutschland hat zu wenig Kinder

Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2001

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen



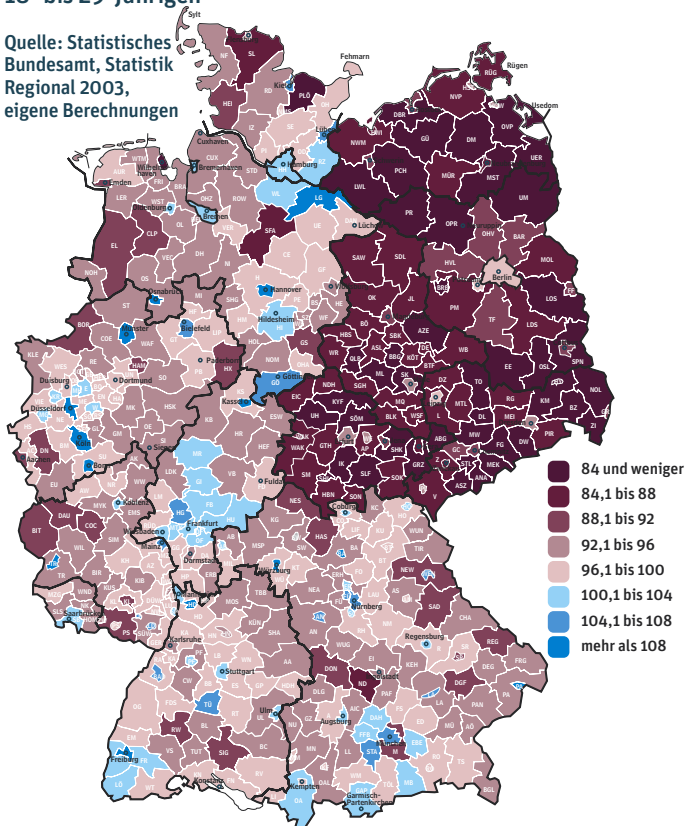
Deutschlands Frauen bekommen so wenig Kinder wie fast nirgendwo in der Welt. Die durchschnittliche Zahl von 1,37 reicht bei weitem nicht aus, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten. Dafür wären 2,1 Kinder nötig. Deutlich sichtbar ist der Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern. Im Osten lag die Kinderzahl je Frau 2001 mit 1,20 deutlich unter dem West-Wert von 1,41. Generell sind die Kinderzahlen in Großstädten niedrig. Insgesamt bleibt in Deutschland heute etwa jede dritte Frau kinderlos. Bei Akademikerinnen sind es sogar 40 Prozent. Ländliche Regionen sind kinderfreundlicher – vor allem das Gebiet um den katholisch geprägten Kreis Cloppenburg in Niedersachsen. Insgesamt ist die Fertilitätsrate in Deutschland seit dem Minusrekord aus dem Jahr 1994 von 1,24 auf 1,37 im Jahr 2001 gestiegen. Das liegt vor allem daran, dass die Frauen im Osten sich langsam von ihrem Wendetief erholen und sich der Fertilität im Westen annähern (siehe auch Ergebnis 5). Ob hinter dem Wachstumstrend auch ein Wertewandel steckt, lässt sich heute noch nicht abschätzen.

2

Junge Frauen haben Deutschlands Osten verlassen

Anzahl Frauen je 100 Männer in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen



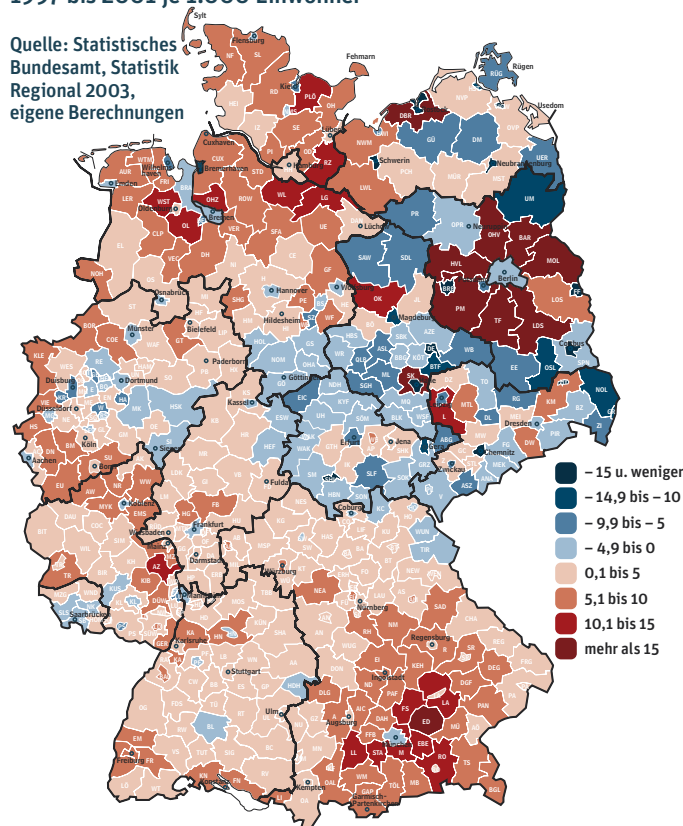
In der Altersklasse der 18- bis 29-Jährigen fehlen vielerorts Frauen. Der Mangel trifft vor allem die neuen Bundesländer. Hier wandern, auf der Suche nach Arbeit oder Partnern, weitaus mehr junge Frauen als Männer ab – und zwar in die wirtschaftlich prosperierenden Ballungsräume. Während in ländlichen Kreisen des Ostens teilweise nur noch 80 junge Frauen je 100 Männer in der gleichen Altersklasse leben, gibt es in Köln, Münster oder Hannover deutlich mehr Frauen als Männer. Abgesehen von der Tatsache, dass in frauenarmen Regionen weniger Familien gegründet werden können, ist bislang ungeklärt, welche Folgen stark männerlastige Bevölkerungsstrukturen für eine Gesellschaft haben. Vor allem wenn die zurückbleibenden, überzähligen Männer häufig arbeitslos, schlecht ausgebildet und sozial unterprivilegiert sind.

3

Deutschland zieht um

Durchschnittliche jährliche Wanderungssaldorate 1997 bis 2001 je 1.000 Einwohner

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen

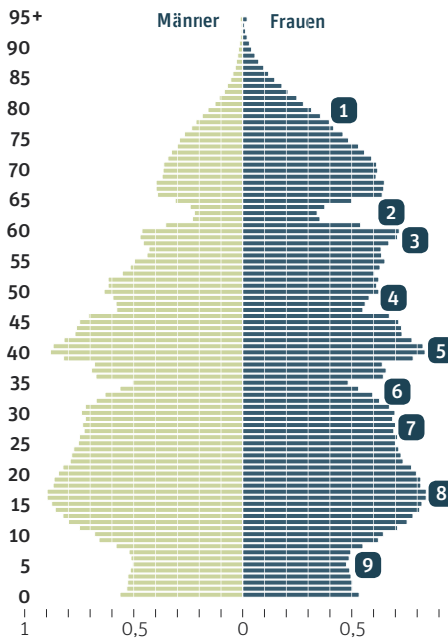


Die Deutschen verlassen die entlegenen ländlichen Gebiete. Es zieht sie statt dessen in die Ballungsräume, dort aber weniger in die Innenstädte, sondern vermehrt in das Umland. Von dort aus pendeln viele zum Arbeiten in die urbanen Zentren. Dieses Phänomen ist deutlich sichtbar in der Hauptstadt Berlin, aber auch in Hamburg, Bremen und München. Die Kreise mit den höchsten Zuwanderungsgewinnen liegen ausnahmslos in den Speckgürteln der Städte. Die größten Wanderungsverluste vermeiden wirtschaftlich schwache Zonen wie das Ruhrgebiet, das Saarland, Südniedersachsen und Nordbayern. Auch ein Jahrzehnt nach dem Fall der Mauer verliert der Osten massiv Bevölkerung durch Abwanderung. Im Jahr 2001 beispielsweise sind 0,7 Prozent der Bevölkerung von Ost nach West gezogen.¹ Dieser Trend wird allen Anzeichen nach auch in Zukunft anhalten. Bei gleichbleibender Westwanderung würde sich die Bevölkerung im Osten bis 2050 noch einmal halbieren.

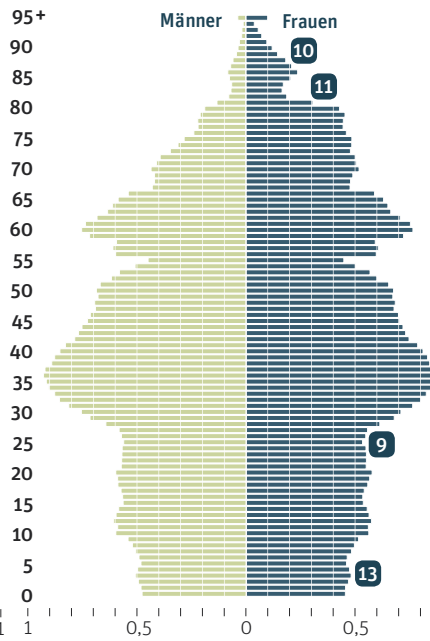
4

Deutschland schrumpft und altert

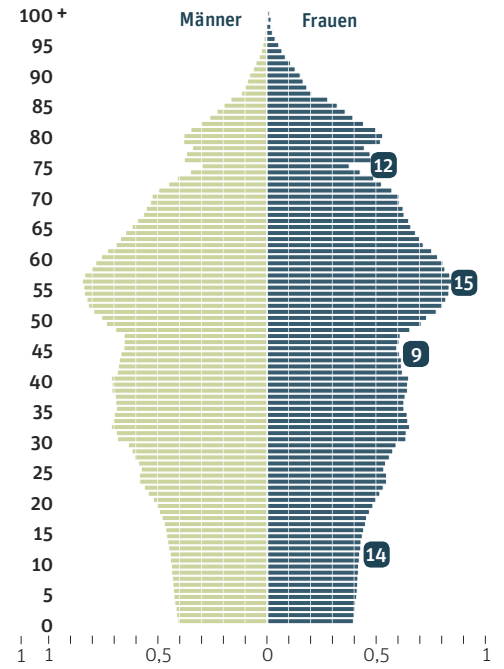
Bevölkerung im Jahr 1980



... im Jahr 2000



... im Jahr 2020



Anteil der jeweiligen Altersklassen in Prozent der Gesamtbevölkerung

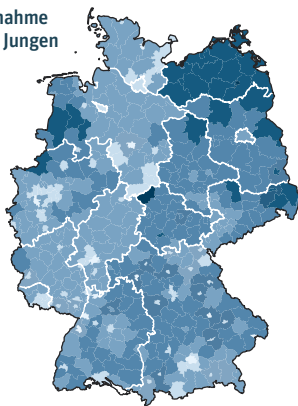
Quelle: Statistisches Bundesamt, BBR INKAR Prognose 2020. Eigene Berechnungen. Alle Daten für Gesamtdeutschland.

Aus der grafischen Darstellung, die Demografen einst eine Bevölkerungspyramide genannt haben, ist für Deutschland längst ein ausgefranster Pilz geworden. Alle Beulen und Ausbuchtungen an diesen „Pyramiden“, die jeden Jahrgang abbilden, erzählen Geschichten:

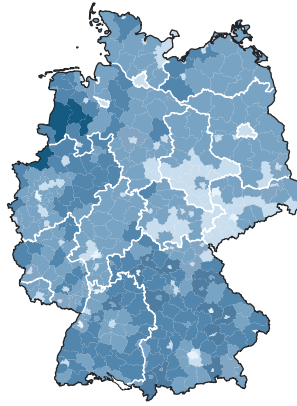
- 1** Frauenüberhang bei den Hochbetagten. Dieser hat zwei Gründe: Zum einen haben Frauen eine höhere Lebenserwartung; zum anderen fehlen in dieser Kohorte die im Ersten Weltkrieg gefallenen Männer
- 2** Geburteneinbruch im Ersten Weltkrieg
- 3** Kleiner Babyboom in der Zwischenkriegszeit
- 4** Geburteneinbruch während der Weltwirtschaftskrise
- 5** Relativ geburtenstarke Jahrgänge während des Nationalsozialismus. Plus Einwanderer, die in den 1960er Jahren als junge Menschen nach Deutschland kamen
- 6** Geburteneinbruch im Zweiten Weltkrieg
- 7** Nachkriegs-Babyboom während des Wirtschaftswunders
- 8** Kinder der starken Jahrgänge um 1940, darunter die Kinder der ersten „Gastarbeiter“
- 9** Sogenannter Pillenknick. Der Rückgang der Kinderzahlen liegt allerdings weniger an dem Verhütungsmittel selbst als an einer veränderten Rolle der Frauen in der Gesellschaft – und zum Teil auch an wirtschaftlichen Problemen in Deutschland, die durch die Ölkrise ausgelöst wurden
- 10** Gestiegene Lebenserwartung, insbesondere bei Frauen
- 11** Selbst im Jahr 2000 ist noch der Geburteneinbruch aus der Zeit des Ersten Weltkrieges sichtbar
- 12** Der Geburteneinbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt sogar bis 2020 erhalten
- 13** Der Nachwende-Geburtenrückgang im Osten wirkt sich auf die bundesweite Bevölkerungszahl aus
- 14** Angesichts niedriger Geburtenraten und fehlender potenzieller Eltern wird klar, dass es zu einem weiteren, massiven Bevölkerungsverlust kommen wird
- 15** Ein Blick über 2020 hinaus zeigt, dass die wirklichen Probleme der Alterssicherung dann entstehen, wenn die stärksten Jahrgänge der „Pyramide“ im Jahr 2030 in Rente gehen

Prozentualer Anteil der unter 20-Jährigen im Vergleich zu jenem der über 60-Jährigen

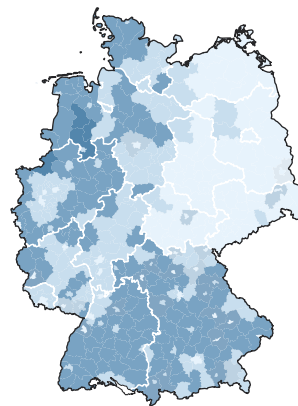
Abnahme
der Jungen



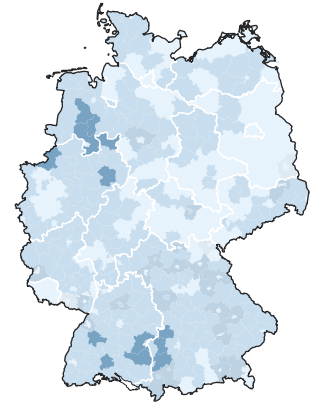
1991



2000

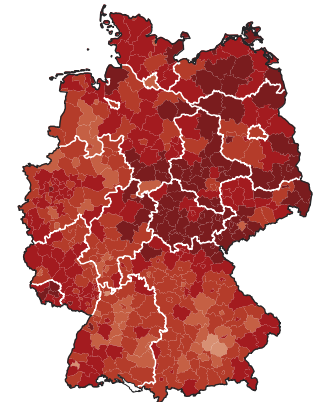
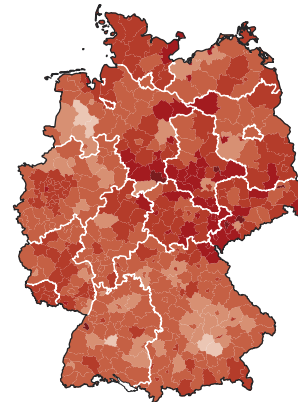
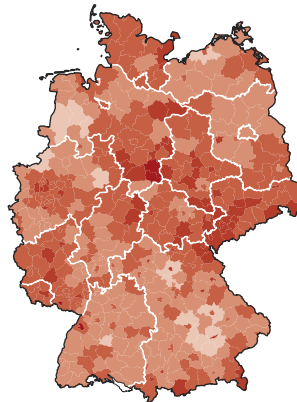
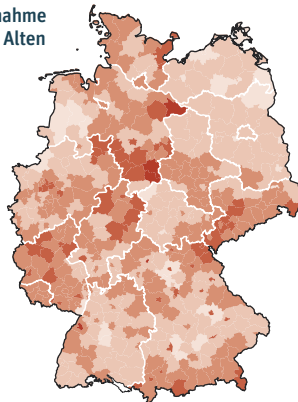


2010



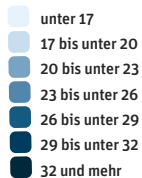
2020

Zunahme
der Alten

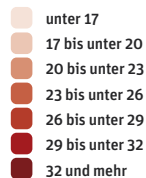


Quelle: BBR-
Bevölkerungs-
prognose

Anteil der unter 20-
Jährigen an der Gesamt-
bevölkerung in Prozent



Anteil der über 60-
Jährigen an der Gesamt-
bevölkerung in Prozent



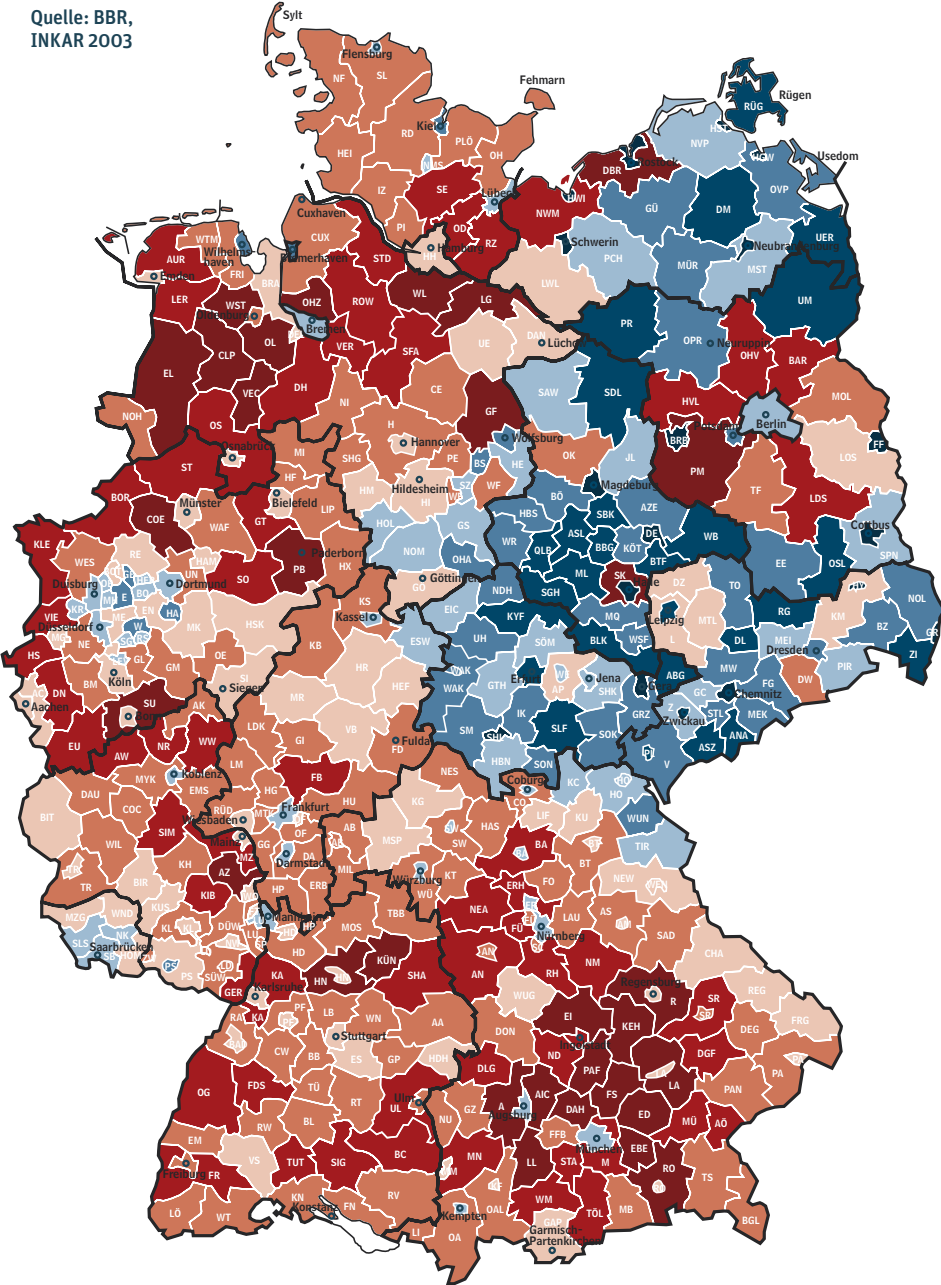
Bei sinkenden Kinderzahlen und steigender Lebenserwartung muss eine Bevölkerung überaltern. Regionen, aus denen obendrein noch junge Menschen fortziehen, vergeisen regelrecht. Kein einziger Kreis in Deutschland kann sich diesem Trend entziehen. Doch die Auswirkungen sind regional sehr unterschiedlich. Während Schrumpfgemeinden mit großen Wirtschaftsproblemen wie Ostthüringen, Südwestsachsen und das Saarland massiv altern und im Jahr 2020 mehr als ein Drittel über 60-Jährige zu verzeichnen haben, finden sich in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen noch relativ junge Regionen. Nach 2020 wird sich die Überalterung rapide beschleunigen.

5

Deutschland verliert Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung 1990 bis 2001 in Prozent

Quelle: BBR, INKAR 2003

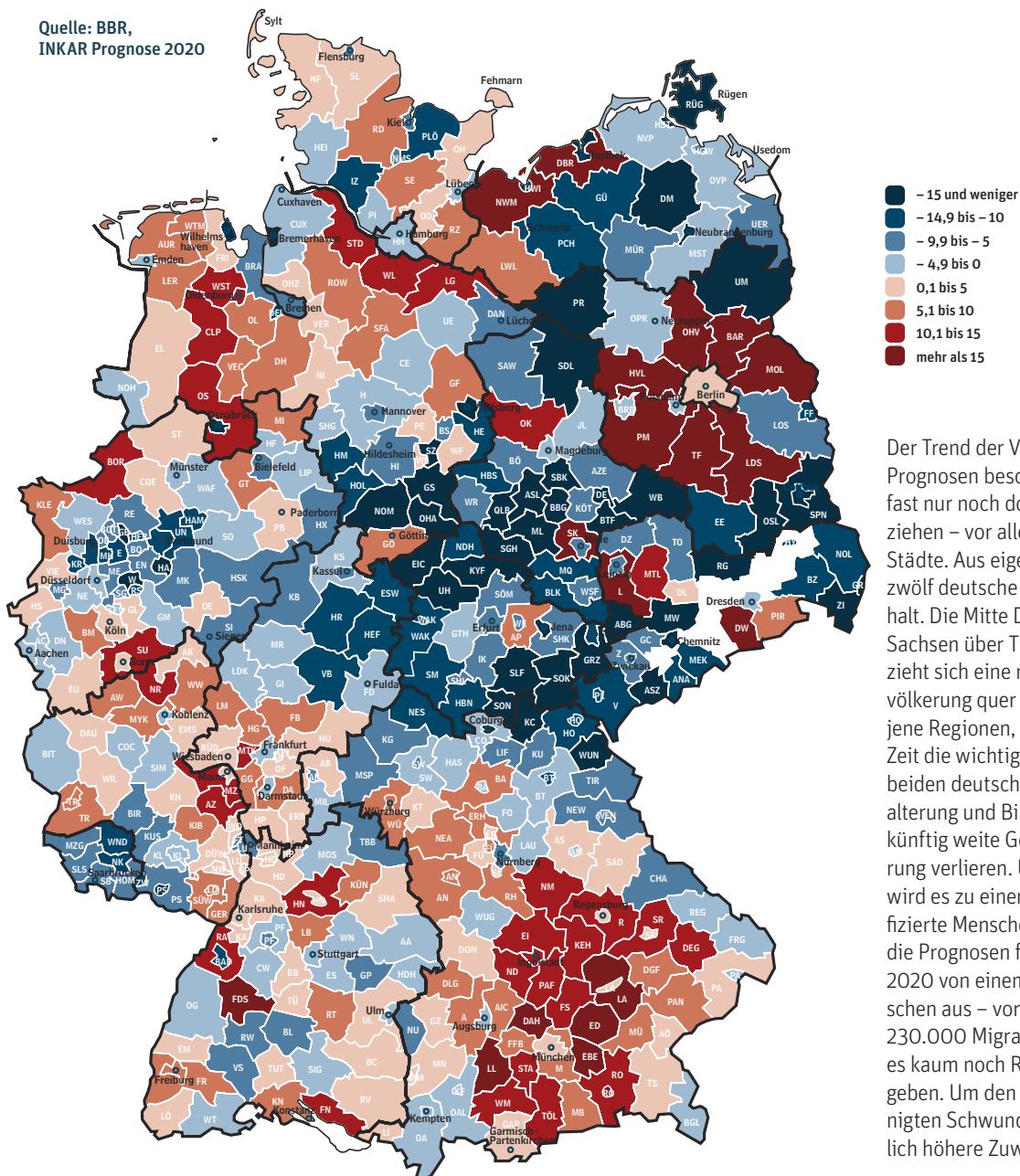


- 15 und weniger
- 14,9 bis – 10
- 9,9 bis – 5
- 4,9 bis 0
- 0,1 bis 5
- 5,1 bis 10
- 10,1 bis 15
- mehr als 15

In den zwölf Jahren nach der Wende hat Deutschland eine enorme Wanderungsbewegung erlebt. Alle neuen Bundesländer haben Bevölkerung verloren, nur die Umland-Kreise größerer Städte wie Berlin, Wismar, Rostock oder Halle konnten Bewohner hinzugewinnen. Die deutlich niedrigeren Geburtenziffern im Osten verstärken den Verlust. Manche Kreise haben weit über zehn Prozent ihrer Einwohner eingebüßt. Auch im Westen sind viele Menschen aus den Städten auf die grüne Wiese umgezogen. Regional hat der Schwund dort bereits erste Großgebiete erfasst – vor allem das Saarland, das Ruhrgebiet und Südostniedersachsen. Da die Geburtenzahlen und der Anteil an jungen Menschen fast nirgendwo in Deutschland ausreichen, um den Bestand zu garantieren, basiert das Wachstum praktisch aller Kreise auf Wanderungsgewinnen (siehe auch Ergebnis 3).

Bevölkerungsprognose 2000 bis 2020 in Prozent

Quelle: BBR,
INKAR Prognose 2020

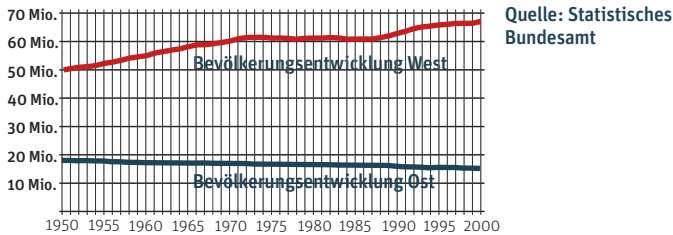


Der Trend der Vergangenheit setzt sich in den Prognosen beschleunigt fort. Wachstum findet fast nur noch dort statt, wo Menschen hinzu-ziehen – vor allem in den Umlandgebieten der Städte. Aus eigener Kraft schaffen nur noch zwölf deutsche Landkreise den Bestandserhalt. Die Mitte Deutschlands entleert sich. Von Sachsen über Thüringen bis ins Ruhrgebiet zieht sich eine regelrechte Schneise der Entvölkerung quer durch die Republik. Das sind jene Regionen, in denen vor nicht allzu langer Zeit die wichtigsten Industriegebiete der beiden deutschen Staaten lagen. Durch Überalterung und Binnenwanderung werden zukünftig weite Gebiete Deutschlands Bevölkerung verlieren. Unter den Wirtschaftsregionen wird es zu einer Konkurrenz um junge, qualifizierte Menschen kommen. Insgesamt gehen die Prognosen für den Zeitraum 2000 bis 2020 von einem Verlust von 620.000 Menschen aus – vorausgesetzt, jährlich kommen 230.000 Migranten ins Land. Nach 2020 wird es kaum noch Regionen mit Zugewinnen geben. Um den dann einsetzenden beschleunigten Schwund auszugleichen, wären deutlich höhere Zuwandererzahlen notwendig.

6

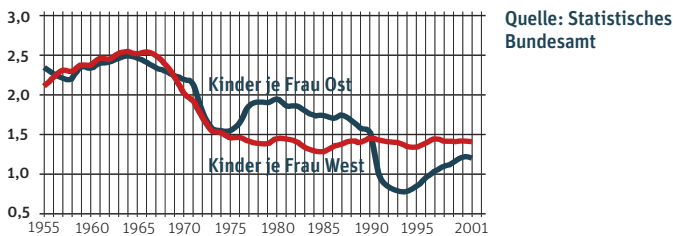
Deutschland bleibt geteilt

Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland seit 1950



Der Osten und der Westen Deutschlands haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg demografisch sehr unterschiedlich entwickelt. Während die Bevölkerung in der alten Bundesrepublik bis Anfang der 1970er Jahre durch eigenes Wachstum und durch Arbeitsmigranten anstieg, sank sie in der ehemaligen DDR vor allem durch Abwanderung. Bei Gründung der DDR 1949 lebten dort noch 19 Millionen Menschen. Trotz Geburtenüberschuss von einer Million waren es 1961 nur mehr 17 Millionen. Erst der Bau der Mauer konnte die „Republikflucht“ einigermaßen stoppen. Als das Sperrwerk 1989 fiel, setzte die Abwanderung sofort wieder ein. Heute leben im Osten nur noch 15 Millionen. Profitiert hat davon der Westen, dessen Bevölkerung nach dem Anwerbestopp für ausländische Arbeiter in den 1970er und 1980er Jahren einigermaßen konstant geblieben war.

Entwicklung Kinderzahl je Frau seit 1955

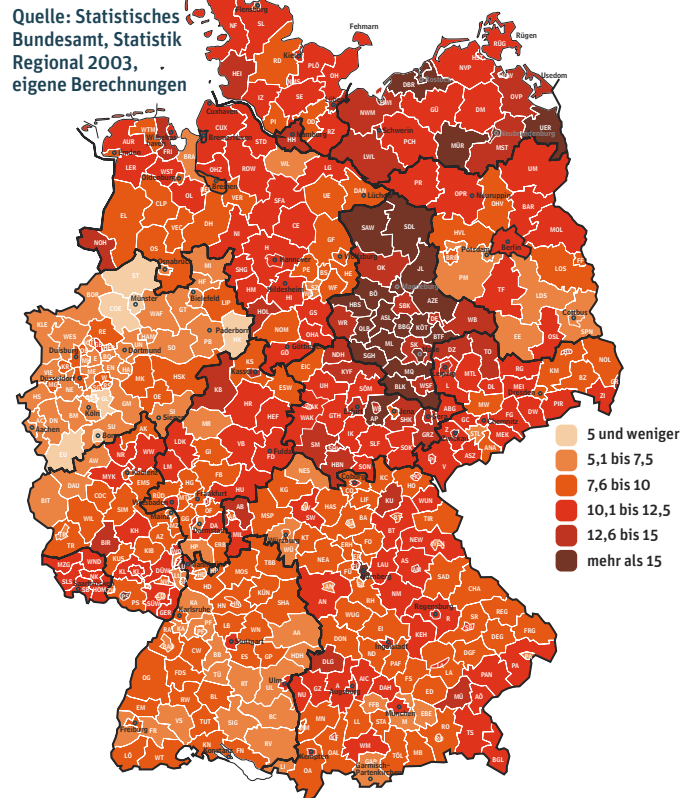


Deutlich unterscheiden sich Ost und West auch in den Kinderzahlen. Während die Kurven für beide Teile Deutschlands bis zum „Pillknick“ in den 1970er Jahren praktisch parallel verliefen, hat sich die Fertilitätsrate im Westen danach bei einem Wert von 1,4 eingependelt. Niedrige Kinderzahlen sind also keineswegs ein neues Phänomen. Im Osten hingegen stiegen sie vorübergehend durch eine pronatalistische Politik der Regierung auf höhere Werte an – bis sich nach Öffnung der Grenzen die Kinderzahl je Frau im Osten praktisch über Nacht halbiert hat. Seither holen die Frauen zwischen Rügen und der Wartburg langsam wieder auf und nähern sich dem Westniveau an.

7

Deutschland hat ein Bildungsproblem

Prozentualer Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2001

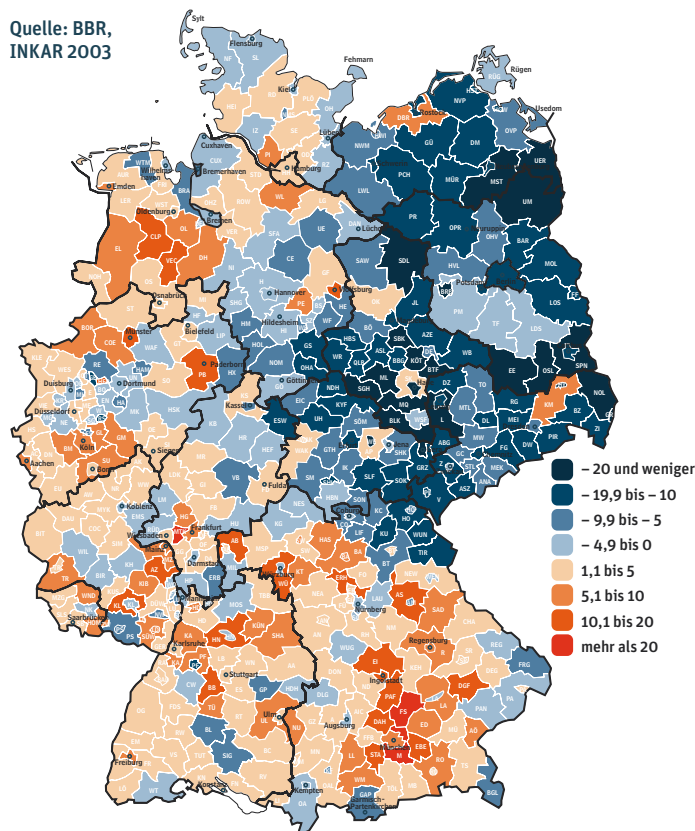


Die Pisa-Studie hat den Deutschen gezeigt, dass ihr Schulsystem im internationalen Maßstab bestenfalls Mittelmaß darstellt. Fatal ist die hohe Zahl der jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss. Wer noch nicht einmal dieses Minimalziel erreicht, hat im späteren Leben wenig Chancen auf eine Ausbildung und einen guten Job. Der Abstieg in die Arbeitslosigkeit ist in vielen Fällen programmiert. Unterqualifizierte und unterprivilegierte Männer gründen obendrein seltener Familien als durchschnittlich Gebildete. Bundesweit befinden sich unter den Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss nur 36 Prozent Mädchen, aber 64 Prozent Jungen. Die Daten für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind auf dieser Karte leicht verfälscht, weil diese Bundesländer 2001 das 13. Schuljahr eingeführt haben (siehe auch Seite 10). Unterschiede zwischen den Bundesländern können auch durch verschiedene Schulsysteme oder -anforderungen zustande kommen.

8

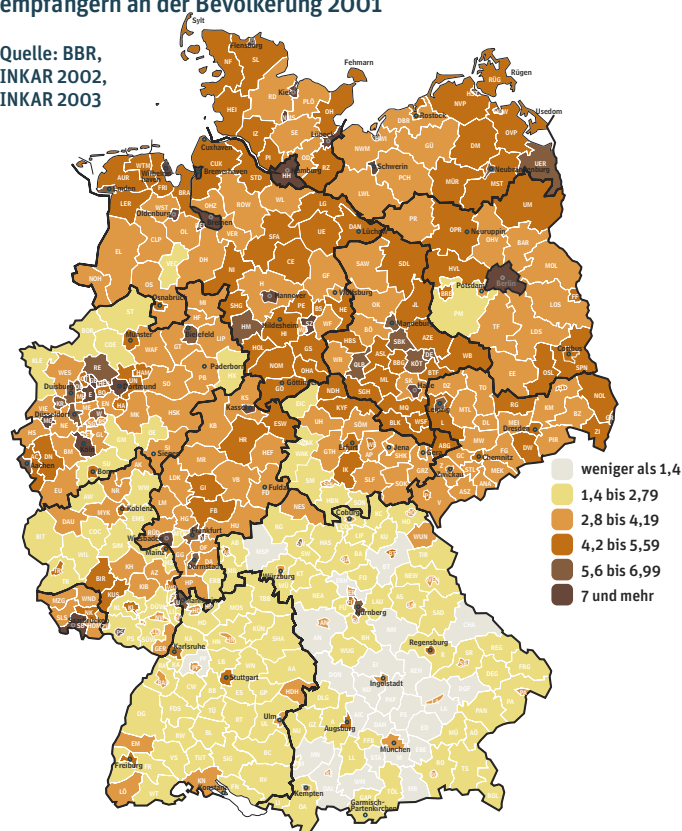
Der Strukturwandel verändert Deutschland

Entwicklung der Beschäftigung 1995 bis 2001 in Prozent

Quelle: BBR,
INKAR 2003

Die neuen Bundesländer sind nach der Wende nicht zu blühenden Landschaften geworden. Vielmehr hatten und haben sie es mit einem massiven Strukturwandel zu tun. Die meisten Industrien und auch die Kollektiv-Landwirtschaft haben den Systemwechsel vom Sozialismus zur Marktwirtschaft nicht überlebt. In der Folge verloren Hunderttausende ihre Arbeit – und das, obwohl enorme Summen in den sogenannten Aufbau Ost geflossen sind. Bis heute zeigen nur wenige Kreise im Osten einen positiven Beschäftigungstrend. Im Westen ist das Bild heterogen: Während strukturschwache Regionen wie Nordbayern, Südostniedersachsen und das Ruhrgebiet Arbeit verlieren, verbuchen die High-Tech-Regionen um Stuttgart und München Zugewinne. Interessant ist die Region um Cloppenburg in Westniedersachsen: Hier scheint vor allem der Kindersegen die Wirtschaft anzukurbeln. Generell geht die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland seit 1992 zurück. Vor allem, weil die Industrie rationalisiert und arbeitsintensive Prozesse ins Ausland verlagert.

Prozentualer Anteil der Summe aus Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern an der Bevölkerung 2001

Quelle: BBR,
INKAR 2002,
INKAR 2003

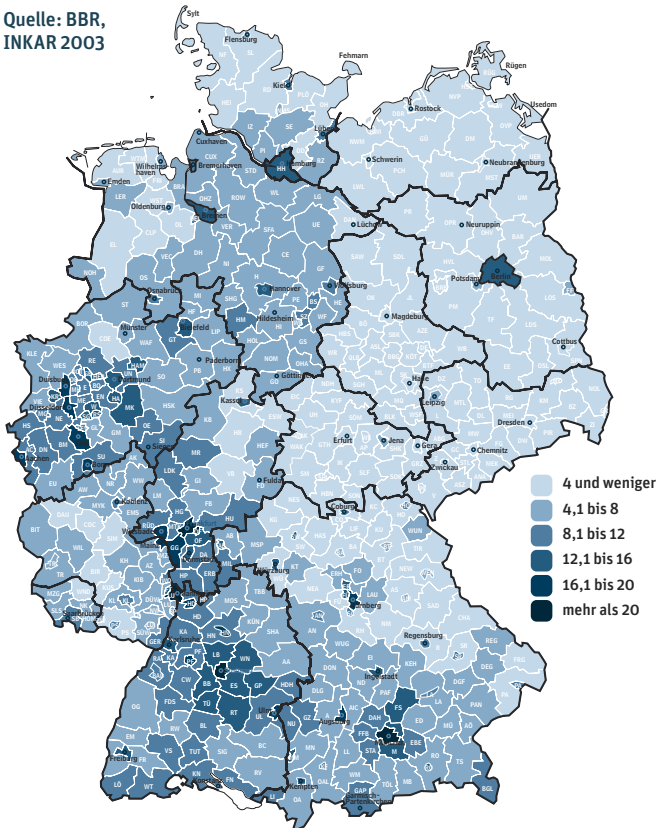
Ein Rückgang der Beschäftigung geht normalerweise mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit einher. Jedoch nicht, wenn aus strukturschwachen Gebieten massenweise Menschen abwandern. Der Anteil von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern an der Bevölkerung ist deshalb im Osten und nördlichen Westen etwa gleich hoch. Wobei in den alten Bundesländern der Anteil an Sozialhilfeempfängern dominiert und in den neuen jener an Arbeitslosen. Im Osten rutschen die Menschen, trotz Dauerarbeitslosigkeit, seltener in die Sozialhilfe ab, weil sie nach Umschulungen und Arbeitsplatz-Beschaffungs-Maßnahmen immer wieder neu Anspruch auf Geld vom Arbeitsamt haben. Weil Ausländer überproportional unter Arbeitslosigkeit leiden, schneiden Regionen mit hohen Ausländeranteilen relativ schlecht ab. In den wirtschaftsstarken Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg gibt es deutlich weniger Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

9

Deutschland hat ein Integrationsproblem

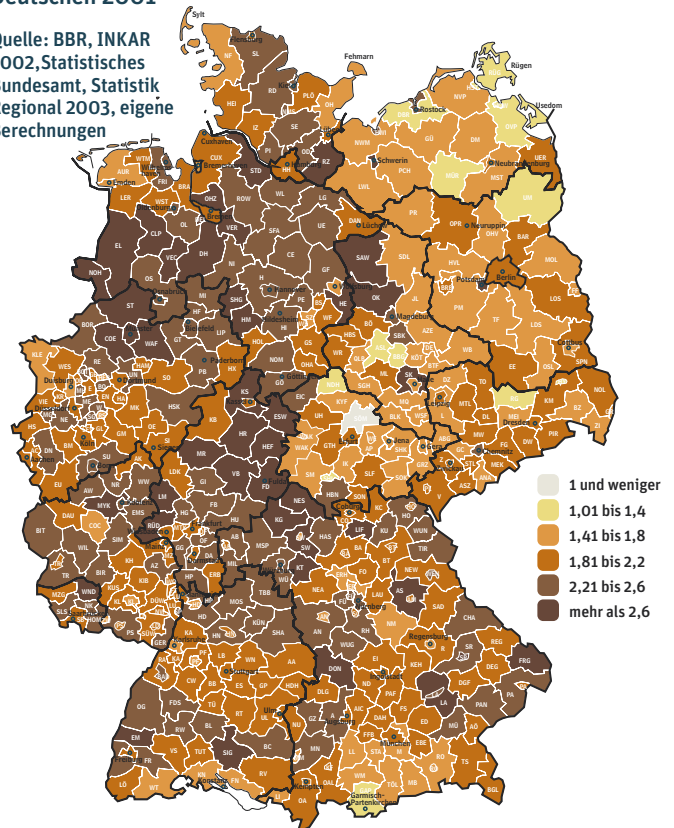
Prozentualer Ausländeranteil 2001

Quelle: BBR, INKAR 2003



Verhältnis der Arbeitslosenquote unter Ausländern zur jener unter Deutschen 2001

Quelle: BBR, INKAR 2002, Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen



Gemessen an der absoluten Zahl jährlicher Immigranten ist Deutschland nach den Vereinigten Staaten das wichtigste Einwanderungsland der Welt. Historisch bedingt liegt der Anteil an ausländischen Bürgern im Westen Deutschlands deutlich über jenem im Osten. Anders als die alte Bundesrepublik hatte die DDR nur wenige „Gastarbeiter“ und praktisch keine Wirtschaftsmigranten. In den neuen Ländern liegt heute der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen unter dem Bundesdurchschnitt. Das hängt vermutlich damit zusammen, dass sich Menschen aus anderen Ländern im Osten nur niederlassen,

wenn sie eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Damit sind die wenigen Ausländer in den neuen Bundesländern generell besser integriert als im Westen. Diese Zahl sagt allerdings nichts über das Ausmaß einer möglichen Fremdenfeindlichkeit aus.

Die meisten Ausländer leben in den Städten. Auch dahinter stecken wirtschaftliche Gründe. Weil Ausländer meist geringere Einkommen als Alteingesessene erzielen, ziehen sie auch weniger in die typischen Einfamilienhaus-Siedlungen in den Stadt-Umland-Gebieten. Da Ausländer vorwiegend in der personal-

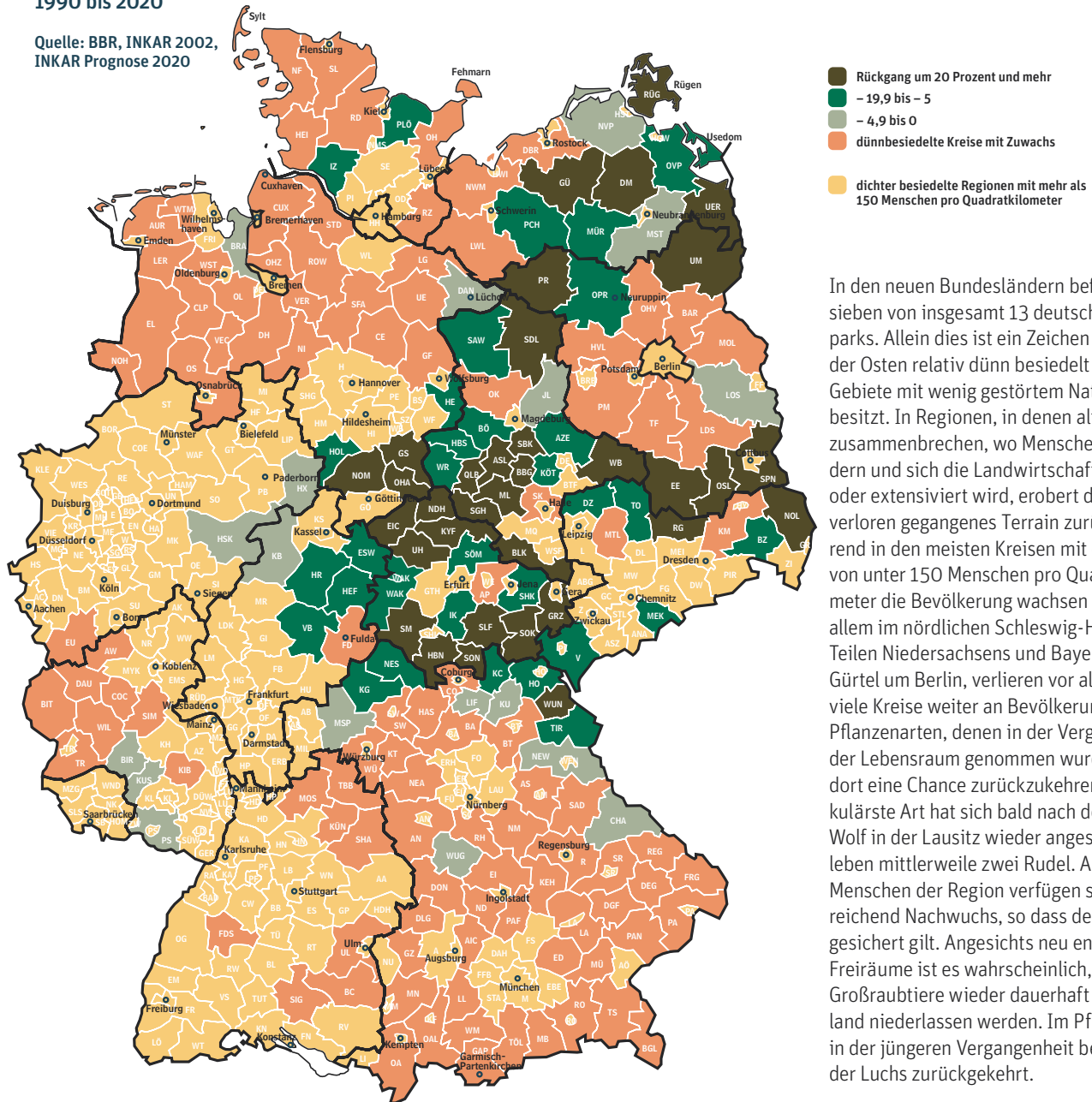
intensiven Produktion unterkommen, sind sie von Rationalisierung und Strukturwandel besonders betroffen. Zwar sind Ausländer am Arbeitsmarkt nahezu überall unterprivilegiert, doch es ist kein klarer Zusammenhang zwischen hohem Ausländeranteil und hoher Arbeitslosigkeit unter Ausländern zu beobachten. Eher im Gegenteil: In den Ballungszentren, vor allem in den süddeutschen Wirtschaftsregionen und selbst im Ruhrgebiet finden Menschen ohne deutschen Pass besser Arbeit als in den meisten ländlichen Regionen, in denen wenige Ausländer leben.

10

Deutschland renaturiert

Veränderung der Bevölkerungsdichte in dünnbesiedelten Regionen Deutschlands 1990 bis 2020

Quelle: BBR, INKAR 2002, INKAR Prognose 2020



In den neuen Bundesländern befinden sich sieben von insgesamt 13 deutschen Nationalparks. Allein dies ist ein Zeichen dafür, dass der Osten relativ dünn besiedelt ist und weite Gebiete mit wenig gestörtem Naturraum besitzt. In Regionen, in denen alte Industrien zusammenbrechen, wo Menschen abwandern und sich die Landwirtschaft zurückzieht oder extensiviert wird, erobert die Natur verlorenes gegengenes Terrain zurück. Während in den meisten Kreisen mit einer Dichte von unter 150 Menschen pro Quadratkilometer die Bevölkerung wachsen wird, vor allem im nördlichen Schleswig-Holstein, in Teilen Niedersachsens und Bayerns, sowie im Gürtel um Berlin, verlieren vor allem im Osten viele Kreise weiter an Bevölkerung. Tier- und Pflanzenarten, denen in der Vergangenheit der Lebensraum genommen wurde, haben dort eine Chance zurückzukehren. Als spektakulärste Art hat sich bald nach der Wende der Wolf in der Lausitz wieder angesiedelt. Dort leben mittlerweile zwei Rudel. Anders als die Menschen der Region verfügen sie über ausreichend Nachwuchs, so dass der Bestand als gesichert gilt. Angesichts neu entstehender Freiräume ist es wahrscheinlich, dass sich Großraubtiere wieder dauerhaft in Deutschland niederlassen werden. Im Pfälzerwald ist in der jüngeren Vergangenheit beispielsweise der Luchs zurückgekehrt.

GESAMTBEWERTUNG

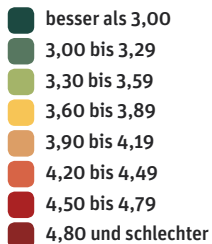
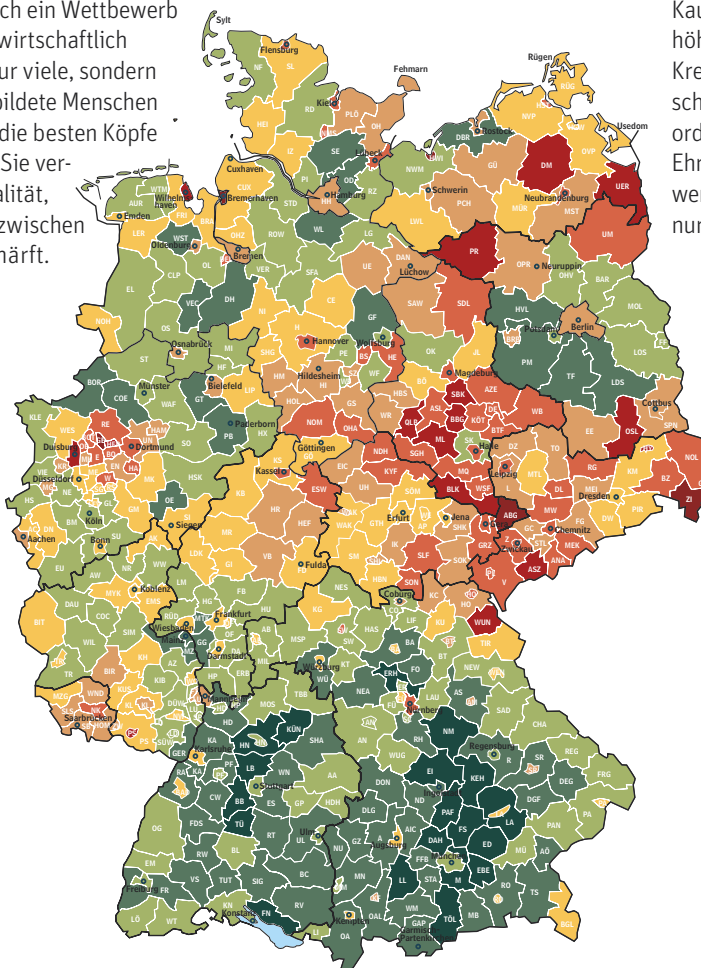
Der Süden gewinnt – der Osten verliert

Die Ökonomie in Deutschland bestimmt weitgehend die Demografie. Das ist die Grundaussage der vorliegenden Studie. Die Menschen zieht es primär dorthin, wo es Arbeit gibt. So erklärt sich die starke Binnenwanderung innerhalb Deutschlands, die in den letzten Jahren stattgefunden hat – und die auch weiter anhalten wird. Erst in zweiter Linie suchen die Menschen nach Ruhe, Freizeit- und Kulturangeboten und einer familienfreundlichen Umgebung.

In dem Ergebnis verbirgt sich ein Wettbewerb der Regionen. Denn wo es wirtschaftlich besser geht, ziehen nicht nur viele, sondern auch besonders gut ausgebildete Menschen hin. Diese Gebiete werben die besten Köpfe aus anderen Gegenden ab. Sie verbessern so die Standortqualität, was die Ungleichgewichte zwischen den Regionen weiter verschärft.

Eine Ausnahme zu diesem Trend der Wirtschaftswanderung scheint es in Kreisen mit vergleichsweise hoher Fertilität zu geben. Verschiedene Gebiete in Westniedersachsen um die Stadt Cloppenburg und in Nord-Nordrhein-Westfalen um Borken generieren – vermutlich unterstützt durch relativ hohe Kinderzahlen pro Frau – eine eigene Entwicklung, die Arbeitsplätze schafft und für die Ansiedlung von Gewerbe und Kleinbetrieben sorgt.

Ganz oben in der Deutschland-Wertung stehen die beiden wirtschaftlich prosperierenden südlichen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern. Sowohl in der Einzelbenennung der Kreise (siehe hintere Ausklappseite) wie auch in der Landeswertung nehmen sie die Spitzenplätze ein. Beide Länder weisen in den Bereichen Demografie und Wirtschaft gute Voraussetzungen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung auf. Baden-Württemberg steht insgesamt am besten da. Hier ist die Bevölkerung jünger als in Bayern, Kaufkraft und Bruttoinlandsprodukt liegen höher, der Bildungsstand ist besser und die Kreise sind weniger verschuldet. Die Menschen im „Ländle“ machen ihrem Ruf als ordentliche und fleißige Schwaben also alle Ehre. Nur Kinder bekommen auch sie zu wenig. Diesen Mangel können sie zukünftig nur durch Zuwanderungen ausgleichen.



Gesamtbewertung der Bundesländer

- 1 Baden-Württemberg
- 2 Bayern
- 3 Rheinland-Pfalz
- 4 Hessen
- 5 Brandenburg
- 6 Niedersachsen
- 6 Schleswig-Holstein
- 8 Nordrhein-Westfalen
- 9 Mecklenburg-Vorpommern
- 10 Thüringen
- 11 Saarland
- 12 Berlin
- 12 Hamburg
- 14 Sachsen
- 15 Sachsen-Anhalt
- 16 Bremen

Bessere Bildungswerte als die Bayern erzielen auch die Hessen und Nordrhein-Westfalen. Der Grund dafür ist in den Großregionen von Frankfurt, Düsseldorf, Köln und Bonn zu finden. Hier leben, anders als im weitgehend ländlichen Bayern, viele Hochqualifizierte, die in den Dienstleistungsbranchen arbeiten.

Im unteren Teil der Bewertungsskala, mit Noten schlechter als vier, finden sich alle östlichen Länder, inklusive der Bundeshauptstadt Berlin, sowie die kleinen Bundesländer Saarland, Hamburg und Bremen. Der Osten leidet unter Abwanderung, Überalterung und schlechter wirtschaftlicher Entwicklung. Die Zukunftsaussichten sind dort durchweg düsterer als in den Südländern. Die Stadtstaaten Hamburg und Bremen schneiden deshalb so schlecht ab, weil sie nur aus einem beziehungsweise zwei Kreisen bestehen. Sie können unzureichende Noten nicht durch bessere anderer Kreise kompensieren. Zu Bremen gehört zudem mit Bremerhaven der schlechteste Kreis des Westens. Große Städte ver-

lieren fast bundesweit Menschen und damit Steuerkraft ins benachbarte Umland. Sie sind eher Wirtschafts- als Wohnstandorte. Vor allem junge Familien wandern dort ab – und mit ihnen die demografische Zukunft.

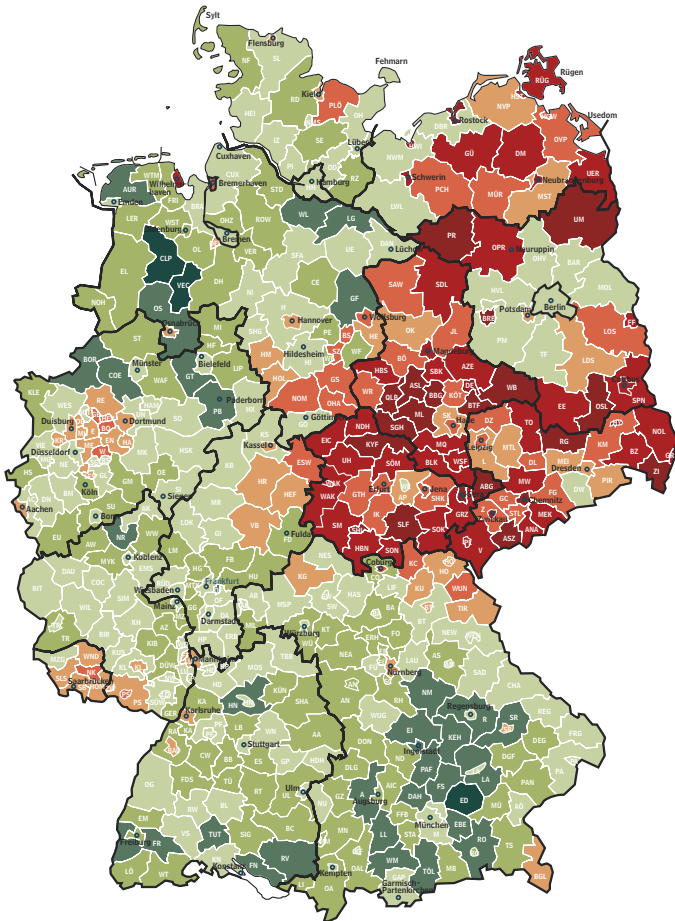
Wie sehr die demografische Entwicklung von der wirtschaftlichen geprägt wird, zeigen die beiden Karten auf Seite 24. Der Vergleich der Karten lässt auch vermuten, dass die Wirtschaftsentwicklung jener der Bevölkerung vorgeht: Wo heute zu wenig Jobs vorhanden sind und schlechte Verdienstmöglichkeiten bestehen, wandern - mit Verzögerung - auch Menschen ab. Deshalb dürfte die Wirtschaftsbewertung von heute in etwa jener der Demografie-Bewertung im Jahr 2020 entsprechen.

Fatal wird es dabei für Regionen, in denen eine Standort-Verschlechterung zu weiterer Abwanderung führt und sich die Lage an allen Fronten verschärft. Diesen Gebieten droht durch immer weitere Abwanderung und Überalterung irgendwann der Verlust von überlebenswichtiger Infrastruktur. Ihnen bleibt vermutlich nur der kontrollierte Rückbau. Anderenfalls entstünden Geisterstädte, wie sie aus dem mittleren Westen der Vereinigten Staaten bekannt sind.

Manche Dörfer und Kleinstädte werden sich langfristig kaum am Leben erhalten lassen. Zumindest dort, wo das Land heute schon dünn besiedelt sind, wie in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, aber auch in Nordhessen, Südostniedersachsen und Nordbayern. Unklar ist, wie dichter besiedelte Zonen wie das Saarland und das Ruhrgebiet auf den zu erwartenden, zum Teil starken Bevölkerungsschwund reagieren werden. Der Trend zu Schwund und Überalterung lässt sich allem

Demografie							Wirtschaft							Integration			Bildung				Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE	
Kinderzahl	Unter 20-jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl. + Sozialh.	Hochbetragte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kindergärten	Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr		Zwischennote
4,1	4,1	2,2	1,9	3,4	2,5	3,05	2,3	2,7	2,3	2,7	2,4	3,7	3,7	2,81	5,1	4,3	4,69	2,7	1,9	3,5	2,73	3,5	4,2	3,83	3,9	4,4	4,15	3,25
4,1	4,1	2,3	1,7	3,8	2,5	3,07	2,6	2,9	3,6	2,8	2,1	4,1	3,4	3,08	5,0	4,3	4,64	3,4	2,0	4,2	3,19	3,0	5,4	4,23	3,0	4,3	3,62	3,39
4,1	4,3	2,5	1,9	4,3	2,6	3,28	2,7	3,7	4,1	4,1	3,0	4,5	3,9	3,71	5,0	4,4	4,69	3,4	2,5	4,3	3,39	3,3	3,9	3,60	3,1	4,4	3,72	3,63
4,6	4,6	1,9	2,1	4,0	2,8	3,33	2,3	2,9	4,3	3,4	3,6	4,2	4,3	3,57	4,2	5,0	4,60	3,5	2,5	3,2	3,09	3,2	4,9	4,02	4,0	4,6	4,31	3,64
5,9	4,9	4,9	3,2	4,8	3,3	4,53	5,2	4,6	1,9	2,9	3,4	2,7	2,7	3,35	4,7	3,5	4,08	3,1	5,3	3,1	3,85	2,6	2,6	2,56	1,5	4,8	3,17	3,72
3,6	4,1	2,7	1,9	4,3	3,1	3,28	2,8	3,5	3,8	4,6	3,9	4,2	3,5	3,76	5,2	4,9	5,05	3,6	2,8	4,4	3,58	3,3	5,3	4,29	2,9	4,5	3,68	3,76
4,0	4,5	2,6	1,9	4,6	2,9	3,41	2,6	3,1	3,5	4,6	4,3	4,5	3,5	3,72	4,5	4,5	4,47	4,0	2,7	4,5	3,73	3,3	5,3	4,30	3,3	4,1	3,73	3,76
4,1	4,3	2,3	2,3	4,3	3,4	3,43	2,5	3,1	4,2	4,3	3,6	4,1	4,1	3,70	4,9	4,5	4,68	2,1	3,1	3,9	3,04	3,3	5,7	4,52	4,7	5,1	4,94	3,81
5,8	4,6	5,1	3,8	4,5	4,2	4,68	5,4	4,9	4,5	2,9	4,1	2,2	2,9	3,86	4,7	3,2	3,92	5,1	4,0	3,5	4,20	3,4	3,2	3,28	1,9	3,8	2,89	3,99
6,0	5,1	5,1	3,3	5,0	4,9	4,89	5,5	4,9	4,7	2,0	3,1	3,7	4,3	4,02	5,7	3,3	4,48	4,6	3,6	2,9	3,70	2,9	2,1	2,48	2,3	4,5	3,41	4,06
5,3	4,7	2,5	2,5	5,3	4,3	4,11	3,7	3,5	2,3	5,3	3,7	4,5	4,5	3,93	5,3	4,8	5,08	4,0	2,3	4,0	3,44	3,7	4,0	3,83	4,3	4,8	4,58	4,07
6,0	5,0	2,0	3,0	3,0	2,0	3,50	3,0	3,0	6,0	5,0	6,0	3,0	5,0	4,43	4,0	4,0	4,00	4,0	5,0	1,0	3,33	6,0	4,0	5,00	6,0	5,0	5,50	4,14
6,0	5,0	1,0	2,0	4,0	3,0	3,50	2,0	1,0	6,0	4,0	6,0	5,0	5,0	4,14	4,0	4,0	4,00	5,0	4,0	2,0	3,67	6,0	6,0	6,00	5,0	5,0	5,00	4,14
5,8	5,2	5,1	3,4	5,0	4,2	4,80	5,5	5,0	4,4	2,7	3,5	4,8	4,2	4,31	4,9	3,7	4,29	4,0	4,2	2,6	3,61	3,1	3,0	3,03	3,3	4,9	4,10	4,21
5,9	5,0	5,1	4,0	5,3	4,6	4,99	5,7	5,0	4,0	3,1	4,1	4,0	4,3	4,33	4,7	3,8	4,22	5,8	3,3	3,9	4,31	2,7	1,8	2,23	2,4	5,1	3,75	4,25
4,0	5,0	2,0	4,5	4,5	5,0	4,17	4,0	2,5	6,0	5,5	6,0	5,5	5,5	5,00	4,0	3,5	3,75	3,5	4,5	3,5	3,83	6,0	5,5	5,75	5,0	5,0	5,00	4,57

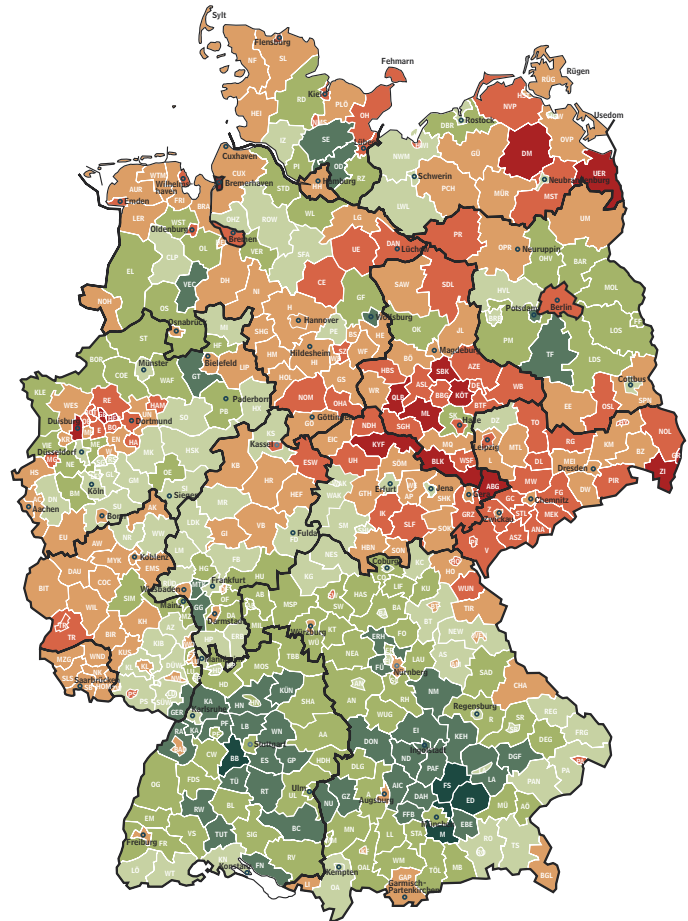
Zwischennote Demografie



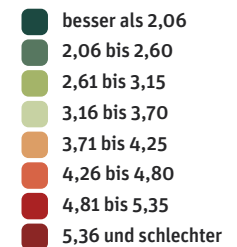
Anschein nach nicht mit Subventionen und Strukturförderung aufhalten. Die meisten Versuche, in Regionen ohne Zukunft zu investieren, haben sich in der Vergangenheit als Fehlinvestitionen erwiesen.

Von den 40 zukunftsfähigsten Kreisen liegen 23 in Bayern, 14 in Baden-Württemberg und jeweils einer in Hessen, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Von den 40 Kreisen mit den größten Zukunftsproblemen finden sich acht in Sachsen-Anhalt, acht in Sachsen und sechs in Nordrhein-Westfalen. Bei letzteren handelt es sich ausnahmslos um Städte des Ruhrgebietes. Mit Ausnahme Baden-Württembergs haben alle Bundesländer ihre demografischen Problemzonen.

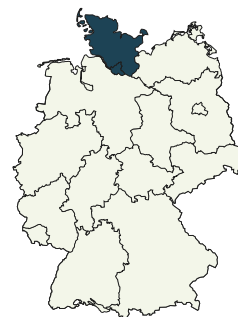
Zwischennote Wirtschaft



Die Gesamtnoten der Studie reichen von 2,64 für Eichstätt, vor den Toren Ingolstadts, bis 4,95 für Bremerhaven und das thüringische Altenburger Land. Die Noten sind dabei weniger als „Urteil“, sondern viel mehr als Orientierungshilfe für zukünftige Planungen zu verstehen. Hinter den Ergebnissen stehen keine Schwarz-Weiß-Aussagen wie „gut oder schlecht“. Sie gleichen eher jenen einer Volksabstimmung. Denn letztlich wird die demografische Entwicklung von Menschen gestaltet, die Ihre Kinderzahl selbst bestimmen und die sich die Freiheit nehmen, dort hin zu ziehen, wo sie für sich und ihre Familien eine Chance sehen, wo sie sich am sichersten und am wohlsten fühlen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN UND HAMBURG



Ein Land zwischen den Meeren und die zweitgrößte Stadt Deutschlands

In Schleswig-Holstein, dem zweitkleinsten Flächenland Deutschlands, leben mit 2,8 Millionen weit weniger Menschen als in der Bundeshauptstadt Berlin. Die Bevölkerungsdichte liegt im unteren Drittel der deutschen Bundesländer. Schleswig-Holstein ist traditionell strukturschwach. Noch vor drei Jahrzehnten waren Landwirtschaft und Schiffbau die einzigen nennenswerten Arbeitgeber im Nordland – Branchen, die sich als wenig zukunftstauglich erwiesen haben. Bis heute arbeiten 1,9 Prozent aller Erwerbstätigen im Agrarbereich, das ist der höchsten Anteil in den alten Bundesländern. Industrie findet sich fast nur im Süden des Landes, im Hamburger Umland und entlang der Elbe.

Die vier kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins, Lübeck, Neumünster, Kiel und Flensburg stellen bescheidene wirtschaftliche Zentren dar. Schiffs- und Maschinenbau, elektrotechnische und medizintechnische Industrie beschäftigen dort einige tausend Angestellte. Der größte Industrie- und Arbeitgeber Schleswig-Holsteins, der Lübecker Medizintechnik-Hersteller Dräger, hat über 4.000 Angestellte.

Auftrumpfen kann Schleswig-Holstein mit landschaftlicher Attraktivität vor allem seiner Meeresstrände. Mit jährlich 7,5 Übernachtungen je Einwohner ist es nach Mecklenburg-Vorpommern das von Touristen meistbesuchte Bundesland Deutschlands. Davon profitieren hauptsächlich die küstennahen Regionen und die holsteinische Schweiz um Plön und Eutin. Spitzenreiter ist hier der nördlichste Landkreis Deutschlands, Nordfriesland. Mit den Inseln Sylt, Föhr und Amrum zieht der Kreis jährlich 40 Übernachtungsgäste je Einwohner an. Damit erreicht Nordfriesland immerhin das höchste Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt aller schleswig-holsteinischen Landkreise außerhalb der Metropolregion Hamburg. Die kleinteilige, regionale Ökonomie Schleswig-Holsteins hat dafür gesorgt, dass das Land in der jüngeren Vergangenheit von negativen Effekten des Strukturwandels weitgehend verschont geblieben ist. In den letzten 14 Jahren konnten alle Regionen des Landes, mit Ausnahme der kreisfreien Städte, einen Zuwachs an Arbeitsplätzen verzeichnen.

Das wirtschaftliche Herz der Region ist die Freie und Hansestadt Hamburg, wie sie sich seit 1819 nennt. Schon im 16. Jahrhundert wichtige Handelsmetropole, wurde sie mit Gründung der Hamburg-Amerikanischen-Paketfahrt-Actiengesellschaft (Hapag) im 19. Jahrhundert zu einem Zentrum der Schiffbau- und Hafenindustrie und schließlich zum größten Seehafen des Deutschen Reiches. 1943 griffen britische Bomber Hamburg als eine der ersten deutschen Städte an und zerstörten es zu einem großen Teil. Nach der deutschen Teilung verlor die Hansestadt, deren Schwerpunkt vor dem Krieg der Osthandel war, sein gesamtes wirtschaftliches Hinterland. Gestützt von massiver staatlicher Förderung trieb Hamburg dann die industrielle Entwicklung der Region voran. Ölraffinerien, eine Aluminiumhütte und ein Stahlwerk siedelten sich an. Entlang der Elbe entstanden gleich drei Kernkraftwerke.

Doch Werftenpleiten und Strukturkrise gingen auch an der Hansestadt nicht vorüber: Zwischen 1970 und 1994 verschwand die Hälfte aller Arbeitsplätze im Hamburger Maschinenbau. Überleben konnten nur jene Firmen, die sich rechtzeitig von der Abhängigkeit von „maritimen“ Industrien gelöst hatten. Anders als in Bremen versuchte sich der Hamburger Senat schon früh an einer innovativen Strukturpolitik. Damit legte er den Grundstein für die heute günstige wirtschaftliche Situation der Stadt. Von den 500 umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands haben 41 ihren Sitz in der Hansestadt, mehr als in Frankfurt, Köln oder Stuttgart. Industrielle Wachstumsbranchen Hamburgs sind mittlerweile der Fahrzeug- und Flugzeugbau oder die Elektrotechnik. Besonders stark ist

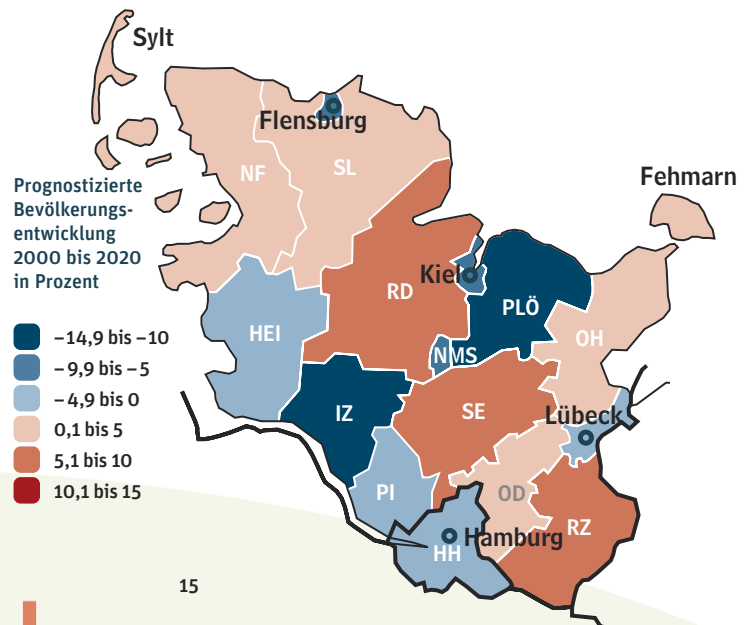
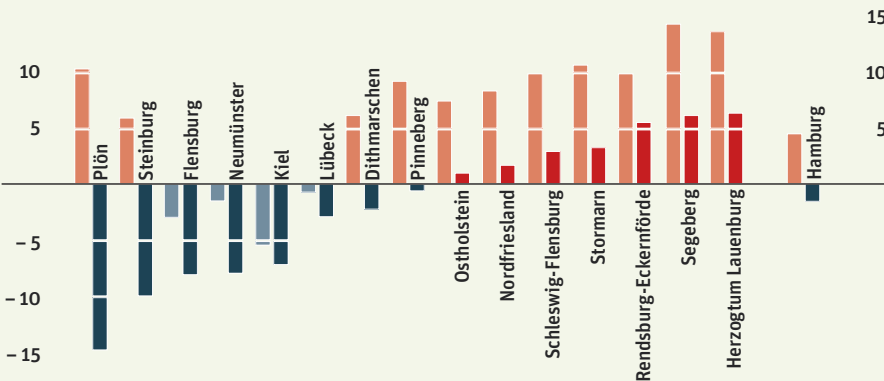
in der Hansestadt die Medienwirtschaft mit Verlagen, Werbe- und PR-Agenturen, Filmstudios und Telekommunikations-Dienstleistern. Die Hafenvirtschaft spielt nach wie vor eine wichtige Rolle – Hamburg ist der zweitgrößte Containerhafen Europas und der sechstgrößte der Welt.² Mit 1,72 Millionen Einwohnern hat Hamburg zwar 40 Prozent weniger Menschen als Schleswig-Holstein, das Bruttoinlandsprodukt der Stadt übertraf im Jahr 2002 die des Flächenlandes jedoch um fast 15 Prozent.

Was wäre Schleswig-Holstein ohne Hamburg?

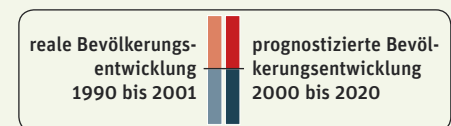
Obwohl die Landwirtschaft Schleswig-Holsteins immer weniger Menschen Arbeit gibt, ist das Land als Lebensraum attraktiv geblieben. Allein zwischen 1990 und 2001 wuchs die Bevölkerung Schleswig-Holsteins um 6,8 Prozent. Das ist zwar weniger als in Niedersachsen oder Baden-Württemberg, aber mehr als im Saarland, in Hessen oder Nordrhein-Westfalen. Einwohner verloren haben bisher nur die vier kreisfreien Städte. Am größten war der Verlust in der Landes-

Die Städte verlieren

Die Kreise im Umland von Hamburg, Kiel und Flensburg können noch mit kräftigem Bevölkerungswachstum rechnen. Die kreisfreien Städte und die abgelegenen Landkreise Steinburg und Dithmarschen werden schrumpfen. Die Prognosen für den Kreis Plön sind mit Vorsicht zu genießen: Hier liegt ein Übergangslager für Asylbewerber, das zu einer großen und kaum planbaren Fluktuation in der Bevölkerungszahl führt.



Reale und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Hamburg und Schleswig-Holstein 1990 bis 2020 in Prozent (Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)



hauptstadt Kiel mit einem Minus von 5,9 Prozent, gefolgt von Flensburg und Neumünster. Lübeck hat mit 0,6 Prozent zwar den geringsten Rückgang zu verzeichnen, bei den Wirtschafts- und Bildungsindikatoren schneidet die Stadt jedoch so schlecht ab, dass sie bei der Gesamtwertung mit Note 4,41 den letzten Platz in Schleswig-Holstein belegt. Profitiert haben von der Abwanderung aus den Städten die umliegenden Landkreise, etwa Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde und Plön. Sie konnten die Zahl ihrer Einwohner zwischen 1990 und 2001 um zehn Prozent erhöhen.

Wie alle Bundesländer mit positivem Bevölkerungssaldo verdankt auch Schleswig-Holstein sein Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahre ausschließlich der Zuwanderung – aus Hamburg, Ostdeutschland und dem Ausland. Das protestantische Nordland ist, trotz seiner landwirtschaftlichen Prägung, nicht so kinderfreundlich wie ländliche katholische Regionen in Bayern oder Niedersachsen. Das Geburtendefizit Schleswig-Holsteins lag schon Anfang der 1990er Jahre bei rund 2.500 Personen jährlich. Es hat sich bis 2001 auf 4.000 Personen erhöht. Prognosen zufolge sterben 2020 bereits 17.000 Menschen mehr als geboren werden. Durch das Fehlen großer Städte, in denen stets besonders wenige Kinder zur Welt kommen, war die Fruchtbarkeitsrate Schleswig-Holsteins im Jahr 2001 mit 1,43 Kindern je Frau dennoch die zweithöchste nach Niedersachsen.

Ein Drittel der Neu-Hamburger sind Ausländer

1970 bekamen ausländische Frauen noch doppelt so viele Kinder wie deutsche. Heute nur 1,5 Mal so viele. Da die Zahl der Ausländerinnen im gebärfähigen Alter (15 bis 45 Jahre) in Hamburg jedoch kontinuierlich gestiegen ist (zwischen 1970 und 2002 von 14.000 auf fast 69.000), bringen diese heute 28 Prozent aller in Hamburg geborenen Kinder zur Welt.

Die südlichen Kreise Schleswig-Holsteins profitieren nach wie vor von dem Zustrom relativ wohlhabender, gut ausgebildeter, junger Menschen, die in Hamburg arbeiten, sich aber den Traum vom eigenen Haus im Grünen zu vertretbaren Preisen erfüllen wollen. Die Hamburger Umlandkreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Lauenburg gewannen im Zeitraum von 1990 bis 2001 zwischen neun und 14 Prozent Einwohner hinzu. Noch stärker war das Bevölkerungswachstum in den zu Niedersachsen gehörenden südlichen Nachbarkreisen der Hansestadt. Das nahe Harburg und das pittoreske Lüneburg wuchsen gleich um 20 Prozent.

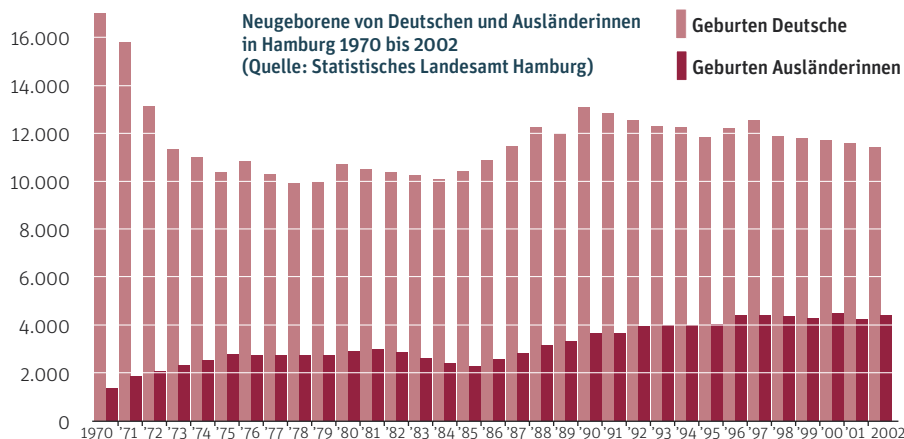
Im Großraum Hamburg leben heute mehr als vier Millionen Menschen, davon 43 Prozent im Stadtstaat selbst. Der Rest wohnt zu etwa gleichen Teilen im niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Umland. Bei den steuerkräftigen Hausbauern sind die schleswig-holsteinischen Landkreise zur Zeit am beliebtesten. Von den 23.000 Hamburgern, die 2002 aufs Land zogen, ging fast die Hälfte (43,3 Prozent) nach Pinneberg oder Stormarn.³ Nicht zufällig verfügen die Einwohner beider Landkreise über eine höhere Kaufkraft als die gemeinhin als wohlhabend geltende Hansestadt.

Die Hansestadt exportiert ihr demografisches Problem

Trotz aller Wegzüge in den Speckgürtel: Hamburg ist keine Stadt wie Bremen oder Essen, die ins Umland ausbluten. Hamburg ist die einzige Großstadt Deutschlands, die in den 1990er Jahren ihre Einwohnerzahl noch nennenswert erhöht hat. Während Berlin und Frankfurt leicht schrumpften, München auf der Stelle trat, Köln und Stuttgart um 1,5 Prozent wuchsen, gewann Hamburg 4,5 Prozent Menschen hinzu. Seit dem vorübergehenden Tiefststand im Jahr 1986 (mit 1,54 Millionen Einwohnern) verzeichnet Hamburg ein fast ununterbrochenes Bevölkerungswachstum.

Ein Vorteil gegenüber anderen Großstädten ist, dass Hamburg für eine Millionenstadt vergleichsweise dünn besiedelt ist und einen relativ großen Anteil an Grün- und Wasserflächen, Parks und Naturschutzgebieten besitzt. Auf einem Quadratkilometer leben nur knapp 2.300 Menschen, weit weniger als in Berlin (3.800) oder München (4.000). So bleibt auch im Stadtgebiet noch Raum für anspruchsvolle Wohngebiete und Freizeitanlagen.

Anzahl der Geburten



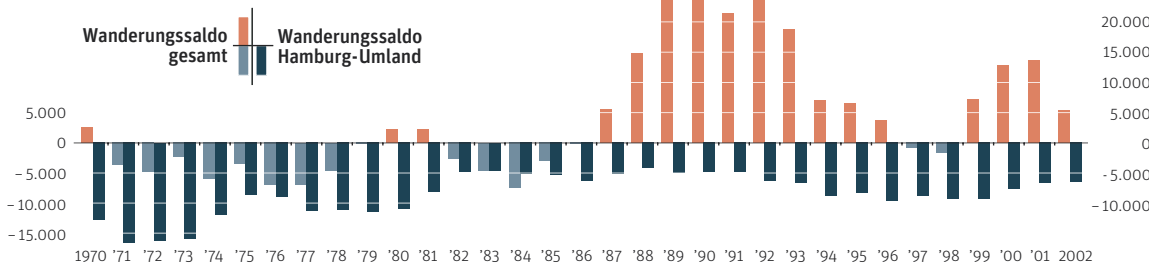
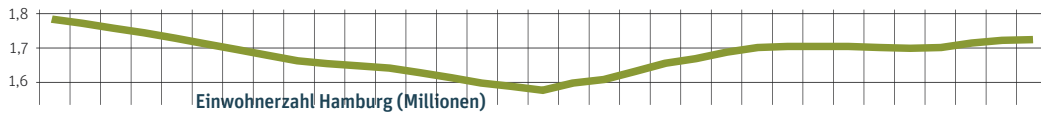
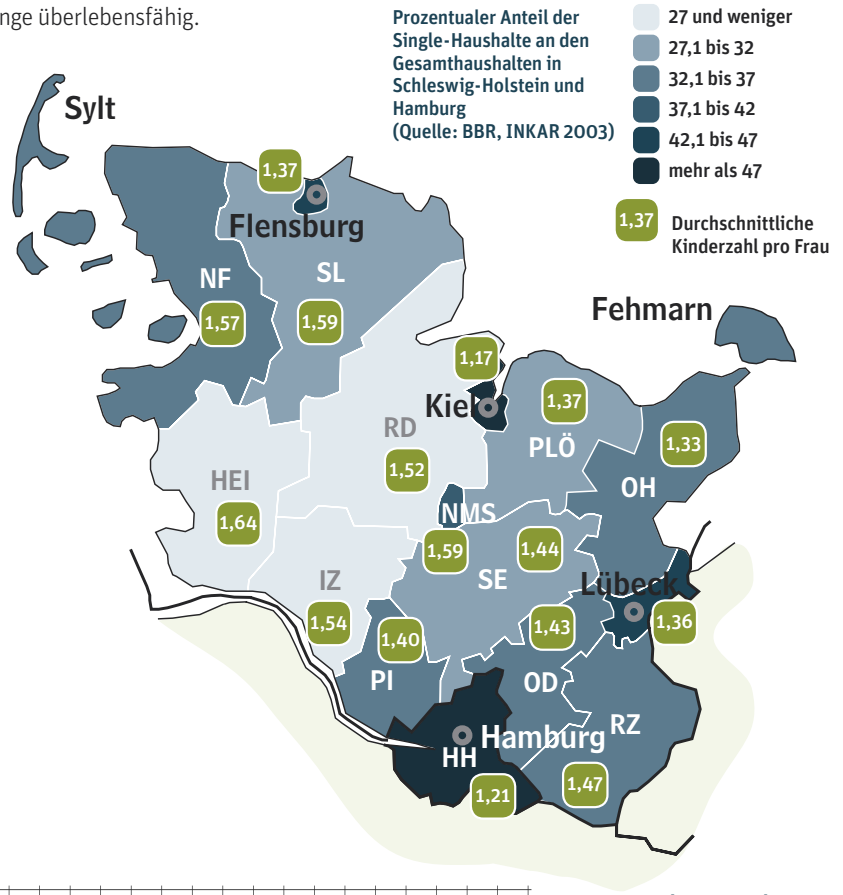
Der positive Wanderungssaldo Hamburgs gründet hauptsächlich auf der hohen Attraktivität der Stadt für junge Menschen. Schließlich ist sie in ganz Norddeutschland die einzige wirtschaftsstarke Metropole. Die höchsten Zuzugsquoten verzeichnet Hamburg unter den 20- bis 25-Jährigen, von denen doppelt so viele zu- wie wegziehen. Besonders der wirtschaftliche Niedergang Mecklenburg-Vorpommerns treibt Hamburg nach wie vor Menschen zu. In den Jahren 2001 und 2002 stammten über 10.000 Menschen – mehr als acht Prozent aller Neu-Hamburger – aus dem Norden Ostdeutschlands. Der typische Binnenmigrant kommt zum Studieren und Arbeiten nach Hamburg und zieht zehn Jahre später ins Umland, um eine Familie zu gründen. Die meisten Wegzüge gibt es unter den 30- bis 40-jährigen Hamburgern.⁴

Weil junge Menschen nach Hamburg umsiedeln und wieder fortziehen, bevor sie alt werden, hat die Stadt, anders als viele Regionen Deutschlands, in den kommenden zwei Jahrzehnten nur geringe Veränderungen der Altersstruktur zu erwarten. Gegenwärtig lebt in Hamburg und Süd-Schleswig-Holstein ein etwa gleich großer Anteil über 60-jähriger Menschen. In der Hansestadt wird diese Altersgruppe bis 2020 um lediglich 7,8 Prozent zunehmen, die Zahl der über 75-Jährigen um 20 Prozent. Im Zielgebiet der Abwanderer

hingegen, in Süd-Schleswig-Holstein, werden 2020 im Vergleich zu heute 34,5 Prozent mehr Rentner wohnen und doppelt so viele Hochbetagte. Demografisch gesehen lebt Hamburg damit auf Kosten seines Umlandes. Aus eigener Kraft wäre Hamburg, bei der heutigen Fertilität von 1,2 Kindern je Frau, nicht lange überlebensfähig.

Kinderunfreundliche Städte

In Städten leben viele Menschen in Ein-Personen-Haushalten. Das spiegelt sich auch in den Kinderzahlen wider. Sie liegen dort am niedrigsten, wo die meisten Singles wohnen – in Kiel und in Hamburg. Und am höchsten im single-armen Landkreis Heide.



Hamburg wächst

Seit 1986 wächst Hamburg fast kontinuierlich. Die Zuwanderung liegt stets über dem ständigen Bevölkerungsverlust an das Umland.

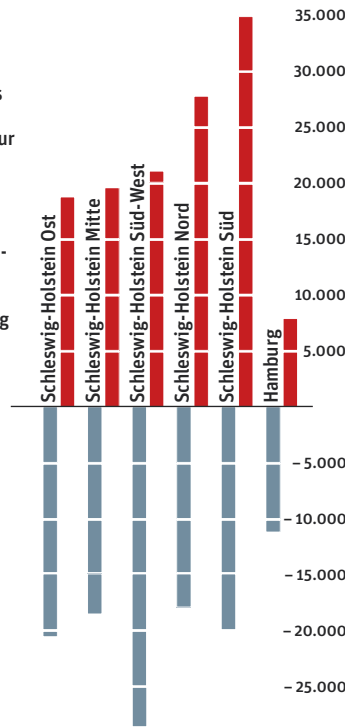
Gesamt- und Umland-Wanderungssaldo von Hamburg 1970 bis 2002 (Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg)

Junge ziehen nach Hamburg – Ältere hinaus

Kaum eine andere Region Deutschlands wird in den nächsten 20 Jahren eine so geringe Veränderung ihrer Altersstruktur erleben wie Hamburg. Seit den 1970er Jahren wandern junge Menschen in die Hansestadt ein. Viele von ihnen ziehen ein bis zwei Jahrzehnte später ins Umland, wo sie auch alt werden. In Süd-Schleswig-Holstein wird die Zahl der über 60-Jährigen bis 2020 deshalb um mehr als ein Drittel zunehmen. Hamburg hingegen wird kaum mehr Rentner zu versorgen haben.

Veränderung der Altersstruktur in Hamburg und Regionen Schleswig-Holsteins 2000 bis 2020 (Quelle: BBR, INKAR Prognose 2020)

Veränderung der Zahl der unter 20-Jährigen
Veränderung der Zahl der über 60-Jährigen



Hamburger Visionen

Das bis heute anhaltende Bevölkerungswachstum Hamburgs lässt Stadtplaner und Regionalpolitiker auf mehr hoffen. Deshalb hat sich die Hansestadt das Leitbild „Wachsende Stadt“ verpasst. Auf zahlreichen Brachflächen, wo früher Hafenanlagen oder Kasernen standen, soll Wohnraum entstehen. Nach einer Umfrage des „Hamburger Abendblatts“ vom Oktober 2003 sind die Erwartungen der Stadtbezirke hoch.⁵ So hofft etwa Wandsbek seine Einwohnerzahl durch die Bebauung des Geländes der alten Lettow-Vorbeck-Kaserne um mehr als zehn Prozent zu erhöhen. Das gleiche Wachstum erhofft sich Hamburg-Mitte durch das Großbauprojekt Hafen-City. Hamburg-Nord will auf ehemaligen Heim- und Krankenhausflächen Wohnungen hochziehen. Selbst der östliche Außenbezirk Bergedorf, der in der Vergangenheit den größten Zulauf innerhalb Hamburgs zu verzeichnen hatte, rechnet noch mit 8,5 Prozent Wachstum durch den Neubau der beiden Wohngebiete Neu-Allermöhe und Boberg. Damit sich diese Planungen erfüllen, müsste die Einwohnerzahl Hamburgs bis 2015 um mehr als fünf Prozent wachsen. Doch die Pläne der Baudezernenten scheinen zu optimistisch: Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung erwartet bis zum Jahr 2020 einen Bevölkerungsrückgang um 1,4 Prozent. Und auch das Statistische Landesamt Hamburg geht bis 2010 von einem Minus von einem Prozent aus.

Bewertung Schleswig-Holstein und Hamburg

	Demografie						Wirtschaft						Integration			Bildung			Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE				
	Kinderzahl	Unter 20-Jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl. + Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kindergärten		Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
HEI Dithmarschen	3	4	4	2	5	3	3,5	3	3	2	6	4	5	3	3,7	6	4	5,0	5	2	6	4,3	1	6	3,5	2	3	2,5	3,73
FL Flensburg	5	5	2	4	3	4	3,8	3	2	6	6	6	5	5	4,7	3	4	3,5	3	2	5	3,3	6	5	5,5	5	5	5,0	4,27
RZ Herzogtum Lauenburg	4	4	1	1	5	2	2,8	2	4	2	4	4	3	3,3	4	6	5,0	4	3	4	3,7	3	5	4,0	3	5	4,0	3,50	
KI Kiel	6	6	1	5	3	4	4,2	3	2	5	4	6	5	5	4,3	5	5	5,0	4	2	3	3,0	6	5	5,5	5	5	5,0	4,32
HL Lübeck	5	5	1	2	5	3	3,5	3	2	6	5	6	6	5	4,7	5	4	4,5	5	4	4	4,3	6	6	6,0	4	5	4,5	4,41
NMS Neumünster	3	4	2	4	4	4	3,5	3	2	6	4	6	5	5	4,4	5	5	5,0	4	3	5	4,0	4	6	5,0	4	5	4,5	4,23
NF Nordfriesland	3	4	3	1	4	2	2,8	3	3	4	6	4	4	3	3,9	4	3	3,5	4	2	6	4,0	3	6	4,5	1	1	1,0	3,36
OH Ostholstein	5	5	2	1	6	2	3,5	3	4	4	6	4	6	4	4,4	5	3	4,0	4	4	5	4,3	4	5	4,5	3	1	2,0	3,91
PI Pinneberg	4	5	2	1	5	3	3,3	1	3	3	3	4	4	3	3,0	4	5	4,5	3	3	4	3,3	3	5	4,0	5	5	5,0	3,55
PLÖ Plön	5	4	6	1	5	5	4,3	3	6	4	6	3	4	3	4,1	5	4	4,5	4	2	4	3,3	2	5	3,5	2	3	2,5	3,91
RD Rendsburg-Eckernförde	3	4	3	1	4	2	2,8	2	4	2	5	3	4	3	3,3	4	5	4,5	4	3	4	3,7	1	5	3,0	3	4	3,5	3,32
SL Schleswig-Flensburg	3	4	5	1	5	2	3,3	4	4	2	6	4	4	3	3,9	5	5	5,0	5	2	5	4,0	2	5	3,5	2	4	3,0	3,73
SE Segeberg	4	4	2	1	5	2	3,0	2	3	3	1	3	3	2	2,4	3	5	4,0	4	3	4	3,7	3	6	4,5	4	5	4,5	3,27
IZ Steinburg	3	4	3	2	5	4	3,5	3	2	2	5	4	4	3	3,3	5	4	4,5	4	3	5	4,0	2	5	3,5	3	6	4,5	3,68
OD Stormarn	4	5	2	1	5	2	3,2	1	3	1	2	3	4	3	2,4	4	5	4,5	3	3	3	3,0	3	5	4,0	4	5	4,5	3,23
HH Hamburg	6	5	1	2	4	3	3,5	2	1	6	4	6	5	5	4,1	4	4	4,0	5	4	2	3,7	6	6	6,0	5	5	5,0	4,14

NIEDERSACHSEN UND BREMEN



Starke Überalterung und ungewöhnlicher Kinderreichtum

Im zweitgrößten Flächenland Deutschlands sind Wirtschaft und Bevölkerung sehr ungleichmäßig verteilt. Trotz acht Millionen Einwohnern ist Niedersachsen insgesamt dünn besiedelt, ähnlich schwach wie die angrenzenden Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt. Die meisten Niedersachsen siedeln im industriell geprägten Südosten – um die Städte Wolfsburg, Hannover und Braunschweig. Diese Region lebt vor allem vom Automobilbau. Allein Volkswagen beschäftigt rund 90.000 Menschen. Rechnet man die Zulieferindustrie hinzu, hängt etwa ein Fünftel aller Industrie-Arbeitsplätze Niedersachsens am Tropf von Volkswagen.

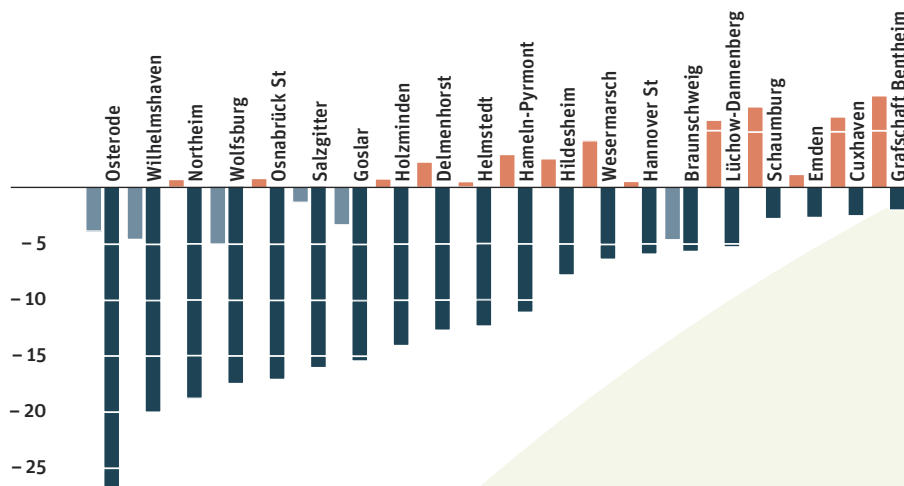
In der Mitte und im Westen gibt es viele Felder und wenig Menschen. In der Region Oldenburg arbeiten drei Prozent aller Beschäftigten in der Landwirtschaft – der höchste Wert in den westlichen Bundesländern. Einzige städtische Zentren sind Oldenburg und Osnabrück. Ebenfalls im Westen liegen Bremerhaven und Bremen, die zusammen einen Stadtstaat bilden und als Enklaven im Niedersachsenland liegen.

Niedersachsen ist reich an Bodenschätzen – zumindest für deutsche Verhältnisse. In der Zwölfmeilenzone vor der Küste lagert der zweitgrößte Anteil der deutschen Erdölvorräte nach Schleswig-Holstein. Etwa 1,4 Millionen Tonnen werden pro Jahr gefördert. Das ist zwar nicht viel mehr als eine Tagesproduktion von Saudi-Arabien⁶, schafft aber Jobs für mehr als 4.500 Menschen.⁷ Auch Erdgas, Braunkohle und Kalisalz werden in Niedersachsen abgebaut.

Seit Kriegsende ist die Einwohnerzahl des Landes deutlich gewachsen. In den letzten dreißig Jahren nahm sie um fast eine Million zu – allein seit 1989 um 680.000. In den 1990er Jahren wuchs Niedersachsen sogar stärker als alle anderen Bundesländer. Ursachen dafür waren vor allem der Zuzug aus den neuen Bundesländern, der Drang der Bremer und Hamburger ins grüne Umland der Stadtstaaten, hauptsächlich aber Zuwanderung aus dem Ausland: In den 1990er Jahren nahm Niedersachsen etwa ein Fünftel aller nach Deutschland immigrierten Menschen auf – zum großen Teil Aussiedler aus den ehemaligen Ostblock-Staaten. Der jahrzehntelange Zustrom vor allem junger Menschen trägt heute zu einer günstigen Altersstruktur Niedersachsens bei. Nach der Prognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung wird sich deshalb die Einwohnerzahl Niedersachsens bis zum Jahr 2020 kaum verändern.

Niedergang im Südosten

Die insgesamt stabile Bevölkerungsentwicklung verbirgt jedoch enorme regionale Unterschiede. Der südliche Teil Niedersachsens war lange Zeit von alten Industrien wie Metall-, Holz- und Grundstoffverarbeitung geprägt sowie von den Erz- und Salzbergwerken der niedersächsischen Mittelgebirge. Diese Branchen bieten heute fast nur noch Stoff für Museen. Von den einstmaligen 20 Eisenerzgruben der Region schloss die letzte 1982 ihre Förderanlagen. Die Stahlkrise Anfang der 1990er Jahre trieb viele Metallbetriebe in den Bankrott. Den Sprung in die Wirtschaft der Moderne hat die Region nur in Ausnahmefällen geschafft. Bis heute werden in Südniedersachsen Stellen abgebaut – noch zwischen 1995 und 2001 verloren die Kreise Osterode und Goslar mehr als zehn Prozent ihrer Arbeitsplätze.

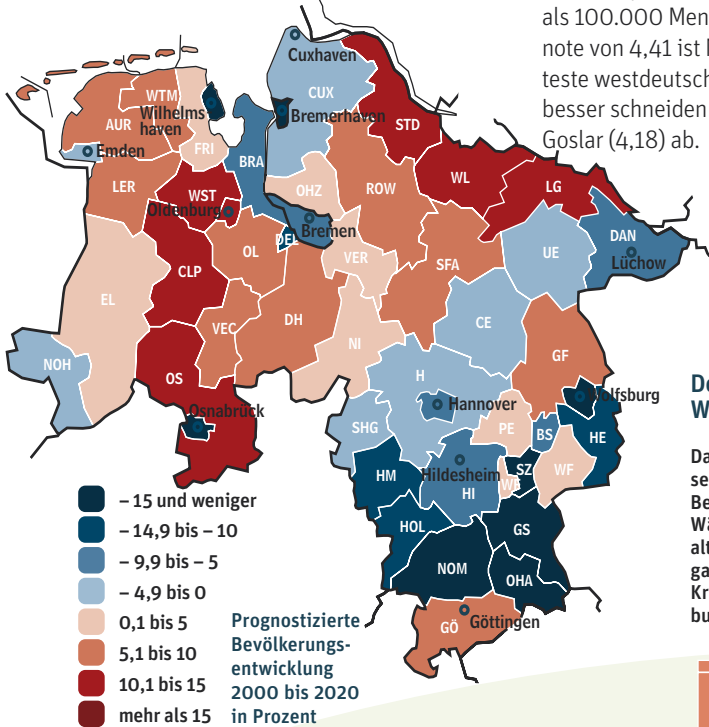


Der wirtschaftliche Verfall im Südosten spiegelt sich auch in der demografischen Entwicklung wieder. Abwanderung sowie die Sterbefallüberschüsse der relativ alten Gesamtbevölkerung tragen gleichermaßen zum negativen Bevölkerungssaldo Südniedersachsens bei. Zwischen 1990 und 2001 haben die fünf Kreise des Weserberglandes und der Harzregion, Holzminden, Osterode, Northeim, Goslar und Salzgitter, insgesamt 14.000 Menschen verloren. Der Anteil der

Senioren liegt mit 21 Prozent bereits heute viereinhalb Prozent über dem deutschen Mittelwert. Osterode war 2000 mit 21,9 Prozent über 65-Jähriger der „älteste“ Landkreis Deutschlands überhaupt. Da nicht mit einem wesentlichen Zuzug junger Menschen zu rechnen ist, und die Alten in absehbarer Zeit sterben, werden die genannten südniedersächsischen Kreise bis 2020 vermutlich 18 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren. Dies entspricht einem Nettoverlust von mehr als 100.000 Menschen. Mit einer Gesamtnote von 4,41 ist Northeim der drittschlechteste westdeutsche Landkreis. Nicht viel besser schneiden Osterode (4,27) und Goslar (4,18) ab.

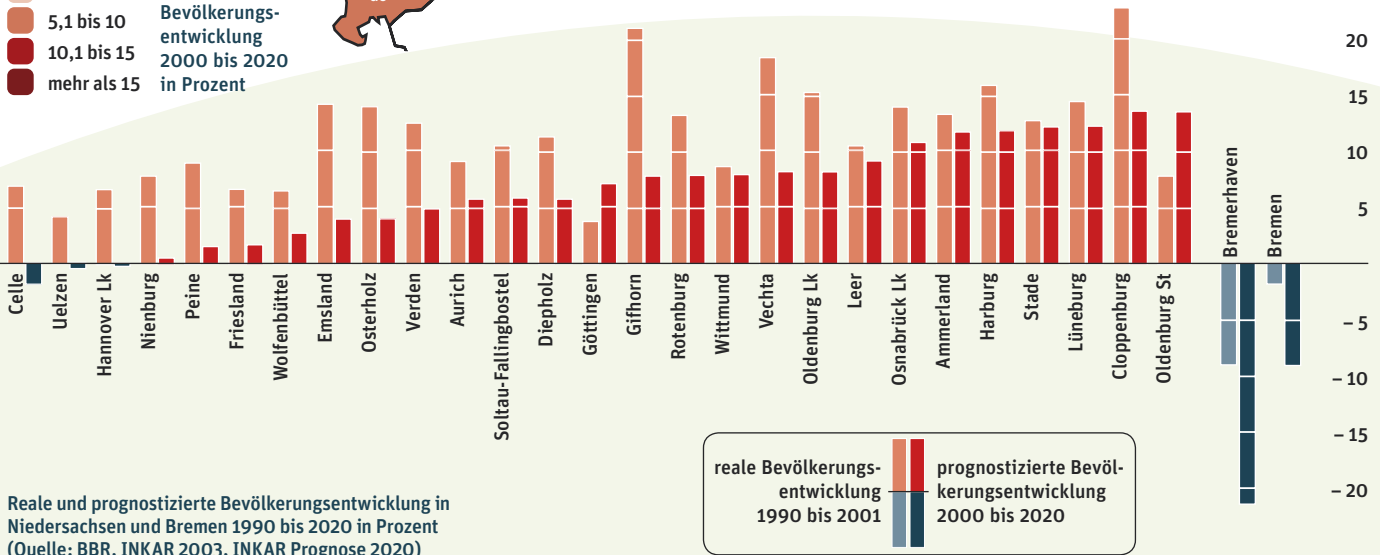
Bundesland Bremen – zwei Städte in Niedersachsen

Bremen ist mit nur 660.000 Einwohnern das mit weitem Abstand kleinste deutsche Bundesland. Es ist auch das einzige, das aus zwei räumlich getrennten geografischen Einheiten besteht, den Städten Bremen und Bremerhaven. Dass der Zwergstaat bis heute selbstständig ist, lässt sich nur historisch erklären: 1358 wurde Bremen Mitglied im Kaufleute-Schutzbund der Hanse und entwickelte sich, wie viele Hansestädte, zu einem mächtigen Handelszentrum. Seit Gründung des deutschen Reiches ist das Land eigenständig, nur während der Nazizeit verlor es seine Souveränität. Doch wirklich unabhängig ist Bremen schon lange nicht mehr. Im Jahr 1994 war es so überschuldet, dass das Bundesverfassungsgericht eine „extreme Haushaltsnotlage“ konstatierte und den Bund zur finanziellen Nothilfe verpflichtete. Seither zahlt dieser Milliarden für Bremer Verbindlichkeiten.



Der Osten verliert – der Westen gewinnt

Das West-Ost-Gefälle Niedersachsens zeigt sich deutlich in den Bevölkerungsprognosen bis 2020. Während vor allem in Städten und alten Industrieregionen ein Rückgang zu erwarten ist, glänzen die Kreise in der Region um Cloppenburg mit stabilem Wachstum.



Reale und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Niedersachsen und Bremen 1990 bis 2020 in Prozent (Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)

Grund für die Misere ist eine verfehlte Wirtschaftspolitik. Bis Mitte der 1980er Jahre hatten Bremen und Bremerhaven im wesentlichen auf Stahlindustrie und Schiffbau gesetzt, obwohl der Strukturwandel längst erkennbar war. Die Bremer Vulkanwerft ließ sich nur mit enormen Subventionen am Leben erhalten – und ging 1996 dennoch pleite. 4.360 Bremer verloren dadurch ihren

Job. Insgesamt gingen mit dem Niedergang der Werftindustrie in Bremen zwischen 1990 und 2001 mehr als sechs Prozent der Arbeitsplätze verloren. Im produzierenden Bereich verlor mehr als jeder fünfte Bremer seine Arbeit. Besonders dramatisch war die Entwicklung in Bremerhaven, wo die Zahl der Beschäftigten um 13,5 Prozent zurück ging.

Bis heute sind die Erfolge des Bremer Sonder-Investitionsprogramms, das dank einer Teilentschuldung des Bundes aufgelegt werden konnte, eher bescheiden. Mit dem millionenschweren Projekt wollte der Bremer Senat ursprünglich 30.000 Arbeitsplätze schaffen und 40.000 Einwohner in die Hansestadt locken. Doch unterm Strich sank die Einwohnerzahl zwischen 1990 und 2001 um 21.000 Menschen. Nur in den Jahren 2001 und 2002 überstieg die Zahl der Zuwanderer den Sterbefallüberschuss Bremens, so dass die Einwohnerzahl in jüngster Zeit nicht weiter zurück ging. Bis 2020 prognostiziert das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung eine weitere Bevölkerungsabnahme um 10,3 Prozent.

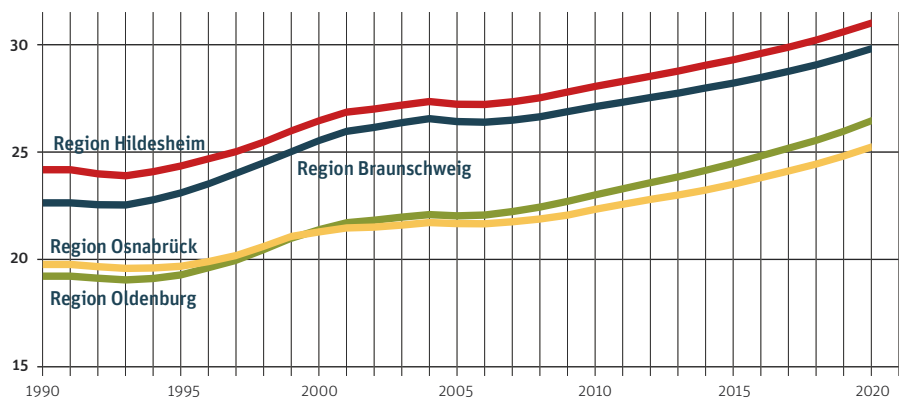
Wo die Schulen aus den Nähten platzen

Das Schuljahr 2003/2004 begann für viele Cloppenburger Schüler nicht im Klassenzimmer, sondern in der Aula und der Turnhalle des Kreisgymnasiums. In der Schule wurden etwa 100 Schüler mehr als im Vorjahr angemeldet und dieser Andrang überstieg die Aufnahmekapazität der Lehranstalt. Die Schulbehörden des Landkreises waren von der Nachfrage offenbar überrascht und mussten Wohncontainer anschaffen, um alle Kinder unterrichten zu können. Zunächst wurde vermutet, die Anhebung des Schulgeldes in einem zweiten, katholischen Gymnasium sei schuld an der Schülerschwemme. Doch der eigentliche Grund liegt in der demografischen Entwicklung, die den Verantwortlichen offenbar nicht geläufig war: In Cloppenburg gibt es heute 13 Prozent mehr Zwölf- und 13-Jährige als noch vor fünf Jahren. Die absolute Zahl der Zwölfjährigen ist im gleichen Zeitraum um etwa 150 gestiegen. Jetzt denkt der Kreis sogar an den Bau eines weiteren Gymnasiums. Denn weitere geburtenstarke Jahrgänge drängen in die Schulen.

Am Beispiel Bremens zeigt sich, wie fragwürdig der bürokratisch aufwändige Erhalt einer solch kleinen föderalen Einheit ist. Denn die Stadtgrenzen haben heute praktisch keine Bedeutung mehr. Rund die Hälfte der 1,2 Millionen Einwohner des Ballungsraumes Bremen leben gar nicht in der Hansestadt, sondern im benachbarten Niedersachsen und zahlen dort auch Steuern. Zu diesen Nachbarn hat Bremen eine viel wichtigere Beziehung als zu der Satellitenstadt Bremerhaven, die zudem eine ganz andere demografische Entwicklung zeigt: Während die Bremer Umlandkreise Osterholz, Verden, Diepholz und Oldenburg zwischen 1990 und 2001 weit über zehn Prozent an Bevölkerung gewonnen haben, hat Bremerhaven neun Prozent eingebüßt.

Wo wenig Kinder geboren werden, überaltert die Bevölkerung

Die Altersverteilung der Bevölkerung im Osten und im Westen Niedersachsens unterscheidet sich deutlich: Während in der Region Braunschweig (unter anderem mit den Kreisen Northeim, Goslar und Osterode) im Jahr 2020 fast 30 Prozent aller Menschen über 60 sein werden, sind es in der kinderreichen Region Osnabrück (mit den Kreisen Cloppenburg und Vechta) gerade mal 25 Prozent.



Anteil über 60-Jähriger an der Bevölkerung in vier niedersächsischen Regionen in Prozent (Quelle: BBR, INKAR Prognose 2020)

2005 läuft die Bundeshilfe, die sich bislang auf 8,5 Milliarden Euro summiert, endgültig aus. Dann muss Bremen einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen. Dass dies gelingt, ist schwer vorstellbar. Denn für das Jahr 2010 werden der Stadt zehn Milliarden Euro Schulden prognostiziert – mehr, als bei Feststellung der Haushaltsnotlage 1994.⁸ Zumal auch „Zukunftsprojekte“, wie der 2004 eröffnete Space-Center-Erlebnispark, sich zu einem zusätzlichen Millionengrab auswachsen könnten. Das reichlich groß dimensionierte Entertainment-Projekt ist für jährlich 1,4 Millionen Besucher konzipiert – eine Zahl, die Experten für weit überzogen halten. Da die Besucherzahlen bereits wenige Monate nach Eröffnung auf nur einige Hundert pro Tag gesunken waren, steht das Projekt womöglich gar vor einem frühen Ende.

Kindersegen im Westen

In einem einzigen Kreis Deutschlands gibt es keinen Anlass, sich über eine immer schmalere werdende Bevölkerungspyramide Gedanken zu machen: im münsterländischen Cloppenburg. Dort sind die Kinderzahlen, die auch in den 1990er Jahren immer über dem deutschen Durchschnitt lagen, in den letzten Jahren sogar noch gestiegen. Der Anteil der unter Fünfjährigen an der Cloppenburger Bevölkerung hat zwischen 1990 und 2001 um fast 23 Prozent zugelegt. Im Jahr 2001 erreichte die Gesamtfertilitätsrate mit 1,92 Kindern je Frau beinahe das „Ersatzniveau“, bei dem eine Bevölkerung auch ohne Zuwanderung langfristig stabil bleibt. Interessanterweise bildet ganz Westniedersachsen eine Insel ungewöhnlicher hoher Fertilität im vergreisenden und schrumpfenden Deutschland. Zwischen Stade und Meppen, zwischen Aurich und Diepholz liegen gleich sieben der acht Kreise mit der höchsten Fertilität in Deutschland.

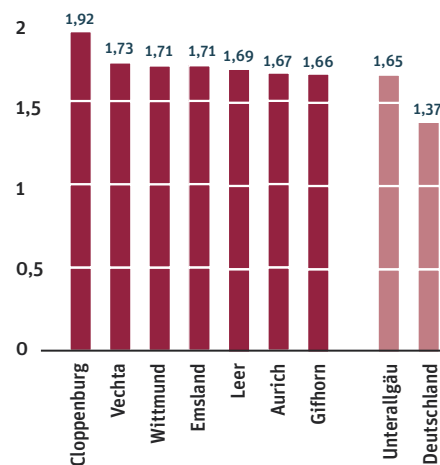
Ebbe an der Küste

Wirtschaftlich und demografisch gleichermaßen schwierig ist die Situation in der niedersächsischen Küstenstadt Wilhelmshaven. Während das ebenfalls seenahe Emden von einem Werk des Autobauers Volkswagen profitiert, musste der Ort mit dem größten deutschen Marinestützpunkt Anfang der 1990er Jahre einen schweren Schlag hinnehmen. Der Büromaschinen-Hersteller Olympia, mit ehemals 12.000 Angestellten, war durch beispielloses Missmanagement in die Pleite geraten. Mit Schließung des Werkes verlor Wilhelmshaven die letzten 2.800 Olympia-Arbeitsplätze.⁹ Auch die Bundeswehr musste Jobs abbauen. Insgesamt nahm die Zahl der Beschäftigten in Wilhelmshaven seit 1990 um über 20 Prozent ab. Zwischen 1997 und 2001 zogen jährlich durchschnittlich 6,5 von 100 Einwohnern aus der Stadt – der dritthöchste Wanderungsverlust aller westdeutschen Kreise. Bis 2020 prognostizieren die Demografen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung einen weiteren Bevölkerungsschwund von 20 Prozent. Und wie überall gehen vor allem die Jungen: Mit 19,6 Prozent in der Altersklasse der über 65-Jährigen sieht Wilhelmshaven schon heute ähnlich alt aus wie die Problemkreise Görlitz oder Essen.

Warum Frauen gerade in dieser Region mehr Kinder bekommen als anderenorts, wissen auch Demografen nicht. Sicher aber hat die häufig beschworene „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen“ keinen Einfluss auf die hohen Kinderzahlen. In Cloppenburg sind gerade mal 340 von 1.000 Frauen zwischen 15 und 65 Jahren erwerbstätig. In der gesamten Region, mit den Kreisen Cloppenburg, Ammerland und Oldenburg stehen 409 von 1.000 Frauen im Berufsleben. Im deutschen Vergleich reicht dies nur für einen Platz im unteren Drittel. Auch das Angebot an Kindergarten- und Krippenplätzen liegt mit 40 bis 50 Plätzen je 100 Kinder unter sechs Jahren deutlich unter dem deutschen Durchschnitt von 60,7. Vielmehr scheint es im Großraum Cloppenburg ganz traditionelle Gründe für den Kindersegen zu geben: Die Bevölkerung ist überwiegend katholisch, die ländliche Region gilt als konservativ und es haben sich vergleichsweise viele Auslandsdeutsche angesiedelt. Diese Aussiedlerfamilien haben zumindest in der ersten Generation noch deutlich mehr Kinder als die alteingesessenen Deutschen.

Nachwuchsfrage gelöst

Im Westen Niedersachsens, einer überwiegend katholischen Region, die von der Landwirtschaft geprägt ist, werden die relativ meisten Kinder Deutschlands geboren. Sieben der acht Kreise mit den höchsten Kinderzahlen je Frau liegen hier. Erst auf Platz acht folgt der bayerische Kreis Unterallgäu. Den Rekord hält Cloppenburg mit einer Fertilitätsrate von 1,92. Deutschlandweit bekommen die Frauen im Mittel lediglich 1,37 Kinder.



Gesamt-Fertilitätsraten in den acht fruchtbarsten deutschen Kreisen
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)

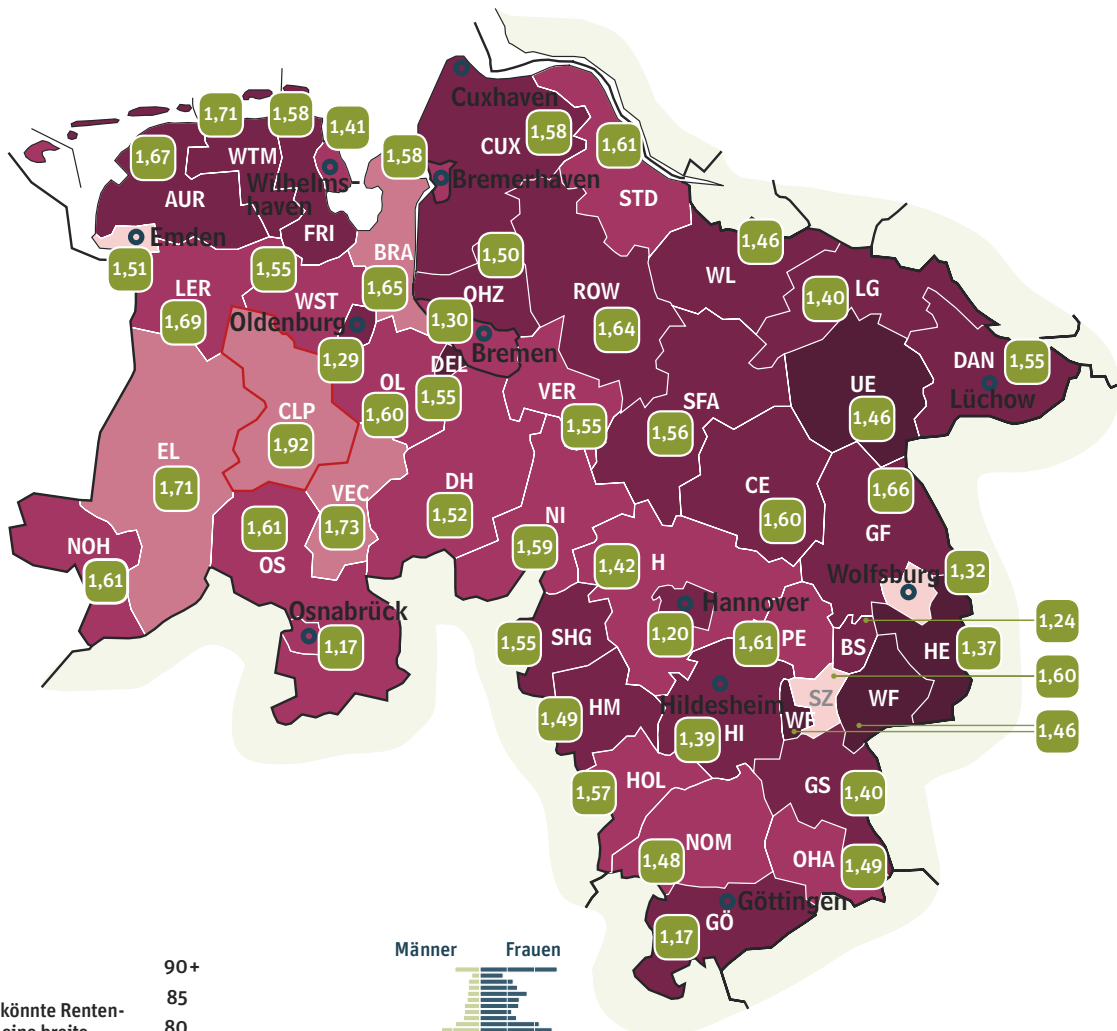
Frauen am Herd?

Müssen Kinder und Beruf für Frauen vereinbar sein damit ausreichend Kinder geboren werden? Zumindest nicht in Niedersachsen: Die meisten Kinder werden dort geboren, wo die wenigsten Frauen arbeiten.

Frauenenerwerbsbeteiligung Niedersachsen 2001 in Prozent
(Quelle: BBR, INKAR 2003)

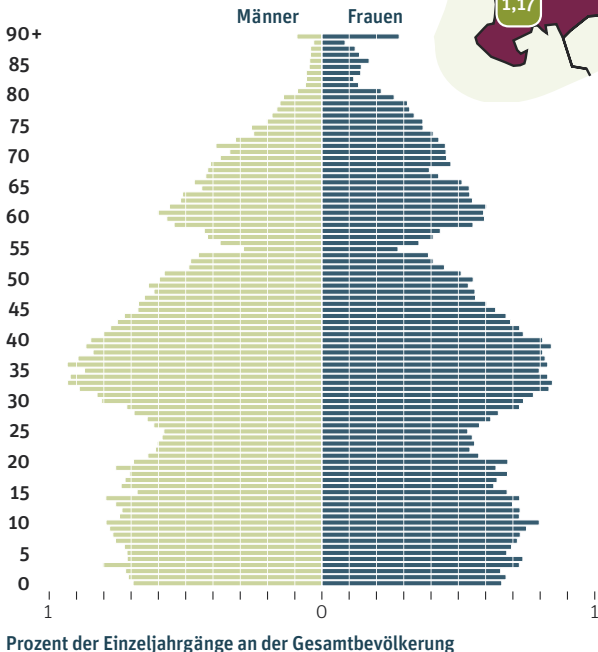


1,24 Durchschnittliche Kinderzahl je Frau (2001)



Modellkreis Cloppenburg

Die Alterspyramide von Cloppenburg könnte Rentenexperten glücklich machen. Sie weist eine breite Basis junger Menschen auf, viele Erwerbstätige und nur wenige Alte. In der Pyramide sind in der Altersklasse der heute 55- bis 60-Jährigen deutlich die Geburtenausfälle während des Zweiten Weltkrieges zu erkennen. Das „Echo“ folgte 30 Jahre später – als die ausgedünnte Kriegsgeneration im vermehrungsfähigen Alter war und entsprechend weniger Kinder geboren wurden. Die starken Kohorten der heute 30- bis 40-Jährigen entstanden durch Flüchtlinge nach dem Krieg und den Nachkriegsbabyboom. Auch diese zeigen mit Verzögerung ein Echo – bei den heute Fünf- bis 15-Jährigen.



(Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, eigene Berechnungen)

Bewertung Niedersachsen und Bremen

		Demografie						Wirtschaft						Integration		Bildung			Familienfr.		Flächenn.			GESAMTNOTE						
		Kinderzahl	Unter 20-jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+ Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote		Singlehaushalte	Kindergärten	Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
WST	Ammerland	3	4	3	1	4	1	2,7	3	4	3	4	3	3	1	3,0	4	4	4,0	4	3	5	4,0	3	5	4,0	3	4	3,5	3,27
AUR	Aurich	3	3	2	1	4	2	2,5	4	5	5	6	4	3	2	4,1	5	3	4,0	4	2	6	4,0	2	6	4,0	3	2	2,5	3,50
BS	Braunschweig	6	6	3	3	4	4	4,3	2	2	5	4	4	6	6	4,1	6	4	5,0	3	3	1	2,3	6	5	5,5	5	5	5,0	4,23
CE	Celle	3	4	2	2	4	3	3,0	3	3	5	6	4	5	4	4,3	5	5	5,0	4	3	5	4,0	3	5	4,0	2	5	3,5	3,86
CLP	Cloppenburg	2	2	4	1	2	1	2,0	4	4	5	5	3	2	1	3,4	5	6	5,5	3	3	6	4,0	2	6	4,0	2	6	4,0	3,41
CUX	Cuxhaven	3	4	3	1	6	3	3,3	3	5	4	6	4	5	2	4,1	6	4	5,0	4	3	5	4,0	2	5	3,5	2	2	2,0	3,73
DEL	Delmenhorst	3	4	3	4	4	5	3,8	3	4	5	3	6	3	4	4,0	5	6	5,5	4	3	5	4,0	4	5	4,5	5	6	5,5	4,27
DH	Diepholz	3	4	3	1	4	2	2,8	2	3	4	4	3	6	6	4,0	3	6	4,5	3	1	1	1,7	1	5	3,0	2	5	3,5	3,27
EMD	Emden	3	4	4	3	4	3	3,5	3	2	5	6	5	5	4	4,3	5	3	4,0	3	2	5	3,3	4	5	4,5	1	5	3,0	3,82
EL	Emsland	2	3	4	2	3	2	2,7	4	3	3	6	3	2	1	3,1	6	6	6,0	3	2	5	3,3	1	6	3,5	2	5	3,5	3,36
FRI	Friesland	3	4	3	1	4	2	2,8	3	4	5	6	4	4	3	4,1	5	5	5,0	5	2	5	4,0	4	5	4,5	3	2	2,5	3,73
GF	Gifhorn	3	3	2	1	3	2	2,3	2	6	4	3	3	2	2	3,1	5	5	5,0	3	3	4	3,3	1	6	3,5	2	5	3,5	3,18
GS	Goslar	4	5	4	3	6	6	4,7	3	3	1	6	4	6	5	4,0	5	4	4,5	4	3	5	4,0	5	5	5,0	3	2	2,5	4,18
GÖ	Göttingen	6	5	1	3	3	2	3,3	3	3	4	5	4	4	5	4,0	4	5	4,5	4	4	1	3,0	5	5	5,0	4	5	4,5	3,86
NOH	Grafschaft Bentheim	3	3	3	1	4	3	2,8	4	4	4	6	3	3	2	3,7	5	6	5,5	5	1	5	3,7	1	6	3,5	3	5	4,0	3,64
HM	Hameln-Pyrmont	4	5	2	2	5	5	3,8	3	4	3	4	5	4	3	3,7	5	6	5,5	4	3	4	3,7	5	5	5,0	4	6	5,0	4,14
H	Hannover Lk	4	4	2	2	5	3	3,3	2	3	5	5	3	6	4	4,0	4	5	4,5	4	3	5	4,0	3	5	4,0	4	4	4,0	3,86
H	Hannover St	6	6	1	2	4	4	3,8	2	2	6	3	6	5	5	4,1	5	5	5,0	4	3	4	3,7	6	5	5,5	6	5	5,5	4,32
WL	Harburg	4	4	1	1	4	1	2,5	1	5	2	3	3	3	2	2,7	5	6	5,5	2	3	3	2,7	3	5	4,0	4	5	4,5	3,18
HE	Helmstedt	5	4	3	2	6	5	4,2	2	4	4	5	4	5	5	4,1	6	6	6,0	3	3	5	3,7	3	5	4,0	3	5	4,0	4,23
HI	Hildesheim	5	5	1	2	5	4	3,7	2	4	5	4	5	5	5	4,1	6	5	5,5	4	2	4	3,3	4	5	4,5	4	5	4,5	4,09
HOL	Holzminen	3	4	3	3	6	5	4,0	3	3	2	5	4	6	5	4,0	4	4	5,0	6	3	5	4,7	3	5	4,0	2	5	3,5	4,05
LER	Leer	3	3	3	1	4	2	2,7	4	4	3	6	4	3	3	3,9	6	4	5,0	4	3	6	4,3	2	6	4,0	3	3	3,0	3,64
DAN	Lüchow-Dannenberg	3	4	2	2	6	4	3,5	4	4	3	6	4	6	4	4,4	6	4	5,0	3	5	5	4,3	4	5	4,5	1	4	2,5	4,05
LG	Lüneburg	4	4	1	1	3	1	2,3	3	4	4	5	4	4	2	3,7	5	5	5,0	4	3	3	3,3	4	5	4,5	3	5	4,0	3,50
NI	Nienburg	3	4	3	2	5	2	3,2	3	3	3	5	4	4	4	3,7	6	6	6,0	5	2	5	4,0	2	6	4,0	2	6	4,0	3,86
NOM	Northeim	4	5	3	3	6	6	4,5	3	4	4	5	4	6	5	4,4	6	5	5,5	4	4	5	4,3	3	5	4,0	2	5	3,5	4,41
OL	Oldenburg Lk	3	4	3	1	4	2	2,8	3	4	2	4	3	3	1	2,9	5	5	5,0	4	3	4	3,7	2	6	4,0	2	5	3,5	3,32
OL	Oldenburg St	6	5	1	2	3	1	3,0	2	2	6	5	6	5	4	4,3	6	5	5,5	3	3	2	2,7	5	5	5,0	5	5	5,0	3,95
OS	Osnabrück Lk	3	3	3	2	3	1	2,5	4	4	3	3	3	3	2	3,1	5	6	5,5	3	2	5	3,3	3	6	4,5	3	5	4,0	3,41
OS	Osnabrück St	6	5	1	4	3	6	4,2	3	2	5	5	4	5	5	4,1	4	5	4,5	2	2	2	2,0	6	5	5,5	5	5	5,0	4,09
OHZ	Osterholz	3	4	3	1	5	2	3,0	2	5	5	4	3	3	3	3,6	6	6	6,0	4	4	4	4,0	2	5	3,5	3	5	4,0	3,73
OHA	Osterode	4	5	2	3	6	6	4,3	3	3	5	5	4	6	5	4,4	6	4	5,0	4	4	5	4,3	4	5	4,5	3	2	2,5	4,27
PE	Peine	3	4	2	1	5	2	2,8	3	5	2	3	4	4	3	3,4	5	5	5,0	4	2	4	3,3	2	5	3,5	4	6	5,0	3,55
ROW	Rotenburg	3	3	3	1	4	2	2,7	3	4	3	4	3	4	2	3,3	6	5	5,5	4	1	5	3,3	2	6	4,0	1	5	3,0	3,36
SZ	Salzgitter	3	5	3	5	5	6	4,5	3	2	5	4	6	5	6	4,4	5	3	4,0	2	3	5	3,3	4	6	5,0	1	5	3,0	4,18
SHG	Schaumburg	3	4	3	1	5	3	3,2	3	4	2	5	4	5	4	3,9	5	6	5,5	4	3	4	3,7	3	5	4,0	4	5	4,5	3,86
SFA	Soltau-Fallingbostal	3	4	5	1	4	2	3,2	3	3	3	4	4	4	3	3,4	5	5	5,0	4	4	5	4,3	4	5	4,5	1	2	1,5	3,55
STD	Stade	3	4	3	1	4	1	2,7	2	3	4	3	4	3	2	3,0	6	6	5,5	4	2	4	3,3	2	5	3,5	3	5	4,0	3,32
UE	Uelzen	4	5	2	1	5	3	3,3	3	4	4	6	4	6	4	4,4	6	5	5,5	3	5	5	4,3	4	5	4,5	1	3	2,0	4,00
VEC	Vechta	2	2	3	1	2	2	2,0	3	3	3	3	2	2	1	2,4	6	6	6,0	3	3	5	3,7	2	6	4,0	3	6	4,5	3,14
VER	Verden	3	4	2	1	5	2	2,8	2	3	3	3	3	3	3	2,9	6	6	6,0	3	1	4	2,7	3	5	4,0	3	5	4,0	3,32
BRA	Wesermarsch	3	4	3	2	5	4	3,5	3	3	4	5	4	4	4	3,9	6	4	5,0	2	3	5	3,3	4	6	5,0	2	4	3,0	3,82
WHV	Wilhelmshaven	4	5	6	5	5	6	5,2	3	2	2	6	6	6	5	4,3	3	5	4,0	4	2	5	3,7	6	6	6,0	4	5	4,5	4,59
WTM	Wittmund	2	4	3	1	4	2	2,7	4	4	4	6	4	4	3	4,1	6	5	5,5	4	2	6	4,0	3	6	4,5	1	1	1,0	3,59
WF	Wolfenbüttel	4	4	3	1	4	2	3,0	2	6	4	4	3	4	3	3,7	4	4	4,0	3	3	3	3,0	3	5	4,0	3	6	4,5	3,55
WOB	Wolfsburg	5	5	3	3	5	6	4,5	1	1	2	2	3	4	5	2,6	5	3	4,0	3	3	5	3,7	4	4	4,0	2	5	3,5	3,59
HB	Bremen	5	5	1	3	4	4	3,7	3	2	6	5	6	5	5	4,6	4	4	4,0	3	4	2	3,0	6	5	5,5	5	5	5,0	4,18
HB	Bremerhaven	3	5	3	6	5	6	4,7	5	3	6	6	6	6	6	5,4	4	3	3,5	4	5	5	4,7	6	6	6,0	5	5	5,0	4,95

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Das wichtigste Kapital sind die Leere und die Landschaft



Mecklenburg-Vorpommern gehört seit langem zu den rückständigsten Regionen Deutschlands. Bis 1945 bewirtschafteten Gutsherren und Großgrundbesitzer das Land in feudaler Weise. An deren Stelle traten nach dem Zweiten Weltkrieg die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR. Auch die waren keine Garanten für die Moderne: Bis zum Ende der DDR arbeitete noch ein Fünftel der mecklenburgischen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft – eine ungewöhnlich hohe Zahl in einem Industrieland.¹⁰

So startete das nordöstliche Bundesland mit denkbar schlechten wirtschaftlichen Voraussetzungen in die deutsche Einheit. Die nach Plan von der DDR vollzogene Industrialisierung Mecklenburg-Vorpommerns hinterließ vorwiegend Betriebe, die nach der Wende keine Zukunft hatten: Das „Kombinat Schiffbau“ mit Standorten in Rostock, Stralsund, Warnemünde, Wismar und Wolgast, das 1987 noch 43.000 Personen beschäftigt hatte, wurde nach dem Mauerfall der Bremer Vulkan-Werft zugeschlagen – und ging mit

ihr 1996 in die Pleite. Ausgedehnte Militäranlagen zerfielen zu Brachen oder wurden wenigstens zu Naturschutzgebieten geadelt. Auch die einst als Arbeitgeber für die Soldaten-Ehefrauen in Mecklenburg angesiedelten 65 Textilbetriebe überlebten den Gang in die Marktwirtschaft nicht. Heute arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern, mit 4,3 Prozent der Erwerbstätigen, noch immer mehr Menschen in der Landwirtschaft als in jedem anderen Bundesland. Der Kreis Mecklenburg-Strelitz hält mit 12,2 Prozent „Landarbeitern“ den deutschen Rekord.

Mecklenburg-Vorpommern ist das am dünnsten besiedelte Bundesland. Insgesamt leben dort nur 76 Einwohner auf einem Quadratkilometer. Das Bruttoinlandsprodukt war 2001 mit 16.100 Euro je Einwohner nach Sachsen-Anhalt das zweitniedrigste in Deutschland. Der einzige Trumpf Mecklenburg-Vorpommerns ist seine Leere und die landschaftliche Schönheit. Das Land weist den größten Anteil an Freiflächen mit Erholungswert auf. Mit jährlich fast zehn Touristenübernachtungen je Einwohner, vor allem auf Rügen, an der Ostseeküste und in der mecklenburgischen Seenplatte, ist der Fremdenverkehr ein Bereich, in dem das Bundesland im positiven Sinne die Spitzenposition einnimmt.

Gute Altersstruktur – aber schlechte Lebenserwartung

Mecklenburg-Vorpommern erreichte seine größte Bevölkerungszahl im Jahr 1946. Die Flüchtlingswelle während und nach dem Krieg ließ die Ziffer auf über 2,1 Millionen ansteigen. Danach ging die Einwohnerzahl auf etwa 1,9 Millionen zurück, vor allem weil es die Menschen nach Westen in die Bundesrepublik zog. Erst 1961 konnte der Mauerbau die Abwanderung der Ostdeutschen stoppen. Neu angesiedelte Industriebetriebe und Militärstützpunkte im Norden der DDR und die relativ hohen Geburtenraten der Landbevölkerung sorgten anschließend für ein leichtes Bevölkerungswachstum. Im Jahr 1988, kurz vor dem Zusammenbruch der DDR, lebten wieder fast zwei Millionen Menschen in den drei Nordbezirken Schwerin, Neubrandenburg und Rostock, die heute Mecklenburg-Vorpommern bilden.

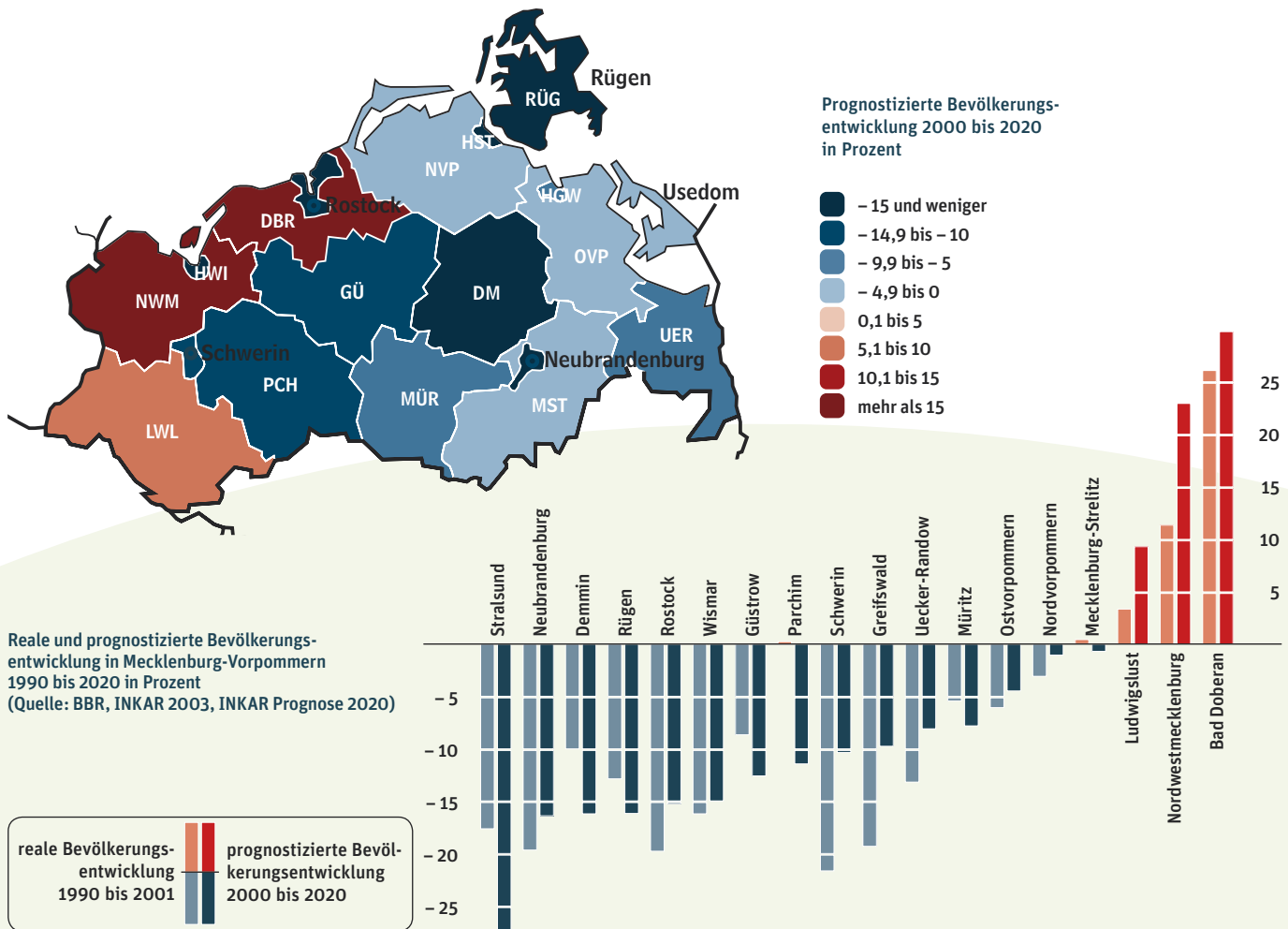
Bad Doberan an der Spitze

Während fast alle Kreise Mecklenburg-Vorpommerns schrumpfen, wächst Bad Doberan. Der Nachbarkreis von Rostock profitiert von der Stadtfucht und erlebte zwischen 1990 und 2001 mit 26,3 Prozent den größten Bevölkerungszuwachs ganz Deutschlands. Rostock hat im gleichen Zeitraum mehr als 20.000 Einwohner verloren.

Das Bundesland hatte 1990 eine ausgesprochen günstige Altersstruktur. Wie für landwirtschaftliche Gebiete typisch, wurden deutlich mehr Kinder geboren als in industrialisierten Gegenden. Anfang der 1980er Jahre lag die Geburtenrate der Mecklenburger 20 Prozent über jener der Gesamt-DDR-Bevölkerung. Die meisten Frauen bekamen bereits mit 21 Jahren ihr erstes Kind. Noch im Jahr 1990 war die Fertilitätsrate Mecklenburg-Vorpommerns mit 1,64 Kindern je Frau die höchste der Republik. Das nordöstliche Bundesland verzeichnete damals den bundesweit höchsten Anteil an Jugendlichen – und den geringsten an Rentnern.

Dieser Traumwert aus Sicht einer Rentenversicherungsanstalt lag nicht nur an den hohen Geburtenraten, sondern auch an der niedrigen Lebenserwartung im Norden Ostdeutschlands. Die für Mecklenburg-Vorpommern typische bäuerliche Lebensweise mit harter körperlicher Arbeit, einseitiger Ernährung und hohem Alkoholkonsum begrenzt die Lebensspanne der Menschen auf fatale Weise. Anfang der 1990er Jahre starben in Mecklenburg-Vorpommern drei bis vier Mal so viele Männer an Leberzirrhose wie im

Bundesdurchschnitt.¹¹ Zudem ist es in dem dünn besiedelten Land im Notfall schwer, schnell an medizinische Hilfe zu kommen. Weite Wege, Alkoholmissbrauch und die von Bäumen gesäumten Mecklenburger Alleen verschafften dem Land seit 13 Jahren den Spitzenplatz in der Verkehrsoffer-Statistik. Im Jahr 2001 starben je 100.000 Einwohner fast 17 Menschen – meist junge Männer – bei Verkehrsunfällen, fast doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. Bis heute ist die Lebenserwartung der Männer in Mecklenburg-Vorpommern mit 72,3 Jahren die niedrigste in Deutschland.



Die Dörfer lösen sich auf

Nach 1990 sackte, wie überall im Osten, auch in Mecklenburg-Vorpommern die Geburtenrate um etwa 50 Prozent ab. 1994 bekamen die Frauen im Mittel nur noch 0,73 Kinder. Gegenwärtig liegt diese Ziffer wieder bei 1,2 – weit entfernt von früheren Spitzenwerten. Zwischen 1990 und 2002 sind in Mecklenburg-Vorpommern 268.000 Menschen gestorben, bei nur 189.000 Geburten. Weggezogen sind im gleichen Zeitraum 140.000, so dass Mecklenburg-Vorpommern innerhalb von 13 Jahren 219.000 Einwohner verloren hat. Das sind mehr Menschen, als in seiner einzigen Großstadt Rostock leben.

Innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns beschleunigte die Wiedervereinigung die ohnehin notorische Landflucht. Bereits Ende der 1980er Jahre hatte weit über die Hälfte der Dörfer weniger als 500 Einwohner. Zwölf Prozent der Ortschaften galten als „demografischer Krisentyp“ – sie drohten sich als soziale Einheiten aufzulösen.¹² Nach 1990

emigrierten die Menschen besonders aus den Kreisen Güstrow und Demmin im Zentrum Mecklenburg-Vorpommerns, aus Uecker-Randow an der polnischen Grenze und von der Insel Rügen. Die vier Kreise verloren in den Jahren 1990 bis 2001 zwischen neun und 13 Prozent ihrer Einwohner. Noch höhere Verluste mussten die kreisfreien Städte hinnehmen: In Greifswald, Schwerin, Neubrandenburg und selbst in der Landeshauptstadt Schwerin sank die Einwohnerzahl um rund ein Fünftel.

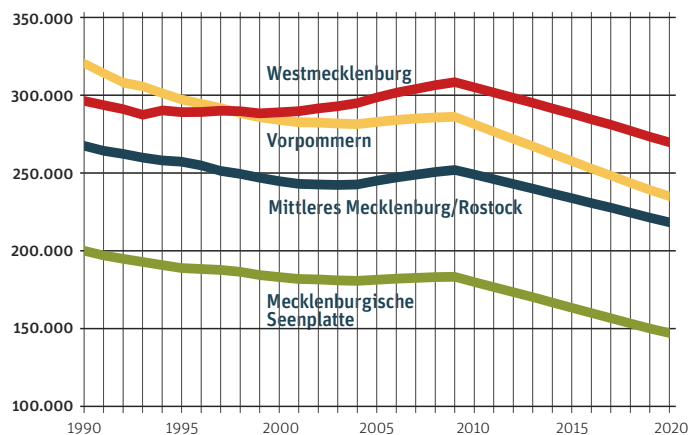
Doch es gibt auch Gewinner in der Krise. Der Kreis Ludwigslust hat in zwölf Jahren um 3,3 Prozent zugelegt: Bürger aus dem nahen Schleswig-Holstein nutzen die günstigen Baulandpreise. Auch Nordwestmecklenburg hat vom Wunsch der Menschen aus den Nachbarstädten Lübeck, Schwerin und Rostock nach einem Wohnort im Grünen profitiert: Der Kreis wuchs um 11,3 Prozent. Bad Doberan ist mit einem Plus von mehr als 26 Prozent einsamer Spitzenreiter unter den Landkreisen im Norden. Der Nachbarkreis zum schrumpfenden Rostock ist heute deutscher Meister im Wohnungsneubau. Gemessen am vorhandenen Wohnungsbestand wird nirgendwo so viel gebaut wie in diesem Kreis.

Männerrepublik Mecklenburg-Vorpommern

Wo immer in Ostdeutschland Menschen abwandern, gehen die Frauen zuerst. Zwar gab es schon vor 1990 in den Agrargemeinden Mecklenburgs deutlich weniger Frauen als Männer – vermutlich weil die körperlich schwere Arbeit in der Landwirtschaft für Frauen nicht sehr attraktiv war. Aber auch weil die Mädchen meist bessere Schulnoten hatten und eher in den Kreis- oder Bezirksstädten unterkamen. Neu aber ist, dass Frauen in so großer Zahl gleich das Bundesland verlassen. Ende 2001 lebten in Mecklenburg-Vorpommern je 100 Männer zwischen 18 und 30 Jahren nur noch 86 Frauen der selben Altersgruppe – das bedeutet den größten Frauenmangel in Deutschland.

Auf den Bevölkerungsschwund folgt der Schwund der Arbeiterklasse

Die erwerbsfähige Bevölkerung zwischen 20 und 59 Jahren in den Regionen Mecklenburg-Vorpommerns wird bis 2020 um rund 135.000 Personen (etwa 13 Prozent) abnehmen.



(Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)

Trotz des enormen Verlustes junger Menschen im letzten Jahrzehnt profitiert Mecklenburg-Vorpommern noch immer von seiner früheren demografischen Spitzenstellung. Nach wie vor ist es das Bundesland mit dem geringsten Anteil über 65-Jähriger – nur 15,2 Prozent der Menschen sind im Rentenalter. Umgekehrt besitzt Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Jugendanteil der ostdeutschen Länder. Dieses Verhältnis wird sich allerdings in den nächsten zwei Jahrzehnten grundlegend ändern. Weil aus den unteren Altersklassen wenig nachwächst, und die geburtenstarken Semester in das Rentenalter kommen, steht Mecklenburg-Vorpommern vor einer abrupten Überalterung. Nach den Prognosen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung wird im Jahr 2020 die Region Mecklenburgische Seenplatte (mit Neubrandenburg und den Kreisen Mecklenburg-Strelitz, Müritz und Demmin) mit einem Anteil von 33,5 Prozent über 60-Jähriger zur sechst ältesten Region Deutschlands.

Späte Besinnung auf die Qualitäten des Heimatlandes

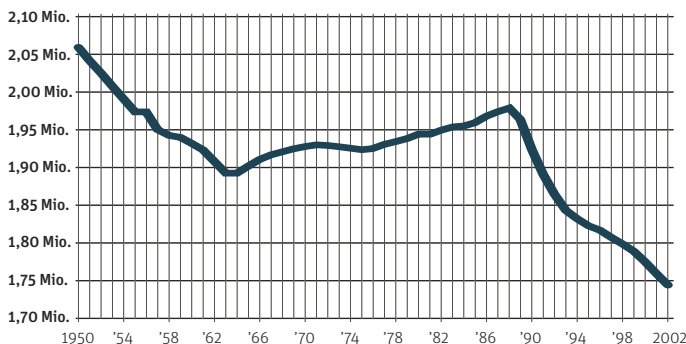
Im Jahr 2001 gründeten die „Stiftung evangelische Jugend Schwerin“ und das IT-Unternehmen „Planet internet commerce“ die Zu- und Rückwanderungsagentur „MV4you“. Auf einer Website können sich ehemalige Landeskinder eintragen, die einen Job in ihrer alten Heimat suchen. Auch mecklenburgische Unternehmen nutzen die Datenbank. Gegenwärtig sind rund 1.000 Interessenten bei der Internet-Agentur registriert. Eine Umfrage unter ihnen ergab, dass es sich bei den Rückkehrwilligen um überdurchschnittlich qualifizierte Personen handelt – 60 Prozent haben Abitur und 40 Prozent ein abgeschlossenes Studium. Weggezogen sind sie in der Regel aus wirtschaftlichen Gründen. Mehr als ein Drittel von ihnen war in Mecklenburg-Vorpommern arbeitslos, ein weiteres Fünftel fürchtete um den Arbeitsplatz. Alle konnten ihr Einkommen in der Fremde deutlich verbessern. Allerdings vermissen die Auswanderer Freunde und Familienangehörige – sowie die Kinderfreundlichkeit ihrer alten Heimat. Etwa 5.000 Auswanderer soll die Agentur bereits wieder zurück nach Mecklenburg-Vorpommern geholt haben.

Im Jahr 1991 war die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns noch vergleichsweise jung. Doch weil immer weniger Kinder geboren werden und viele junge Menschen abgewandert sind, werden um 2020 die stärksten Altersklassen in Rente gehen. Danach dominieren die Alten.

(Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)

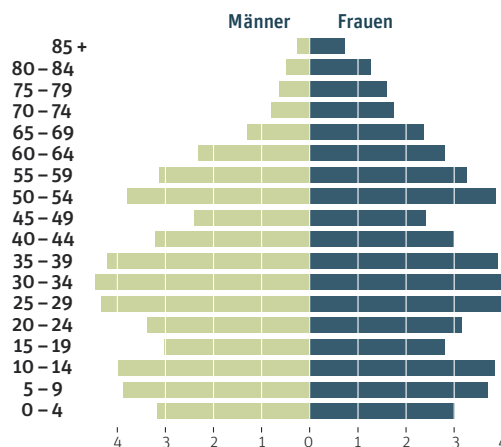
Die Folgen zweier Fluchtwellen in den Westen

Bis zum Bau der Mauer verließen die Bewohner des heutigen Mecklenburg-Vorpommern in Massen ihre Heimat. Landwirtschaftliche Großbetriebe, Industrie- und Militärsiedlung konnten den Trend umkehren. Bis die Mauer fiel und eine zweite Fluchtwelle einsetzte.

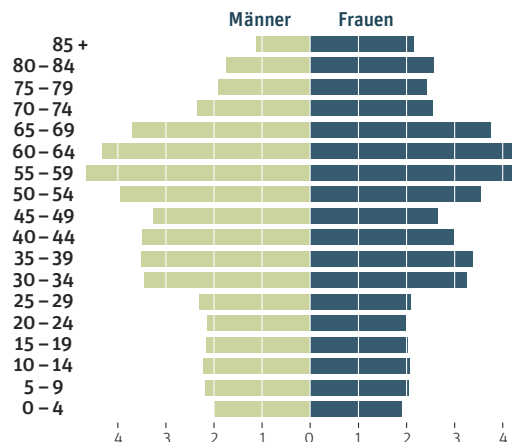


Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern 1950 bis 2002 (Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Die Daten von 1950 bis 1956 sind interpoliert.)

Mecklenburg-Vorpommern 1991



Mecklenburg-Vorpommern 2020

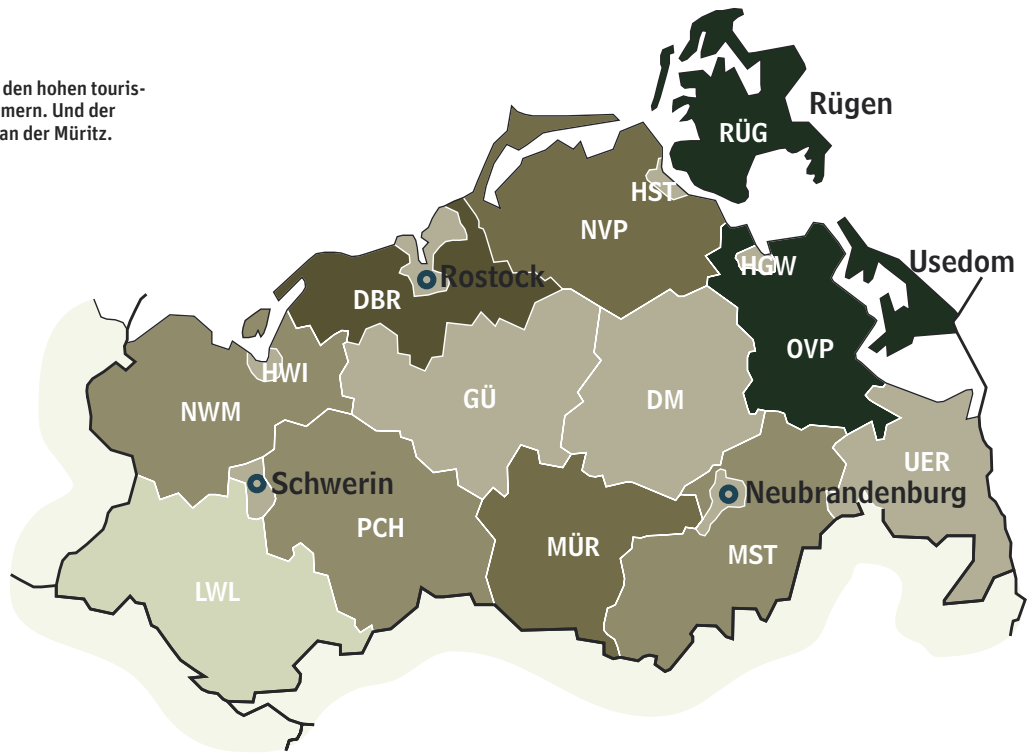


Prozent der Fünfjahres-Kohorten an der Gesamtbevölkerung

Im Fremdenverkehr Spitze

Die Übernachtungszahlen sprechen für den hohen touristischen Wert von Mecklenburg-Vorpommern. Und der liegt vor allem an der Ostseeküste und an der Müritz.

Übernachtungen je Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern Durchschnitt 1997 – 2001
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)



Bewertung Mecklenburg-Vorpommern

		Demografie						Wirtschaft						Integration			Bildung			Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE				
		Kinderzahl	Unter 20-jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singeleihaute	Kindergärten		Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
DBR	Bad Doberan	6	4	6	1	4	1	3,7	5	5	4	2	3	1	1	3,0	6	2	4,0	6	4	3	4,3	2	3	2,5	1	2	1,5	3,27
DM	Demmin	6	4	6	5	5	6	5,3	6	6	5	5	4	3	5	4,9	6	3	4,5	4	4	5	4,3	3	3	3,0	1	5	3,0	4,55
HGW	Greifswald	6	5	3	6	2	4	4,3	5	4	3	2	5	2	2	3,3	4	2	3,0	6	4	1	3,7	6	2	4,0	4	5	4,5	3,77
GÜ	Güstrow	6	4	6	4	4	5	4,8	6	5	5	4	3	2	3	4,0	5	3	4,0	5	4	4	4,3	3	3	3,0	1	5	3,0	4,09
LWL	Ludwigslust	5	4	6	1	4	2	3,7	5	6	3	1	3	2	3	3,3	6	3	4,5	5	4	5	4,7	2	3	2,5	1	6	3,5	3,64
MST	Mecklenburg-Strelitz	5	4	6	2	5	3	4,2	6	6	6	4	4	2	3	4,4	5	3	4,0	5	4	4	4,3	3	4	3,5	1	4	2,5	4,05
MÜR	Müritz	6	4	5	2	5	4	4,3	6	5	5	3	4	2	2	3,9	4	2	3,0	6	4	4	4,7	3	3	3,0	1	2	1,5	3,73
NB	Neubrandenburg	6	5	5	6	4	6	5,3	5	3	5	1	5	1	3	3,3	6	4	5,0	6	4	2	4,0	6	4	5,0	3	5	4,0	4,32
NVP	Nordvorpommern	6	4	5	2	5	3	4,2	6	6	5	4	4	2	3	4,3	6	3	4,5	4	4	5	4,3	2	3	2,5	1	2	1,5	3,86
NWM	Nordwestmecklenburg	5	4	5	1	3	1	3,2	5	6	5	1	3	2	1	3,3	6	3	4,5	5	4	4	4,3	1	4	2,5	1	3	2,0	3,32
OVP	Ostvorpommern	6	5	6	2	5	3	4,5	6	6	5	3	4	2	1	3,9	5	2	3,5	5	4	4	4,3	2	3	2,5	1	1	1,0	3,68
PCH	Parchim	6	4	6	2	5	5	4,7	6	6	4	3	3	2	4	4,0	5	3	4,0	4	4	4	4,0	2	4	3,0	1	4	2,5	3,95
HRO	Rostock	6	6	4	6	5	6	5,5	5	3	3	2	4	2	4	3,3	2	5	3,5	6	4	1	3,7	5	2	3,5	4	4	4,0	4,05
RÜG	Rügen	6	5	5	5	5	6	5,3	6	6	5	2	4	2	1	3,7	5	2	3,5	4	4	4	4,0	2	3	2,5	1	1	1,0	3,82
SN	Schwerin	6	5	4	6	4	5	5,0	4	2	4	2	6	3	4	3,6	4	6	5,0	5	4	2	3,7	6	2	4,0	3	5	4,0	4,18
HST	Stralsund	6	5	3	6	6	6	5,3	5	3	5	4	5	3	4	4,1	2	2	2,0	4	4	3	3,7	5	3	4,0	5	5	5,0	4,27
UER	Uecker-Randow	6	5	6	6	5	4	5,3	6	6	4	6	5	3	4	4,9	1	4	2,5	6	4	5	5,0	3	4	3,0	1	5	3,0	4,50
HWI	Wismar	6	6	5	5	5	6	5,5	5	4	5	4	5	4	4	4,4	6	5	5,5	6	4	3	4,3	5	4	4,5	4	5	4,5	4,82

BERLIN UND BRANDENBURG

Die Probleme der Hauptstadt werden zum Segen für das Umland



Die Region Berlin-Brandenburg vereint enorme demografische Gegensätze. Berlin, mit den umliegenden Brandenburger Landkreisen, ist mit heute 4,36 Millionen Menschen nach dem Ruhrgebiet das zweitgrößte Ballungszentrum Deutschlands. Doch nur 50 Kilometer vom Brandenburger Tor entfernt findet sich mit der Uckermark die am dünnsten besiedelte Region Deutschlands.

Weil der Osten Deutschlands nach 1945 den Zugang zu den Kohle- und Stahlrevieren an Saar und Ruhr verloren hatte, musste sich innerhalb der DDR Brandenburg zu einer neuen Schwerindustrie-Region entwickeln. So wurden in der Lausitz riesige Braunkohle-Tagebaue aufgeschlossen. In Brandenburg an der Havel, Hennigsdorf und Eisenhüttenstadt wurden Stahlwerke aus- oder ganz neu aufgebaut. In Schwedt an der Oder begann 1960 der Bau einer Erdölraffinerie. Zeitweilig lieferte Brandenburg zwei Drittel aller Brennstoffe in der DDR. Noch 1991 bot der Kohlebergbau einem Viertel aller außerhalb der Landwirtschaft beschäftigten Brandenburger Arbeit.

Im geteilten Berlin, vor dem Krieg wichtigste Industriestadt Deutschlands, konservierte währenddessen die Politik eine Wirtschaftsstruktur, die nach der Wiedervereinigung größte Probleme bereiten sollte. Im isolierten Westteil standen die „verlängerten Werkbänke“ westdeutscher Firmen. Letztere hatten zwar ihre Vorstände und Entwicklungsabteilungen längst abgezogen, ließen jedoch, gestützt von massiven Subventionen des

Bundes, weiterhin in Berlin fertigen. Auch in die Bürokratie West-Berlins floss viel Geld: 1989 war der Anteil von Beschäftigten im West-Berliner öffentlichen Dienst um ein Fünftel höher als in westdeutschen Ballungszentren. In Ost-Berlin betrieb die DDR bis 1989 eine veraltete, personalintensive Industrie und beschäftigte zehntausende Funktionäre und Staatsbedienstete, die mit der Wende weitgehend ihre berufliche Existenzberechtigung verloren.

Von dieser Strukturkrise hat sich Berlin bis heute nicht erholt. Zwischen 1992 und 2002 gingen in Berlin 135.000 Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe verloren.¹³ Trotz Zuwächsen in den Bereichen Finanzen und Dienstleistungen hatte Berlin im Jahr 2002 noch immer 100.000 Erwerbstätige weniger als zehn Jahre zuvor. Der Ausbau der Infrastruktur in der Stadt ist durch eine extreme Überschuldung fast zum Erliegen gekommen. Das reale Bruttoinlandsprodukt der Hauptstadt schrumpfte 2003 bereits das dritte Jahr in Folge.¹⁴ Dies sind denkbar schlechte Voraussetzungen für die Bewältigung drängender Zukunftsaufgaben der Stadt.

Brandenburger Völkerwanderung

Während hunderttausende Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern in der letzten 14 Jahren nur ein Ziel kannten, den Westen, verlief die Entwicklung in Brandenburg anders: von der Peripherie ins Zentrum. Jene Städte und Regionen am Rande des Bundeslandes, die lange von der Schwerindustrie profitiert hatten, fielen mit dem Zusammenbruch der DDR geradezu ins Leere. Frankfurt an der Oder und Cottbus büßten seit 1990 fast ein Fünftel ihrer Bewohner ein. Die Stahlstadt Brandenburg an der Havel verlor 17, der Braunkohle-Kreis Oberspreewald-Lausitz 14 Prozent seiner Bevölkerung. Die Einwohnerzahl der Uckermark, in der das frühere Petrochemische Kombinat Schwedt der wichtigste Arbeitgeber war, schrumpfte um zwölf Prozent. Die ländliche Prignitz, der Nordwestzipfel Brandenburgs, bietet heute 13,6 Prozent weniger Menschen ein Zuhause.

Doch das Zentrum Brandenburgs blüht und gedeiht. Vor allem, weil sich das von Finanzkrise zu Finanzkrise taumelnde Berlin in den vergangenen Jahren einen Brandenburger Speckgürtel zugelegt hat. Die Kreise Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming, westlich von Berlin, haben seit 1995 kaum noch Arbeitsplätze verloren – im Osten das größte zusammenhängende Gebiet ohne nennenswerten Beschäftigungsrückgang während der letzten acht Jahre.

Obendrein ziehen Wohlhabende und Stadtmüde hinaus ins landschaftlich attraktive Umland von Berlin. Alle Kreise in der unmittelbaren Umgebung Berlins sind gewachsen. Aber auch hier ist ein Ost-West-Gefälle zu beobachten: Der östlich Berlins gelegene Landkreis Oder-Spree, in dem das stark schrumpfende Eisenhüttenstadt liegt, wuchs zwischen 1990 und 2001 um 1,7 Prozent. In Potsdam-Mittelmark im Westen Berlins legte die Einwohnerzahl in der gleichen Zeitspanne um 23,4 Prozent zu – das ist fast so viel wie im boomenden und begüterten Münchener Umlandkreis Erding. Entsprechend liegt auch die durchschnittliche Kaufkraft in Potsdam-Mittelmark um ein Drittel über jener in der Uckermark.

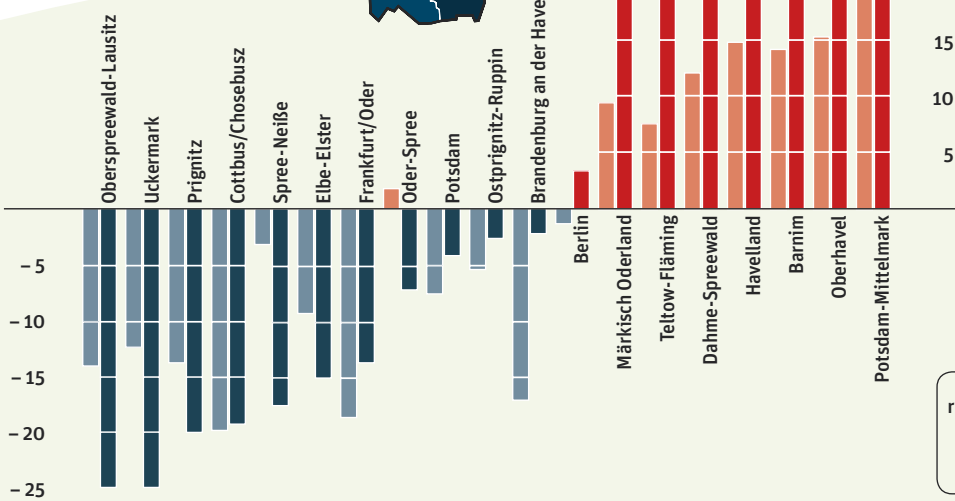
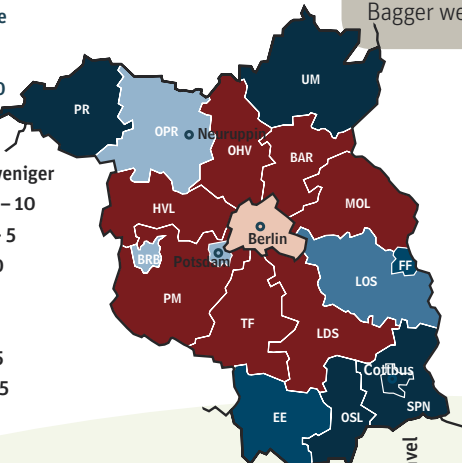
Industriestädte ohne Zukunft

In den Randregionen Brandenburgs regiert die Abrissbirne. Bis Ende 2003 wurden in 24 Städten 9.000 Wohnungen „vom Markt genommen“. Weitere 6.000 werden bis Ende 2004 folgen. Am stärksten betroffen ist die ehemalige Öl-Stadt Schwedt. Vor 1960 nur eine Kleinstadt, wuchs sie mit dem Bau des Petrochemischen Kombinates bis 1989 auf 52.500 Einwohner. Die Raffinerie war der wichtigste Arbeitgeber im Landkreis Uckermark. Zwar existiert sie bis heute, doch die einstige Größe ist dahin. Bis Ende 2002 verlor die Stadt mehr als ein Viertel ihrer Bevölkerung – 13.700 Menschen. Mittlerweile wurden in Schwedt 2.550 Wohnungen abgerissen. Damit ist die Stadt Abbruch-Meister in Brandenburg.

Nicht besser erging es Guben, nach dem ersten und einzigen Präsidenten der DDR „Wilhelm-Pieck-Stadt“ genannt und ebenfalls an der polnischen Grenze gelegen. In der DDR-Epoche entstand hier ein Chemiefaserwerk, wo zu besten Zeiten 8.000 Menschen arbeiteten. Heute sind davon noch ein paar hundert geblieben. Die Einwohnerzahl der Stadt sank binnen zehn Jahren von 31.000 auf 25.000 Menschen. Ende 2002 standen von den 14.000 Gubener Wohnungen 21 Prozent leer, vermutlich die höchste Leerstandsquote einer Stadt in ganz Deutschland. Bis Ende 2003 mussten 1.100 Wohnungen dem Bagger weichen.¹⁵

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020 in Prozent

- 15 und weniger
- 14,9 bis – 10
- 9,9 bis – 5
- 4,9 bis 0
- 0,1 bis 5
- 5,1 bis 10
- 10,1 bis 15
- mehr als 15



Der Rand verliert, die Mitte legt zu

Den stark wachsenden Berliner Umlandkreisen stehen große Bevölkerungsverluste der Randregionen Brandenburgs gegenüber. Die Stadt Berlin kann allenfalls noch mit einem geringen Bevölkerungswachstum rechnen.

Reale und prognostizierte Bevölkerungsveränderung in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2020 in Prozent (Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)



Rekordtief der Geburten

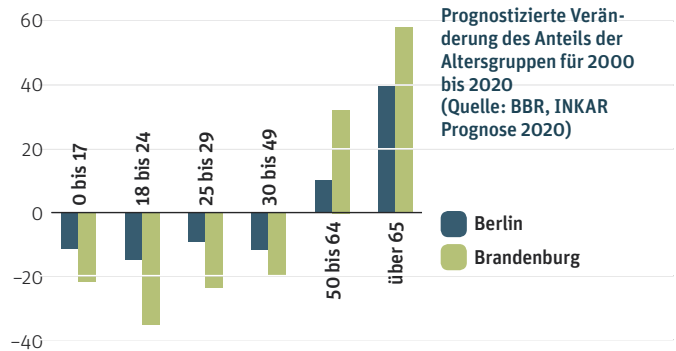
Geburten und Sterbefälle entwickelten sich in Brandenburg während der 1990er Jahre ähnlich wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Hier sank die Fertilität allerdings noch schneller und tiefer als andersorts. Brandenburg erreichte im Jahr 1993 mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 0,72 je Frau Alter den niedrigsten jemals in einem deutschen Bundesland gemessenen Wert. Seit 1994 steigt die Kinderzahl zwar wieder an, sie lag aber im Jahr 2001 mit 1,18 Kindern je Frau noch immer so niedrig wie nirgendwo in Deutschland. Und auch hinter dieser Ziffer verbergen sich große regionale Unterschiede. Wo die wirtschaftlichen Perspektiven schlecht sind, in den Landkreisen entlang der polnischen Grenze, bekommen die Frauen wenig Nachwuchs. Weil dies auch die Gebiete sind, aus denen vor allem die Jungen abwandern, potenziert sich der Effekt des Nachwuchsmangels noch. Am besten entwickeln sich Potsdam-Mittelmark und vor allem das Havelland, wo trotz der pendlerfreundlichen Nähe zu Berlin und Potsdam billiges Bauland für junge Familien zur Verfügung steht. Mit einer Fertilitätsrate von 1,31 Kinder je Frau belegt das Havelland Platz neun in Ostdeutschland. Dieser relativ hohe Wert zeigt allerdings, wie weit selbst die Bevölkerung eines kinderfreundlichen Kreises von einer bestanderhaltenden Fertilitätsrate entfernt ist.

Die deutsche Hauptstadt erweist sich aus demografischer Sicht nicht als Metropole

Die deutsche Geschichte hat deutliche Spuren an der Bevölkerungsentwicklung Berlins hinterlassen. Lebten vor dem zweiten Weltkrieg mehr als vier Millionen Einwohner in der Reichshauptstadt, blieben nach Zerstörung, Teilung und Abwanderung vor allem aus dem Ostteil nach dem Krieg nur noch knapp 3,4 Millionen. Anfang der 1980er Jahre waren es kaum mehr als drei Millionen. Der schnelle Zuwachs nach der Wende kam schon 1995 zum Erliegen. Womöglich wird der Spitzenwert von 1994 nie wieder erreicht.

Die Hauptstadt wird alt

Berlin wird im Jahr 2020 vermutlich 40 Prozent mehr Rentner haben als 1999. Brandenburg hat mit einem Rentnerzuwachs von fast 60 Prozent zu rechnen. Weil es gleichzeitig wesentlich weniger junge Menschen geben wird, müssen sich Schulen und Universitäten, Geschäfte und Sportstätten, Discos und Kneipen auf eine deutlich veränderte Klientel einstellen.

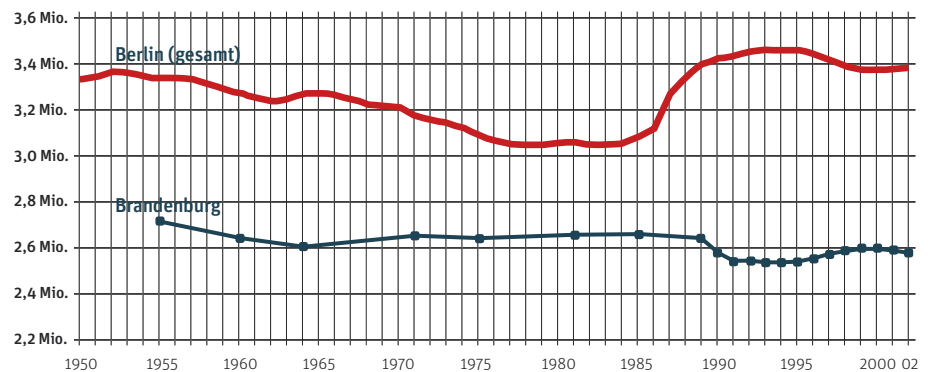


Berlin – das lahme Zugferd

Die Bundeshauptstadt kann die in sie gesetzten Erwartungen als pulsierende Metropole zumindest aus demografischer Sicht nicht erfüllen. 1990 lagen die mittelfristigen Bevölkerungsprognosen bis 2010 noch bei fünf Millionen Einwohnern.¹⁶ Manche Stadtplaner erwarteten sechs, bis 2030 sogar zehn Millionen Einwohner und sahen Berlin zu einer Metropole wie Paris oder London heranwachsen.¹⁷ Tatsächlich leben in Berlin heute 3,4 Millionen Einwohner – 40.000 weniger als im Jahr der deutschen Einheit. Das reale Bruttoinlandsprodukt Berlins liegt heute unter dem Wert von 1991. In Berlin ging die Fertilität durch das Gewicht der westlichen Bezirke mit ihrem hohen Ausländeranteil weniger stark zurück als in den ostdeutschen Flächenländern. Heute liegt die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in Berlin mit 1,18 gleichauf mit Brandenburg. Allerdings ist die Hauptstadt damit unter den Stadtstaaten das Schlusslicht.

Dennoch bleibt Berlin ein, wenn auch stotternder, Motor der Region. Die Stadt profitierte Anfang der 1990er Jahre von einer Zuwanderung aus dem Ausland und von der Abwanderung aus den neuen Bundesländern. Bei letzterer allerdings weit weniger als westdeutsche Metropolen. Bis 1995 konnte die Zuwanderung die Sterbefallüberschüsse Berlins noch ausgleichen, danach nicht mehr. Anschließend sank die Bevölkerung wieder, bis der „Hauptstadteffekt“, der Umzug der Bundesverwaltung zwischen 1998 und 2002, so viele Funktionsträger, Behördenmitarbeiter und Diplomaten nach Berlin brachte, dass die Einwohnerzahl seit dem Jahr 2000 annähernd konstant geblieben ist.¹⁸

Bevölkerungsentwicklung in Berlin und Brandenburg 1950 bis 2002
(Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg)



Prognosen über die demografische Zukunft Berlins abzugeben ist schwierig. Stärker als bei Flächenländern hängt die Anziehungskraft einer Hauptstadt von ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung ab. Bisher sorgten allein vier Universitäten und zahlreiche andere Hochschulen ständig für mehr als 130.000 junge Studierende in der Stadt. Ob dies angesichts der Finanznot und massiver Kürzungen im Bildungsbereich in Zukunft so bleiben wird, ist abzuwarten. Kaum vorausagen lässt sich auch, welche Wirkung der EU-Beitritt Polens und der anderen osteuropäischen Länder auf die Metropole haben wird – schließlich spielte Berlin, der „Ostbahnhof Europas“, schon Anfang des Jahrhunderts eine bedeutenden Rolle als Zentrum osteuropäischer Migration. Da Migranten allerdings meist Richtung Arbeit wandern, hängt zukünftig Vieles von der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Berlin ab.

Die Prognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung geht davon aus, dass Berlins Bevölkerung zwischen 2000 und 2020 um 3,3 Prozent wächst. Eine Hochrechnung der Statistischen Landesämter von Berlin und Brandenburg sagt bei unveränderter ökonomischer Situation bis 2020 einen leichten Bevölkerungsrückgang voraus. Für die Metropolregion insgesamt, für Berlin mit seinen Umlandkreisen, rechnen jedoch beide Forschergruppen mit einem Zugewinn.¹⁹

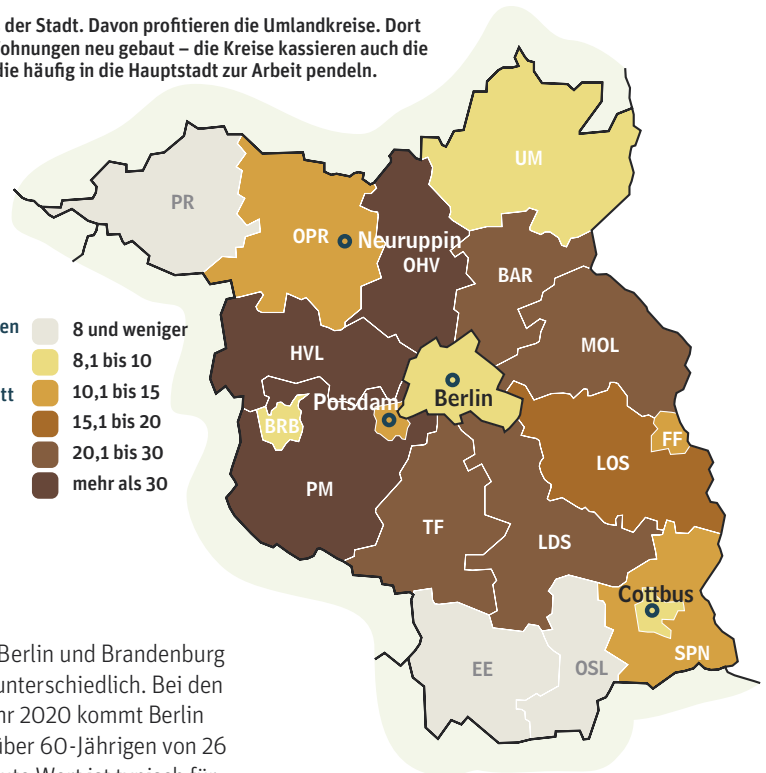
Die Mauer bleibt

Einwanderer gehen dorthin, wo sie Arbeit finden – und wo sie willkommen sind. Weil beides im Osten selten ist, hat auch 13 Jahre nach der Wiedervereinigung kein Brandenburger Kreis mehr als fünf Prozent ausländische Einwohner. Die meisten Ausländer leben nach wie vor in West-Berlin. Die höchsten Anteile verzeichnen die Stadtteile Kreuzberg-Friedrichshain und Mitte.

Schöner wohnen in Brandenburg

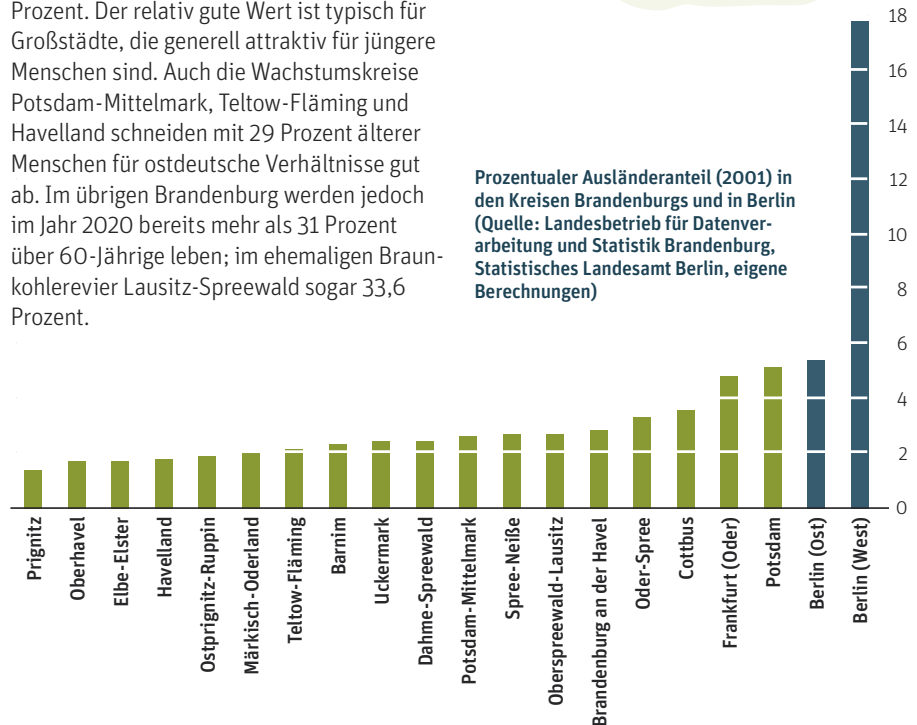
Die Berliner treibt es aus der Stadt. Davon profitieren die Umlandkreise. Dort werden nicht nur viele Wohnungen neu gebaut – die Kreise kassieren auch die Steuern der Neubürger, die häufig in die Hauptstadt zur Arbeit pendeln.

Fertiggestellte Wohnungen je 1.000 Wohnungen im Bestand in Berlin und Brandenburg Durchschnitt 1997 bis 2001
(Quelle: Statistisches Landesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)



Auch die Alterung in Berlin und Brandenburg entwickelt sich sehr unterschiedlich. Bei den Prognosen für das Jahr 2020 kommt Berlin auf einen Anteil der über 60-Jährigen von 26 Prozent. Der relativ gute Wert ist typisch für Großstädte, die generell attraktiv für jüngere Menschen sind. Auch die Wachstumskreise Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und Havelland schneiden mit 29 Prozent älterer Menschen für ostdeutsche Verhältnisse gut ab. Im übrigen Brandenburg werden jedoch im Jahr 2020 bereits mehr als 31 Prozent über 60-Jährige leben; im ehemaligen Braunkohlerevier Lausitz-Spreewald sogar 33,6 Prozent.

Prozentualer Ausländeranteil (2001) in den Kreisen Brandenburgs und in Berlin
(Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Statistisches Landesamt Berlin, eigene Berechnungen)



Diplomaten und Döner-Köche – Ausländer in Berlin

Der Ruf als „Klein-Istanbul“ hat den Berliner Stadtteil Kreuzberg deutschlandweit bekannt gemacht. Mit 120.000 Menschen leben in der Hauptstadt tatsächlich mehr Türken als in jeder anderen deutschen Stadt. Die zweitstärkste Gruppe der Ausländer stellen mit sieben Prozent aller Ausländer die Polen. Schließlich stammen, für die Hauptstadt des größten EU-Landes nicht anders zu erwarten, 15 Prozent der Berliner mit ausländischem Pass aus Ländern der Europäischen Union.²⁰ Dies trägt dazu bei, dass die Fremden in Berlin, mit einer Note von 4,0, insgesamt relativ gut integriert sind. Berlin schneidet beim Anteil ausländischer Jugendlicher an weiterführenden Schulen besser ab als viele westdeutsche Städte. 7,2 Prozent aller ausländischen Erwerbstätigen in Berlin verfügen über einen Fach- oder Hochschulabschluss.

Doch diese guten Daten täuschen darüber hinweg, dass nicht alle Ausländer in Berlin gut integriert sind. Im Norden des Westberliner Stadtteils Neukölln, in dem 132 von 1.000 Einwohnern Sozialhilfe

beziehen, leben fast 40 Prozent Ausländer. Da auch das Bildungs- und Einkommensniveau der dort lebenden Deutschen niedrig ist, kann es kaum verwundern, dass das Viertel mit jährlich 99 Straftaten je 1.000 Einwohner 40 Prozent über dem Berliner Durchschnitt liegt – und die Berliner Kriminalitätsstatistik anführt. Nord-Neukölln ist damit eine von neun von der Berliner Polizei als „gefährliche Viertel“ ausgewiesenen Regionen der Stadt.²¹ Keine davon befindet sich in Ostberlin. Der Berliner Innensenator Erhard Körting warnte kürzlich davor, dass mehrere Stadtteile mit hohem Ausländeranteil riskieren, „in Richtung Ghettoisierung abzukippen“. Dabei leben insgesamt in der deutschen Hauptstadt, mit 13 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung, deutlich weniger Ausländer als in Großstädten wie Hamburg (15,1), Frankfurt am Main (22,5) oder Stuttgart (24,4).

Bewertung Berlin und Brandenburg

		Demografie						Wirtschaft						Integration			Bildung			Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE				
		Kinderzahl	Unter 20-Jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kindergärten		Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
BAR	Barnim	6	5	4	1	5	1	3,7	5	5	2	3	3	2	1	3,0	6	4	5,0	4	6	3	4,3	2	3	2,5	2	4	3,0	3,50
BRB	Brandenburg a/d Havel	6	6	6	6	6	3	5,5	5	4	1	4	4	3	4	3,6	4	4	4,0	3	4	4	3,7	2	2	2,0	1	6	3,5	4,00
CB	Cottbus/Chosebusz	6	5	4	6	4	6	5,2	5	3	2	2	4	3	4	3,3	6	3	4,5	2	6	1	3,0	5	2	3,5	3	5	4,0	3,95
LDS	Dahme-Spreewald	6	5	5	1	5	1	3,8	4	4	2	2	3	3	1	2,7	5	3	4,0	2	5	3	3,3	2	3	2,5	1	4	2,5	3,18
EE	Elbe-Elster	6	5	6	4	6	5	5,3	6	5	2	4	3	4	5	4,1	5	4	4,5	2	6	4	4,0	1	2	1,5	1	5	3,0	4,14
FF	Frankfurt/Oder	6	5	4	6	4	5	5,0	5	3	1	3	4	2	4	3,1	1	3	2,0	3	5	2	3,3	3	2	2,5	1	5	3,0	3,50
HVL	Havelland	5	4	4	1	4	1	3,2	5	6	2	3	4	2	1	3,3	2	3	2,5	3	6	3	4,0	3	3	3,0	1	5	3,0	3,23
MOL	Märkisch Oderland	6	4	5	1	5	1	3,7	5	5	2	3	3	2	1	3,0	6	3	4,5	4	5	3	4,0	2	2	2,0	1	5	3,0	3,36
OHV	Oberhavel	6	5	4	1	4	1	3,5	5	6	1	2	3	2	1	2,9	5	3	4,0	3	6	3	4,0	2	3	2,5	2	5	3,5	3,32
OSL	Oberspreewald-Lausitz	6	5	6	6	6	6	5,8	6	6	1	4	4	4	5	4,3	6	4	5,0	4	6	4	4,7	3	3	3,0	2	5	3,5	4,64
LOS	Oder-Spree	6	5	6	1	6	4	4,7	5	5	2	3	3	2	1	3,0	2	4	3,0	3	5	3	3,7	3	2	2,5	1	5	3,0	3,50
OPR	Ostprignitz-Ruppin	6	5	6	4	5	3	4,8	6	5	3	3	4	3	4	4,0	3	4	3,5	4	6	4	4,7	2	3	2,5	1	4	2,5	4,00
P	Potsdam	6	5	2	4	3	3	3,8	4	2	2	1	3	3	3	2,6	3	6	4,5	2	4	1	2,3	5	2	3,5	4	5	4,5	3,32
PM	Potsdam-Mittelmark	6	4	5	1	4	1	3,5	4	5	3	2	2	2	1	2,7	6	3	4,5	3	4	2	3,0	1	3	2,0	1	4	2,5	3,05
PR	Prignitz	6	5	6	5	6	6	5,7	6	6	3	4	3	4	5	4,4	6	3	4,5	4	6	5	5,0	2	2	2,0	1	5	3,0	4,50
SPN	Spree-Neiße	6	5	6	3	5	6	5,2	6	4	3	4	4	3	3	3,9	6	4	5,0	2	6	3	3,7	2	3	2,5	2	5	3,5	4,14
TF	Teltow-Fläming	6	5	4	1	4	1	3,5	5	4	1	1	3	2	1	2,4	6	3	4,5	4	4	4	4,0	2	3	2,5	1	5	3,0	3,18
UM	Uckermark	6	5	6	6	5	6	5,7	6	5	2	5	4	2	4	4,0	6	2	4,0	4	6	4	4,7	4	3	3,5	1	5	3,0	4,41
B	Berlin	6	5	2	3	3	2	3,5	3	3	6	5	6	3	5	4,4	4	4	4,0	4	5	1	3,3	6	4	5,0	6	5	5,5	4,14

SACHSEN

In Leipzig und Dresden ziehen neue Industrien ein – in der Oberlausitz die Wölfe



Das bevölkerungsreichste der neuen Bundesländer ist ein klassisches Industrieland. Bereits im 19. Jahrhundert gehörte Sachsen zu den am höchsten industrialisierten Regionen der Welt. Hier entstand die erste Eisenbahnfernverbindung Deutschlands und mit der Bergakademie Freiberg die weltweit erste montanwissenschaftliche Hochschule. Auch der Strukturwandel ist kein Novum für Sachsen: Schon vor über zweihundert Jahren mussten die Menschen im Erzgebirge vom Silberbergbau auf die Herstellung von Spielzeug und Spitzen umsteigen.

Zu DDR-Zeiten entstanden in den drei sächsischen Bezirken Chemnitz, Leipzig und Dresden rund 40 Prozent der DDR-Industriegüter.²² Das Landmaschinenkombinat „Fortschritt“ und der Mikroelektronik-Hersteller Robotron produzierten für den gesamten Ostblock. Und auch das meistverkaufte Auto der DDR, der Trabant, der nahezu 40 Jahre in fast unverändertem Design vom Band lief, wurde in Sachsen montiert. Von alledem blieb nach der Wende wenig. Der wiedergegründete Freistaat verlor zwischen 1990 und 2000 über 40 Prozent seiner Arbeitsplätze. Dennoch reichte der alte Schwung aus, um das Bundesland in der wirtschaftlichen Entwicklung an die Spitze der neuen Bundesländer zu führen. Im Jahr 2000 hatte Sachsen das höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Osten Deutschlands.

Der heutige Freistaat hat bereits zu DDR-Zeiten ununterbrochen Bevölkerung verloren. Von fast 5,7 Millionen Menschen im Jahr 1950 waren 1989 nur noch 4,8 Millionen übrig. Hauptgrund für den Verlust war Abwanderung in die Bundesrepublik, die meiste davon vor dem Bau der Mauer. Ein Phänomen, das sich nach dem Ende der DDR enorm beschleunigte. Zwischen 1990 und 2001 verließen weitere 220.000 Menschen den Freistaat – vor allem qualifizierte Facharbeiter. Obwohl sich das Land wirtschaftlich besser entwickelte als alle anderen neuen Bundesländer, musste es in diesem Zeitraum nach Sachsen-Anhalt den zweithöchsten Bevölkerungsverlust hinnehmen.

Das liegt auch daran, dass Sachsen bereits seit längerem einen Sterbefallüberschuss zu verzeichnen hat. Anders als etwa im ländlichen Mecklenburg sank in der Industrie-region Sachsen die Fertilitätsrate schon in den 1920er Jahren. Aus diesem Grund hat Sachsen heute eine relativ alte Bevölkerung. Bereits in den 1980er Jahren starben in dem Land jährlich etwa 10.000 Menschen mehr als geboren wurden. Der Sterbefallüberschuss war so groß, dass die Zahl der Einwohner zurückging, obwohl zwischen 1993 und 1997 kurzzeitig mehr Menschen nach Sachsen ein- als auswanderten. Wurden 1989 noch 56.000 junge Sachsen geboren, waren es fünf Jahre später gerade noch 22.700. Die Fertilitätsrate war zu diesem Zeitpunkt bis auf 0,77 Kinder je Frau eingebrochen. Insgesamt hat Sachsen seit der Wende 562.000 Menschen verloren. 60 Prozent davon gehen auf das Konto des Geburtendefizits.²³

Auch in Sachsen hält die Flucht aus Gebieten des wirtschaftlichen Zusammenbruchs an

Innerhalb Sachsens folgt die Bevölkerungsentwicklung dem Muster der anderen neuen Bundesländer: Die Menschen verlassen ländliche Regionen und nur die Umkreise großer Städte profitieren von der Binnenmigration. Zu den leidtragenden Gebieten zählen vor allem die Oberlausitz nahe der polnischen Grenze im Osten Sachsens und das Erzgebirge im Südwesten. Das Braunkohlerevier der Oberlausitz verlor zwischen 1990 und 2001 elf Prozent seiner Einwohner. Besonders schlimm betroffen waren Görlitz (21,2 Prozent) und Hoyerswerda (29,4 Prozent). Löbau-Zittau, im Dreiländereck zu Polen und Tschechien gelegen und zu DDR-Zeiten eine Hochburg der Textilindustrie, erlebt einen ähnlichen Niedergang. Dort kommt noch ein weiteres demografisches Problem hinzu: Junge Frauen, die in der DDR relativ leicht Arbeit fanden, haben nach der Wende häufig ihre Heimat verlassen. Ende 2001 lebten im Kreis Löbau-Zittau nur noch 79,8 Frauen pro 100 Männer in der Altersklasse zwischen 18 und 29 Jahren – eines der höchsten Frauendefizite in Deutschland. Im benachbarten Niederschlesischen Oberlausitz-Kreis gibt es je 100 junge Männer nur 83 Frauen. Logischerweise schwindet mit den jungen Frauen auch die Zukunft der Region: Es werden immer weniger Kinder geboren. Schon heute sind in Löbau-Zittau 9,3 Prozent der Bevölkerung älter als 75 Jahre – der dritthöchste Wert in den neuen Bundesländern. Bei der Gesamtbewertung ist Löbau-Zittau mit einer Note von 4,82 das Schlusslicht unter den sächsischen Kreisen.

Das kurze Leben der Platten-Neustadt

Keiner deutschen Stadt haben die Bewohner in der jüngeren Vergangenheit so massiv den Rücken gekehrt wie dem ostsächsischen Hoyerswerda. 1956 wurden in dem Ort von damals 7.500 Einwohnern die ersten Arbeiter des später größten Braunkohle-Veredlers Europas angesiedelt, des Kombines „Schwarze Pumpe“. Hoyerswerda wurde zum sozialistischen Experiment und Vorzeigeprojekt. Der Zuzug war so groß, dass die Arbeiter das traditionelle Stein-auf-Stein-Bauen aufgaben und die Wohnstätten „industriell“ hochzogen: 1957 entstand in Hoyerswerda das erste Großplattenwerk der DDR. Fortan stampften die Bauleute einen Block mit 32 Wohnungen in zwei Wochen aus dem Boden. Anfang der 1980er Jahre lebten in der Stadt schon mehr als 70.000 Einwohner – über vier Fünftel davon in der Platten-Neustadt von Hoyerswerda.²⁴ Doch noch schneller kam der Niedergang: Nach der Wiedervereinigung starb die riesige Gas-, Kohle- und Brikett-Industrie und mit ihr die Stadt. Über 12.000 Bergbau- und Kohle-Jobs gingen verloren.²⁵

Jahr für Jahr verlor Hoyerswerda rund 2,5 Prozent seiner Bewohner. Etwa 40 Prozent der Abwanderer flüchteten aus der Platte ins Umland. Die übrigen verließen gleich die ganze Region. Heute prägen eher Abrissbagger als Menschen das Stadtbild von Hoyerswerda-Neustadt, wo mindestens 5.000 Wohnungen leer stehen.

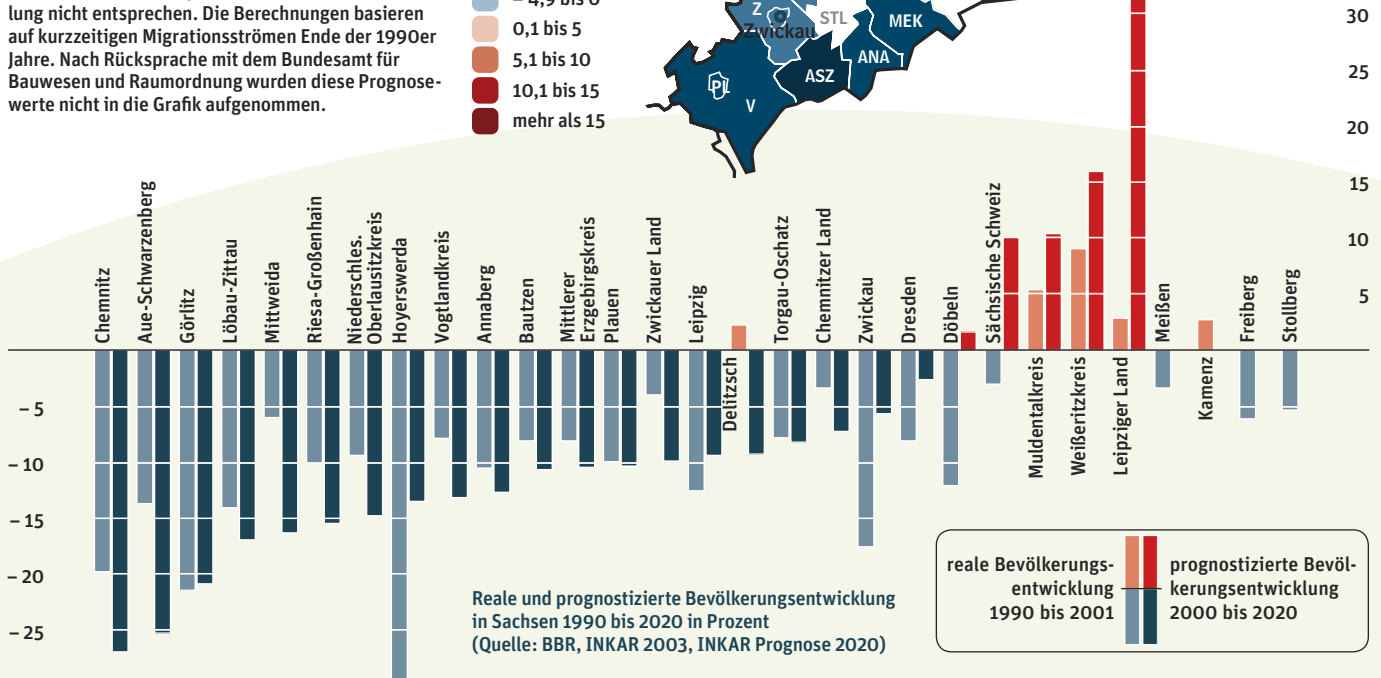
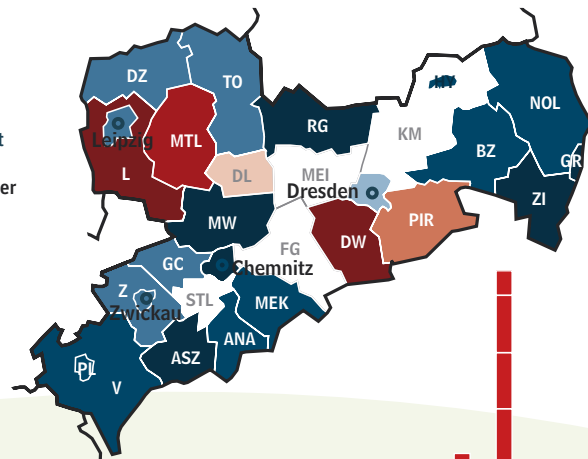
Ironischerweise leidet Hoyerswerda darunter, dass es einst die jüngste Stadt der DDR war. Folglich leben dort bis heute nur wenige Alte. Diese nämlich würden – anders als die wanderungsbereiten Jungen – in ihrer Heimat bleiben. Während für ganz Sachsen der Geburtenmangel stärker zum Bevölkerungsrückgang beiträgt als die Abwanderung, gilt für Hoyerswerda das Gegenteil. Zum Jahresende 2003 zählte das Statistische Landesamt Sachsen noch 45.357 Menschen – ein Drittel weniger als zu dem Zeitpunkt, als die Mauer fiel. Damit ist die Stadt den Prognosen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung für 2020 bereits heute davongelaufen.

Nur das Umland der Großstädte gewinnt

Das Umland der beiden größten ostdeutschen Städte Leipzig und Dresden gehört zu den einzigen Regionen, in denen eine positive Bevölkerungsentwicklung zu erwarten ist. Hoyerswerda und Görlitz werden dagegen bald wieder auf Kleinstadtniveau zurückfallen. Für die Kreise Meißen, Kamenz, Freiberg und Stollberg errechnete INKAR Prognose 2020 unrealistisch hohe Wachstumsraten, die der tatsächlichen Entwicklung nicht entsprechen. Die Berechnungen basieren auf kurzzeitigen Migrationsströmen Ende der 1990er Jahre. Nach Rücksprache mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung wurden diese Prognosewerte nicht in die Grafik aufgenommen.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020 in Prozent

- -15 und weniger
- -14,9 bis -10
- -9,9 bis -5
- -4,9 bis 0
- 0,1 bis 5
- 5,1 bis 10
- 10,1 bis 15
- mehr als 15



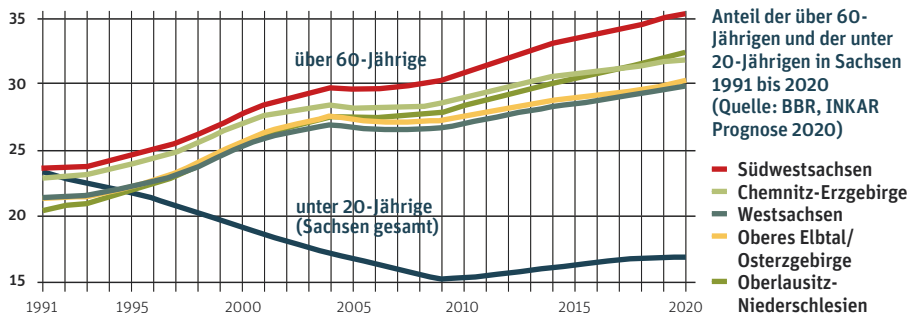
Lokomotive Leipzig und Dynamo Dresden

Die noch aus DDR-Zeiten stammenden Namen der Fußballmannschaften von Dresden und Leipzig sind wegweisend. Denn in den beiden größten sächsischen Städten Dresden und Leipzig ist die Industrie wiederaufgestanden. Dabei hat die sächsische Landeshauptstadt die eindeutig besten Entwicklungschancen. Hier hat sich der wichtigste deutsche Standort der Halbleiter-Industrie etabliert – Infineon und AMD bauen hier ihre Speicherchips. Und mit der „Gläsernen Fabrik“ hat die Volkswagen-AG ein Prestige-Projekt mitten in die Innenstadt Dresdens gesetzt. Die Stadt erhält mit der Gesamtnote 3,77 den viertbesten Wert für Zukunftsfähigkeit aller sächsischen Kreise, nur noch übertroffen vom nahegelegenen Weißeritzkreis, dem Muldentalkreis und der Sächsischen Schweiz. Die Umlandkreise von Dresden und Leipzig können insgesamt mit einer stabilen oder wachsenden Bevölkerung rechnen. Zwischen 1990 und 2001 hat Dresden zwar acht Prozent seiner Bevölkerung verloren, kam damit aber besser weg als alle anderen sächsischen kreisfreien Städte. In ganz Ostdeutschland verloren nur Jena und Potsdam weniger Einwohner. Leipzig, nach Berlin die größte Stadt der neuen Bundesländer, konnte in den letzten Jahren sogar Einwohner hinzugewinnen – Erfolg einer gezielten Reattraktivierung des Stadtgebietes. In Kürze könnte

die alte Messestadt wieder die Halb-Million-Grenze überschreiten. Auch Leipzigs Umland konnte vom Wachstum der Metropole profitieren und Menschen anlocken. Leipzigs Nachbarkreise Delitzsch, Muldental und Leipziger Land liegen alle auf vorderen Plätzen in der sächsischen Wertung.

Altenrekord in Südwestsachsen

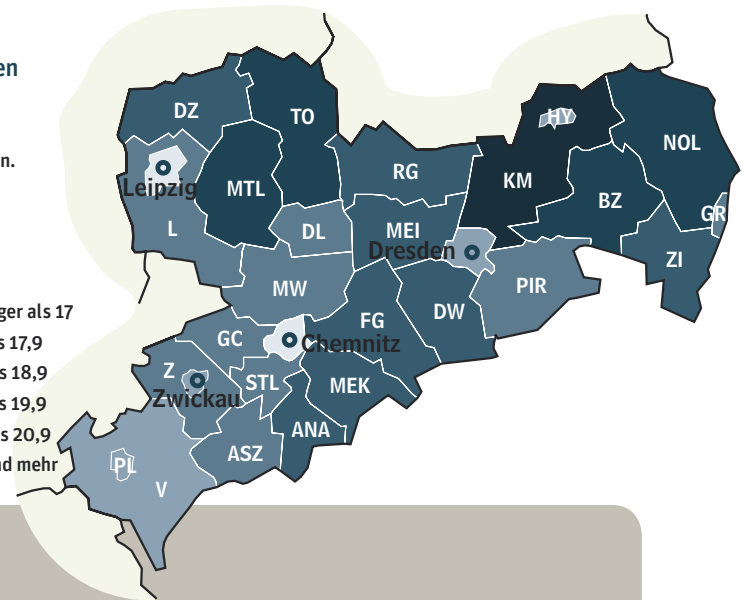
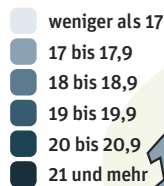
Die Region Südwestsachsen (mit Zwickau, Plauen und den Kreisen Zwickauer Land, Vogtland und Aue-Schwarzenberg) wird im Jahr 2020, nach dem angrenzenden Ostthüringen, die zweitälteste der Bundesrepublik sein. 35,4 Prozent ihrer Bewohner sind dann älter als 60 Jahre.



Wo junge Menschen fehlen

Die ungünstige Altersstruktur Sachsens zeigt sich in einem geringen Anteil junger Menschen. Ideal wären etwa 30 Prozent unter 20-Jährige. Als bester sächsischer Kreis erreicht Kamenz gerade mal 21 Prozent.

Prozentualer Anteil unter 20-Jähriger in Sachsen 2001 (Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)



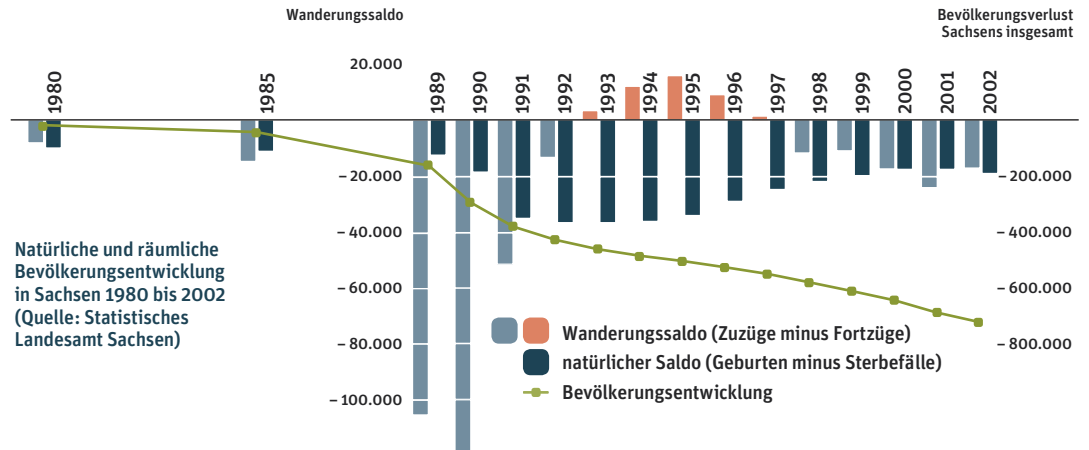
Wo der Mensch geht, kommt der Wolf

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurden die Grenzen auch für die Natur wieder durchlässig. Bald nach der Wende wanderten die ersten Wölfe aus Polen gen Westen – und sie fanden in den sich leerenden Gebieten eine feste Bleibe. Heute leben in der Oberlausitz bereits zwei Rudel jener Tiere, die in Mitteleuropa seit 200 Jahren als ausgestorben galten. Gleich 14 Welpen konnten Wildbiologen im Frühjahr 2003 sichten. Dass die intelligenten Räuber sich ausgerechnet in der Oberlausitz niedergelassen haben, ist kein Wunder: Die Gegend zwischen Weißwasser und Görlitz ist geprägt von Tagebaurestlöchern und einem riesigen Übungsgelände der Bundeswehr. Kaum ein Mensch hat die Tiere je zu Gesicht bekommen. Das liegt

nicht nur daran, dass Wölfe ausgesprochen scheu sind, sondern auch daran, dass in der Region immer weniger Menschen wohnen. In der nördlich des Truppenübungsplatzes gelegenen Stadt Weißwasser, wo es zu DDR-Zeiten noch eine Glasindustrie gab, sackte die Einwohnerzahl von 37.000 nach der Wende binnen 14 Jahren auf 25.000 ab. Nirgendwo verließen mehr Menschen ihre Heimat Richtung Westen als hier.²⁶ Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung prognostiziert für die Oberlausitz bis zum Jahr 2020 einen weiteren Bevölkerungsverlust von fast 15 Prozent. Die Ruhe der Wölfe scheint gesichert – und zur Freude von Naturschützern auch ihre weitere Ausbreitung.

Abwanderung und zu wenig Kinder

Heute leben in Sachsen fast 800.000 Menschen weniger als noch 1980. Allein seit der Wiedervereinigung verließen 220.000 Menschen den Freistaat. Gravierender noch als die Abwanderung ist seit 1993 der Sterbefallüberschuss. Er ist für 60 Prozent des Bevölkerungsverlustes seit 1990 verantwortlich.



Natürliche und räumliche Bevölkerungsentwicklung in Sachsen 1980 bis 2002 (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen)

Bewertung Sachsen

	Demografie						Wirtschaft						Integration		Bildung			Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE					
	Kinderzahl	Unter 20-Jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+ Sozialh.	Hochbetragte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte		Kindergärten	Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
ANA Annaberg	5	5	6	4	5	5	5,0	6	6	4	2	3	5	5	4,4	6	3	4,5	3	3	4	3,3	2	4	3,0	4	3	3,5	4,23
ASZ Aue-Schwarzenberg	6	5	6	5	6	6	5,7	6	6	5	3	3	5	5	4,7	6	4	5,0	4	3	3	3,3	3	3	3,0	4	5	4,5	4,64
BZ Bautzen	5	5	6	4	5	5	5,0	6	5	3	3	3	4	5	4,1	6	3	4,5	4	6	2	4,0	2	3	2,5	3	5	4,0	4,23
C Chemnitz	6	6	4	6	6	6	5,7	5	3	5	2	4	6	4	4,1	5	5	5,0	4	3	1	2,7	5	3	4,0	4	5	4,5	4,45
GC Chemnitzer Land	6	5	4	2	6	4	4,5	5	5	5	3	3	6	4	4,4	1	3	2,0	4	3	3	3,3	3	4	3,5	5	5	5,0	4,05
DZ Delitzsch	6	5	5	2	5	4	4,5	5	4	5	2	3	3	3	3,6	6	3	4,5	5	5	3	4,3	2	3	2,5	3	5	4,0	3,95
DL Döbeln	6	5	6	4	5	2	4,7	6	5	4	3	3	5	5	4,4	5	4	4,5	5	4	4	4,3	3	3	3,0	4	6	5,0	4,41
DD Dresden	6	6	3	4	3	3	4,2	4	3	5	2	4	5	3	3,7	3	4	3,5	3	4	1	2,7	5	3	4,0	5	4	4,5	3,77
FG Freiberg	6	5	6	3	4	*	4,8	6	5	4	2	3	5	5	4,3	4	4	4,0	4	3	2	3,0	3	3	3,0	3	5	4,0	4,05
GR Görlitz	6	5	4	6	5	6	5,3	6	5	3	6	5	6	5	5,1	1	3	2,0	5	6	2	4,3	5	3	4,0	4	5	4,5	4,64
HY Hoyerswerda	6	6	6	6	5	5	5,7	5	5	4	4	4	3	6	4,4	6	2	4,0	5	6	3	4,7	5	2	3,5	1	6	3,5	4,59
KM Kamenz	6	5	6	1	4	*	4,4	6	5	5	2	3	4	3	4,0	5	4	4,5	3	5	3	3,7	1	3	2,0	2	5	3,5	3,86
L Leipzig	6	6	2	5	4	4	4,5	5	3	5	4	5	5	4	4,4	4	4	4,0	5	5	1	3,7	6	3	4,5	5	5	5,0	4,36
L Leipziger Land	6	5	5	1	5	1	3,8	5	6	5	3	4	4	2	4,1	6	3	4,5	5	5	3	4,3	3	3	3,0	4	5	4,5	4,05
ZI Löbau-Zittau	5	5	6	5	6	6	5,5	6	6	4	5	4	6	6	5,3	6	3	4,5	4	6	3	4,3	2	3	2,5	4	5	4,5	4,82
MEI Meißen	5	5	5	2	4	*	4,2	5	5	5	2	3	5	3	4,0	6	3	4,5	4	4	1	3,0	3	3	3,0	4	5	4,5	3,90
MEK Mittlerer Erzgebirgskreis	5	5	6	4	5	5	5,0	6	6	5	2	3	5	5	4,6	6	5	5,5	4	3	4	3,7	2	4	3,0	3	5	4,0	4,45
MW Mittweida	6	5	6	2	6	6	5,2	6	6	3	3	3	5	4	4,3	6	4	5,0	3	3	3	3,0	3	3	3,0	3	5	4,0	4,27
MTL Muldentalkreis	6	5	5	1	5	1	3,8	5	5	5	2	3	4	2	3,7	6	4	5,0	4	4	2	3,3	2	2	2,0	3	5	4,0	3,68
NOL Niederschles. Oberlausitzkr.	6	5	6	6	4	5	5,3	6	6	4	3	4	3	5	4,4	6	4	5,0	3	6	3	4,0	2	3	2,5	1	5	3,0	4,36
PL Plauen	6	6	3	3	6	5	4,8	5	4	5	2	4	6	5	4,4	6	4	5,0	4	3	2	3,0	5	4	4,5	2	5	3,5	4,32
RG Riesa-Großenhain	6	5	5	5	6	6	5,5	6	5	5	2	4	4	4	4,3	6	2	4,0	4	5	3	4,0	3	2	2,5	3	6	4,5	4,41
PIR Sächsische Schweiz	6	5	5	2	5	1	4,0	5	6	4	3	3	5	4	4,3	1	4	2,5	4	5	2	3,7	3	3	3,0	3	3	3,0	3,73
STL Stollberg	6	5	6	2	4	*	4,6	6	6	5	2	3	5	3	4,3	6	4	5,0	2	3	3	2,7	3	3	3,0	5	5	5,0	4,14
TO Torgau-Oschatz	6	5	6	4	5	4	5,0	6	5	5	2	3	4	5	4,3	5	4	4,5	5	4	4	4,3	2	2	2,0	1	5	3,0	4,18
V Vogtlandkreis	6	6	5	3	6	5	5,2	5	6	4	2	3	6	5	4,4	6	4	5,0	4	3	4	3,7	2	3	2,5	3	4	3,5	4,32
DW Weißeritzkreis	5	5	6	1	4	1	3,7	5	6	4	2	4	5	3	4,1	4	4	4,0	4	5	2	3,7	2	3	2,5	3	3	3,0	3,68
Z Zwickau	6	6	5	5	6	4	5,3	5	2	4	3	4	5	4	3,9	4	4	4,0	5	3	2	3,3	4	3	3,5	4	5	4,5	4,23
Z Zwickauer Land	6	5	5	2	6	4	4,7	6	6	4	3	3	6	4	4,6	5	4	4,5	4	3	3	3,3	3	3	3,0	4	6	5,0	4,32

* keine Daten verfügbar

THÜRINGEN

Massenabwanderung aus dem High-Tech-Land der DDR

Thüringen schien nach der deutschen Wiedervereinigung gute Chancen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung zu haben. Hier waren zu DDR-Zeiten „Zukunftsindustrien“ wie der Fahrzeugbau (in Eisenach und Suhl), die Mikroelektronik (in Erfurt), der Büromaschinenbau und die optische Industrie (in Jena) zu Hause. Der Standort schien gesichert, als nach der Wende Opel in Eisenach und BMW in Creuzburg-Krauthausen neue Werke eröffneten.

Doch bald war klar, dass die Erwartungen nicht zu halten waren. Der einst bedeutende Kalibergbau und die Textilindustrie mit zuletzt insgesamt fast 50.000 Beschäftigten brachen vollständig zusammen. Die High-Tech-Industrien der DDR hatten keinesfalls Westniveau. Sie waren völlig veraltet und konnten nur teilweise und mit wesentlich weniger Personal überleben. Das Optik-Kombinat „Carl-Zeiss-Jena“ mit ursprünglich 27.000 Angestellten ist heute unter dem Namen „Jenoptik“ umstrukturiert und brennend und beschäftigt nur noch 1.700 Mitarbeiter. Noch schlimmer erging es der vom Weltmarkt völlig abgekoppelten Computerindustrie in Erfurt. Insgesamt ging in Thüringen die Zahl der Beschäftigten zwischen



Wenig Jobs und niedrige Löhne

Thüringen schneidet in puncto Arbeitslosigkeit besser ab als Sachsen-Anhalt. Allerdings wohl nur, weil die lange Grenze zu den Bundesländern Bayern und Hessen tausenden Erwerbstätigen das tägliche Pendeln ermöglicht. Aus keinem ostdeutschen Bundesland fährt ein so hoher Anteil der Arbeitenden täglich in den Westen.

Die Suche nach Arbeit treibt die Menschen aber auch dauerhaft aus ihrer Heimat. Vor allem nach Bayern, wohin zwischen 1997 und 2000 per Saldo rund 14.000 Menschen abgewandert sind. Aber auch nach Hessen und Baden-Württemberg; Sogar Nordrhein-Westfalen zog in diesem Zeitraum noch knapp 6.000 Thüringer an. Bei den 18- bis 29-jährigen wanderten aus Thüringen zwischen 1990 und 2000 jährlich sechs von 1.000 Personen ab, das ist der zweithöchste Wert aller deutschen Bundesländer, der nur noch von Sachsen-Anhalt übertroffen wird. Thüringen hat, nach zwischenzeitlicher Ver-

besserung, mittlerweile wieder die Abwanderungsraten der Nach-Wendezeit erreicht. Dies liegt an der schlechten Wirtschaftsentwicklung, aber auch am Lohnniveau, das nirgendwo in der Republik so niedrig ist wie in Thüringen. Im Mittel bezog ein Arbeitnehmer im Jahr 2001 monatlich 2.068 Euro, das sind über hundert Euro weniger als der ohnehin schlecht verdienende Durchschnittsbürger der neuen Bundesländer verdient.

Im Eiltempo zum ältesten Bundesland

Gleichzeitig mit dem Weggang vieler junger Menschen erlebte Thüringen wie der gesamte Osten in den 1990er Jahren einen starken Rückgang der Geburtenzahlen. Wurden vor dem Mauerfall 1988 noch fast 35.000 Kinder geboren, sackte die Zahl der Neu-Thüringer 1994 auf nur noch 12.700 ab. Seitdem steigt sie langsam wieder an, zuletzt auf 17.000 Geborene pro Jahr. Allerdings rechnet niemand damit, dass jemals wieder die Zahlen der Vorwendezeit erreicht werden. Denn erstens bekommen die Frauen in Thüringen weit weniger Kinder als früher, zweitens ziehen gerade junge Frauen aus Thüringen fort. Zwischen 1989 und 2000 verließen insgesamt 87.000 Frauen das Bundesland, die meisten im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Damit gehen Thüringen massenhaft potenzielle Mütter verloren.



1990 und 2000 um 41,6 Prozent zurück. Seit mehr als zehn Jahren versucht Thüringen, seine Tradition der mittelständischen Industrien wieder zu beleben. Doch was völlig fehlt, sind Großunternehmen, die Produkte und Innovationen des Mittelstandes verwerten könnten. Zudem finden Fachkräfte in Kleinunternehmen häufig keine Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Grenzen auf – Menschen weg

Thüringen hat zwischen 1989 und 2002 rund 165.000 Menschen durch Abwanderung verloren. Nur Mitte der 1990er Jahre verschafften Zuzüge aus dem Ausland dem Freistaat geringfügige Wanderungsgewinne. Seit 2000 ist die Bilanz wieder stark negativ.

(Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik)

Frauen kehren dem Bundesland weit häufiger als Männer den Rücken, weil für sie die Aussichten auf dem schwachen Arbeitsmarkt noch schlechter sind als für die Männer. Zwischen 1988 und 2000 waren unter den Abwanderern 31.000 mehr Frauen als Männer, das entspricht einem Überschuss von 38 Prozent. Kreise mit ohnehin hoher Abwanderung leiden am stärksten unter dem Weggang der Frauen. Besonders betroffen ist der Kreis Unstrut-Hainich, wo heute auf 100 Männer zwischen 18 und 30 Jahren nur noch 78,5 Frauen der gleichen Alterklasse kommen. Der ostthüringische Landkreis Altenburger Land, in dem noch knapp 82 Frauen je 100 männliche 18- bis 29-Jährige leben, ist mit der Gesamtnote 4,95 der schlechteste Kreis ganz Deutschlands. Allein die Universitätsstädte Weimar und Erfurt haben noch ein relativ ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. Insgesamt gibt es in Thüringen auf 100 Männer im Alter zwischen 18 und 30 nur noch 85 Frauen – ein historisch beispielloses Defizit.

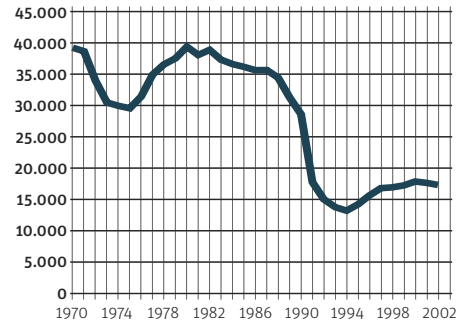
Die Menschen glauben nicht an die Zukunft Thüringens

Das Weimarer Land, im Umkreis der attraktiven europäischen Kulturhauptstadt 1999, ist der einzige Landkreis Thüringens, der im vergangenen Jahrzehnt Einwohner hinzugewinnen konnte. Und es ist der einzige, der bis zum Jahr 2020 einen weiteren Zuwachs erwarten kann.

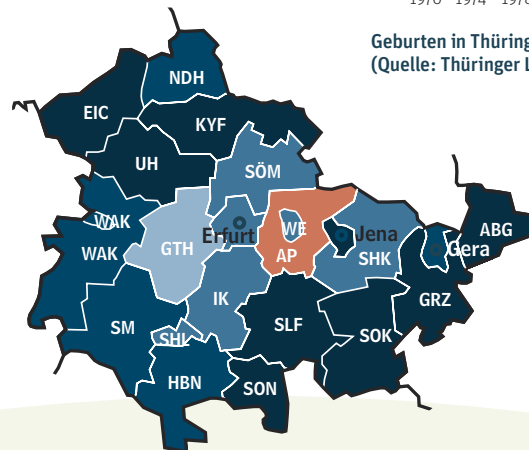
Beide Phänomene, die geringe Fertilität und der Weggang junger Menschen wirken sich massiv auf die Altersstruktur Thüringens aus. Kurz nach der Wiedervereinigung gehörte Thüringen mit einem Anteil von 19,4 Prozent der über 60-Jährigen noch zu den jüngeren Bundesländern der Republik. Im Jahr 2020 wird es das älteste sein. Dann nämlich sind 33,4 Prozent aller Thüringer älter als 60 Jahre. Den Rang der ältesten Region Deutschlands wird Ostthüringen einnehmen. In diesem Gebiet, mit den Kreisen Saalfeld-Rudolstadt, Saale-Orla, Saale-Holzland, Greiz, Gera und Jena, sind dann 36 Prozent der Menschen über 60 – über zehn Prozentpunkte mehr, als in den jüngsten deutschen Regionen wie Osnabrück, München oder Hamburg.

Im freien Fall zu einem Thüringen ohne Nachwuchs

In den 1980er Jahren wurden in Thüringen im Mittel 37.000 Kinder pro Jahr geboren. Nach dem Mauerfall sank diese Zahl auf weniger als die Hälfte. Verstärkt wird der Effekt der sinkenden Fertilität je Frau dadurch, dass die relativ geburtenschwachen Jahrgänge der 1970er Jahre, verursacht durch den sogenannten Pillenknick, heute in das Alter der Familiengründung kommen.

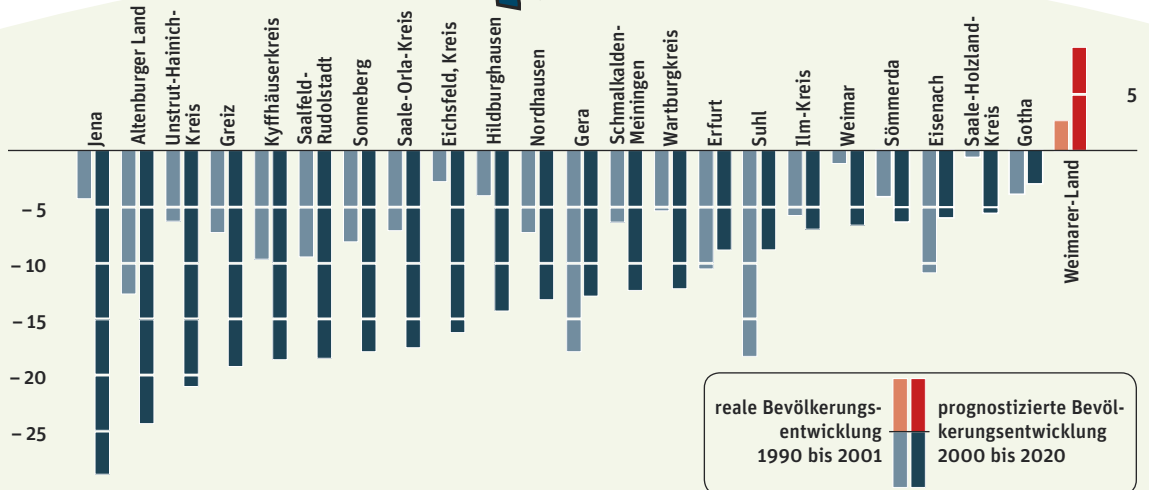


Geburten in Thüringen pro Jahr
(Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik)



Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020 in Prozent

Reale und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Thüringen 1990 bis 2020 in Prozent
(Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)

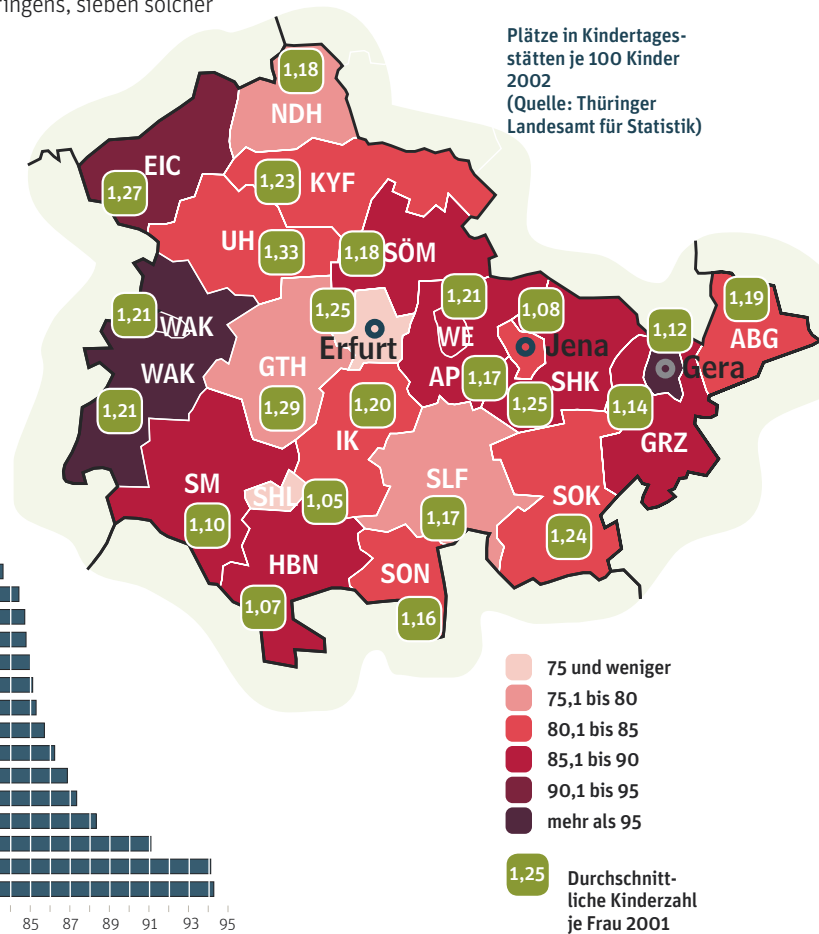


Dass Thüringen so schnell altert, liegt jedoch nicht allein an der Abwanderung Junger und am fehlenden Nachwuchs. Die Thüringer werden auch immer älter. Während die Frauen 1991 noch durchschnittlich 76,7 und die Männer 69,6 Jahre lang lebten, wurden beide Geschlechter nur zehn Jahre später etwa zwei Jahre älter. Die Wissenschaftler des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung gehen davon aus, dass die Lebenserwartung in Thüringen bis 2020 bei Frauen auf 80,3 und bei Männern auf 75,1 Jahre steigt. Bedenkt man, dass dieses Bundesland heute über nur

vier geriatrische Kliniken verfügt, wird klar, wie wenig man in Ostdeutschland auf eine alternde Gesellschaft vorbereitet ist. Allein das Saarland hat, bei weniger als der halben Einwohnerzahl Thüringens, sieben solcher Kliniken.

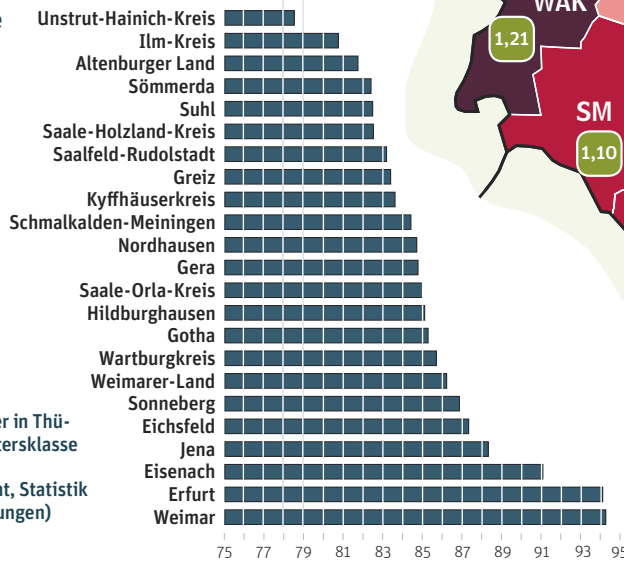
Gutes Angebot – schlechte Nachfrage

Traditionell sind die neuen Bundesländer gut mit Kindergärten versorgt. Aber ein Zusammenhang mit hohen Kinderzahlen ist nicht erkennbar.



Den Thüringern laufen die jungen Frauen davon

Ein halbwegs ausgeglichenes Geschlechterverhältnis haben nur noch die Universitätsstädte Erfurt und Weimar. In den anderen Kreisen fehlen in der Altersklasse der 18- bis 30-Jährigen bis zu 21 Prozent Frauen.



Anzahl der Frauen je 100 Männer in Thüringer Kreisen (jeweils in der Altersklasse von 18 bis 30 Jahren)
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)

Kommt nach dem Bevölkerungsschwund der Mangel an Fachkräften?²⁷

Katharina Althaus, die Frau des Thüringer Ministerpräsidenten, startete im November 2003 als Schirmherrin eine Kampagne des Kultusministeriums, die junge Leute für den Lehrer-Beruf begeistern soll. Der Fall zeigt, wie sich das gesamte Jobangebot in Thüringen schon bald entwickeln könnte. Weil nämlich in der Vergangenheit häufig über einen „Lehrerüberhang“ geklagt wurde, studierten die jungen Thüringer etwas anderes – oder sie wanderten ab. In der Folge hat sich die Zahl der Lehramtsabsolventen im Freistaat binnen zehn Jahren auf ein Zehntel reduziert. Gerade mal zwanzig frisch ausgebildete Lehrer pro Jahr verlassen in Thüringen derzeit die Hochschulen.

Der überalterte Lehrerstand Thüringens geht zudem in den kommenden Jahren fast geschlossen in den Ruhestand. Das bedeutet, dass im Jahr 2015 voraussichtlich 500 Lehrer an Thüringer Schulen fehlen werden. Ein Mangel, der bald schon viele Bereiche der Thüringer Wirtschaft treffen könnte. Dort wird beispielsweise heute über zu wenige Lehrstellen geklagt. Doch weil die Zahl der 16- bis 19-jährigen Thüringer, jene Altergruppe, die üblicherweise eine Berufsausbildung beginnt, zwischen 2005 und 2010 um die Hälfte zurückgeht, könnte es schon rasch zu einem Mangel an Auszubildenden kommen.

Prämien für Studenten, die nach Jena ziehen

Obwohl das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Jena bis 2020 einen Bevölkerungsverlust von zehn Prozent prognostiziert, arbeitet die Stadt hart daran, diese Voraussage nicht eintreten zu lassen. Zwar verlor die Stadt seit 1990 vier Prozent ihrer Bevölkerung, jedoch hat sich der Trend mittlerweile umgekehrt. Seit 1999 verzeichnet Jena wieder mehr Zu- als Abwanderer. Durch die Ansiedlung von Unternehmen und Forschungsinstituten konnte die Stadt vor allem junge Leute an sich binden. Und inmitten einer bundesweiten Diskussion um Hochschulgebühren zahlen die Stadtväter von Jena neuerdings jedem der insgesamt 21.000 Studentinnen und Studenten, die in der Stadt ihren Hauptwohnsitz nehmen, 30 Euro „Ausbildungsbeihilfe“ je Semester.²⁸

Zwischen 1994 und 2000 legte das Bruttoinlandsprodukt von Jena um 40 Prozent zu, das ist Spitzenwert unter den ostdeutschen Städten und wird selbst im Westen nur überboten von der Volkswagen-Stadt Wolfsburg. Standen noch 1995 mehr als 1.200 Altbauwohnungen in der Stadtmitte leer, gibt es heute bereits einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Nur im Plattenviertel von Jena, in dem 1990 noch fast die Hälfte der Bevölkerung lebte, mag kein Mensch mehr wohnen. Allein Jena-Lobeda, Betonplattensiedlung im Süden der Stadt, verlor seit 1995 mehr als ein Viertel seiner Einwohner. Doch trotz der vielversprechenden Wirtschaftsentwicklung kann Jena den Kampf mit der Demografie kaum gewinnen: Bedingt durch die Altersstruktur wird der Sterbefallüberschuss in den nächsten Jahren stark zunehmen und durch das „Geburtenloch“ nach der Wende werden ab 2008 viele Studienanfänger ausbleiben.

Bewertung Thüringen

		Demografie						Wirtschaft						Integration		Bildung			Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE					
		Kinderzahl	Unter 20-Jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+ Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte		Kindergärten	Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
ABG	Altenburger Land	6	6	6	5	6	6	5,8	6	6	5	4	4	5	6	5,1	6	3	4,5	4	6	4	4,7	4	2	3,0	4	5	4,5	4,95
EIC	Eichsfeld	6	4	5	4	4	6	4,8	6	6	5	1	2	3	4	3,9	6	5	5,5	3	4	4	3,7	1	1	1,0	2	5	3,5	3,95
WAK	Eisenach	6	6	4	2	6	4	4,7	5	4	5	2	4	5	4	4,1	6	3	4,5	6	3	2	3,7	5	2	3,5	1	4	2,5	4,05
EF	Erfurt	6	5	3	4	4	4	4,3	5	2	4	2	4	3	4	3,4	5	4	4,5	5	3	1	3,0	5	3	4,0	3	5	4,0	3,82
G	Gera	6	6	5	6	6	5	5,7	5	4	4	3	3	4	5	4,0	5	3	4,0	5	5	2	4,0	5	1	3,0	3	5	4,0	4,36
GTH	Gotha	6	5	5	2	5	3	4,3	5	4	5	1	3	4	4	3,7	6	4	5,0	4	3	3	3,3	2	3	2,5	3	4	3,5	3,82
GRZ	Greiz	6	5	6	3	6	6	5,3	6	6	5	3	3	4	4	4,4	5	3	4,0	5	5	4	4,7	3	2	2,5	3	5	4,0	4,45
HBN	Hildburghausen	6	5	5	3	5	5	4,8	6	6	3	1	2	3	5	3,7	5	5	5,0	5	3	4	4,0	1	2	1,5	1	3	2,0	3,82
IK	Ilm-Kreis	6	5	6	2	5	4	4,7	6	6	5	3	4	4	4	4,6	6	3	4,5	4	3	2	3,0	2	2	2,0	3	5	4,0	4,09
J	Jena	6	5	4	2	3	6	4,3	4	3	6	2	3	3	4	3,6	6	3	4,5	3	4	1	2,7	6	2	4,0	3	5	4,0	3,82
KYF	Kyffhäuserkreis	6	5	6	4	6	6	5,5	6	6	5	4	4	4	5	4,9	5	3	4,0	5	4	4	4,3	1	2	1,5	1	5	3,0	4,41
NDH	Nordhausen	6	5	5	4	5	5	5,0	6	5	4	3	4	4	4	4,3	5	2	3,5	6	4	3	4,3	3	3	3,0	3	5	4,0	4,27
SHK	Saale-Holzland-Kreis	6	5	6	2	5	4	4,7	5	6	5	1	3	3	4	3,9	6	3	4,5	5	4	2	3,7	2	2	2,0	2	5	3,5	3,91
SOK	Saale-Orla-Kreis	6	5	5	4	5	6	5,2	6	5	5	1	3	4	5	4,1	6	3	4,5	4	4	4	4,0	2	2	2,0	1	5	3,0	4,14
SLF	Saalfeld-Rudolstadt	6	5	6	4	6	6	5,5	6	5	5	2	3	4	5	4,3	6	4	5,0	4	4	3	3,7	3	3	3,0	3	4	3,5	4,41
SM	Schmalkalden-Meiningen	6	5	5	3	5	5	4,8	5	5	3	1	2	4	4	3,4	6	3	4,5	5	3	3	3,7	2	2	2,0	2	4	3,0	3,77
SÖM	Sömmerda	6	5	6	3	5	4	4,8	6	5	5	1	3	3	4	3,9	6	1	3,5	4	3	4	3,7	2	2	2,0	2	5	3,5	3,86
SON	Sonneberg	6	5	5	3	6	6	5,2	5	6	5	1	2	4	5	4,0	6	5	5,5	4	3	4	3,7	2	2	2,0	3	5	4,0	4,23
SHL	Suhl	6	6	6	6	5	4	5,5	5	3	5	1	3	3	5	3,6	6	2	4,0	5	3	1	3,0	5	3	4,0	1	4	2,5	4,00
UH	Unstrut-Hainich-Kreis	5	5	6	3	5	6	5,0	6	5	6	2	3	3	5	4,3	6	4	5,0	4	3	4	3,7	2	2	2,0	2	5	3,5	4,18
WAK	Wartburgkreis	6	5	5	3	5	5	4,8	5	5	3	1	2	3	4	3,3	6	3	4,5	4	3	4	3,7	1	1	1,0	2	4	3,0	3,64
WE	Weimar	6	5	3	1	3	4	3,7	5	4	5	4	4	4	3	4,1	6	3	4,5	5	3	1	3,0	5	2	3,5	3	3	3,0	3,73
AP	Weimarer-Land	6	5	5	2	4	2	4,0	6	6	5	1	3	3	3	3,9	5	3	4,0	6	3	3	4,0	2	2	2,0	2	4	3,0	3,68

SACHSEN- ANHALT

Kein Bundesland hat nach der Wende größere Verwerfungen erfahren



Das ostdeutsche Bundesland Sachsen-Anhalt ist mit ähnlichen Struktur-Problemen belastet wie der große Industrie-Bruder im Westen, Nordrhein-Westfalen. Zu DDR-Zeiten pulsierte in Sachsen-Anhalt das Herz der Ost-Industrie. Das Land hatte damit eine ähnliche Funktion wie das Ruhrgebiet in der Bundesrepublik. Beide Regionen mussten in der Vergangenheit einen dramatischen Strukturwandel hinnehmen. Sachsen-Anhalt hat allerdings seit der Wende Veränderungen im Zeitraffer erlebt, die sich in Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte erstreckt haben.

Der heute zu Sachsen-Anhalt gehörende Bezirk Halle verfügte vor der Wende über die höchste Bruttoproduktion aller DDR-Bezirke. Vor allem die chemische Industrie (Halle-Bitterfeld), der Maschinenbau (Magdeburg, Dessau) und der Bergbau (Halle, Merseburg, Bitterfeld) boten zehntausenden Sachsen-Anhaltinern Arbeit. Die Braunkohleförderung hatte dabei die weitaus größte Bedeutung für die Wirtschaft. Der fossile Brennstoff war der einzige in großem Umfang verfügbare Energieträger des Landes. Die Stromerzeugung der DDR basierte zu fast 90 Prozent auf Braunkohle.

Die hemmungslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen ohne Rücksicht auf Ökologie und den Lebensraum der Menschen brachte allerdings erhebliche Probleme mit sich. Asche, Abwasser und chemischer Klärschlamm wurden in Tagebau-Restlöcher oder Flüsse eingeleitet. Abgase von Kraftwerken und Industriebetrieben verschmutzten die Luft.

Der Kreis Bitterfeld wurde zu einem Synonym für den Umgang des DDR-Regimes mit der Umwelt. Im sogenannten „Silbersee“ von Bitterfeld lagert noch heute eine bis zu zwölf Meter mächtige Schicht aus kontaminiertem Schlamm.²⁹ Diese Altlasten boten nach der Wende keinen attraktiven Standort für neue Investoren.

Sachsen-Anhalt wurde nach dem Zusammenbruch der DDR nahezu völlig deindustrialisiert. Die heutige wirtschaftliche Entwicklung musste auf einer Industrie aufbauen, von der ganze Zweige wie der Kupferschiefer-Bergbau verschwunden waren. Die Braunkohle-Förderung Sachsens-Anhalts, die noch 1960 ein Zehntel der Weltproduktion ausgemacht hatte, büßte ihre wichtige Position ein. Heute schürft die Mitteldeutsche Braunkohlen AG (MIBRAG) weniger als ein Viertel der Kohle, die zu Zeiten der DDR produziert wurde. Gleichzeitig sank die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft, die besonders die mittleren und nördlichen Kreise Sachsens-Anhalts, die Altmark und die Magdeburger Börde geprägt hatte.

Als Folge dieses ökonomischen Umbruchs ging die Zahl der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt zwischen 1990 und 2000 um 46 Prozent zurück – zehn Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der neuen Bundesländer. Die Arbeitslosenquote erreichte im Jahr 2001 einen Wert von 20 Prozent, das ist Negativ-Rekord der Republik.

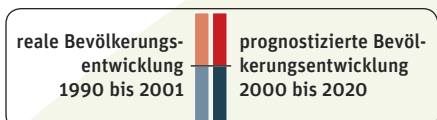
50 Jahre Bevölkerungsrückgang

Der fast völlige Zusammenbruch der Schwer- und Grundstoffindustrie und die bis heute schleppende wirtschaftliche Entwicklung haben dazu beigetragen, dass Sachsen-Anhalt seit 1990 mehr als zehn Prozent seiner Bevölkerung verloren hat – der größte Verlust aller Bundesländer. Allerdings ist Abwanderung für Sachsen-Anhalt kein neues Phänomen. Nur kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges stieg die Bevölkerungszahl kurzfristig durch ankommende Flüchtlinge. 1945 war das letzte Jahr, in dem Sachsen-Anhalt ein Wachstum erlebt hat. Zwischen 1955 und 1988 hat das Land pro Jahr im Mittel 0,4 Prozent seiner Einwohner eingebüßt. Begründen lässt sich der Verlust mit der allgemeinen Fluchtbewegung aus der DDR sowie mit den katastrophalen Umweltbedingungen. Die Zahl der Geburten konnte trotz der Familien fördernden Politik der DDR die Abwanderung zu keiner Zeit kompensieren.

Die Wiedervereinigung hat die Verluste weiter beschleunigt. Der Abbau von mehr als 700.000 Arbeitsplätzen und der dramatische Einbruch der Geburtenrate sind selbst für ostdeutsche Verhältnisse alarmierend. Im Jahr 1993 bekamen die Frauen in Sachsen-Anhalt durchschnittlich noch 0,78 Kinder. Seither steigt die Fertilität langsam wieder an, bis auf 1,19 Geburten je Frau im Jahr 2001. Ungefähr gleichauf mit Berlin und Brandenburg (jeweils 1,18) liegt Sachsen-Anhalt am Ende aller Bundesländer.

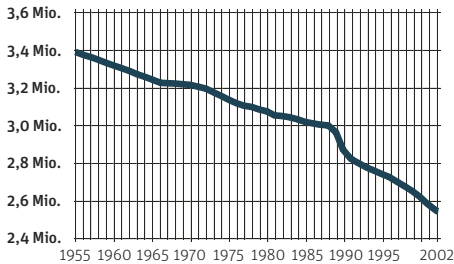
Weg aus Sachsen-Anhalt – oder raus ins Umland der alten Zentren

In nahezu allen Kreisen Sachsens-Anhalts stehen die Zeichen auf Bevölkerungsrückgang. Gewinnen können nur die Speckgürtel von Halle und Magdeburg.



Permanenter Schwund

Allein in den vergangenen zehn Jahren (1992 bis 2002) hat Sachsen-Anhalt 250.000 Anwohner eingebüßt. Mit 21 Prozent Bevölkerungsverlust seit 1970 ist es das am schnellsten schrumpfende Bundesland Deutschlands.



Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt³⁰
(Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)

Flucht aus den Plattenbauten

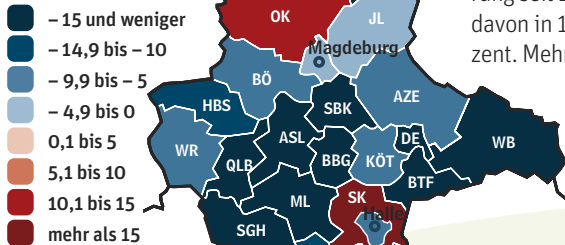
Im Juni 2003 wurde der erste Wohnblock in Halle-Neustadt abgerissen – noch bevor der Stadtteil den 40. Jahrestag seiner Grundsteinlegung feiern konnte. Der Aufbau von Ha-Neu, wie es die Einheimischen nennen, begann im Jahr 1964 als Wohnsiedlung für die Beschäftigten der Chemie-Giganten Buna und Leuna. Dort stand der sogenannte „Block 10“, das größte jemals in der DDR gebaute Wohnhaus für rund 2.500 Bewohner. Seit 1967 selbstständige Stadt, hatte Ha-Neu Ende der 1980er Jahre fast 100.000 Einwohner. Nach der Wende verloren sowohl die Plattensiedlung als auch die verfallende Altstadt von Halle dramatisch an Attraktivität. Steuerabschreibungs-Projekte schufen tausende neue Wohnungen und Eigenheime im Umland der Stadt. Dies verhalf dem Saalkreis, der Halle umschließt, zum zweithöchsten Bevölkerungswachstum ganz Deutschlands. Während Halle mehr als ein Fünftel seiner Bewohner verloren hat, legte die Einwohnerzahl des Saalkreises zwischen 1990 und 2001 um 26 Prozent zu. Heute ist Halle-Neustadt wieder Stadtteil von Halle. Prognosen gehen davon aus, dass dessen Einwohnerzahl in den nächsten zehn bis 15 Jahren weiter, auf nur mehr 45.000 sinken wird.

Kaum eine Region kann profitieren

Die Bevölkerungsentwicklung Sachsen-Anhalts ist im schlechten Sinne nahezu einheitlich. In 21 von 24 Kreisen ist die Bevölkerung seit 1990 deutlich zurück gegangen, davon in 13 Kreisen um mehr als zehn Prozent. Mehrere Städte unterschritten dabei

wichtige statistische Grenzwerte. Dessau sank unter den „Großstadt-Grenzwert“ von 100.000 Einwohnern, Bitterfeld rutschte unter die 20.000-Grenze, in Aken und Coswig leben mittlerweile weniger als 10.000 Menschen. Dessau und Magdeburg verloren mehr als 15 Prozent, Halle mehr als 20 Prozent der Bewohner. Allerdings profitierten von der Abwanderung die umliegenden Landkreise: Viele Menschen zogen aus den maroden Innenstädten mit ihren tristen Plattenbauten auf die grüne Wiese.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020 in Prozent



Reale und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt 1990 bis 2020 in Prozent
(Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)

Abwanderung und Überalterung führen zu immer weniger Erwerbstätigen

Sachsen-Anhalt ist eines der am schnellsten alternden Bundesländer. War die Altersstruktur 1990 noch deutlich jünger als die der früheren Bundesrepublik, so hat sich dieses Verhältnis in kurzer Zeit umgekehrt. Unter den 20 deutschen Kreisen mit den relativ wenigsten unter sechsjährigen Kindern lagen Ende 2000 sechs in Sachsen-Anhalt. In Dessau, Weißenfels, Bitterfeld, Magdeburg, Bernburg und im Mansfelder Land machte die Kohorte der unter Sechsjährigen nur zwischen 3,4 und 3,7 Prozent aller Einwohner aus.

Umgekehrt wird Sachsen-Anhalt im Jahr 2020 den dritthöchsten Anteil über 60-Jähriger haben. Die stärkste Alterung wird der ländliche Raum um Dessau erleben. Während Halle mit seiner chemischen Industrie und auch Magdeburg mit dem Maschinenbau noch ein gewisses wirtschaftliches Potenzial bieten, hält in der Region Dessau der wirtschaftliche Niedergang auch Jahre nach dem wendebedingten Umbruch an und zwingt junge Menschen zum Abwandern. Bis zum Jahr 2020 prognostiziert das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung einen weiteren Schwund der erwerbsfähigen Bevölkerung um 23 Prozent. 34 von 100 Menschen werden dort dann älter als 60 Jahre sein.

Sachsen-Anhalt blutet aus

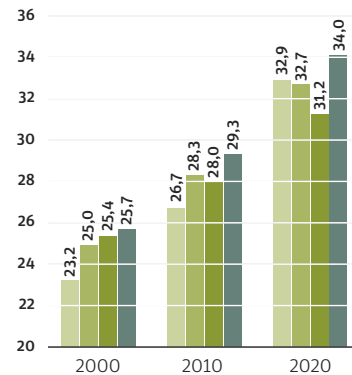
Relativ wenige Geburten und starke Abwanderung kennzeichnen seit Jahrzehnten das Industrieland Sachsen-Anhalt. Nur im Jahr 1973 gab es einen Geburtenüberschuss. Der Wanderungssaldo ist seit 1946 fast ununterbrochen negativ.

Jährliche Geburten, Sterbefälle und Wanderungssalden 1970 bis 2002
(Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)

Insgesamt wird durch Verrentung und Wegzug in Sachsen-Anhalt bis 2020 die Zahl der Erwerbsfähigen um 213.000 Personen sinken. Im Vergleich dazu waren 2002 in Sachsen-Anhalt, dem Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland, etwa 260.000 Menschen als beschäftigungslos gemeldet. Theoretisch kann es zukünftig bei dieser Entwicklung in einigen Regionen selbst dann zu einem Arbeitskräftemangel kommen, wenn in den nächsten 20 Jahren kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen wird.

Altes Dessau

Sachsen-Anhalt altert rapide. Im Jahr 2020 wird die Region Dessau viert älteste in Deutschland sein. 34 Prozent aller Einwohner sind dann älter als 60 Jahre.



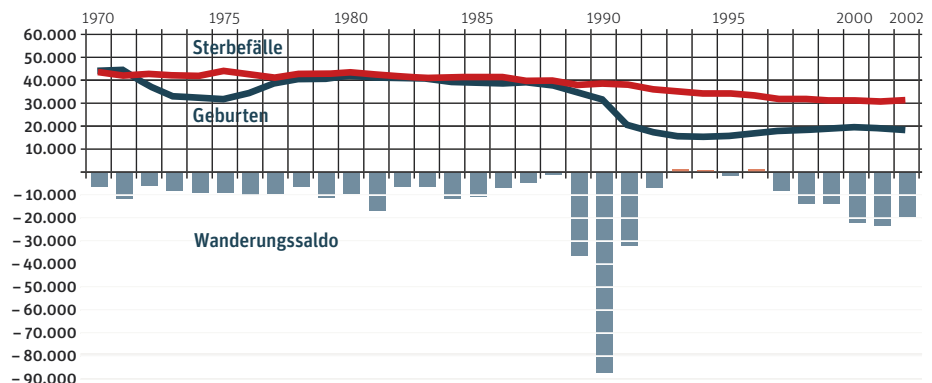
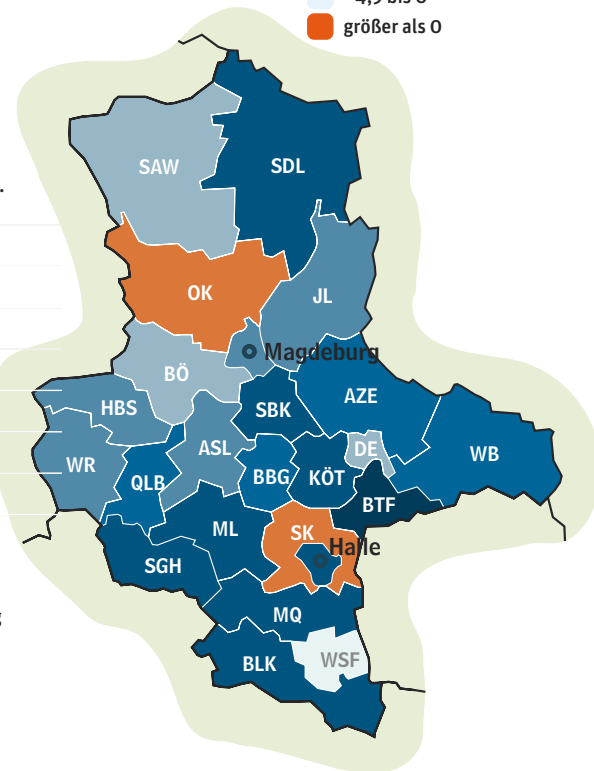
Anteil der über 60-Jährigen in den vier Regionen Sachsen-Anhalts
(Quelle: BBR, INKAR Prognose 2020)

Ausverkauf der Jobs

Nirgendwo in Deutschland gingen in so kurzer Zeit so viele Arbeitsplätze verloren wie in Sachsen-Anhalt. Ein Trend, der sich auch 14 Jahre nach der Wende fortsetzt.

Beschäftigungsentwicklung in Sachsen-Anhalt 1995 bis 2001 in Prozent
(Quelle: BBR, INKAR 2003)

- -30 und weniger
- -29,9 bis -25
- -24,9 bis -20
- -19,9 bis -15
- -14,9 bis -10
- -9,9 bis -5
- -4,9 bis 0
- größer als 0



Schlechte Noten von den Kreditgebern

Die international renommierte Rating-Agentur Standard & Poor's mit Sitz in New York hat im September 2003 die Kreditwürdigkeit von Sachsen-Anhalt mit „AA-“, also unterhalb der Bestnote „AAA“ eingestuft.³¹ Die Herabstufung eines Ratings ist in der Bankenbranche gleichbedeutend mit einem erhöhten Ausfallrisiko für Kredite, die ein Land oder ein Unternehmen aufnimmt. Je schlechter das Rating, desto höher die Zinsen, die für eine Anleihe bezahlt werden müssen. Ausdrücklich machen die Analysten für ihre Benotung Sachsens auch demografische Gründe geltend: Der Bevölkerungsrückgang von zehn Prozent innerhalb von zwölf Jahren habe negative Folgen für das Wirtschaftswachstum. Zudem sei kein Ende des Schwundes abzusehen. Bemängelt wird in der Standard &

Poor's-Analyse ferner die bundesweit höchste und auch im internationalen Maßstab hohe Arbeitslosenquote, die wachsende Verschuldung des Bundeslandes, sinkende Einnahmen im Landeshaushalt und ein Bruttosozialprodukt, das nur 70 Prozent des Durchschnitts-Niveaus der 15 EU-Staaten erreicht.

Anders als Sachsen-Anhalt erreichen Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg leicht das Spitzenrating „AAA“ – ein Qualitätssiegel für Investoren und Anleger auf internationalen Kapitalmärkten. In Bayern müssen nur drei Prozent der Steuereinnahmen für Zinszahlungen aufgewendet werden – in Sachsen-Anhalt sind es zehn Prozent.

Bewertung Sachsen-Anhalt

		Demografie						Wirtschaft						Integration		Bildung			Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE					
		Kinderzahl	Unter 20-Jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+ Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte		Kindergärten	Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
SAW	Altmarkkreis Salzwedel	5	4	5	5	4	4	4,5	6	5	4	1	3	3	5	3,9	5	6	5,5	6	3	5	4,7	2	1	1,5	1	5	3,0	4,00
AZE	Anhalt-Zerbst	6	5	6	3	6	4	5,0	6	6	5	3	4	4	5	4,7	4	3	3,5	6	4	4	4,7	2	2	2,0	1	5	3,0	4,27
ASL	Aschersleben-Staßfurt	6	5	5	5	6	6	5,5	6	5	3	4	4	4	5	4,4	4	3	3,5	6	3	4	4,3	3	1	2,0	3	5	4,0	4,36
BBG	Bernburg	6	5	6	4	6	6	5,5	6	5	5	4	4	4	5	4,7	6	2	4,0	6	4	4	4,7	2	1	1,5	3	5	4,0	4,50
BTF	Bitterfeld	6	5	5	6	5	6	5,5	6	5	3	4	4	4	5	4,4	4	3	3,5	6	3	4	4,3	3	2	2,5	4	5	4,5	4,45
BÖ	Bördekreis	6	5	5	2	5	4	4,5	6	5	3	1	3	4	4	3,7	*	4	4,0	6	3	5	4,7	2	2	2,0	1	5	3,0	3,86
BLK	Burgenlandkreis	6	5	5	4	6	5	5,2	6	5	5	4	4	5	5	4,9	6	4	5,0	6	3	4	4,3	3	1	2,0	3	5	4,0	4,55
DE	Dessau	6	6	5	6	5	6	5,7	5	4	4	4	5	5	4	4,4	5	3	4,0	5	4	1	3,3	4	3	3,5	1	5	3,0	4,36
HBS	Halberstadt	5	5	5	4	5	5	4,8	6	5	5	2	4	4	4	4,3	1	4	2,5	6	3	5	4,7	3	2	2,5	2	6	4,0	4,14
HAL	Halle/Saale	6	5	3	6	4	4	4,7	5	3	4	3	6	4	5	4,3	4	4	4,0	6	3	1	3,3	5	2	3,5	5	6	5,5	4,27
JL	Jerichower Land	6	5	5	2	5	3	4,3	5	5	4	3	4	3	2	3,7	6	3	4,5	6	3	4	4,3	2	1	1,5	1	5	3,0	3,77
KÖT	Köthen	6	5	5	3	5	4	4,7	6	6	5	5	5	4	5	5,1	3	3	3,0	6	4	4	4,7	3	2	2,5	3	6	4,5	4,45
MD	Magdeburg	6	6	4	6	5	3	5,0	5	3	3	2	5	4	5	3,9	4	5	4,5	6	4	2	4,0	5	2	3,5	4	5	4,5	4,27
ML	Mansfelder Land	6	5	6	4	6	6	5,5	6	6	4	5	4	5	6	5,1	5	4	4,5	6	3	5	4,7	1	3	2,0	3	5	4,0	4,73
MQ	Merseburg-Querfurt	6	5	5	3	6	5	5,0	6	4	3	4	4	4	4	4,1	5	3	4,0	6	3	4	4,3	3	2	2,5	3	5	4,0	4,23
OK	Ohre-Kreis	6	5	5	1	5	1	3,8	5	5	3	1	3	3	2	3,1	5	6	5,5	5	3	4	4,0	2	2	2,0	1	5	3,0	3,55
QLB	Quedlinburg	6	5	6	5	6	6	5,7	6	6	5	4	5	5	5	5,1	4	3	3,5	6	3	4	4,3	3	2	2,5	3	4	3,5	4,64
SK	Saalkreis	6	5	6	1	4	1	3,8	5	5	5	1	3	2	1	3,1	5	6	5,5	5	3	3	3,7	1	3	2,0	3	5	4,0	3,59
SGH	Sangerhausen	6	5	5	5	6	6	5,5	6	6	4	4	4	4	5	4,7	5	3	4,0	6	3	5	4,7	2	1	1,5	2	5	3,5	4,45
SBK	Schönebeck	6	5	5	4	6	6	5,3	6	6	5	3	5	4	5	4,9	6	5	5,5	5	4	4	4,3	3	1	2,0	3	5	4,0	4,64
SDL	Stendal	6	4	5	5	5	6	5,2	6	5	3	4	4	3	5	4,3	6	3	4,5	6	3	5	4,7	3	2	2,5	1	6	3,5	4,36
WSF	Weißenfels	6	5	5	3	6	4	4,8	6	6	4	4	4	5	4	4,7	4	3	3,5	5	3	4	4,0	3	1	2,0	4	6	5,0	4,32
WR	Wernigerode	6	5	5	3	5	4	4,7	5	4	4	1	3	5	4	3,7	6	4	5,0	5	3	5	4,3	3	1	2,0	2	3	2,5	3,91
WB	Wittenberg	6	5	5	5	6	6	5,5	6	6	4	4	4	4	4	4,6	5	3	4,0	6	3	4	4,3	2	2	2,0	1	5	3,0	4,36

* keine Daten verfügbar

SACHSEN-
ANHALT

NORDRHEIN- WESTFALEN



Das Revier steigt ab

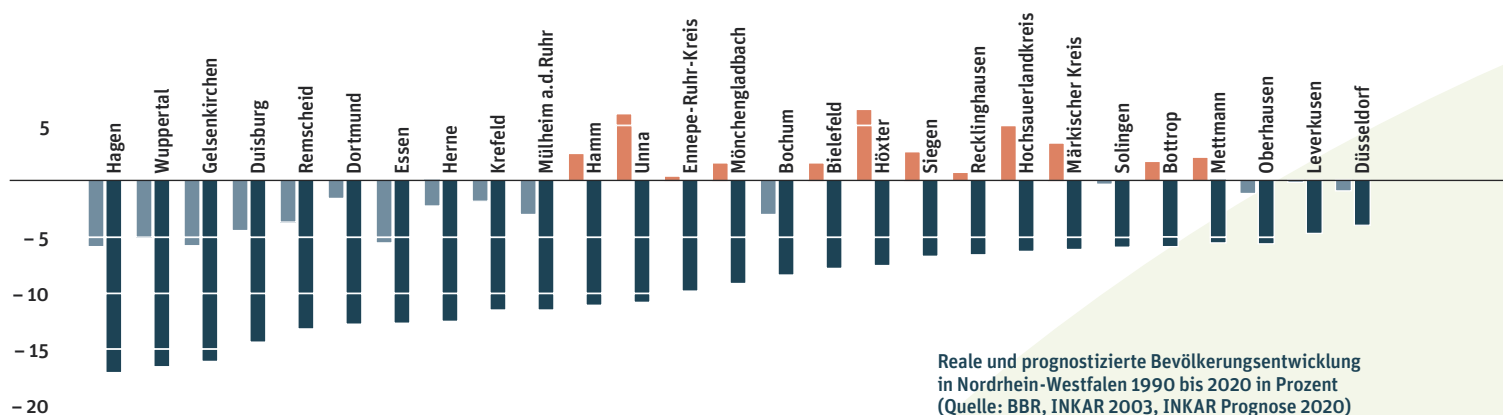
Mit 18 Millionen Menschen ist Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste und am dichtesten besiedelte Flächenland – und die bedeutendste Industrieregion Deutschlands. Im Jahr 2002 erwirtschaftete das Land 22 Prozent des realen Bruttoinlandsproduktes der Republik. Das wirtschaftliche Herz Nordrhein-Westfalens schlug lange Zeit im Ruhrgebiet – mit 5,4 Millionen Einwohnern noch immer einer der größten Ballungsräume Europas und eines der traditionsreichsten Industriegebiete der Welt. Der „Ruhrpott“ vereinigt elf Großstädte mit jeweils mehr als 100.000 Einwohnern.

Flucht aus den grauen Städten

Während fast alle Städte des rheinisch-westfälischen Ballungsraumes mit erheblichen Bevölkerungsverlusten rechnen müssen, entwickelt sich im ländlichen Nordrhein-Westfalen eine Familienzone. Neben dem nördlich des Ruhrgebiets liegenden Kreis Borken profitiert vor allem der neben Bonn gelegene Rhein-Sieg-Kreis von der Binnenwanderung.

Der Aufstieg des Ruhrgebiets begann mit der Kohle. Der teilweise offen an der Erdoberfläche zu Tage tretende Rohstoff wurde in bescheidenem Umfang schon im 14. Jahrhundert abgebaut. Doch erst die Erfindung der Dampfmaschine im 19. Jahrhundert setzte eine Aufwärtsspirale aus Kohleförderung, Eisen- und Stahlproduktion, Maschinenbau und Verbesserung der Fördertechnik in Gang. Während der industriellen Revolution stieg die Region zum bedeutendsten europäischen Schwerindustrieregion auf. Zunächst belebte der europaweite Eisenbahnbau die Nachfrage nach Stahl. Anfang des 20. Jahrhunderts ließ auch die Rüstungsindustrie die Belegschaften wachsen. Allein Alfred Krupps Stahlwerke beschäftigten 1917 über 150.000 Menschen. Damals prägten Zechen, Schachtanlagen und Stahlwerke die Landschaft des gesamten Reviers. Durch die Industrie stieg der Bedarf an Arbeitskräften so stark, dass er nicht mehr mit Einheimischen gedeckt werden konnte. Tausende Ostpreußen, Nieder- und Oberschlesier, Polen, Tschechen, Slowaken und Slowenen zogen an die Ruhr.

Die zwei Weltkriege trieben die Unternehmen des Ruhrgebietes jeweils in den Ruin. Doch jedes Mal ließ der Bedarf an Kohle und Stahl das Revier wieder auferstehen. Auf dem Höhepunkt des Wirtschaftswunders 1957 förderten im Ruhrgebiet rund 500.000 Bergleute Steinkohle.³² Die Hälfte aller Arbeitsplätze der Region hing direkt oder indirekt von den Zechen ab – bis billige Importkohle und die zunehmende Nutzung von Erdöl dem Ruhrpott einen ersten schweren Schlag versetzten. Zwar fingen neue Wachstumsbranchen wie der Fahrzeugbau, die Petrochemie und die Elektrotechnik die Arbeitsplatzverluste zunächst noch auf. Doch seit der Stahlkrise der 1970er Jahre war der Niedergang nicht mehr aufzuhalten.



Der schwere Abschied von Kohle und Eisen

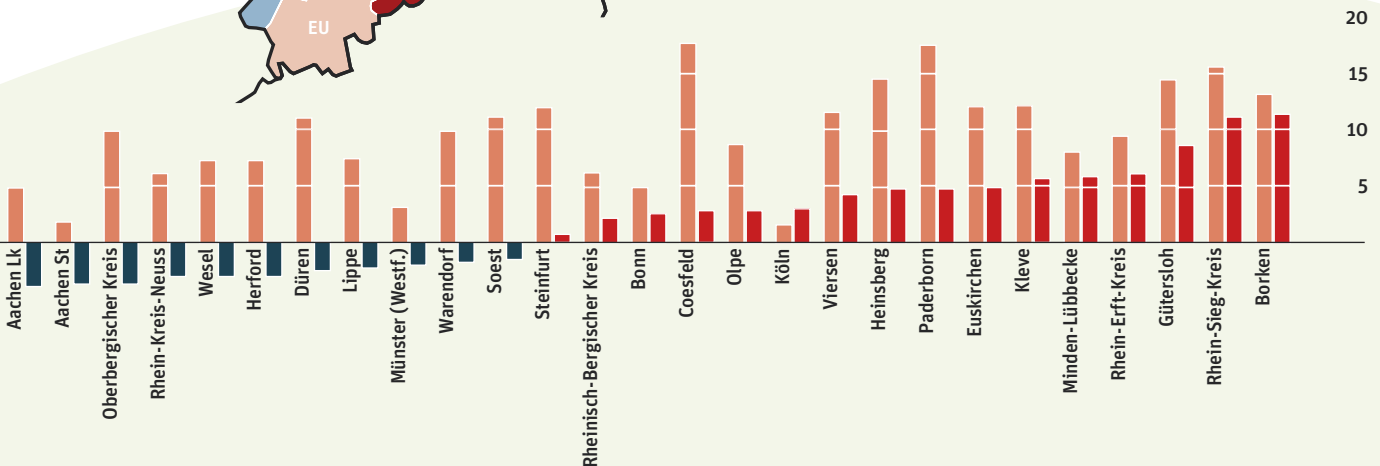
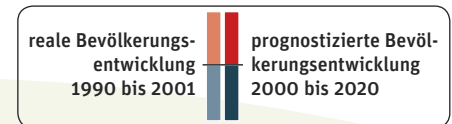
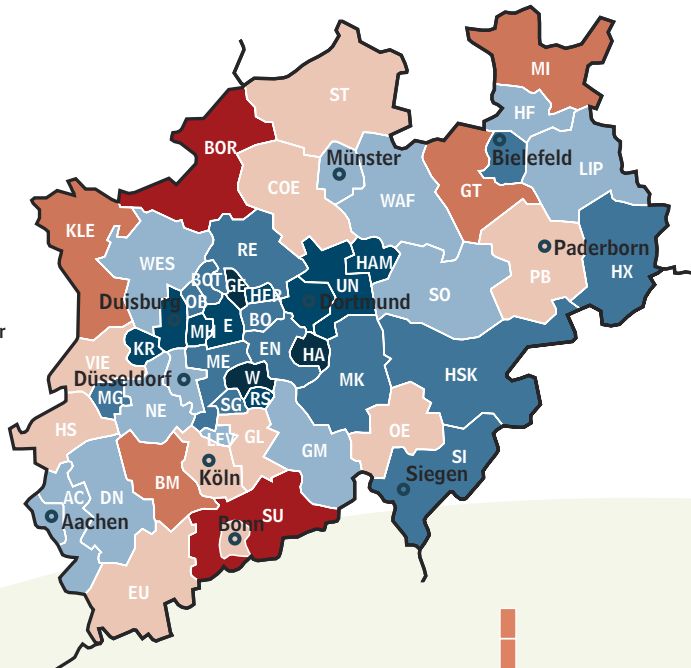
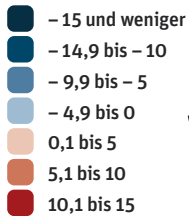
Die alte Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebiets drückt Nordrhein-Westfalen bis heute ihren Stempel auf. Zu viele Menschen haben zu lange direkt oder indirekt von Kohle und Stahl gelebt. Beim Strukturwandel tut sich Nordrhein-Westfalen bis heute schwer: Nicht High-Tech-Betriebe, sondern vorwiegend Firmen aus der mittleren Stufe der Wertschöpfungskette wie Chemie, Maschinenbau und Metallverarbeitung zählen zu den exportstärksten des Bundeslandes.³³ Trotz Moder-

nisierung bleibt Nordrhein-Westfalen im wesentlichen auf stagnierende Branchen ausgerichtet. Im Bereich der Spitzentechnologie kann das Land mit Bayern und Baden-Württemberg nicht mithalten. Zwischen 1993 und 2001 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens um 9,5 Prozent – nur halb so stark wie in Bayern und weniger als in jedem anderen westdeutschen Bundesland.³⁴

An der schwachen Entwicklung Nordrhein-Westfalens dürfte die Bundes- und Landespolitik nicht ganz unschuldig sein. Sie hat über Jahrzehnte versucht, die anstehende Modernisierung der Wirtschaft sozialverträglich und mit Subventionen abzufedern – und damit gebremst. Seit 1980 hat der deutsche Staat rund 100 Milliarden Euro aufgewendet, um den sterbenden Steinkohleabbau am Leben zu halten. Noch heute arbeiten im Ruhrgebiet etwa 50.000 Kohlekumpel, obwohl der Preis einheimischer Steinkohle um ein Vielfaches über dem der Importkohle liegt. Im Jahr 2001 kostete jeder einzelne Steinkohlen-Beschäftigte den Steuerzahler 82.000 Euro.³⁵

Dennoch ist heute in vielen Großstädten der Region die Arbeitslosigkeit extrem hoch. Gelsenkirchen, die Schlusslichtstadt der Landes-Gesamtwertung, hatte im Jahr 2002 mit mehr als 17 Prozent die nach Bremerhaven zweithöchste Arbeitslosigkeit ganz Westdeutschlands.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020 in Prozent



NORDRHEIN-
WESTFALEN

Weg aus dem Pott und raus aufs Land

Das Ruhrgebiet gehörte jahrzehntlang zu den menschenreichsten Ballungsräumen der Welt. Doch seit Kohle und Stahl keinen Wohlstand mehr schaffen, sind immer weniger Menschen bereit, in der geschundenen Landschaft zu leben. Die junge Mittelschicht drängt ins Grüne und verlässt das Ruhrgebiet. In Gelsenkirchen und Essen ist die Einwohnerzahl binnen elf Jahren bereits um fast sechs Prozent zurückgegangen. Auch außerhalb des unmittelbaren Ruhrgebiets, in Hagen und Wuppertal, sank die Einwohnerzahl in vergleichbarer Größenordnung. Der vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung prognostizierte Bevölkerungsrückgang übersteigt in zwölf Kreisen Nordrhein-Westfalens die Zehn-Prozent-Marke, darunter in Duisburg, Dortmund, Krefeld und Unna. Die Städte Wuppertal, Hagen und Gelsenkirchen sollen gar 16 bis 17 Prozent ihrer Einwohner verlieren – gleichermaßen durch Geburtenmangel und Abwanderung.

Suburbanisierung und Familienwanderungen ins Umland sind in allen deutschen Ballungsräumen zu beobachten. Doch häufig wird der Schwund kompensiert durch den Zuzug junger Studierender und Auszubildender. Nicht jedoch in Essen, Duisburg und Herne. Die Städte üben offenbar wenig Anziehung auf junge Menschen aus. Zurück bleiben dann jene, die wenig mobil sind: Arme, Alte und Ausländer. Das Ruhrgebiet ist schon heute der rentnerreichste Großraum Deutschlands. Während in Berlin 14,6 Prozent und in Hamburg 16,9 Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre sind, leben in Duisburg 19, in Essen 19,9 und in Mülheim an der Ruhr 20,6 Prozent Menschen dieser Altersgruppe. Bis zum Jahr 2020 wird im Ruhrgebiet der Anteil junger Menschen unter 20 Jahren um fast 25 Prozent sinken, die erwerbsfähige Bevölkerung (im Alter zwischen 20 und 60 Jahren) um 15 Prozent. Umgekehrt werden in den Regionen Emscher/Lippe, Duisburg/Essen, Düsseldorf und Bochum/Hagen 2020 fast ein Viertel mehr über 60-Jährige leben als heute. Das ehemalige Zentrum der deutschen Schwerindustrie wird dann eine der ältesten Regionen Westdeutschlands sein.

Kinder ziehen Wirtschaft an

Dagegen können ländliche Regionen Nordrhein-Westfalens noch Bevölkerung hinzugewinnen. In Borken, nördlich des Ruhrgebietes, sind etwa ein Viertel der Zugezogenen „Ruhrgebietsflüchtlinge“.³⁶ Dort ist eine regelrechte Familienzone entstanden. Einerseits lassen sich viele junge Familien nieder, die zuvor in Städten gelebt haben. Andererseits zeigt sich hier ein Trend zu vergleichsweise hohen Kinderzahlen, wie er in den ebenfalls katholisch geprägten niedersächsischen Nachbarkreisen um Cloppenburg zu beobachten ist. Sechs der 30 Kreise mit der höchsten Fertilität in Deutschland liegen im ländlichen Nordrhein-Westfalen.

Nicht nur die Kinderfreundlichkeit macht den Kreis Borken zum Spitzenreiter in der nordrhein-westfälischen Gesamtwertung. Neben den höchsten Kinderzahlen je Frau weist der Kreis mit einem Anteil von 7,5 Prozent unter Sechsjähriger auch die höchste Kinderdichte in Nordrhein-Westfalen auf. Gleichzeitig leben dort die relativ wenigsten Hochbetagten. Bis 2020 prognostiziert das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung für Borken ein weiteres Bevölkerungswachstum von mehr als zehn Prozent. Dieser Boom scheint für eine eigene Wirtschaftsentwicklung zu sorgen: In der Region leben nicht nur Berufspendler des Ruhrgebiets, hier finden die Menschen auch Arbeit vor Ort. Während das Ruhrgebiet zwischen 1990 und 2000 etwa neun Prozent seiner Arbeitsplätze verlor, nahm die Zahl der Beschäftigten in Borken, Coesfeld, Warendorf und Soest zwischen zehn und 20 Prozent zu. Borken selbst hat heute einen fast ausgeglichenen Pendlersaldo.

Zweitbesten Kreis in Nordrhein-Westfalen ist Gütersloh, das für eine ländliche Region ungewöhnlich gute Wirtschaftsdaten aufweist. Vor allem die Unternehmen Bertelsmann, der zweitgrößte Medien-Konzern der Welt, und der Haushaltsgerätehersteller Miele bieten einigen zehntausend Angestellten Arbeit. Die Region Ostwestfalen-Lippe konnte darüber hinaus in der Vergangenheit ihre Bevölkerungsstruktur durch eine starke Zuwanderung von Aussiedlern auffrischen. In den Jahren 1987 bis 2002 haben sich 163.000 Deutschstämmige zwischen Minden und Paderborn niedergelassen.

Junge Ausländer und alte Deutsche

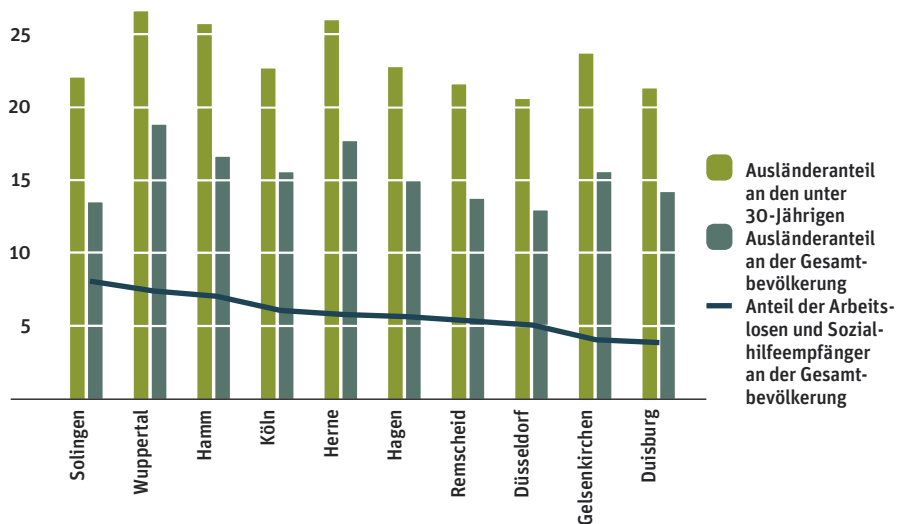
Insgesamt haben elf Prozent der Einwohner Nordrhein-Westfalens keinen deutschen Pass. In den Städten des Ruhrgebiets ist der Ausländeranteil vor allem in den jüngeren Altersklassen oft erheblich höher. In Duisburg sind 26 Prozent der unter 30-Jährigen Nicht-Deutsche – bei einem Gesamtausländeranteil von lediglich 16,6 Prozent. Zwei Gründe gibt es für den Überhang an jungen Ausländern: Zum einen bekommen Ausländer mehr Kinder als Deutsche. Zum anderen verlassen vermehrt junge Menschen, die es sich erlauben können, die tristen Städte des Reviers – und das sind eher die Einheimischen. Bei den Zurückbleibenden mischen sich oft Armut und Arbeitslosigkeit zu sozialem Sprengstoff. Schlechte Ausbildung, fehlende Jobs und mangelhafte soziale Integration führen in den Städten mit den höchsten Anteilen an unter 30-jährigen Ausländern zu einem hohen Maß an Gewaltkriminalität.³⁸ In zwei Jahrzehnten wird, Prognosen zufolge, in vielen Städten des Ruhrgebiets die Mehrheit der Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben.³⁹ Angesichts ethnischer Ghettos, die schon heute das Zusammenwachsen der Kulturen behindern, wird klar, vor welcher Herausforderung die um Integration bemühten Behörden aber auch die gesamte Gesellschaft stehen.

Drohende Spaltung

In nordrhein-westfälischen Städten mit einem hohen Ausländeranteil vor allem in der jüngeren Bevölkerung ist häufig auch die Zahl der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger besonders groß. 2020 wird hier die Mehrzahl der unter 30-Jährigen einen Migrationshintergrund haben. Ohne Jobs und bessere Integration birgt diese Situation enormen sozialen Sprengstoff. Hier droht die soziale Spaltung in junge chancenlose Migranten und alte Deutsche.

Die Schwerindustrie geht – die Freizeitgesellschaft kommt

Deutschlandweit versuchen Stadtplaner und Investoren auf Industriebrachen Freizeitparks, Edutainment-Center oder Sport-Arenen anzusiedeln. Das Ruhrgebiet war Vorreiter dieser Entwicklung. Als zum Beispiel 1992 in Oberhausen die Thyssen-Hütte geschlossen wurde, entstand auf dem Gelände für eine Bausumme von zwei Milliarden Euro der gigantische Konsum- und Unterhaltungspark „CentrO“. Die „Kulturwirtschaft“ avancierte zum Hoffnungsträger der Region. Mit der Zeche Zollverein in Essen, der Arena Oberhausen, einem „Alpincenter“ mit ganzjährigem Kunstschnee in Bottrop, dem RheinRuhr-Zentrum in Mülheim oder dem Ruhr-Park in Bochum eröffnete ein Tempel der Spaßgesellschaft nach dem anderen seine Pforten. Die Zahl der Arbeitsplätze in Bottrop stieg zwischen 1991 und 2001 gegen den Trend um vier Prozent – zum Teil durch Jobs in der Freizeitindustrie.³⁷ Nicht alle Einrichtungen arbeiten profitabel, doch regional scheint das Konzept aufzugehen. Immerhin wohnen im Umkreis von drei Stunden Fahrzeit zu diesen Anlagen 30 Millionen Konsumenten. Beliebig auf andere Regionen übertragbar ist der Ansatz jedoch nicht: Wo bei der Planung nicht auf demografische Faktoren geachtet wurde, kam es bereits zu Pleiten. So musste die Rennstrecke „Lausitzring“ im dünn besiedelten Brandenburg Konkurs anmelden. Das „Space-Center“ in Bremen steht kurz nach seiner Eröffnung bereits wieder vor dem Aus. Und andere Vorhaben, wie ein riesiger Natur-Erlebnispark im Harz, mussten schon in der Planungsphase auf Eis gelegt werden.



Ausländeranteil und Anteil der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger in ausgewählten Städten Nordrhein-Westfalens in Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)

Kopfprämien für Junge

Die grauen Ruhrgebietsstädte haben nie einen großen Reiz besessen. Doch seit sie nicht einmal mehr Arbeit versprechen, drohen manche von ihnen zu zerfallen. Nach Prognosen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung werden 2020 nur noch 4,8 Millionen Menschen im Pott leben – zehn Prozent weniger als im Jahr 2000. Besonders betroffen ist die einstige Ruhrmetropole Essen. Seit Anfang der 1960er Jahre hat die Stadt bereits 20 Prozent ihrer Einwohner eingebüßt. Bis 2020 prognostiziert das Bundesamt einen weiteren Schwund von 12,6 Prozent. In der einstigen dreiviertel Millionen-Stadt werden dann noch 524.000 Menschen wohnen. Zwei Drittel des Verlustes gehen auf das Konto des Geburtendefizits, ein Drittel ist durch Abwanderung verursacht. Für die betroffenen Kommunen hat das verheerende Folgen: Mit jedem einkommensteuerepflichtigen Abwanderer gehen pro Jahr etwa 1.100 Euro an direkten Einnahmen und 15.000 Euro an Kaufkraft verloren.⁴⁰ Gleichzeitig verursacht die dichte Infrastruktur eines Ballungsraumes Kosten, die bleiben, auch wenn weniger Menschen in den Städten wohnen.

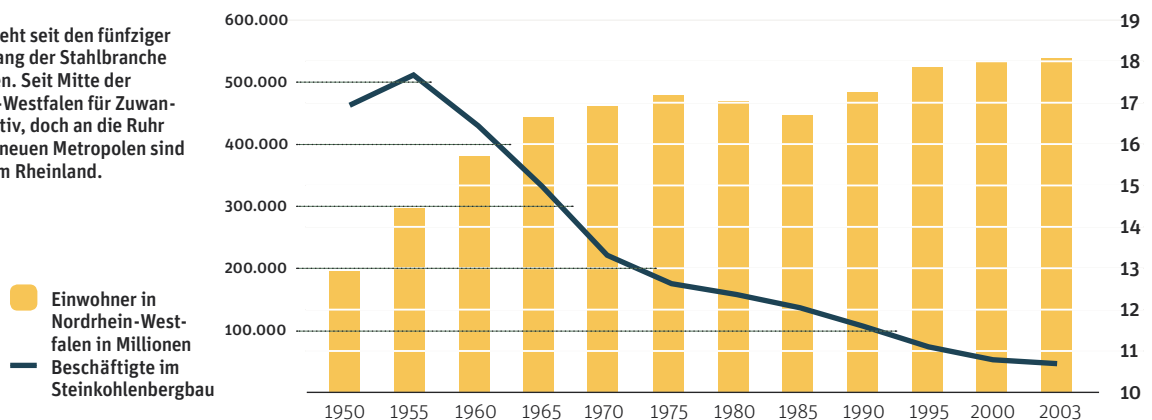
1998 hat sich die Stadt Essen deshalb dazu entschlossen, junge Familien, die sich Wohneigentum zulegen wollen, mit einer sogenannten „Bleibepremie“ zu fördern. Damals hatte Essen in einem einzigen Jahr 3.000 Menschen durch Abwanderung verloren. Zwar leidet die Stadt chronisch unter der Finanzmisere, dennoch sieht die Verwaltung in der Förderung eine unverzichtbare Zukunftsinvestition. Eine vierköpfige Familie kann, dank des Zuschusses, eine Hypothek von 30.000 Euro mit monatlich 175 Euro bedienen. Reich wird dadurch zwar niemand, doch möglicherweise trägt die Förderung erste Früchte: 2001 verließen per Saldo nur noch 500 Menschen die Stadt an der Ruhr.

Das Rheinland blüht

Zwischen 1975 und 1985 verlor Nordrhein-Westfalen aufgrund der schlechten Wirtschaftsentwicklung etwa eine halbe Million Einwohner. Seither aber ziehen wieder mehr Menschen in das Bundesland als es verlassen. Allerdings schlägt das Herz Nordrhein-Westfalens nicht mehr an der Ruhr, sondern in den Städten der „Rheinschiene“, in Düsseldorf, Köln und Bonn. Die Landeshauptstadt Düsseldorf wie auch die einstige Bundeskapitale Bonn sind seit Jahrzehnten Zentren der Dienstleistungswirtschaft. Die Industriestadt Köln hat zusätzlich zu ihrem linksrheinischen Braunkohlrevier, den Ford-Automobilwerken und einem ganzen Ring von Unternehmen der Chemie innovative Branchen angesiedelt. Als eine der wenigen deutschen Großstädte ist Köln in den zwölf Jahren zwischen 1990 und 2001 noch gewachsen – um 1,5 Prozent.

Strukturwandel geschafft?

Die Zahl der Kohlekumpel geht seit den fünfziger Jahren zurück. Der Niedergang der Stahlbranche begann in den 1970er Jahren. Seit Mitte der 1980er Jahre ist Nordrhein-Westfalen für Zuwanderer wieder leidlich attraktiv, doch an die Ruhr zieht es sie nicht mehr. Die neuen Metropolen sind die Dienstleistungsstädte im Rheinland.



Bevölkerungsentwicklung und Beschäftigte im nordrhein-westfälischen Steinkohlenbergbau 1950 bis 2003 (Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.)

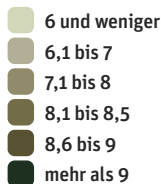
Erschreckend ist allerdings der hohe Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in Köln, einer ansonsten wirtschaftlich prosperierenden Stadt, deren Kaufkraft und Bruttoinlandsprodukt mit Note eins bewertet werden. Obwohl die Zahl der Beschäftigten in Köln zwischen 1995 und 2001 um 8,6 Prozent wuchs, sind hier 74 von 1.000 Einwohnern arbeitslos oder leben von der Sozialhilfe. Das Problem Kölns ist die alte Industriestruktur der Stadt: Weil die Unternehmen der Chemie- und Metallindustrie in den letzten Jahren versucht haben, durch Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau profitabel zu bleiben, haben Arbeiter vor allem der rechtsrheinischen Wohngebiete, die zu einem großen Teil keinen deutschen Pass besitzen, ihren Job verloren.

Auf der Kölner Gewinnerseite steht hingegen der Dienstleistungsbereich, die Werbe- und Medienwirtschaft. Diese Branchen haben viele junge qualifizierte Menschen in die Domstadt gelockt. Jeder vierte in Deutschland bei Hörfunk und Fernsehen Beschäftigte arbeitet heute in Köln – das entspricht acht Prozent aller Beschäftigten in der Domstadt. Im nahegelegenen Hürth arbeiten in Deutschlands größtem Studiokomplex 13 Filmstudios. Die Medien- und Kommunikationswirtschaft der Stadt setzt jährlich zwölf Milliarden Euro um.⁴¹

Das Revier ist alt geworden

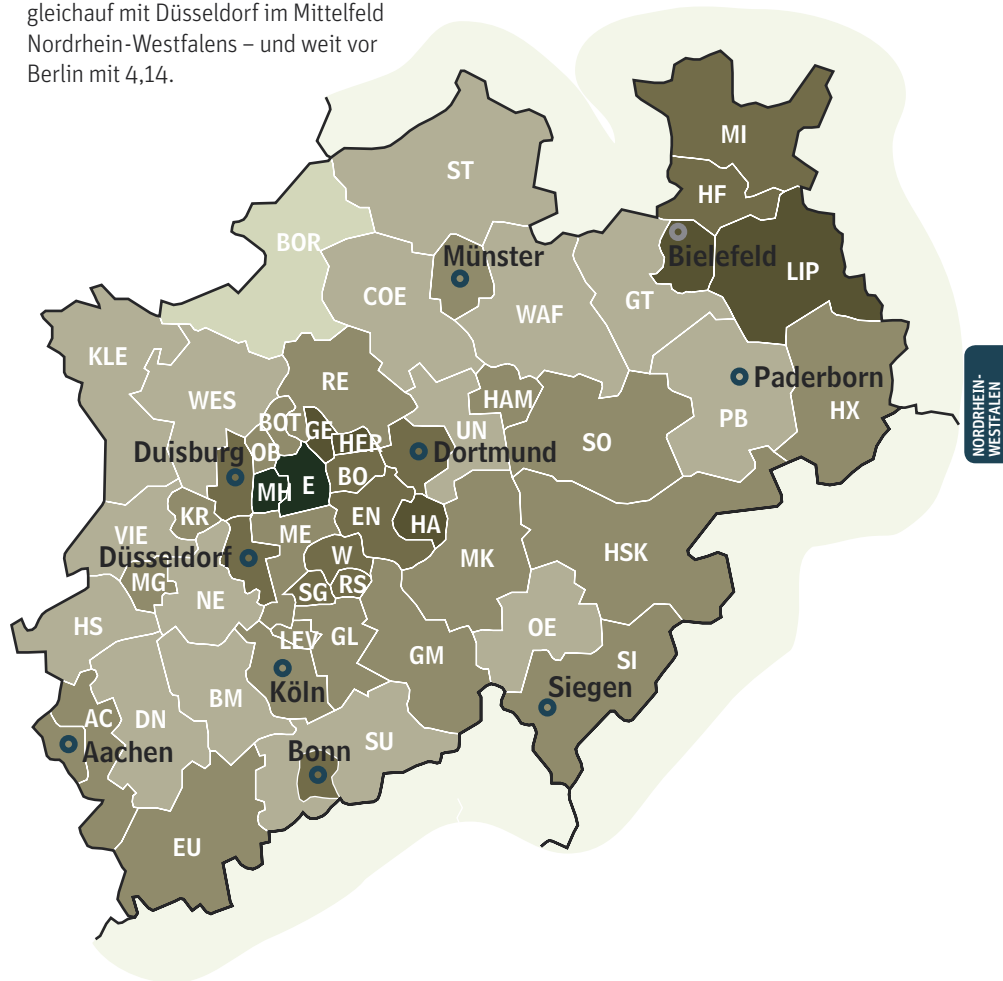
Noch zu Wirtschaftswunder-Zeiten war das Ruhrgebiet ein Magnet für junge Menschen. Heute wandern die Jungen aus Mangel an Perspektiven ab. Entsprechend steigt der relative Anteil der über 75-Jährigen.

Hochbetagte in Nordrhein-Westfalen in Prozent
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)



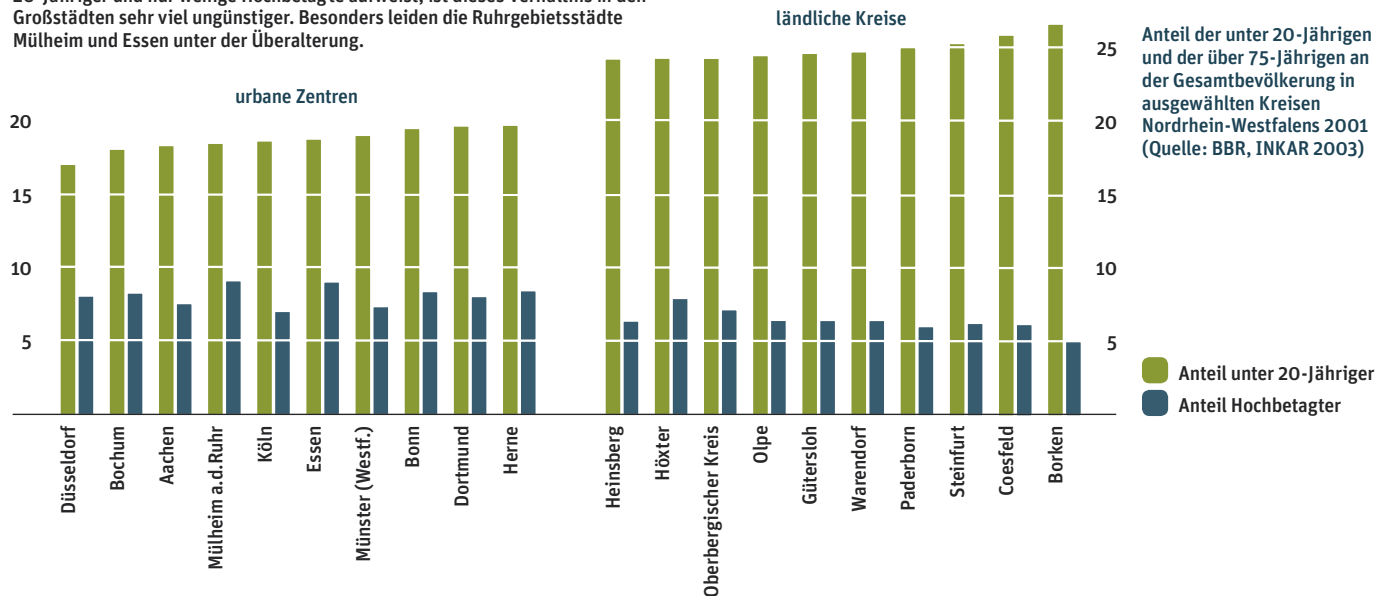
Ängste, die alte Bundeshauptstadt Bonn könnte nach dem Umzug der Regierung nach Berlin zu einer Geisterstadt werden, haben sich nicht bestätigt. Trotz der Abwanderung der Staatsbediensteten stieg die Einwohnerzahl von Bonn zwischen 1990 und 2001 um fast fünf Prozent. Die 2,9 Milliarden Euro schweren „Ausgleichsmaßnahmen“ der Bundesregierung waren offenbar gut angelegt: Die Vereinten Nationen siedelten mehrere Institutionen an, ein „Technologietransfer- und Innovationszentrum“ entstand und erhebliche Mittel wurden in den Auf- und Ausbau wissenschaftlicher Institute gesteckt. Bonn hat an das problembeladene Berlin zwar den Hauptstadttitel, nicht aber das Wachstumspotenzial abgetreten. In der Gesamtwertung liegt Bonn mit der Note 3,73 gleichauf mit Düsseldorf im Mittelfeld Nordrhein-Westfalens – und weit vor Berlin mit 4,14.

In Zukunft wird die Zahl der Einwanderer nach Nordrhein-Westfalen allerdings nicht mehr ausreichen, um die mangelnden Geburten auszugleichen. Ein natürliches Wachstum durch Geburtenüberschuss gibt es in Nordrhein-Westfalen schon seit Mitte der 1970er Jahre nicht mehr. Aufgrund der dadurch entstandenen Überalterung prognostizieren die Wissenschaftler des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung bis 2020 einen Bevölkerungsrückgang um vier Prozent.



Alte Städte – junges Land

Während das ländliche Nordrhein-Westfalen einen relativ hohen Anteil unter 20-Jähriger und nur wenige Hochbetagte aufweist, ist dieses Verhältnis in den Großstädten sehr viel ungünstiger. Besonders leiden die Ruhrgebietsstädte Mülheim und Essen unter der Überalterung.



Bewertung Nordrhein-Westfalen

		Demografie						Wirtschaft						Integration		Bildung		Familienfr.		Flächenn.		GESAMTNOTE								
		Kinderzahl	Unter 20-Jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze		Hochqualifizierte	Zwischennote	Singelhushalte	Kindergärten	Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
AC	Aachen Lk	3	4	2	2	5	3	3,2	3	4	5	5	4	4	4	4,1	5	4	4,5	2	3	4	3,0	3	6	4,5	5	5	5,0	3,86
AC	Aachen St	6	5	4	3	3	3	4,0	2	2	6	5	5	4	5	4,1	4	4	4,0	2	3	1	2,0	6	5	5,5	5	5	5,0	4,00
BI	Bielefeld	4	5	1	2	4	4	3,3	2	2	6	4	5	5	5	4,1	5	5	5,0	2	4	3	3,0	5	6	5,5	4	5	4,5	4,00
BO	Bochum	6	6	2	3	5	4	4,3	2	2	6	5	4	5	6	4,3	4	5	4,5	2	4	2	2,7	4	5	4,5	6	5	5,5	4,23
BN	Bonn	6	5	1	2	3	2	3,2	1	2	6	5	4	5	4	3,9	5	5	5,0	1	3	1	1,7	5	6	5,5	5	5	5,0	3,73
BOR	Borken	3	3	4	1	2	1	2,3	4	3	3	4	2	2	1	2,7	5	5	5,0	2	2	5	3,0	1	6	3,5	4	5	4,5	3,09
BOT	Bottrop	4	5	3	2	4	4	3,7	3	5	5	6	4	4	4	4,4	5	5	5,0	2	6	4	4,0	4	6	5,0	4	6	5,0	4,32
COE	Coesfeld	3	3	3	1	3	2	2,5	3	4	2	5	2	3	3	3,1	6	6	6,0	1	2	4	2,3	1	5	3,0	4	5	4,5	3,23
DO	Dortmund	5	5	2	3	5	5	4,2	3	3	5	6	6	5	5	4,7	4	4	4,0	3	4	3	3,3	5	6	5,5	5	5	5,0	4,41
DU	Duisburg	4	5	2	4	5	5	4,2	4	3	6	6	5	5	5	4,9	5	3	4,0	3	4	5	4,0	5	5	5,0	5	6	5,5	4,55
DN	Düren	4	4	4	1	5	3	3,5	3	3	4	5	4	3	3	3,6	5	5	5,0	2	3	4	3,0	2	6	4,0	4	6	5,0	3,77
D	Düsseldorf	6	6	1	2	4	3	3,7	1	1	6	2	5	5	5	3,6	3	4	3,5	3	3	1	2,3	6	5	5,5	6	4	5,0	3,73
EN	Ennepe-Ruhr-Kreis	5	5	2	2	6	4	4,0	2	4	4	4	3	5	5	3,9	5	4	4,5	2	2	3	2,3	4	6	5,0	6	5	5,5	4,00
E	Essen	5	5	1	3	5	5	4,0	2	2	6	5	6	6	6	4,7	5	4	4,5	2	3	3	2,7	5	6	5,5	6	5	5,5	4,36
EU	Euskirchen	3	4	3	1	5	2	3,0	3	4	5	5	3	4	3	3,9	5	4	4,5	1	2	5	2,7	2	5	3,5	3	4	3,5	3,45
GE	Gelsenkirchen	4	5	2	4	5	6	4,3	4	3	5	6	6	5	6	5,0	4	4	4,0	4	6	5	5,0	6	5	5,5	6	6	6,0	4,86
GT	Gütersloh	3	3	2	1	3	2	2,3	2	2	2	2	3	3	2	2,3	5	5	5,0	2	4	5	3,7	3	6	4,5	5	5	5,0	3,18
HA	Hagen	3	5	2	5	4	6	4,2	3	3	5	4	4	5	6	4,3	5	4	4,5	2	2	5	3,0	5	6	5,5	4	6	5,0	4,27
HAM	Hamm	3	4	4	2	3	5	3,5	4	4	5	6	4	4	4	4,4	6	4	5,0	2	4	5	3,7	2	6	4,0	3	6	4,5	4,09
HS	Heinsberg	4	3	2	1	4	2	2,7	4	5	3	6	3	3	2	3,7	5	4	4,5	2	3	5	3,3	1	6	3,5	5	6	5,5	3,59

		Demografie						Wirtschaft						Integration			Bildung			Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE				
		Kinderzahl	Unter 20-jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kindergärten		Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
HF	Herford	3	4	2	2	4	3	3,0	2	3	3	2	3	5	4	3,1	5	5	5,0	2	2	5	3,0	4	5	4,5	5	5	5,0	3,55
HER	Herne	5	5	3	3	5	5	4,3	4	4	5	6	5	5	6	5,0	5	4	4,5	3	4	5	4,0	5	6	5,5	6	6	6,0	4,77
HSK	Hochsauerlandkreis	3	4	3	3	4	4	3,5	3	3	3	4	3	4	4	3,4	6	5	5,5	3	2	5	3,3	2	6	4,0	3	2	2,5	3,59
HX	Höxter	3	3	4	2	4	4	3,3	4	4	3	5	2	4	3	3,6	5	4	4,5	1	4	5	3,3	3	5	4,0	3	3	3,0	3,55
KLE	Kleve	4	4	3	1	4	2	3,0	3	4	1	6	2	3	3	3,1	5	3	4,0	2	4	5	3,7	1	6	3,5	4	5	4,5	3,41
K	Köln	5	5	1	2	3	2	3,0	1	1	6	3	6	4	4	3,6	4	4	4,0	2	3	1	2,0	6	6	6,0	5	5	5,0	3,59
KR	Krefeld	5	5	1	4	5	5	4,2	2	2	6	5	5	4	5	4,1	4	4	4,0	3	2	3	2,7	4	5	4,5	5	6	5,5	4,09
LEV	Leverkusen	5	5	2	3	5	3	3,8	1	2	4	3	3	4	6	3,3	4	4	4,0	1	4	4	3,0	4	6	5,0	5	5	5,0	3,77
LIP	Lippe	3	4	2	2	4	3	3,0	3	3	4	4	3	5	4	3,7	5	5	5,0	3	2	4	3,0	4	6	5,0	4	4	4,0	3,68
MK	Märkischer Kreis	3	4	3	3	4	4	3,5	2	3	3	3	3	4	5	3,3	5	4	4,5	3	3	5	3,7	3	6	4,5	5	5	5,0	3,77
ME	Mettmann	5	5	2	2	5	4	3,8	1	3	4	3	3	4	4	3,1	5	5	5,0	2	3	3	2,7	4	6	5,0	6	5	5,5	3,82
MI	Minden-Lübbecke	3	4	3	2	4	2	3,0	3	3	4	3	3	5	3	3,4	5	5	5,0	2	2	5	3,0	3	6	4,5	4	4	4,0	3,55
MG	Mönchengladbach	4	4	1	3	5	4	3,5	2	3	6	5	6	4	5	4,4	4	5	4,5	3	3	4	3,3	4	6	5,0	5	6	5,5	4,18
MH	Mülheim a.d.Ruhr	5	5	1	2	6	5	4,0	1	3	3	5	4	6	5	3,9	5	5	5,0	2	3	3	2,7	4	5	4,5	5	6	5,5	4,05
MS	Münster (Westf.)	6	5	1	3	2	3	3,3	1	2	6	4	4	4	4	3,6	5	6	5,5	1	2	1	1,3	5	6	5,5	3	4	3,5	3,55
GM	Oberbergischer Kreis	3	3	3	2	4	3	3,0	3	3	5	4	2	4	4	3,6	5	4	4,5	2	4	5	3,7	3	6	4,5	4	5	4,5	3,68
OB	Oberhausen	5	5	2	2	5	4	3,8	3	4	6	5	5	4	5	4,6	5	4	4,5	3	3	5	3,7	4	6	5,0	6	6	6,0	4,41
OE	Olpe	3	3	3	2	3	2	2,7	3	3	3	3	2	3	3	2,9	6	4	5,0	3	3	5	3,7	1	6	3,5	4	4	4,0	3,27
PB	Paderborn	3	3	2	2	3	2	2,5	3	3	2	3	3	2	2,7	5	5	5,0	2	4	4	3,3	3	6	4,5	4	5	4,5	3,27	
RE	Recklinghausen	4	4	3	3	5	4	3,8	3	5	4	6	5	4	5	4,6	5	5	5,0	3	4	4	3,7	4	5	4,5	6	6	6,0	4,41
RS	Remscheid	3	4	2	3	5	5	3,7	2	3	3	2	3	5	5	3,3	5	3	4,0	3	2	5	3,3	3	6	4,5	5	6	5,5	3,77
BM	Rhein-Erft-Kreis	5	4	2	1	5	2	3,2	2	3	3	4	3	3	4	3,1	5	4	4,5	2	2	3	2,3	3	6	4,5	5	5	5,0	3,45
GL	Rheinisch-Bergischer Kreis	4	4	3	2	5	2	3,3	1	4	3	4	3	4	4	3,3	5	5	5,0	1	4	2	2,3	2	6	4,0	5	5	5,0	3,55
NE	Rhein-Kreis-Neuss	4	4	2	2	4	3	3,2	1	2	5	3	3	3	3	2,9	4	5	4,5	2	3	3	2,7	2	6	4,0	6	5	5,5	3,41
SU	Rhein-Sieg-Kreis	4	4	2	1	4	1	2,7	2	4	5	5	2	3	3	3,4	5	5	5,0	2	3	3	2,7	2	6	4,0	5	5	5,0	3,45
SI	Siegen	4	4	3	3	4	4	3,7	3	3	3	4	3	4	4	3,4	5	4	4,5	2	3	4	3,0	2	5	3,5	4	5	4,5	3,64
SO	Soest	3	4	3	2	5	3	3,3	3	3	4	4	3	4	3	3,4	5	4	4,5	2	4	4	3,3	2	6	4,0	4	4	4,0	3,59
SG	Solingen	4	5	2	2	5	4	3,7	2	3	*	3	3	5	6	3,7	5	5	5,0	2	2	4	2,7	2	6	4,0	5	6	5,5	3,86
ST	Steinfurt	3	3	3	2	3	2	2,7	4	4	3	4	2	3	2	3,1	5	6	5,5	1	2	5	2,7	1	6	3,5	4	5	4,5	3,32
UN	Unna	4	4	2	2	5	5	3,7	3	4	3	6	4	3	4	3,9	5	5	5,0	2	4	4	3,3	3	6	4,5	6	6	6,0	4,09
VIE	Viersen	5	4	2	1	5	2	3,2	2	3	3	4	3	3	3	3,0	5	4	4,5	2	2	4	2,7	2	5	3,5	5	6	5,5	3,41
WAF	Warendorf	3	3	3	2	3	3	2,8	3	3	3	4	3	3	2	3,0	4	6	5,0	2	3	5	3,3	1	6	3,5	4	6	5,0	3,41
WES	Wesel	5	4	2	2	5	3	3,5	3	4	4	5	3	3	4	3,7	5	4	4,5	2	4	4	3,3	2	6	4,0	5	6	5,5	3,86
W	Wuppertal	5	5	1	4	5	6	4,3	2	3	3	4	5	5	6	4,0	5	5	5,0	3	3	4	3,3	5	6	5,5	5	6	5,5	4,36

* keine Daten verfügbar

SAARLAND

Der schrumpfende Zwerg im Südwesten

Das Saarland zeigt wie kaum ein anderes Bundesland, wie eng Bevölkerungs- und wirtschaftliche Entwicklung miteinander verknüpft sind. Wegen seiner einst mächtigen Kohle- und Stahlindustrie war es hundert Jahre lang Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland und wurde erst 1957 Teil der Bundesrepublik. Die Jahre des Aufbaus in der Nachkriegszeit ließen die Schwerindustrie boomen und bescherten dem Saarland ein kräftiges Bevölkerungswachstum. Zwischen 1950 und 1965 stieg die Einwohnerzahl um 19 Prozent auf 1,13 Millionen. Die Stahlkrise der 1960er Jahre stoppte das Wachstum und leitete eine Phase des Niedergangs ein. Zwanzig Jahre lang sank daraufhin die Einwohnerzahl und erreichte 1984 ein Tief von nur noch 1,05 Millionen. Dann gelang der saarländischen Wirtschaft der Strukturwandel – hin zur Automobilindustrie. Zwar sind von den einst 100.000 Arbeitsplätzen in Kohle und Stahl vier Fünftel verloren gegangen, doch statt dessen beschäftigt die neu geschaffene Automobilindustrie mittlerweile 23.000 Menschen. Im Saarland fertigt nicht nur der Hersteller Ford, auch Michelin und Bosch haben tausende Mitarbeiter eingestellt. VorproduktHersteller und Zulieferer eingeschlossen, hängen heute 40 Prozent der saarländischen Industrie-arbeitsplätze an der Autobranche.



Wirtschaftswachstum kann den Bevölkerungsrückgang nicht stoppen

Dennoch ist das Saarland das einzige Bundesland, das trotz positiver Wirtschaftsentwicklung bereits heute Bevölkerung verliert. Obwohl von 1995 bis 2001 die Zahl der Beschäftigten insgesamt um 3,1 Prozent gestiegen ist und sich der Arbeitsmarkt damit deutlich besser entwickelt hat als im Bundesdurchschnitt, obwohl mittlerweile wieder mehr Menschen ins Saarland ziehen als Bewohner es verlassen, lässt sich der durch Sterbefälle verursachte natürliche Bevölkerungsrückgang nicht mehr ausgleichen.

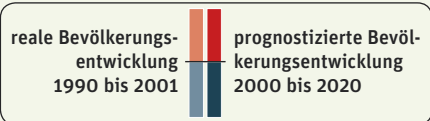
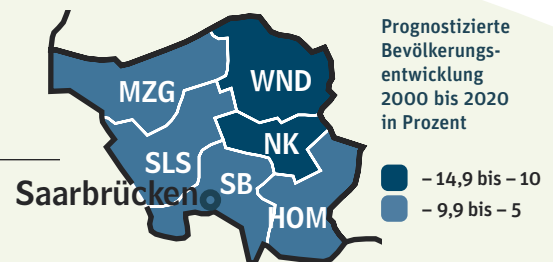
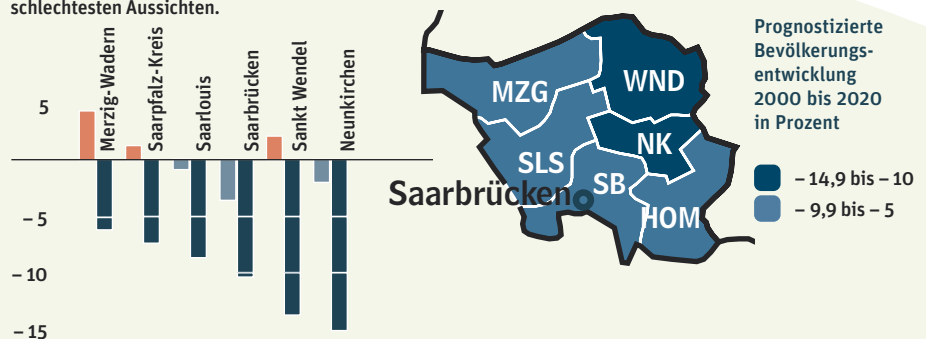
Das Saarland mit seiner stark überalterten Bevölkerung verzeichnet den höchsten Sterbefallüberschuss in den alten Bundesländern. Der Grund dafür liegt in der Entwicklung während der Nachkriegszeit. Damals

zogen tausende junge Menschen an die Saar und fanden Arbeit in der Schwerindustrie. Während diese Arbeitsmigranten Wurzeln schlugen, war für ihre Kinder die Saar-Region nach deren Niedergang in den 1970er Jahren nicht mehr attraktiv. Sie verließen das Land. Die wirtschaftliche Wiederbelebung nach 1985 konnte den Aderlass nicht ausgleichen. Zu wenige junge Menschen wählten ihre neue Heimat an der Saar. Ende 2001 waren bereits 18,8 Prozent aller Saarländer älter als 65 Jahre – einer der höchsten Werte in Deutschland. Und dabei werden die Saarländer noch nicht einmal besonders alt – vermutlich eine Spätfolge der Arbeits- und Umweltbedingungen in dem ehemaligen Stahl- und Kohlerevier. Mit durchschnittlich 74 Jahren sterben Männer so früh wie in keinem anderen der alten Bundesländer. Frauen werden im Mittel 80 Jahre, das ist Negativrekord für ganz Deutschland.

Doch auch Eltern fehlen im Saarland. Es leben dort mittlerweile weniger Menschen zwischen 20 und 35 Jahren als über 60-Jährige. Seit 1995 verzeichnet das Saarland, bezogen auf die Bevölkerungszahl, die mit Abstand wenigsten Geburten der alten Bundesländer. Im Jahr 2001 kamen nur 7,7 Kinder pro 1.000 Einwohner zur Welt. Seit 1996 kommen die Zahlen der Geburten und der Zuwanderung nicht mehr gegen die hohe Zahl der Sterbefälle an. Die Folge: Die Bevölke-

Verluste auf breiter Front

Nicht ein Kreis kann mit einem Zuwachs rechnen. Neunkirchen hat mit einem Minus von 15 Prozent die schlechtesten Aussichten.



Reale und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung im Saarland 1990 bis 2020 in Prozent (Quelle: BBR, INKAR 2002, INKAR Prognose 2020)

Sozialer Brennpunkt Neunkirchen

Neunkirchen war einst eine Schwerindustriestadt ersten Ranges. Die Eisenhütte lag direkt im Stadtkern. Nur 100 Meter vom Marktplatz entfernt wurde Stahl geschmolzen. Doch nach dem weitgehenden Abriss der Industrieanlagen in den 1980er Jahren verlor das Stadtzentrum seine alte Funktion. In der Hauptstraße stehen fast alle Geschäfte leer und in einigen Straßenzügen der Unterstadt liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger bei 45 Prozent. Wer es sich leisten kann, zieht fort: Etwa die Hälfte der Bewohner bleibt nicht länger als drei Jahre. Eine Wahlbeteiligung von weniger als 30 Prozent signalisiert zudem, wie viel die Zurückgebliebenen von der Politik noch erwarten.⁴² Der Kreis Neunkirchen hat in den vergangenen Jahren den größten Bevölkerungsverlust des Saarlandes erlitten. Bis zum Jahr 2020 prognostiziert das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung einen weiteren Rückgang um 15 Prozent.

Eine Hauptstadt, die kaum mehr eine ist

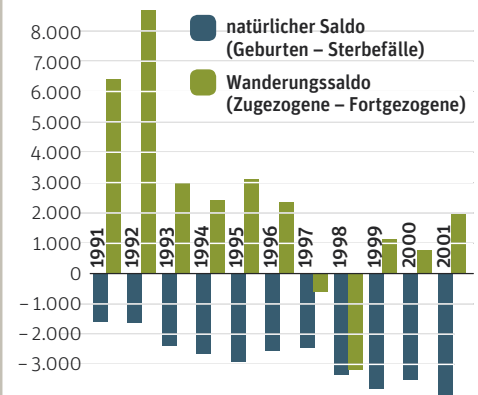
Die Landeshauptstadt Saarbrücken ist die Großstadt mit dem stärksten Bevölkerungsschwund der alten Bundesländer. Seit 1970 hat sie fast 30.000 Einwohner verloren – mehr als 13 Prozent von ehemals 213.000. Der Rückgang hatte bereits in den 1960er Jahren begonnen und erhielt mit der Schließung der Burbacher Hütte im Jahr 1977 einen letzten Schub. In jenem Jahr verließen mehr als 3.600 Menschen die Stadt. Obwohl Saarbrücken seit Ende der 1980er Jahre wieder Zuzüge erlebt, sind diese im Vergleich zu anderen westdeutschen Städten gering. Das liegt nicht zuletzt an der Saarbrücker Randlage – die Südgrenze der Stadt ist zugleich Staatsgrenze zu Frankreich. Vermutlich weil dort weniger Steuern zu zahlen sind, zogen seit 1985 etwa 3.200 Deutsche über die Grenze in den Westen.

Seit 30 Jahren sterben in Saarbrücken mehr Menschen als geboren werden. Sie sterben obendrein im Durchschnitt etwa 1,5 Jahre früher als andere Bewohner der alten Bundesländer. Schließlich gehört die Stadt an der Saar mit einer Fertilitätsrate von 1,25 Kindern je Frau zu den Schlusslichtern im Westen Deutschlands – zusammen mit Heidelberg, Bamberg oder Göttingen. Dies sind allesamt Universitätsstädte, die typischerweise einen hohen Anteil von Frauen ohne Kinder aufweisen. Die Prognosen sagen für Saarbrücken bis 2020 einen weiteren Bevölkerungsverlust von zehn Prozent voraus. Dann wäre die Stadt um ein Viertel menschenärmer als 50 Jahre zuvor.

Die Entwicklung des Saarlandes schrumpft – und sie wird vermutlich auf lange Sicht weiter schrumpfen. Nach Prognosen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung wird das Saarland bis 2020 weitere zehn Prozent Einwohner verlieren – das wäre der größte relative Bevölkerungsverlust aller westdeutschen Bundesländer. Spätestens dann, wenn im Saarland weniger als eine Million Menschen leben, wäre zu entscheiden, ob der Verwaltungsaufwand für ein eigenständiges Bundesland dieser Größe noch zu rechtfertigen ist.

Wenig Geburten, Abwanderung und eine hohe Sterbeziffer lassen das Saarland ausbluten

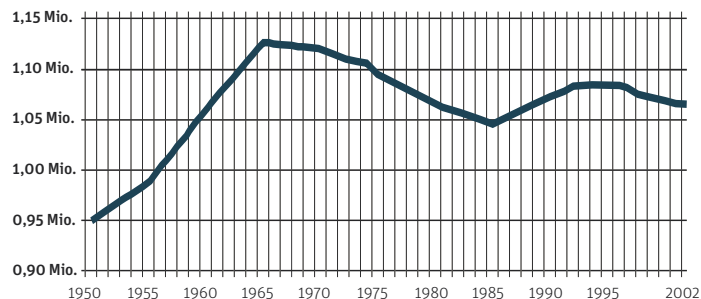
Seit 1996 ist im Saarland die Zahl der Sterbefälle größer als die Summe der Geborenen und der Zugewanderten. Die Zahl der Saarländer sinkt – und sie wird weiter sinken.



Natürlicher Saldo und Wanderungssaldo im Saarland 1991 bis 2001 (Quelle: Statistisches Landesamt Saarland)

Pulsschlag aus Stahl

Nirgendwo in Deutschland zeichnet die Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Bevölkerung ein so deutliches Bild wie im Saarland. Dem Boom der Schwerindustrie in den 1950er Jahren folgten Niedergang und wirtschaftlicher Strukturwandel. Seit Mitte der 1980er Jahre ziehen wieder mehr Menschen ins Saarland. Allerdings sorgt der Sterbefallüberschuss seit 1996 trotz Zuwanderung für sinkende Einwohnerzahlen.



Bevölkerungsentwicklung im Saarland 1950 bis 2002 (Quelle: Statistisches Landesamt Saarland)

Die Bewertung des Saarlandes finden Sie im Kapitel Rheinland-Pfalz auf Seite 72.

RHEINLAND-PFALZ



Chemieindustrie, Kasernen und Weinberge

Das Bundesland im Südwesten ist ein politisches Kunstprodukt. Es entstand in seinen heutigen Grenzen erst durch Anordnung der französischen Besatzungsmacht im August 1946. Darin verfügte General Pierre Koenig die Schaffung eines „Land Rheno-Palatin“ aus vormals preußischen, bayerischen und hessischen Gebieten.

Das neue Bundesland startete wirtschaftlich schwach: arm an natürlichen Rohstoffen, mit wenig nennenswerter Industrie aber mit relativ viel Landwirtschaft. Diese spielt bis heute eine große Rolle für das Image des Landes, denn in Rheinhessen und der Rheinpfalz liegen die beiden größten deutschen Weinanbaugebiete mit zwei Dritteln der gesamten deutschen Rebfläche. Mittlerweile sind allerdings nur noch 1,4 Prozent der rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig. Mit dem Hunsrück, dem Pfälzer Wald und der Eifel besitzt das landschaftlich attraktive Rheinland-Pfalz neben Hessen den größten Forstanteil aller Bundesländer, insgesamt 41 Prozent seiner Gesamtfläche.

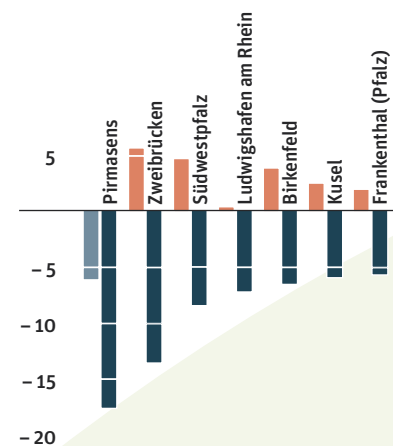
Profiteur des Kalten Krieges

Eine wesentliche Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit hat das Militär gespielt. Im strategisch wichtigen Grenzgebiet zu Frankreich, Belgien und Luxemburg richtete die Nato einen Stützpunkt ein. Französische und amerikanischen Truppen wurden stationiert und auch die Bundeswehr ließ sich mit großen Kasernen nieder. Rheinland-Pfalz wurde zum Land mit der größten Truppenkonzentration in der alten Bundesrepublik. 1989 waren dort 115.000 Soldaten stationiert und das Militär nahm 7,6 Prozent der Landesfläche in Beschlag. Es trug mit 1,6 Milliarden Euro pro Jahr zur Bruttowertschöpfung des Landes bei. Doch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kam dieser Wirtschaftszweig in die Krise. Seit 1989 hat Rheinland-Pfalz 81.000 militärische und mehr als 24.000 zivile Stellen im militärischen Bereich eingebüßt. Zusätzlich haben etwa 50.000 indirekt betroffene Beschäftigte aus Handel, Gastronomie und Handwerk ihren Arbeitsplatz verloren. 6.200 Stellen wurden in der Rüstungsindustrie abgebaut.⁴³

Trotz dieser Schwierigkeiten hat Rheinland-Pfalz in den 1990er Jahren noch deutlich an Bevölkerung gewonnen. Zwischen 1990 und 2001 wuchs die Bevölkerung um 7,6 Prozent, das ist immerhin das vierthöchste Wachstum aller Bundesländer. Anders als in Bayern und Baden-Württemberg verbessert sich die

Altersstruktur von Rheinland-Pfalz allerdings kaum durch die Zuwanderung junger Menschen. In das wenig industrialisierte aber landschaftlich reizvolle Land wandern nämlich viele ältere Stadtmüde und Ruhesitz Suchende aus den Nachbarländern. Im Jahr 2001 waren 16 Prozent der nach Rheinland-Pfalz Eingewanderten älter als 50 Jahre. Vielfach stammen sie aus Hessen, das in dieser Altersklasse einen deutlichen Wanderungsverlust zu verbuchen hat.

Die wenigen bedeutenden rheinland-pfälzischen Industrieunternehmen liegen nahe an den hessischen und baden-württembergischen Landesgrenzen: Neben dem Pharma-Unternehmen Boehringer in Ingelheim sind die Schott-Glaswerke in Mainz und das Lkw-Werk von Daimler-Chrysler in Würth wichtige Arbeitgeber. Die meisten Menschen beschäftigt die „Badische Anilin und Sodafabrik“, BASF, die, wie der Name sagt, ursprünglich aus dem badischen Mannheim stammt. Weil die dortigen Stadtväter aber schon im 19. Jahrhundert den Dreck der Chemiefabrik fürchteten, musste der spätere Weltkonzern seinen Stammsitz ins pfälzische Ludwigshafen verlegen. Heute stellt die Stadt, die mit der BASF groß geworden ist, den Kreis mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in ganz Rheinland-Pfalz.



Doch dem Konzern ging es in den letzten Jahren nicht besonders gut. Beschäftigte die BASF in Ludwigshafen 1995 noch fast 46.000 Mitarbeiter, waren es im Jahr 2003 gerade noch 38.000.⁴⁴ Stadtweit sank zwischen 1995 und 2001 die Zahl der Beschäftigten um 4,9 Prozent, die Einwohnerzahl ging um knapp drei Prozent zurück. Heute sind in Ludwigshafen 67 von 1.000 Einwohnern arbeitslos oder leben von Sozialhilfe, der zweitschlechteste Wert nach Pirmasens. Mit einer Note von 4,14 belegt die Stadt bei der Gesamtwertung nur den vorletzten Platz in Rheinland-Pfalz.

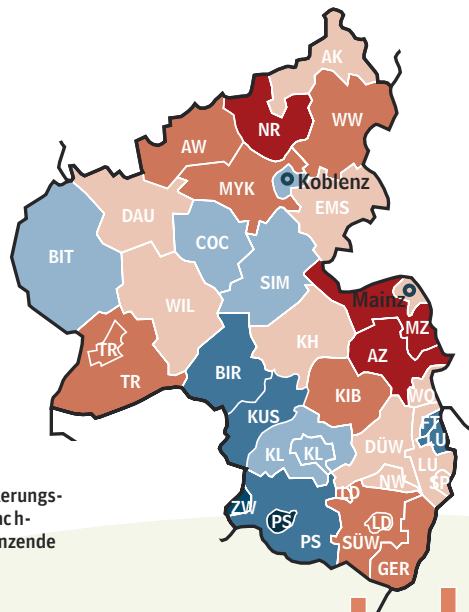
Mit einem Anteil von 17,4 Prozent über 65-jähriger Menschen ist Rheinland-Pfalz ein relativ altes Bundesland. Die Fertilitätsrate der Frauen liegt mit durchschnittlich 1,41 Kindern im Mittelfeld der westlichen Länder. Jedoch gibt es nicht besonders viele Menschen im besten Familiengründungsalter im Land. Nur 5,7 Prozent der Rheinland-Pfälzer sind zwischen 25 und 30 Jahre alt. Im Westen Deutschlands gibt es nur im Saarland weniger Menschen in dieser geburtenfreudigsten Altersklasse.

Gewinne an den Grenzen zu den wirtschafts-starken Nachbarländern

In Rheinland-Pfalz können die meisten Kreise mit Bevölkerungsgewinnen rechnen – vor allem durch Zuzüge aus den benachbarten Bundesländern. Lediglich die an das Saarland grenzende Südwestpfalz wird deutlich Menschen verlieren.

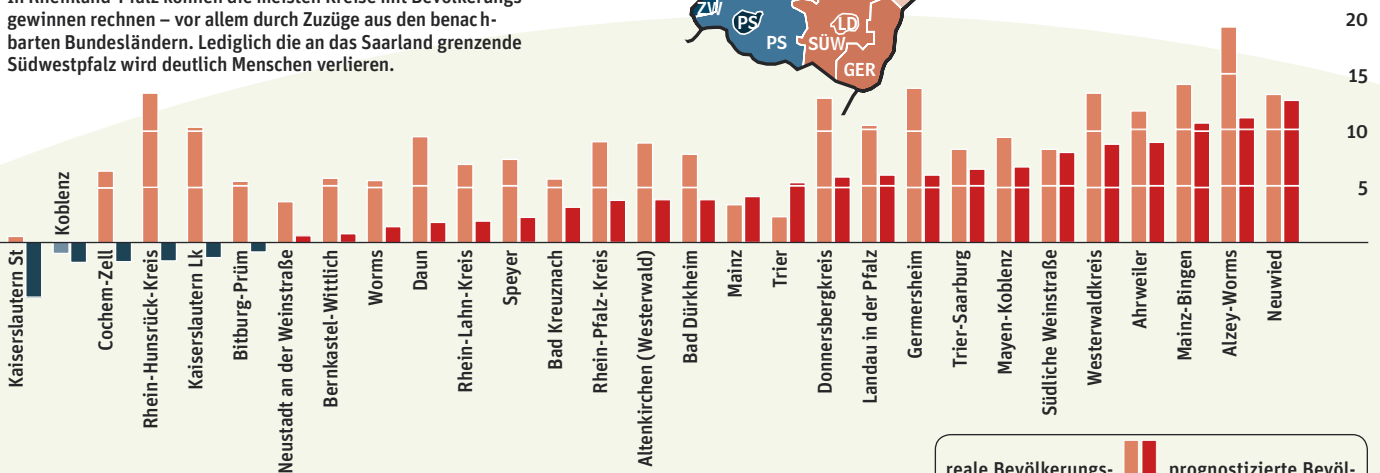
Das Land hatte zuletzt 1992 einen ausgeglichenen Saldo von Geborenen und Verstorbenen. Seither steigt der Sterbefallüberschuss. Im Jahr 2001 starben in Rheinland-Pfalz 6.400 Menschen mehr als geboren wurden. An dem Jugendmangel kann auch die vergleichsweise familienfreundliche Politik des Bundeslandes nichts ändern. Die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder sind im Westen nirgendwo besser als in Rheinland-Pfalz. Hier gibt es 65 Kindergartenplätze je 100 Mädchen und Jungen unter sechs Jahre. Der Kreis Bernkastel-Wittlich ist mit 72,6 Kindergartenplätzen sogar der beste westdeutsche Kreis in Sachen Kinderbetreuung.

In der Gesamtbewertung liegt der Landkreis Mainz-Bingen mit einer Note von 3,14 auf dem ersten Platz im Bundesland. Der Kreis profitiert von den nahen wirtschafts-starken Großstädten Mainz, Wiesbaden und Frankfurt und ist attraktiv für Zuwanderer. Auf Platz zwei liegt Germersheim, ein Umland-kreis der im Baden-Württembergischen gelegenen Stadt Karlsruhe. Auf Platz drei schafft es Mainz, mit einer Gesamtnote von 3,19. Damit ist die Landeshauptstadt, nach der Audi-Metropole Ingolstadt in Bayern, die zweitbeste kreisfreie Stadt in ganz Deutschland. Neben sehr guten Wirtschaftsdaten kann Mainz wesentlich bessere Demografie-Werte vorweisen als andere deutsche Großstädte.



Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020 in Prozent

- - 15 und weniger
- - 14,9 bis - 10
- - 9,9 bis - 5
- - 4,9 bis 0
- 0,1 bis 5
- 5,1 bis 10
- 10,1 bis 15
- mehr als 15



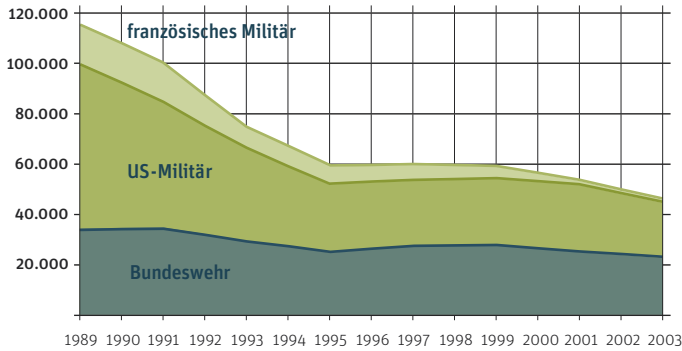
Reale und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz 1990 bis 2020 in Prozent (Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)

reale Bevölkerungsentwicklung 1990 bis 2001

prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020

Großer Zapfenstreich

Rheinland-Pfalz war das Land mit der höchsten Truppenkonzentration in der alten Bundesrepublik. Vor allem in der Westpfalz hatten sich Verbände aus Frankreich, aus den Vereinigten Staaten, der Nato und der Bundeswehr niedergelassen. Seit Ende des Kalten Krieges hat Rheinland-Pfalz durch den Truppenabbau 81.000 militärische und 24.000 zivile Stellen verloren. In Gastronomie, Handel und Handwerk gingen weitere 50.000 Jobs verloren.



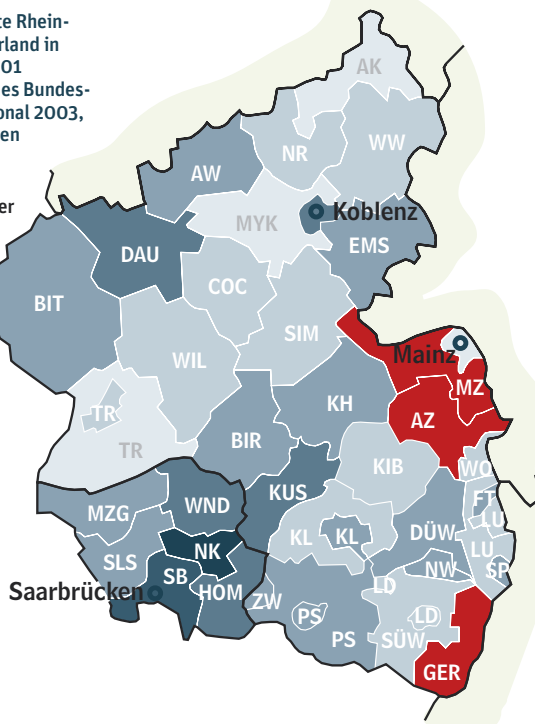
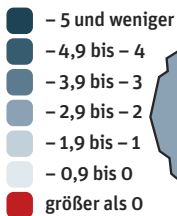
Truppenabbau in Rheinland-Pfalz seit 1989

(Quelle: Konversionsbericht 2000/2001 der Landesregierung Rheinland-Pfalz)

Natürlicher Schwund

Im Saarland und in Rheinland-Pfalz gab es 2001 nur noch drei Kreise, in denen die Geburtenziffer über der Sterberate lag. In der südwestlichsten Ecke Deutschlands reduziert sich die Bevölkerung besonders stark.

Natürliche Saldorate Rheinland-Pfalz und Saarland in Promille im Jahr 2001
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)



Schuhe und Kasernen in der Westpfalz

Jahrzehntelang konnte sich Pirmasens auf zwei Arbeit- und Geldgeber verlassen: auf die Schuhindustrie und das Militär. Beides hatte in Pirmasens Tradition. Denn auf die Herstellung von Schuhen kamen die Pirmasenser im 18. Jahrhundert überhaupt erst, weil sie die nach dem Abzug der Garnison des Landgrafen Ludwig IX. zurückgelassenen Uniformen gewinnbringend verwerten wollten. Zu Hochzeiten arbeiteten in Pirmasens 30.000 Menschen in der Schuhherstellung. 1970 lebten in der Stadt noch 58.000 Einwohner. Doch die Firmen begannen schon in den 1980er Jahren, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern – über 15.000 Arbeitsplätze gingen verloren.⁴⁵

In Pirmasens hatten die US-amerikanischen Truppen vor dem Ende des Kalten Krieges 3.500 Soldaten stationiert. Anfang der 1990er Jahre zogen die Militärs ab. Einschließlich der Angehörigen verließen rund 10.000 Menschen die Stadt. Mit der Kaufkraft der Amerikaner gingen auch etwa 4.000 zivile Jobs verloren. Von diesem Schock hat sich Pirmasens bis heute nicht erholt. Im Gegenteil: Zwischen 1995 und 2001 ging die Beschäftigtenzahl in der Stadt um weitere 9,4 Prozent zurück. Die Arbeitslosenquote lag 2002 bei 14,9 Prozent – der höchste Wert in Rheinland-Pfalz. In der Innenstadt stehen Wohnungen und Geschäfte leer. Stillgelegte Fabrikgelände und verwaiste Kasernen prägen das Stadtbild. Ob großangelegte Projekte, etwa die Konversion der ehemaligen US-Kaserne „Bunker Hill“ zu einem „Technopole-Park der Wissenschaften“ oder die Umwandlung des früher von US-Militärs bewohnten „Saratoga Village“ in ein neues Wohngebiet die Lage verändern, bleibt abzuwarten.⁴⁶ Bis ins Jahr 2002 ist die Zahl der Pirmasenser auf 44.000 gesunken und neusten Daten nach geht der Schwund weiter. Mit der Gesamtnote 4,73 ist Pirmasens Schlusslichtkreis in Rheinland-Pfalz.

Besser zu gelingen scheint der Umbau vom Militärkomplex zu ziviler Industrie im nahe gelegenen Zweibrücken. In der 35.000 Einwohner-Stadt, wo das Militär einmal ein Drittel der gesamten Stadtfläche beanspruchte, stieg nach dessen Abzug die Arbeitslosigkeit auf über 20 Prozent.⁴⁷ Doch durch Gründung eines Multimedia-Zentrums und einer Fachhochschule sowie durch die zivile Nutzung des Flughafens gelang es, neue Jobs zu schaffen. Die Zahl der Einwohner hat seit dem Jahr 2000 wieder leicht zugenommen. Zwischen 1995 und 2001 stieg die Zahl der Beschäftigten in Zweibrücken um fast zehn Prozent. 2002 lag Zweibrücken mit einer Arbeitslosenquote von 10,6 Prozent zumindest wieder auf dem Niveau von Worms oder Ludwigshafen.

Gute Aussichten entlang des Rheins

Die Wissenschaftler des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung rechnen für Rheinland-Pfalz in der nächsten Zeit noch mit einer wachsenden Bevölkerung. Nach ihren Prognosen werden 2020 in Rheinland-Pfalz knapp drei Prozent mehr Menschen leben als heute. Allerdings werden sich die Regionen sehr unterschiedlich entwickeln. Verlieren wird vor allem die Region Südwestpfalz. Der gleichnamige Kreis hat mit einem Verlust von 8,4 Prozent die schlechteste Prognose aller Landkreise im Bundesland. Umschlossen von diesem Kreis liegen Zweibrücken und Pirmasens, die beiden Verliererstädte der letzten Jahre, die weiter schrumpfen werden. Auch die Städte Kaiserslautern und Ludwigshafen haben Verluste zu erwarten.

Altersruhe in Rheinland-Pfalz

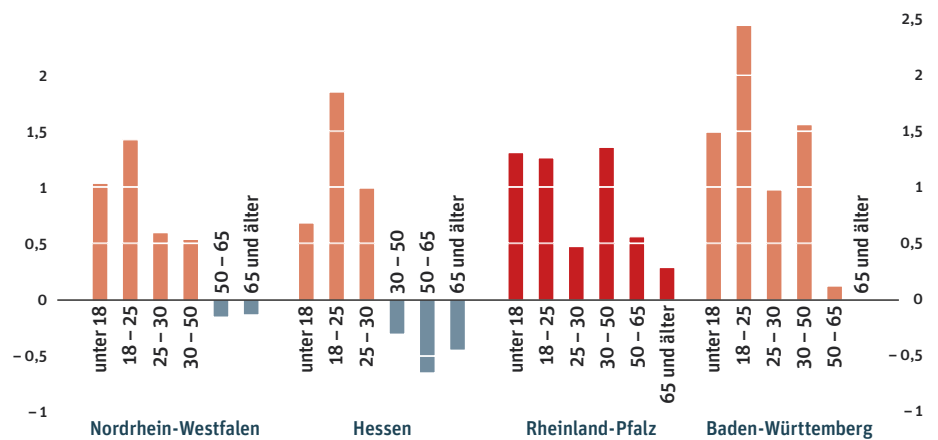
Während in Baden-Württemberg kaum Menschen zuwandern, die älter als 50 Jahre sind und Hessen sowie Nordrhein-Westfalen Bürger dieser Altersklasse durch Abwanderung verlieren, hat Rheinland-Pfalz deutliche Gewinne zu verbuchen. Offenbar locken die attraktive Landschaft und die Weinberge Ruheständler aus den angrenzenden Wirtschaftsregionen an.

Trotz Einwanderung immer weniger Eltern

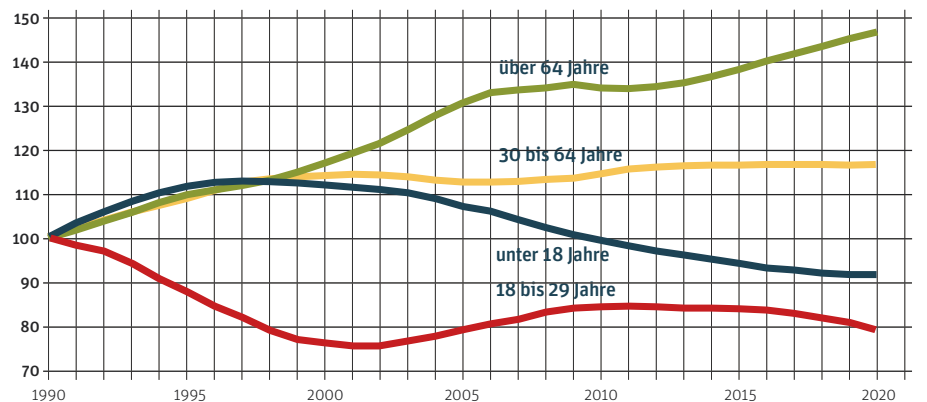
Durch die Überalterung der Bevölkerung ist in Rheinland-Pfalz der Anteil der jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren bereits in den 1990er Jahren um mehr als 20 Prozent zurück gegangen. Weil immer weniger potentielle Eltern vorhanden sind, geht auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen seit 1997 immer weiter zurück. Allein die Gruppe der Rentner wächst kontinuierlich.

Günstiger werden sich dagegen die Kreise entlang des Rheins entwickeln. Sie profitieren von dem positiven Wanderungssaldo von Rheinland-Pfalz – immerhin haben sich in der letzten Zeit jährlich zwischen zehn- und zwanzigtausend Menschen in dem Land niedergelassen. Sie stammen vor allem aus den benachbarten Bundesländern und daher ist der Bevölkerungsgewinn um so höher, je näher die Kreise an der Landesgrenze liegen. So können die im Norden von Rheinland-Pfalz gelegenen Kreise Ahrweiler, Neuwied und der Westerwaldkreis mit einem Bevölke-

rungszuwachs zwischen acht und 13 Prozent rechnen, der aus dem Wirtschaftsraum Köln-Bonn stammt. Die an das hessische Rhein-Main-Gebiet grenzenden Landkreise Alzey-Worms und Mainz-Bingen haben einen Einwohnergewinn von etwa elf Prozent zu erwarten. Schließlich ziehen auch die südöstlichen Kreise aus der baden-württembergischen Industrieregion Karlsruhe-Mannheim Anwohner ab. Germersheim und der Landkreis Südliche Weinstraße werden voraussichtlich sieben bis acht Prozent Bevölkerung hinzu gewinnen.



Wanderungssaldoraten von Rheinland-Pfalz (Zu- minus Wegzüge je 1.000 der Gesamtbevölkerung) nach Altersgruppen im Jahr 2001 (Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)



Relative Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz 1990 bis 2020 nach Altersgruppen. (1990 = 100 Prozent) (Quelle: BBR, INKAR Prognose 2020)

Bewertung Saarland

		Demografie						Wirtschaft						Integration			Bildung			Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE				
		Kinderzahl	Unter 20-Jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.-*Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kindergärten		Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
MZG	Merzig-Wadern	4	4	2	2	5	4	3,5	4	4	2	6	3	4	3	3,7	5	4	4,5	4	2	5	3,7	3	4	3,5	4	4	4,0	3,73
NK	Neunkirchen	5	5	3	3	6	5	4,5	4	4	2	5	4	5	5	4,1	5	5	5,0	4	2	4	3,3	4	4	4,0	5	5	5,0	4,27
SLS	Saarlouis	5	5	3	3	5	4	4,2	4	4	3	5	3	4	4	3,9	6	5	5,5	4	2	5	3,7	3	4	3,5	5	5	5,0	4,14
HOM	Saar-Pfalz-Kreis	6	5	3	2	5	4	4,2	3	3	3	5	3	5	5	3,9	5	5	5,0	4	3	3	3,3	4	4	4,0	5	5	5,0	4,09
WND	Sankt Wendel	6	4	3	2	5	5	4,2	4	4	2	5	3	4	5	3,9	6	6	6,0	4	2	4	3,3	3	4	3,5	4	5	4,5	4,09
SB	Stadtverband Saarbrücken	6	5	1	3	6	4	4,2	3	2	2	6	6	5	5	4,1	5	4	4,5	4	3	3	3,3	5	4	4,5	3	5	4,0	4,09

Bewertung Rheinland-Pfalz

AW	Ahrweiler	4	4	2	1	5	2	3,0	3	5	4	5	2	5	3	3,9	5	5	5,0	3	1	4	2,7	3	4	3,5	3	3	3,0	3,45
AK	Altenkirchen (Westerwald)	4	4	3	2	4	2	3,2	4	4	5	5	3	4	4	4,1	4	4	4,0	3	2	5	3,3	2	5	3,5	4	5	4,5	3,73
AZ	Alzey-Worms	4	4	2	1	4	1	2,7	3	5	5	3	3	3	3	3,6	4	5	4,5	3	2	4	3,0	2	4	3,0	4	6	5,0	3,41
DÜW	Bad Dürkheim	4	4	2	1	5	2	3,0	1	5	4	4	2	4	3	3,3	5	4	4,5	4	2	3	3,0	2	4	3,0	4	4	4,0	3,32
KH	Bad Kreuznach	4	4	2	2	5	2	3,2	3	4	4	4	3	5	4	3,9	5	4	4,5	4	4	4	4,0	3	4	3,5	4	4	4,0	3,73
WIL	Berncastel-Wittlich	4	4	3	2	4	2	3,2	3	4	4	5	2	5	5	4,0	5	5	5,0	3	3	5	3,7	2	3	2,5	2	2	2,0	3,50
BIR	Birkenfeld	4	4	3	2	5	4	3,7	3	4	4	5	4	5	4	4,1	5	5	5,0	5	4	6	5,0	4	4	4,0	2	4	3,0	4,09
BIT	Bitburg-Prüm	4	4	4	2	4	3	3,5	4	4	3	6	2	5	4	4,0	6	5	5,5	2	3	6	3,7	3	3	3,0	1	3	2,0	3,68
COC	Cochem-Zell	3	4	4	2	5	3	3,5	3	4	4	5	2	5	3	3,7	5	3	4,0	3	3	6	4,0	2	3	2,5	2	2	2,0	3,45
DAU	Daun	3	4	4	2	4	2	3,2	4	4	4	6	3	5	3	4,1	6	4	5,0	2	3	5	3,3	2	4	3,0	1	1	1,0	3,45
KIB	Donnersbergkreis	3	4	3	1	5	2	3,0	3	5	4	3	3	4	3	3,6	5	4	4,5	3	2	5	3,3	2	4	3,0	3	5	4,0	3,45
FT	Frankenthal (Pfalz)	4	5	3	3	4	4	3,8	2	3	5	3	3	5	5	3,7	6	4	5,0	4	3	4	3,7	5	4	4,5	4	*	4,0	3,95
GER	Germersheim	5	4	2	1	3	2	2,8	3	3	2	2	3	2	3	2,6	3	5	4,0	4	2	5	3,7	2	4	3,0	4	6	5,0	3,18
KL	Kaiserslautern Lk	3	4	2	2	5	3	3,2	3	6	3	5	2	4	2	3,6	6	4	5,0	4	2	5	3,7	3	4	3,5	3	5	4,0	3,64
KL	Kaiserslautern St	5	5	4	3	4	3	4,0	3	2	5	5	4	5	5	4,1	4	3	3,5	4	2	3	3,0	6	4	5,0	3	*	3,0	3,90
KO	Koblenz	4	5	1	3	4	3	3,3	2	1	6	5	4	6	5	4,1	5	5	5,0	3	3	3	3,0	4	4	4,0	4	4	4,0	3,82
KUS	Kusel	4	4	3	2	4	4	3,5	3	6	4	4	4	5	3	4,1	5	4	4,5	3	2	6	3,7	2	3	2,5	3	5	4,0	3,77
LD	Landau in der Pfalz	6	5	1	1	4	2	3,2	2	2	4	4	3	5	4	3,4	6	4	5,0	3	2	3	2,7	5	4	4,5	1	5	3,0	3,45
LU	Ludwigshafen am Rhein	4	5	2	4	4	4	3,8	3	1	6	3	5	4	5	3,9	5	4	4,5	6	3	4	4,3	5	4	4,5	5	5	5,0	4,14
MZ	Mainz	6	5	1	2	3	2	3,2	1	1	4	1	4	4	4	2,7	5	4	4,5	2	2	1	1,7	6	4	5,0	5	*	5,0	3,19
MZ	Mainz-Bingen	5	4	2	1	4	1	2,8	1	4	4	2	2	3	4	2,9	5	4	4,5	3	2	2	2,3	3	4	3,5	4	5	4,5	3,14
MYK	Mayen-Koblenz	4	4	3	1	4	2	3,0	3	4	5	4	3	4	3	3,7	5	6	5,5	4	2	5	3,7	2	4	3,0	4	5	4,5	3,68
NW	Neustadt an der Weinstraße	4	5	2	2	5	2	3,3	1	3	6	5	3	6	5	4,1	5	4	4,5	3	2	3	2,7	4	4	4,0	1	5	3,0	3,64
NR	Neuwied	3	4	2	1	4	1	2,5	3	3	4	4	3	5	3	3,6	5	5	5,0	4	2	5	3,7	3	4	3,5	4	5	4,5	3,50
PS	Pirmasens	4	5	2	5	6	6	4,7	3	2	5	5	6	6	6	4,7	5	4	4,5	6	3	6	5,0	6	4	5,0	3	6	4,5	4,73
SIM	Rhein-Hunsrück-Kreis	3	4	3	2	4	3	3,2	3	3	1	4	2	5	3	3,0	4	5	4,5	3	4	5	4,0	3	4	3,5	2	4	3,0	3,36
EMS	Rhein-Lahn-Kreis	4	4	3	1	5	2	3,2	3	5	4	4	2	5	4	3,9	5	5	5,0	3	2	5	3,3	3	4	3,5	3	4	3,5	3,64
LU	Rhein-Pfalz-Kreis	5	4	2	2	5	2	3,3	1	6	3	2	2	3	4	3,0	6	4	5,0	2	3	3	2,7	1	4	2,5	5	6	5,5	3,41
SP	Speyer	4	4	1	2	4	2	2,8	2	2	5	3	3	4	4	3,3	6	5	5,5	3	3	3	3,0	5	5	5,0	4	5	4,5	3,59
SÜW	Südliche Weinstraße	4	4	3	2	4	2	3,2	3	5	2	4	2	4	3	3,3	6	4	5,0	4	2	4	3,3	1	4	2,5	3	3	3,0	3,32
PS	Südwestpfalz	5	4	4	2	5	4	4,0	3	6	1	4	2	4	4	3,4	6	5	5,5	3	3	5	3,7	2	3	2,5	2	5	3,5	3,73
TR	Trier	6	5	1	2	3	2	3,2	3	2	6	6	4	5	5	4,4	5	4	4,5	2	3	2	2,3	6	3	4,5	3	4	3,5	3,73
TR	Trier-Saarburg	4	4	3	1	4	2	3,0	4	6	5	6	2	4	3	4,3	4	5	4,5	3	3	5	3,7	2	3	2,5	3	3	3,0	3,59
WW	Westerwaldkreis	3	4	3	1	4	2	2,8	3	4	3	4	2	4	3	3,3	5	5	5,0	4	2	5	3,7	1	4	2,5	4	5	4,5	3,41
WO	Worms	4	5	2	2	5	2	3,3	3	3	5	4	4	4	5	4,0	5	4	4,5	4	2	4	3,3	5	5	5,0	3	5	4,0	3,86
ZW	Zweibrücken	3	5	3	2	5	5	3,8	3	2	6	4	4	5	5	4,1	4	3	3,5	3	3	4	3,3	6	5	5,5	1	5	3,0	3,91

* keine Daten verfügbar

HESSSEN

Vom Bauernland zum Bankenzentrum

Hessen ist mit mehr als sechs Millionen Einwohnern das Bundesland mit der fünftgrößten Bevölkerung. Arm an Bodenschätzen, blieb Hessen bis zur deutschen Reichsgründung 1871 ein reines Agrarland. Erst Ende des 19. Jahrhunderts siedelte sich die aufblühende chemische Industrie in Hessen an. Firmen wie die Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt (Degussa) und die Farbenwerke Hoechst wurden hier gegründet. 1899 begannen die Brüder Opel in Rüsselsheim mit der Automobilproduktion. Doch bis Mitte des 20. Jahrhunderts konnte sich Hessen nicht wirklich als Industrieland etablieren. Zu groß war die Konkurrenz aus Sachsen und Anhalt, aus Thüringen und Nordrhein-Westfalen. Noch bis 1950 arbeitete jeder vierte Hesse in der Landwirtschaft.

Einstieg in die Dienstleistungsgesellschaft

Kein Bundesland hat mehr von der deutschen Teilung profitiert als Hessen. Berlin war nach dem Krieg isoliert, doch Frankfurt lag zentral. Und auch nahe an der Macht: Nach dem Krieg hatten die US-amerikanischen Streitkräfte das Europa-Hauptquartier an den Main verlegt. Zwar verlor Frankfurt die Abstimmung über die neue Hauptstadt im Bundestag



knapp gegen Bonn, doch die Wirtschaft machte die Stadt zur Kapitale Westdeutschlands: Der Frankfurter Flughafen wurde 1946 als erster wieder für die zivile Luftfahrt freigegeben. Die deutschen Großbanken verlegten ihren Hauptsitz nach Frankfurt, genau wie zahlreiche Industrieunternehmen und Verlage. Verschiedene Ämter wie der Bundesrechnungshof zogen in Frankfurt ein, ebenso die Zentralverbände der Textil-, Elektro-, Maschinenbau- und Automobilindustrie. Die Deutsche Bibliothek und die Buchmesse verließen Leipzig und siedelten an den Main um. Auch das Umfeld von Frankfurt bekam seinen Teil ab: Das Statistische Bundesamt, das Bundeskriminalamt, das Postzentralamt und die Bundesmonopolverwaltung wurden nach Wiesbaden, Darmstadt und Offenbach verlegt.

So kam es, dass sich zwischen 1950 und 1965 nicht nur die Zahl der Industrie-Beschäftigten in Hessen verdoppelt hat, sondern, dank der vielen Banken, Ämter und Organisationen, erstmals in Deutschland der Einstieg in die Dienstleistungsgesellschaft vollzogen wurde. Zwar ist bis heute die Chemie die größte Industriebranche des Bundeslandes – im Jahr 2000 beschäftigte sie 64.000 Menschen. Doch schon 1987 überstieg die Zahl der Beschäftigten im hessischen Dienstleistungssektor die der Industrie – fünf Jahre früher als in der deutschen Wirtschaft insgesamt. Unbelastet von Krisenbranchen konnte Hessen in die „nachindustrielle Gesellschaft“ starten. Hessen hat heute, mit deutlichem Abstand vor allen anderen Bundesländern, das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Erwerbstätigen.

Rhein-Main boomt, das nördliche Hessen verliert

Die guten Wirtschaftsdaten für Hessen verdecken jedoch ein starkes Süd-Nord-Gefälle innerhalb des Landes. Drei Viertel der hessischen Brutto-Wertschöpfung werden im Rhein-Main-Gebiet erwirtschaftet. Das ökonomische Potenzial der Region um Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden wird nur noch von jenem des Großraums München übertroffen. Frankfurt, mit knapp 640.000 Einwohnern, erreicht das dritthöchste Pro-Kopf-Brutto-sozialprodukt Deutschlands. Etwa 70.000 Menschen arbeiten in den 430 Banken der Stadt, deren bedeutendste die Europäische Zentralbank ist. Der Flughafen Frankfurt, das wichtigste Luftkreuz Kontinentaleuropas, ist mit mehr als 60.000 Angestellten einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Ein schlechtes Zeichen für die Zukunft ist allerdings die extrem hohe Verschuldung der Städte Offenbach, Darmstadt und Frankfurt.

Seit der Nachkriegszeit hat das wirtschaftlich florierende Hessen Zuwanderer angezogen. Die Einwohnerzahl stieg unablässig, von 4,3 Millionen im Jahr 1950 auf 6,1 Millionen im Jahr 2002. Über drei Fünftel der Hessen wohnen heute im südlichen Teil des Landes – und es könnten in Zukunft noch mehr werden. Zwar wird für Frankfurt und Darmstadt ein geringer Rückgang der Einwohnerzahlen erwartet, doch Offenbach und Wiesbaden werden noch leicht wachsen. Kräftig zulegen werden alle südhessischen Landkreise. Spitzenreiter wird der zwischen Wiesbaden und Frankfurt gelegene Main-Taunus-Kreis sein, dessen Einwohnerzahl Prognosen zufolge bis 2020 durch Zuwanderung um 13,5 Prozent steigen wird.

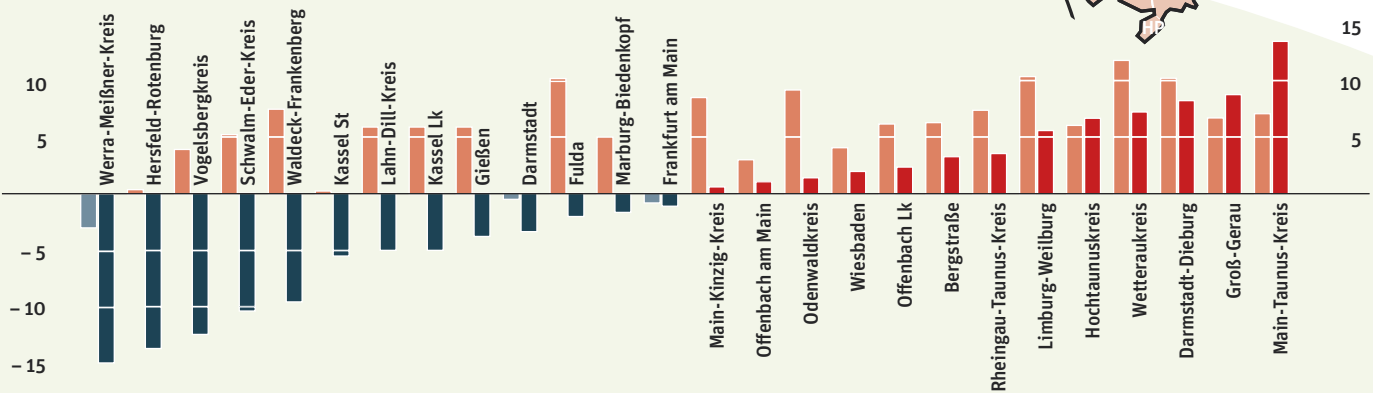
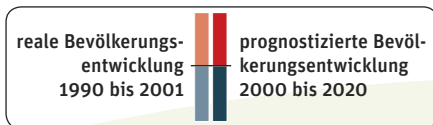
Der Main-Taunus-Kreis belegt mit einer Gesamtnote von 3,00 den ersten Platz in Hessen. Vor allem die Wirtschaftsdaten weisen ihm eine Spitzenposition zu: Von der Gesamtbevölkerung des Kreises sind 38,3 Prozent erwerbstätig – nur München und Freising haben in Westdeutschland eine noch höhere Erwerbsbeteiligung. Der Anteil der Hochqualifizierten ist enorm, ebenso die Kaufkraft. Doch so attraktiv der Main-Taunus-Kreis auch für Zuwanderer und junge Familien ist – die durchschnittliche Kinderzahl je Frau von 1,34 weist nicht auf eine nachhaltige Entwicklung hin.

Gegenüber der dynamischen Rhein-Main-Region steht der nördliche Teil Hessens auf der Verliererseite. Dort sank die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1995 und 2001 um mehr als drei Prozent, während sie in Ost- und Mittelhessen stagnierte und sich im Rhein-Main-Gebiet um 6,1 Prozent erhöht hat. Nördlich einer gedachten Linie von Weilburg nach Fulda, in den ländlichen Regionen zwischen dem Naturpark Hoher Vogelsberg und dem Westerwald, wird die Bevölkerung in den nächsten zwei Jahrzehnten zum Teil stark schrumpfen. Junge Menschen sind abgewandert und die verbliebenen Alten sorgen für einen bald schon hohen Sterbefallüberschuss. Die Kreise Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg hatten als erste hessische Landkreise bereits zwischen 1997 und 2001 einen negativen Wanderungssaldo. In den Kreisen Vogelsberg, Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg sind zwischen 19 und 21 Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre.

Nordhessen liegt mit seinem hohen Rentneranteil gleichauf mit anderen Regionen, die deutlich an wirtschaftlicher Perspektive verloren haben – mit Oberfranken, Südwestniedersachsen und dem zentralen Ruhrgebiet. Bis 2020 wird die Bevölkerung in den nordhessischen Kreisen Schwalm-Eder, Hersfeld-Rotenburg und Vogelsberg den Prognosen zufolge um mehr als zehn Prozent abnehmen, im Landkreis Werra-Meißner sogar um 15 Prozent.

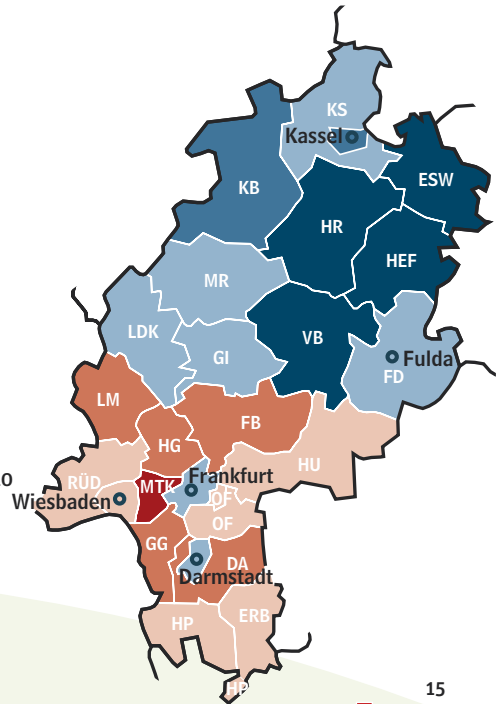
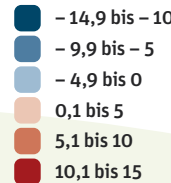
Das hessische Bergland ist wenig attraktiv

Obwohl landschaftlich reizvoll, werden die ländlichen Regionen Mittel- und Nordhessens zukünftig deutliche Bevölkerungsverluste erleiden. Während die wirtschaftlich attraktive Rhein-Main-Region weiterhin wächst, sorgen in den anderen Gebieten Hessens hohe Sterbefallüberschüsse, die nicht mehr durch Wanderungen ausgeglichen werden, für zum Teil massiven Schwund.



Reale und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Hessen 1990 bis 2020 in Prozent (Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020 in Prozent



Auch in der einzigen Großstadt Nordhessens, der Documenta-Stadt Kassel, sinkt die Einwohnerzahl. Ihr Hoch erlebte die Stadt 1994, ausgelöst durch die Einwanderungsströme nach dem Fall der Mauer. Doch seither kehren die Menschen langsam aber sicher Kassel den Rücken. Von den einst 201.000 Einwohnern waren Ende 2001 noch knapp 195.000 geblieben. Vor allem die wirtschaftliche Situation verspricht nichts Gutes für die Zukunft: Kassel hatte in den 1990er Jahren einen der größten Arbeitsplatzverluste in ganz Hessen zu verkraften, als der Maschinenbau, der wichtigste Industriezweig der Stadt, in die Krise geriet. Im Jahr 2002 waren von 1.000 Kasseler Bürgern 114 arbeitslos oder lebten von Sozialhilfe – der mit weitem Abstand schlechteste Wert in Hessen. Bis 2020 werden Stadt und Landkreis Kassel wahrscheinlich weitere fünf Prozent ihrer Einwohner verlieren.

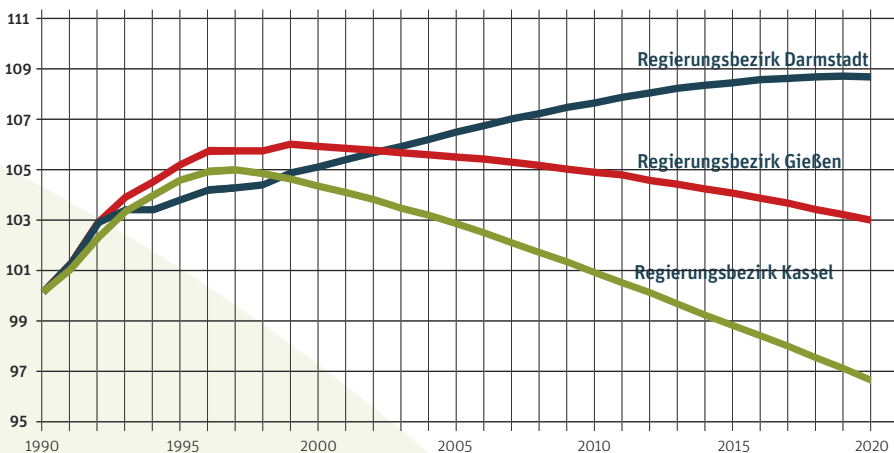
Wachstum im Süden und Schrumpfung im Norden werden sich in Zukunft etwa die Waage halten. Für Hessen insgesamt erwarten die Wissenschaftler des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung bis 2020 keinen Bevölkerungszuwachs mehr. Dann allerdings werden 20,8 Prozent aller Hessen älter als 65 Jahre sein. Das ganze Bundesland ist dann so stark überaltert wie heute nur der hessische Schlusslichtkreis Werra-Meißner.

Offenbach am Main – Stadt der Extreme

Offenbach hat den höchsten Ausländeranteil aller kreisfreien Städte in Deutschland. Ende 2001 waren in der kleinsten Großstadt Hessens fast 31.000 der 128.500 Einwohner keine deutschen Staatsangehörigen. Das entspricht einem Anteil von 25,9 Prozent. Groß ist auch der Unterschied in der Kinderzahl bei ausländischen und alteingesessenen Frauen. Während die Fertilitätsrate unter Deutschen im Jahr 1999 bei 1,22 lag, bekamen Ausländerinnen im Mittel 1,94 Kinder.⁴⁸ Dies entspricht der Ziffer von Cloppenburg, dem kinderreichsten Kreis Deutschlands. Bemerkenswert, dass selbst diese Zahl nicht ausreichen würde, um den Bevölkerungsbestand konstant zu halten.

Die unterschiedlichen Kinderzahlen haben einen massiven Einfluss auf die Jugendstruktur Offenbachs: Im Schuljahr 2000/2001 waren 42 Prozent der Offenbacher Grundschüler Ausländerkinder, auch das ist hessischer Rekord. Im Stadtzentrum gibt es gleich zwei allgemeinbildende Lehranstalten, die Eichendorff- und die Mathildenschule, in denen mehr als 70 Prozent der Schüler keine Deutschen sind.⁴⁹ 36,4 Prozent der unter 30-jährigen Offenbacher haben keinen deutschen Pass. Nirgendwo in ganz Deutschland prägt ein so hoher Anteil an Ausländern die jüngere Bevölkerung.

In der Wirtschaftswertung erreicht die Stadt nur Platz 23 von 26 hessischen Kreisen. 2002 lag die Arbeitslosenquote bei 10,5 Prozent und erreichte damit den höchsten Wert in Südhessen. Trotzdem erreicht Offenbach relativ gute Integrationsnoten und liegt in dieser Bewertung auf dem Spitzenplatz in Hessen. Denn Ausländer sind in Offenbach „nur“ 1,8 Mal so häufig arbeitslos wie Deutsche. Wie gut dieser Wert ist, zeigt sich bei einem Vergleich mit dem mittelhessischen Vogelsbergkreis, wo lediglich 4,3 Prozent der Einwohner Ausländer sind, diese aber mehr als drei Mal so oft unter Arbeitslosigkeit leiden wie Deutsche. Auch bei der Bildungsbeteiligung der Ausländerkinder schneidet Offenbach besser ab als die meisten hessischen Konkurrenten. Die wirtschaftlichen Probleme der Stadt gehen demnach nicht zwangsläufig zu Lasten der ausländischen Arbeitnehmer.



Rhein-Main legt weiter zu

In den 1990er Jahren haben alle hessischen Regionen Bevölkerung hinzu gewonnen. In den kommenden Jahrzehnten kann nur Südhessen (Regierungsbezirk Darmstadt) seine Einwohnerzahl weiter erhöhen. Der mittelhessische Regierungsbezirk Giessen wird 2020 voraussichtlich wieder das Niveau von 1993 erreicht haben. Nordhessen (Regierungsbezirk Kassel) muss mit Verlusten gegenüber 1990 rechnen.

Bevölkerungsentwicklung in den drei hessischen Regierungsbezirken 1990 bis 2020 in Prozent (1990 = 100)
(Quelle: BBR, INKAR Prognose 2020)

Schon seit den 1980er Jahren sterben in Hessen mehr Menschen als geboren werden. Und hessische Frauen bekommen relativ wenige Kinder. Im Jahr 2001 lag die Fertilitätsrate bei 1,37 und damit unter dem westdeutschen Durchschnittswert. Das Geburtendefizit des Jahres 2002 von 5.048 Personen klingt dabei noch vergleichsweise harmlos. Doch wenn der Schrumpfungsprozess erst einmal eingesetzt hat, beschleunigt er sich unaufhaltsam: 2012 ist mit einem Geburtendefizit von 10.000 Personen zu rechnen, im Jahr 2020 von etwa 26.000. Ohne die zu erwartenden Zuwanderer würde Hessen langfristig ausbluten.

Auch Zuwanderer bevorzugen den Süden

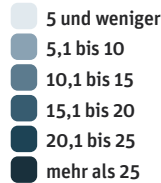
In Hessen besitzen rund zwölf Prozent der Bevölkerung keinen deutschen Pass. Damit liegt das Land im bundesweiten Vergleich auf Platz vier. Dennoch weisen mehrere hessische Städte Rekord-Ausländeranteile auf, denn die Migranten bevorzugen noch stärker als Deutsche den wirtschaftlich starken Süden. Insgesamt wohnen mehr als 75 Prozent der ausländischen Bevölkerung im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt. Im nördlich gelegenen Regierungsbezirk Kassel sind es nur elf Prozent. Unter den zehn deutschen Städten mit dem höchsten Ausländeranteil liegen drei in Südhessen: Offenbach (25,9 Prozent), Frankfurt (22,5) und Wiesbaden (19,9). Im nordhessischen Werra-Meißner-Kreis erreicht der Ausländeranteil dagegen mit 3,4 Prozent fast ostdeutsches Niveau.

Doch nicht nur die Wanderungen, auch die Kinderzahlen sorgen dafür, dass sich die ausländische Bevölkerung in Hessen immer stärker im Süden konzentriert. Denn zugewanderte Frauen bekommen deutlich mehr Kinder als Deutsche. Im Regierungsbezirk Darmstadt liegt die Fertilitätsrate unter Ausländerinnen bei 1,55. Unter deutschen Frauen erreicht sie nur 1,3. Deutsche Ehepaare bleiben anderthalbmal so oft kinderlos wie ausländische.⁵⁰

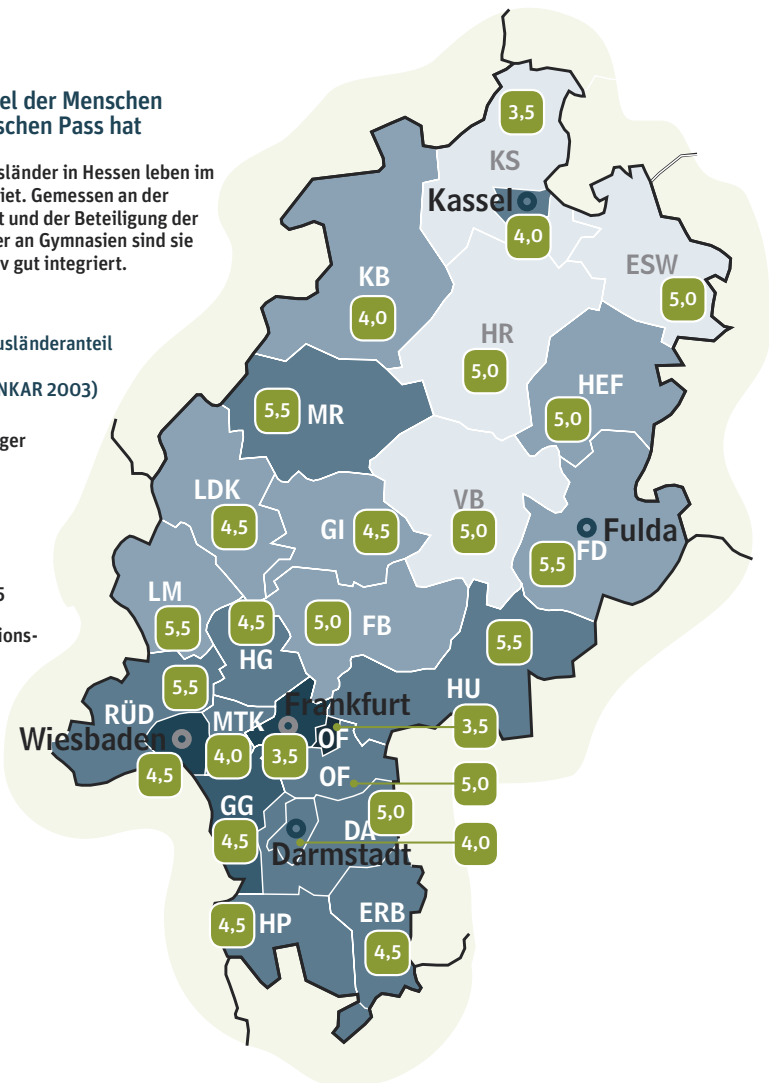
Wo ein Viertel der Menschen keinen deutschen Pass hat

Die meisten Ausländer in Hessen leben im Rhein-Maingebiet. Gemessen an der Arbeitslosigkeit und der Beteiligung der Migrantenkinder an Gymnasien sind sie dort auch relativ gut integriert.

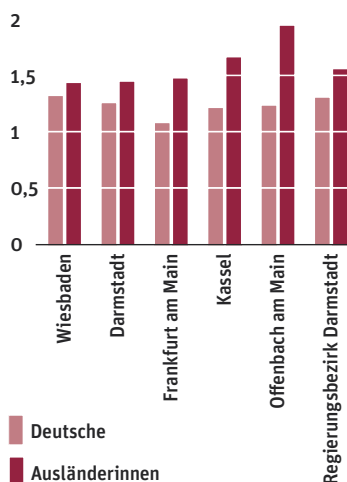
Prozentualer Ausländeranteil in Hessen (Quelle: BBR, INKAR 2003)



5,0 Integrationsnote



Kinder je Frau

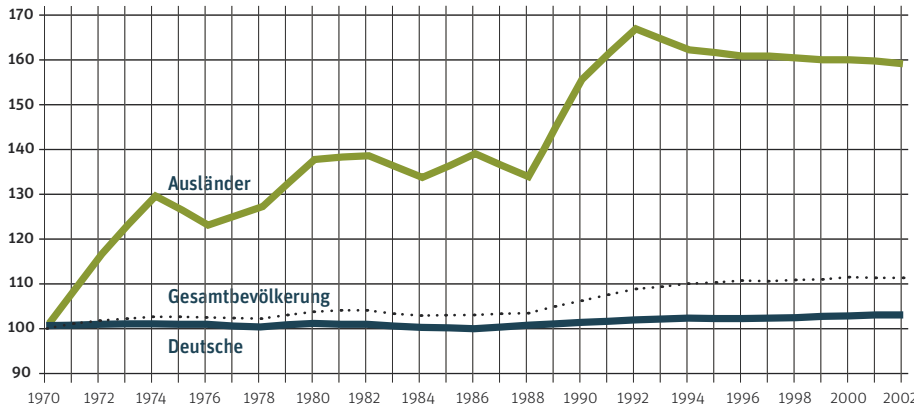


Kinderfreundliche Ausländer

Ausländische Frauen bekommen überall in Hessen mehr Kinder als deutsche. Die größte Differenz gab es 1999 in Offenbach, wo die Fertilitätsrate von Ausländerinnen um 60 Prozent über der von deutschen Frauen lag. In den vergangenen 20 Jahren ging das Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Hessen zu rund zwei Dritteln auf das Konto des Geborenenüberschusses.

Fertilitätsrate von Frauen mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit in den kreisfreien Städten Hessens (1999) (Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)

Prozent



Migranten lassen Hessen wachsen

Die Zahl der Deutschen hat in Hessen seit 30 Jahren praktisch nicht mehr zugenommen. Das Bevölkerungswachstum von elf Prozent ist fast ausschließlich der Zuwanderung aus dem Ausland und der höheren Fertilitätsrate ausländischer Frauen zu verdanken. Die Zahl der Migranten in Hessen stieg zwischen 1970 und 1992 um etwa 70 Prozent und sank danach geringfügig. Die schwache Zunahme der deutschen Bevölkerung erklärt sich im Wesentlichen durch Einbürgerungen von Ausländern.

Prozentuale Bevölkerungsentwicklung in Hessen 1970 bis 2002 nach Staatsangehörigkeit (1970 = 100 Prozent)
(Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen)

Bewertung Hessen

	Demografie						Wirtschaft						Integration		Bildung			Familienfr.		Flächenn.			GESAMTNOTE						
	Kinderzahl	Unter 20-Jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungspätze	Hochqualifizierte	Zwischennote		Singlehaushalte	Kindergärten	Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
HP Bergstraße	5	4	2	2	5	2	3,3	2	4	5	3	3	4	4	3,6	4	5	4,5	2	2	3	2,3	2	5	3,5	5	5	5,0	3,55
DA Darmstadt	5	6	3	2	3	3	3,7	1	1	6	3	5	5	5	3,7	4	4	4,0	2	2	1	1,7	5	5	5,0	4	5	4,5	3,64
DA Darmstadt-Dieburg	5	4	2	2	4	2	3,2	2	4	3	2	3	3	4	3,0	4	5	4,5	4	2	2	2,7	2	5	3,5	5	5	5,0	3,36
F Frankfurt am Main	6	6	1	3	3	3	3,7	2	1	6	2	5	4	5	3,6	3	4	3,5	4	2	1	2,3	6	5	5,5	6	4	5,0	3,73
FD Fulda	3	4	2	2	4	3	3,0	3	3	3	5	3	4	4	3,6	5	6	5,5	4	3	5	4,0	2	5	3,5	3	4	3,5	3,64
GI Gießen	6	4	1	2	3	3	3,2	3	3	5	4	4	4	4	3,9	4	5	4,5	4	2	2	2,7	4	4	4,0	4	5	4,5	3,64
GG Groß-Gerau	4	5	2	2	3	2	3,0	1	2	4	1	3	3	4	2,6	4	5	4,5	3	2	3	2,7	2	5	3,5	5	5	5,0	3,18
HEF Hersfeld-Rotenburg	4	5	3	3	5	5	4,2	3	3	3	5	3	6	5	4,0	4	6	5,0	4	5	5	4,7	2	5	3,5	3	3	3,0	4,09
HG Hochtaunuskreis	5	5	1	1	4	2	3,0	1	2	4	3	3	5	4	3,1	4	5	4,5	3	2	1	2,0	4	5	4,5	5	4	4,5	3,32
KS Kassel Lk	5	5	2	2	5	3	3,7	3	4	3	4	3	4	3	3,4	2	6	4,0	3	3	5	3,7	2	5	3,5	4	5	4,5	3,68
KS Kassel St	6	5	1	4	4	4	4,0	3	2	5	6	6	6	5	4,7	5	4	4,5	5	3	2	3,3	5	5	5,0	5	5	5,0	4,36
LDK Lahn-Dill-Kreis	4	4	3	2	4	3	3,3	3	3	4	4	3	4	4	3,6	5	4	4,5	4	3	4	3,7	2	5	3,5	4	5	4,5	3,68
LM Limburg-Weilburg	3	4	2	2	4	2	2,8	3	4	4	4	3	4	3	3,6	5	6	5,5	4	3	4	3,7	2	4	3,0	4	5	4,5	3,59
HU Main-Kinzig-Kreis	4	4	1	2	4	2	2,8	2	3	5	2	3	3	4	3,1	5	5	5,0	4	2	4	3,3	3	5	4,0	4	5	4,5	3,45
MTK Main-Taunus-Kreis	5	5	1	2	3	1	2,8	1	2	4	1	2	3	3	2,3	4	4	4,0	3	2	1	2,0	3	5	4,0	6	5	5,5	3,00
MR Marburg-Biedenkopf	6	4	1	2	4	3	3,3	4	3	3	4	3	3	4	3,4	5	6	5,5	2	3	3	2,7	4	5	4,5	4	5	4,5	3,68
ERB Odenwaldkreis	4	4	3	2	4	2	3,2	3	4	4	3	2	4	4	3,4	5	4	4,5	3	2	5	3,3	1	5	3,0	3	4	3,5	3,41
OF Offenbach Lk	5	5	1	2	4	2	3,2	1	2	4	1	3	3	5	2,7	4	5	4,5	3	2	3	2,7	4	5	4,5	6	5	5,5	3,41
OF Offenbach am Main	3	5	1	2	2	2	2,5	2	2	6	3	6	4	6	4,1	3	4	3,5	5	2	4	3,7	6	6	6,0	5	5	5,0	3,82
RÜD Rheingau-Taunus-Kreis	4	5	2	2	4	2	3,2	1	4	5	3	3	3	4	3,3	5	6	5,5	3	2	2	2,3	3	4	3,5	4	4	4,0	3,41
HR Schwalm-Eder-Kreis	4	4	3	2	5	5	3,8	3	4	4	5	4	4	5	4,1	4	6	5,0	4	3	5	4,0	2	5	3,5	3	5	4,0	4,05
VB Vogelsbergkreis	5	4	3	2	5	5	4,0	3	4	4	5	3	5	4	4,0	4	6	5,0	4	2	5	3,7	2	5	3,5	1	5	3,0	3,91
KB Waldeck-Frankenberg	4	4	3	2	4	4	3,5	4	3	4	4	3	5	4	3,9	4	4	4,0	5	3	5	4,3	3	4	3,5	2	2	2,0	3,64
ESW Werra-Meißner-Kreis	5	5	3	3	6	5	4,5	3	4	5	6	4	6	5	4,7	4	6	5,0	3	4	5	4,0	3	5	4,0	2	4	3,0	4,36
FB Wetteraukreis	4	4	1	1	4	2	2,7	2	4	4	3	4	4	4	3,6	4	5	4,5	3	2	3	2,7	2	5	3,5	4	5	4,5	3,36
WI Wiesbaden	5	5	1	2	4	2	3,2	1	1	5	3	6	5	5	3,7	5	4	4,5	4	2	1	2,3	6	5	5,5	4	5	4,5	3,68

BADEN- WÜRTTEMBERG



Wo die Zukunft ein Zuhause hat

Baden-Württemberg gilt seit langem als wirtschaftliches Musterland Deutschlands. Arm an natürlichen Rohstoffen, waren die Bewohner schon frühzeitig gezwungen, ihr technisches und handwerkliches Können zu entwickeln. Gleich drei bahnbrechende Erfindungen des 19. und 20. Jahrhunderts – Fahrrad, Automobil und Luftschiff – stammen aus der Region.

Tatsächlich ist Baden-Württemberg auch heute noch das Bundesland mit den meisten Erfindungen pro Kopf der Bevölkerung. In Stuttgart ist nahezu ein Viertel der Erwerbstätigen in der Hochtechnologiebranche beschäftigt – Spitze in Europa. Auch wenn mit Daimler-Chrysler, Bosch oder IBM Deutschland bedeutende Großunternehmen in Baden-Württemberg ansässig sind, ist die Wirtschaftsstruktur des Landes nach wie vor mittelständisch geprägt. Denn hinter den Konzernen steht eine starke Zuliefer- sowie eine Verbrauchsgüterindustrie der Bereiche Textil, Bekleidung, Holz- und Kunststoffverarbeitung. Baden-Württemberg hatte 1997 einen Anteil von vier Prozent am Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union und damit ein stärkeres Gewicht als Staaten wie Belgien oder Dänemark. Die Kaufkraft der Baden-Württemberger ist heute die höchste aller Flächenländer.

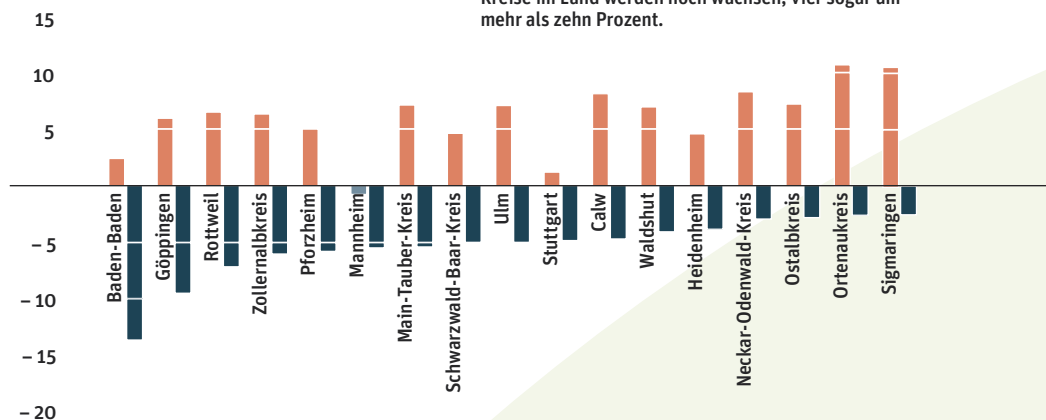
Die vielfältige Wirtschaftsstruktur hat dafür gesorgt, dass Baden-Württemberg weit weniger als andere Bundesländer vom Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte getroffen wurde. Denn die großen Krisenbranchen Kohle, Stahl und Schiffbau haben in Baden-Württemberg nie eine Rolle gespielt. Im Zeitraum von 1995 bis 2001 ist die Zahl der Beschäftigten, der allgemeinen Wirtschaftsfloote zum Trotz, sogar um drei Prozent gestiegen. Die beste Entwicklung zeigt der Arbeitsmarkt in der Region Südlicher Oberrhein zwischen Freiburg und Offenburg, wo die Zahl der Beschäftigten um fünf Prozent zulegte.

Zuwanderungsland Baden-Württemberg

Seit Gründung der Bundesrepublik ist die Anziehungskraft Baden-Württembergs auf Zuwanderer aus dem Ausland und aus anderen Teilen Deutschlands ungebrochen. Die Einwohnerzahl wuchs von 6,6 Millionen Anfang der 1950er Jahre auf 10,6 Millionen im Jahre 2002. Allein seit 1989 zog eine Million Menschen nach Baden-Württemberg. Am Jahresende 2002 lebten dort 1,25 Millionen Menschen mit ausländischem Pass. Damit hat das Bundesland den höchsten Ausländeranteil der deutschen Flächenländer.

Baden-Württemberg wächst

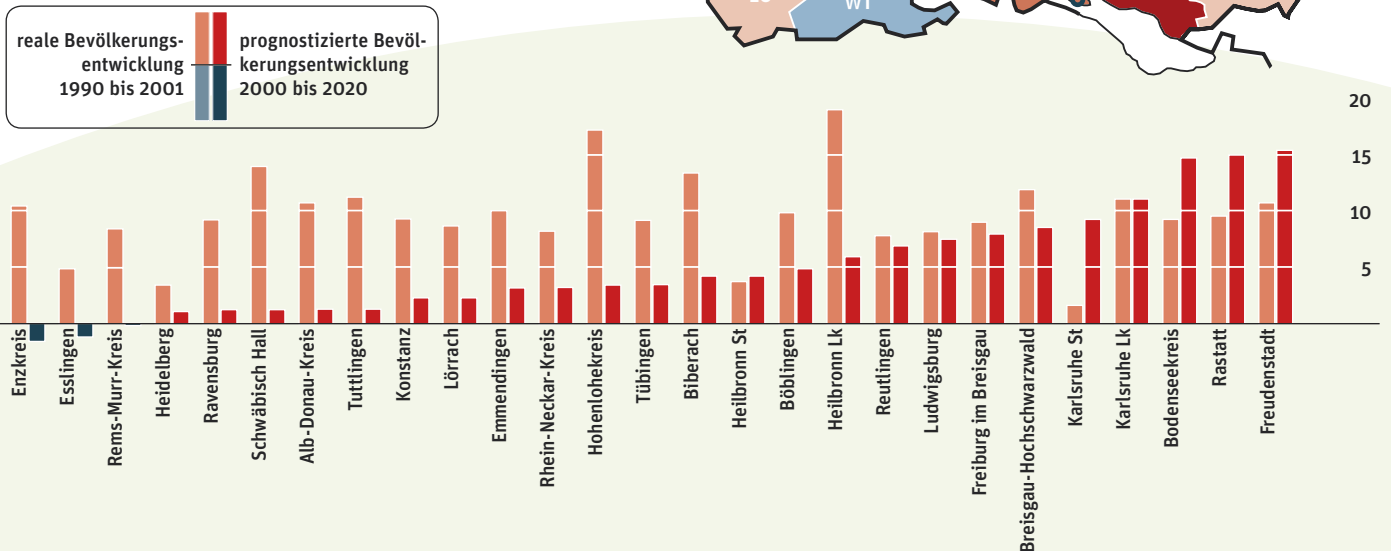
Nur sieben Baden-Württembergische Kreise müssen bis 2020 mit einem Bevölkerungsrückgang von mehr als fünf Prozent rechnen. Am schlimmsten trifft es das überalterte Baden-Baden. Mehr als die Hälfte der Kreise im Land werden noch wachsen, vier sogar um mehr als zehn Prozent.



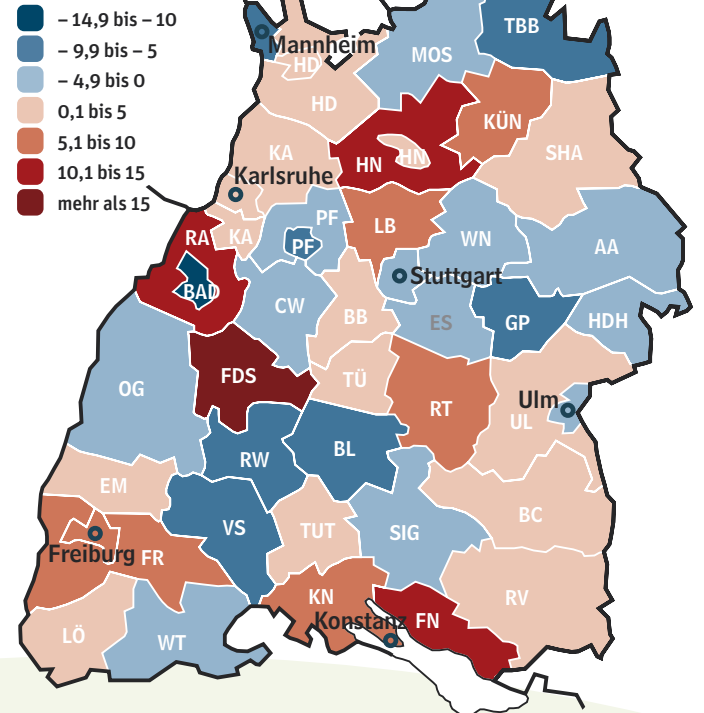
Alt – älter – Baden-Baden

Baden-Baden ist die „älteste“ Stadt Deutschlands. Nicht etwa, weil die Stadt die älteste Spielbank der Welt hat und sein ältestes Hotel bereits seit 300 Jahren in der Altstadt firmiert. Sondern weil der Kur- und Badeort seit langem ältere Erholungssuchende anzieht. Rentner stellen in Baden-Baden bereits heute ein Viertel der Bevölkerung. 11,8 Prozent der Bewohner sind über 75 Jahre alt, nirgendwo in Deutschland leben so viele hochbetagte Menschen. Bis zum Jahr 2020 prognostiziert das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung für Baden-Baden einen durchschnittlichen jährlichen Sterbefallüberschuss von 9,2 Menschen auf 1.000 Einwohner, mehr als für jede andere deutsche Stadt. Zwar wird in Baden-Baden mit 1,17 Kindern je Frau heute nicht weniger Nachwuchs geboren als in vergleichbaren anderen Städten, doch die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter ist bereits zu gering, um die Kindergärten der Stadt mit ausreichend Mädchen und Jungen zu füllen. Im Jahr 2020 werden in Baden-Baden voraussichtlich nur noch 45.000 Menschen leben – 8.000 weniger als heute.

Reale und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg 1990 bis 2020 in Prozent
(Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)



Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020 in Prozent



Nach allen Prognosen wird das Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg noch zwei Jahrzehnte lang anhalten. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung prognostiziert bis 2020 ein Plus von 1,5 Prozent. Mehr als die Hälfte aller Kreise und kreisfreien Städte wird davon profitieren. Schrumpfsregionen gibt es in Baden-Württemberg kaum. Freudenstadt, Rastatt, Bodensee und Heilbronn-Landkreis werden voraussichtlich um mehr als zehn Prozent zulegen. Nennenswerte Verluste von über fünf Prozent sind nur für die ländlichen Kreise Rottweil, Zollernalb und Göppingen sowie für den Main-Tauber-Kreis zu erwarten. Auch in einigen großen Städten wird, meist durch Abwanderung ins Umland, die Einwohnerzahl zurückgehen. Moderat in Mannheim und Pforzheim um 5,4 beziehungsweise 5,8 Prozent; relativ drastisch in Baden-Baden um fast 14 Prozent. Der Grund für diesen deutlichen Schwund liegt keineswegs in der vermeintlichen Unattraktivität der alten Bäderstadt, sondern in deren Altersstruktur. Baden-Baden wird in den nächsten Jahrzehnten relativ mehr Menschen durch Sterbefälle verlieren als jede andere deutsche Stadt.

Viele Ausländer – und Probleme mit der Integration

In Baden-Württemberg haben 13,2 Prozent der Einwohner keinen deutschen Pass. Das ist der höchste Anteil aller deutschen Flächenländer. In Stuttgart, Mannheim und Heilbronn ist mittlerweile jeder fünfte Einwohner ein Immigrant. Und diese Zuwanderer sind nicht immer gut integriert. So haben Ausländer in Baden-Württemberg oft eine unzureichende schulische und berufliche Ausbildung. Der Anteil ausländischer Schüler an Gymnasien ist besonders niedrig. Ausländer findet man an Baden-Württembergischen Grund- und Hauptschulen fast vier Mal häufiger als an Gymnasien. Bei der Integrationsbewertung erreicht Baden-Württemberg deshalb nur den 13. von 16 Plätzen. Und das, obwohl Ausländer hier im Vergleich zu anderen Bundesländern noch relativ leicht Arbeit finden. Gegenüber den fast vollbeschäftigten Deutschen in Baden-Württemberg sind sie dennoch stark benachteiligt.

Einziges Land mit mehr Geburten als Sterbefällen

Abgesehen vom Sonderfall Baden-Baden leben in Baden-Württemberg überdurchschnittlich viele junge Menschen. Das liegt unter anderem an den Zuwanderern. Sie kommen, auf der Suche nach Arbeit und Ausbildung, nicht nur jung ins Land, sie bringen in ihrer neuen Heimat auch Kinder zur Welt. Die vergleichsweise hohe Kinderzahl ausländischer Familien sorgt deshalb dafür, dass in Baden-Württemberg mit 1,47 Kindern je Frau deutlich mehr Nachwuchs geboren wird als im deutschen Mittel (1,37). Gegenwärtig ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland, in dem der natürliche Saldo der Bevölkerungsentwicklung noch positiv ist. Im Jahr 2001 wurden hier 7.270 Personen mehr geboren als starben.

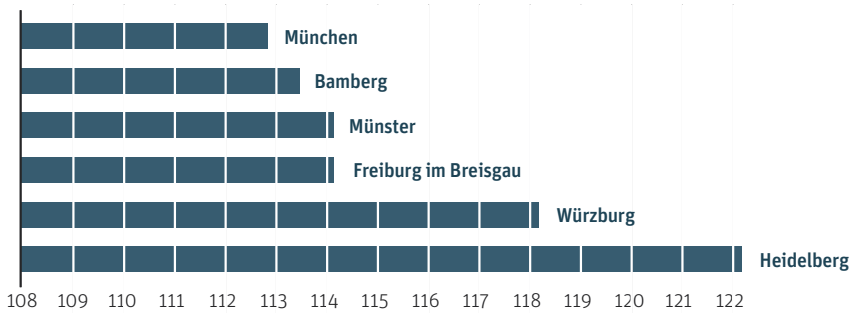
Zuzüge und Geburtenüberschuss machen Baden-Württemberg zum „jüngsten“ Bundesland Deutschlands. Und auch in den nächsten zwei Jahrzehnten kann ihm kein anderes Land diese Position streitig machen. Im Jahr 2020 wird Baden-Württemberg mit 16,2 Prozent den höchsten Anteil unter 18-Jähriger haben. Diese demografisch günstige Situation verschafft Baden-Württemberg noch zwei Jahrzehnte demografische Stabilität. Doch danach wird auch hier der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung zurückgehen.⁵¹ Immerhin belegt Baden-Württemberg mit einer Gesamtnote von 3,05 Platz eins der demografischen Zwischenwertung.

Baden-Württemberg ist das einzige deutsche Bundesland, in dem noch mehr Menschen geboren werden als sterben. Dazu trägt unter anderem der hohe Ausländeranteil bei, denn ausländische Familien haben in der Regel mehr Kinder als Deutsche. Wie die Grafik zeigt, ist der Geborenenüberschuss besonders in solchen Kreisen hoch, in denen viele Ausländer leben.



Männer gesucht

Nur in wirtschaftlich attraktiven Städten mit großen Universitäten gibt es mehr junge Frauen als Männer. Heidelberg liegt bundesweit mit 122 Frauen je 100 Männer zwischen 18 und 30 Jahren mit Abstand an der Spitze.

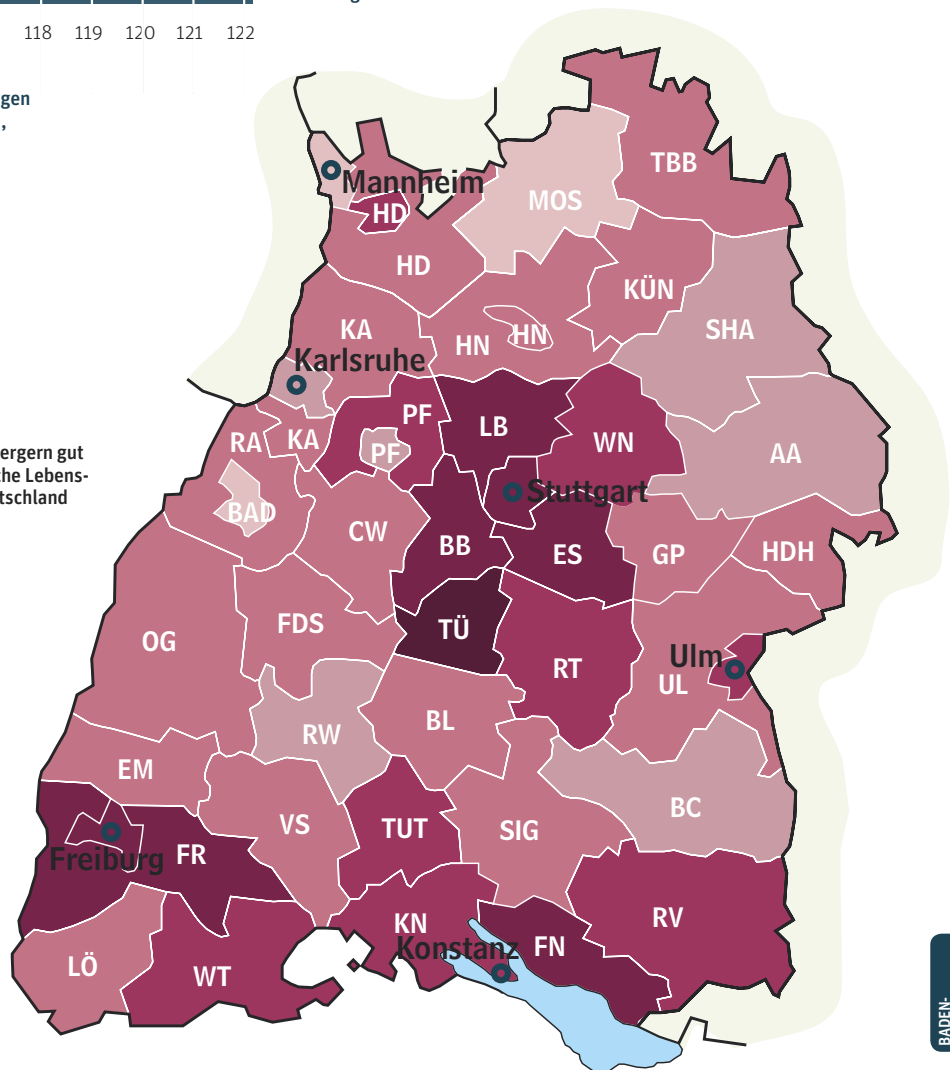
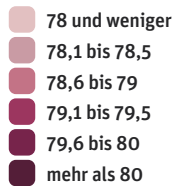


Frauenüberschuss in der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen (Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)

Fit ins Alter

Dass es den Baden-Württembergern gut geht, zeigt die durchschnittliche Lebenserwartung. Nirgendwo in Deutschland werden die Menschen älter.

Lebenserwartung in Baden-Württemberg 2001 Durchschnitt Männer und Frauen (Quelle: BBR, INKAR 2003, eigene Berechnungen)



Frauenmagnet Heidelberg

Eine demografische Kuriosität innerhalb Deutschlands ist die alte badische Universitätsstadt Heidelberg. Sie weist die geringste Fertilität im gesamten Bundesgebiet auf. Einhundert Heidelbergerinnen bringen statistisch gesehen im Laufe ihres Lebens nur 88 Kinder zur Welt. Dennoch werden in Heidelberg noch bis 2020 mehr Kinder geboren, als Menschen sterben. Für die Stadt wird der vierthöchste natürliche Bevölkerungssaldo Deutschlands prognostiziert. Der Grund für die ungewöhnliche demografische Situation ist die große Universität. Mit ihrem geisteswissenschaftlichen Profil zieht sie überwiegend Frauen an. Ende 2000 lebten in der Altersgruppe von 18 bis 30 Jahren 22 Prozent mehr Frauen als Männer. Die zukünftigen Akademikerinnen bekommen, wie überall in Deutschland, weit weniger Kinder als nichtstudierende Frauen. Das drückt zwar die Fertilitätsrate. Doch angesichts des Überschusses an jungen Frauen reichen selbst die wenigen Kinder, die sie bekommen, um der Stadt weiterhin ein natürliches Bevölkerungswachstum zu garantieren.

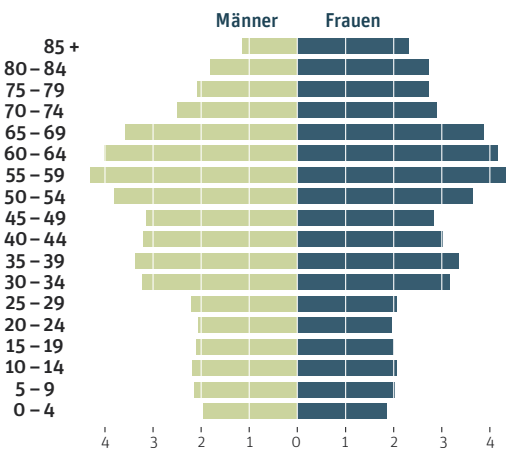
Der Wohlstand hebt die Lebenserwartung

Der über Jahrzehnte gewachsene Wohlstand der Baden-Württemberger hat deren Lebenserwartung in den vergangenen drei Jahrzehnten um 17 Jahre ansteigen lassen. Heute liegt sie mit 82,7 Jahren bei Frauen und 77 Jahren bei Männern so hoch wie in keinem anderen Bundesland und ein ganzes Jahr über dem deutschen Durchschnittswert. Nur in Neckar-Odenwald und in Baden-Baden werden die Menschen nicht so alt wie im deutschen Mittel. In der Kurstadt vermutlich deshalb, weil dort mehr kranke und gebrechliche Menschen leben als anderswo. Besonders alt werden die Menschen im Süden und in der Mitte Baden-Württembergs – insbesondere in Tübingen, wo Männer durchschnittlich auf 77,2 und Frauen auf 82,9 Jahre kommen. Baden-Württemberg ist das beste Beispiel dafür, dass eine hohe Lebenserwartung für die Altersstruktur nicht problematisch sein muss – solange genügend Kinder geboren werden und das Land für Zuwanderer attraktiv ist: Der Anteil Hochbetagter an der Gesamtbevölkerung liegt in Baden-Württemberg mit 7,1 Prozent niedriger als in den meisten anderen Bundesländern.

Das älteste und das jüngste Bundesland

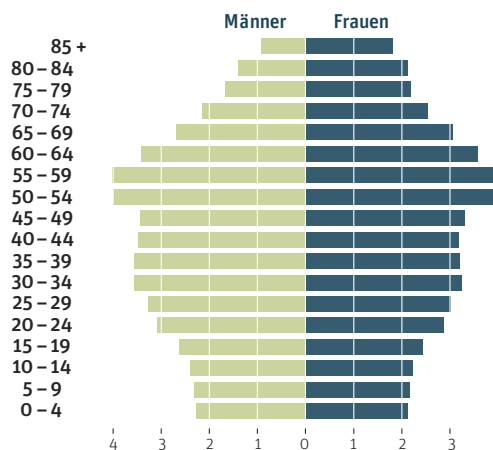
Während Baden-Württemberg noch auf halbwegs sicheren demografischen Füßen steht, wachsen in Thüringen seit 30 Jahren nur noch sehr wenige junge Menschen nach.

Thüringen 2020



Prozent der Fünfjahres-Kohorten an der Gesamtbevölkerung

Baden-Württemberg 2020



(Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)

Bewertung Baden-Württemberg

		Demografie						Wirtschaft						Integration			Bildung			Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE				
		Kinderzahl	Unter 20-jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kindergärten		Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
UL	Alb-Donau-Kreis	3	3	3	2	3	2	2,7	3	4	2	2	2	3	3	2,7	6	5	5,5	2	3	4	3,0	2	4	3,0	3	5	4,0	3,14
BAD	Baden-Baden	6	6	1	1	6	5	4,2	1	2	4	5	3	6	5	3,7	5	5	5,0	2	1	3	2,0	6	4	5,0	1	2	1,5	3,64
BC	Biberach	3	3	3	2	3	2	2,7	3	3	1	2	2	3	3	2,4	5	5	5,0	2	2	5	3,0	2	4	3,0	3	5	4,0	3,00
BB	Böblingen	4	4	2	2	3	2	2,8	2	2	2	1	2	2	3	2,0	5	4	4,5	2	1	1	1,3	3	4	3,5	5	5	5,0	2,77
FN	Bodenseekreis	4	4	2	1	3	1	2,5	2	2	2	3	2	4	3	2,6	4	3	3,5	3	2	2	2,3	4	4	4,0	4	3	3,5	2,82
FR	Breisgau-Hochschwarzwald	4	4	1	1	3	2	2,5	3	4	2	4	2	4	3	3,1	5	5	5,0	2	2	4	2,7	3	4	3,5	3	2	2,5	3,05
CW	Calw	3	3	3	2	4	3	3,0	2	4	2	2	2	4	4	2,9	5	4	4,5	3	1	5	3,0	4	4	4,0	4	2	3,0	3,18
EM	Emmendingen	4	4	2	1	4	2	2,8	3	4	2	2	3	3	3	2,9	5	6	5,5	3	2	5	3,3	3	4	3,5	4	4	4,0	3,32
PF	Enzkreis	3	4	3	2	4	3	3,2	2	4	2	1	1	3	4	2,4	6	4	5,0	2	2	4	2,7	2	4	3,0	4	5	4,5	3,14
ES	Esslingen	4	4	2	2	3	3	3,0	1	2	2	1	2	3	4	2,1	5	4	4,5	3	2	2	2,3	3	5	4,0	5	5	5,0	3,05
FR	Freiburg im Breisgau	6	6	1	1	2	2	3,0	3	2	5	6	4	4	3	3,9	3	4	3,5	3	2	1	2,0	6	5	5,5	4	4	4,0	3,50
FDS	Freudenstadt	4	4	2	2	3	1	2,7	3	3	2	2	2	4	4	2,9	6	5	5,5	3	1	5	3,0	3	4	3,5	3	2	2,5	3,09
GP	Göppingen	4	4	2	2	4	4	3,3	1	3	2	2	2	4	4	2,6	5	4	4,5	3	2	4	3,0	3	4	3,5	5	5	5,0	3,32
HD	Heidelberg	6	6	1	2	2	2	3,2	2	2	3	6	3	4	5	3,6	5	3	4,0	2	2	1	1,7	6	4	5,0	4	4	4,0	3,41
HDH	Heidenheim	4	4	2	3	3	3	3,2	2	3	2	2	3	4	4	2,9	5	4	4,5	2	2	4	2,7	3	5	4,0	4	5	4,5	3,32
HN	Heilbronn Lk	3	3	2	1	3	1	2,2	2	3	1	2	2	3	2	2,1	5	5	5,0	3	3	4	3,3	1	4	2,5	4	5	4,5	2,82
HN	Heilbronn St	4	5	3	3	4	2	3,5	1	1	3	3	3	5	5	3,0	6	4	5,0	3	3	4	3,3	3	5	4,0	4	5	4,5	3,59
KÜN	Hohenlohekreis	3	3	3	2	3	2	2,7	3	3	2	1	2	3	2	2,3	4	5	4,5	3	1	5	3,0	2	4	3,0	3	5	4,0	2,91
KA	Karlsruhe Lk	4	4	2	1	4	2	2,8	2	3	2	2	2	3	4	2,6	5	4	4,5	2	3	3	2,7	2	4	3,0	5	5	5,0	3,09
KA	Karlsruhe St	6	6	3	2	4	2	3,8	2	1	4	3	4	5	6	3,6	5	3	4,0	3	3	1	2,3	6	5	5,5	5	5	5,0	3,82
KN	Konstanz	6	5	2	1	3	2	3,2	3	3	1	5	3	4	4	3,3	5	3	4,0	3	2	3	2,7	5	4	4,5	4	4	4,0	3,41
LÖ	Lörrach	5	4	1	2	4	2	3,0	2	3	2	6	3	3	4	3,3	5	4	4,5	3	2	5	3,3	4	4	4,0	4	4	4,0	3,45
LB	Ludwigsburg	4	4	2	2	2	2	2,7	2	3	2	1	2	3	3	2,3	5	4	4,5	3	1	2	2,0	3	4	3,5	5	5	5,0	2,91
TBB	Main-Tauber-Kreis	4	4	3	2	4	4	3,5	3	3	2	3	2	5	3	3,0	5	5	5,0	3	2	5	3,3	2	3	2,5	2	4	3,0	3,32
MA	Mannheim	6	5	1	3	4	4	3,8	2	1	4	4	5	4	5	3,6	5	4	4,5	4	2	2	2,7	6	5	5,5	5	5	5,0	3,91
MOS	Neckar-Odenwald-Kreis	4	4	3	2	5	3	3,5	2	3	3	3	2	4	3	2,9	5	5	5,0	3	2	5	3,3	2	4	3,0	3	5	4,0	3,41
OG	Ortenaukreis	4	4	2	2	4	3	3,2	3	2	2	2	2	4	4	2,7	5	5	5,0	3	2	5	3,3	4	4	4,0	4	4	4,0	3,36
AA	Ostalbkreis	3	4	3	2	3	3	3,0	3	3	3	3	2	4	4	3,1	5	4	4,5	2	2	4	2,7	3	4	3,5	4	5	4,5	3,32
PF	Pforzheim	4	5	1	3	4	4	3,5	2	2	2	2	3	5	5	3,0	6	3	4,5	2	2	5	3,0	5	5	5,0	4	5	4,5	3,59
RA	Rastatt	4	4	2	2	4	1	2,8	3	2	2	1	2	4	4	2,6	5	4	4,5	3	1	4	2,7	4	4	4,0	4	5	4,5	3,14
RV	Ravensburg	3	3	2	2	3	2	2,5	3	2	2	3	2	4	3	2,7	6	4	5,0	2	2	4	2,7	4	4	4,0	3	4	3,5	3,05
WN	Rems-Murr-Kreis	4	4	2	2	4	3	3,2	1	3	1	1	2	3	4	2,1	5	5	5,0	3	3	3	3,0	3	4	3,5	5	5	5,0	3,18
RT	Reutlingen	4	4	2	2	3	2	2,8	2	3	2	2	2	3	4	2,6	5	4	4,5	2	1	3	2,0	3	4	3,5	4	5	4,5	3,00
HD	Rhein-Neckar-Kreis	5	4	2	2	4	2	3,2	3	3	2	2	2	3	4	2,7	5	5	5,0	3	2	2	2,3	3	4	3,5	5	5	5,0	3,27
RW	Rottweil	3	3	4	2	3	4	3,2	2	3	2	2	2	4	3	2,6	5	5	5,0	3	2	5	3,3	3	3	3,0	4	5	4,5	3,27
SHA	Schwäbisch Hall	3	3	3	2	3	2	2,7	3	3	3	2	2	4	3	2,9	5	5	5,0	3	1	5	3,0	3	4	3,5	3	5	4,0	3,18
VS	Schwarzwald-Baar-Kreis	4	4	3	2	4	3	3,3	2	3	2	2	2	4	4	2,7	5	4	4,5	2	1	4	2,3	4	4	4,0	4	3	3,5	3,18
SIG	Sigmaringen	3	3	4	2	3	3	3,0	3	3	1	4	2	3	3	2,7	5	6	5,5	2	3	5	3,3	2	4	3,0	2	5	3,5	3,23
S	Stuttgart	6	6	1	2	3	3	3,5	1	1	4	2	4	4	5	3,0	5	4	4,5	4	1	1	2,0	6	5	5,5	5	5	5,0	3,55
TÜ	Tübingen	5	4	1	2	2	2	2,7	2	3	2	3	2	2	3	2,4	5	4	4,5	2	1	1	1,3	4	4	4,0	5	5	5,0	2,91
TUT	Tuttlingen	3	3	3	2	2	2	2,5	2	3	2	1	2	2	3	2,3	6	4	5,0	3	2	5	3,3	3	4	3,5	4	5	4,5	3,05
UL	Ulm	5	5	1	2	3	3	3,2	2	1	3	3	3	5	4	3,0	5	4	4,5	4	3	1	2,7	5	5	5,0	4	5	4,5	3,45
WT	Waldshut	4	3	2	2	3	3	2,8	3	3	2	6	2	4	4	3,4	5	4	4,5	3	2	5	3,3	4	4	4,0	3	3	3,0	3,36
BL	Zollernalbkreis	4	4	3	3	4	4	3,7	3	3	2	2	2	4	4	2,9	5	5	5,0	3	3	5	3,7	2	4	3,0	4	5	4,5	3,55

BAYERN

Alpenpanorama und Wirtschaftswunder



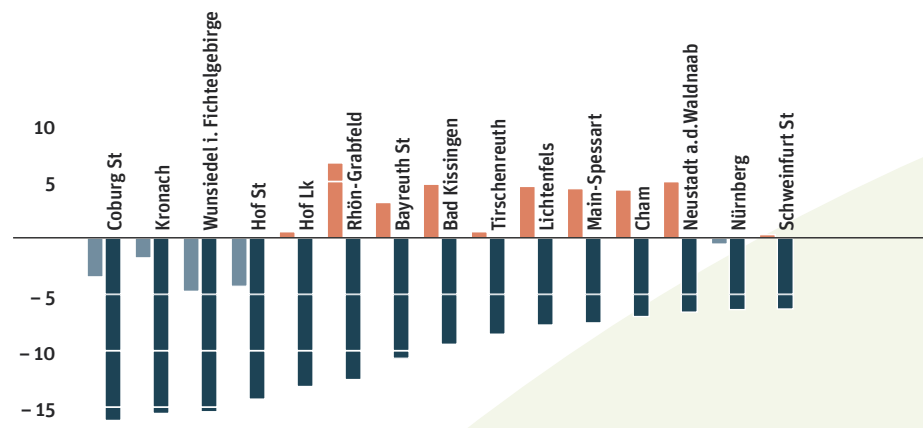
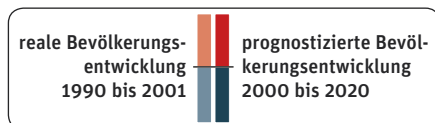
Anders als Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg ist Bayern kein von den Besatzungsmächten geformtes Land. Bayern hat eine lange Tradition als selbstständiges Territorium. Ob als Königreich (seit 1806) oder als Teil des Deutschen Reiches mit eigener Militärhoheit (seit 1871), Bayern hat stets großen Wert auf seine Unabhängigkeit gelegt. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Bestrebungen, Bayern als eigenen Staat zu etablieren. Der Münchner Landtag lehnte sogar das bundesdeutsche Grundgesetz zunächst ab, beschloss aber gleichzeitig es anzunehmen, so es denn die Mehrheit der übrigen Bundesländer fände.

Bis 1945 war Bayern dünn besiedelt. Nur in München, Nürnberg und Augsburg hatte sich nennenswerte Industrie niedergelassen. Die Hälfte der bayerischen Erwerbstätigen waren Bauern. Mit der Beschaulichkeit des Agrarlandes hatte es ein Ende, als die Besatzungsmächte begannen, die Flüchtlingsströme aus den ehemals deutschen Ostgebieten in die Regionen mit der geringsten Bevölkerungsdichte zu dirigieren. Durch die Flüchtlinge, vor allem Arbeiter aus dem wirtschaftlich hoch entwickelten Sudetenland und aus Schlesien, stieg die Bevölkerungszahl Bayerns bis 1949 um rund 25 Prozent. Das Bundesland profitierte von diesem „brain gain“ und es entstand eine Vielzahl kleiner und mittlerer Betriebe mit qualifizierten Angestellten. Nicht nur Menschen, auch Unternehmen flohen aus dem Osten: Das wichtigste war der Elektrotechnik-Hersteller Siemens, der 1949 seine Hauptverwaltung von Berlin nach Bayern verlegte, und damit den Grundstein für die heutige High-Tech-Region München gesetzt hat.⁵²

Gleichzeitig hat das Bundesland mit dem Bayerischen Wald und dem Fichtelgebirge, den Alpen und den Seen des Alpenvorlandes einen hohen Freizeitwert. Dieser natürliche Standortvorteil trägt heute dazu bei, dass es hochqualifizierte Fachkräfte eher nach Bayern zieht als in ein aussterbendes Kohlerevier: Seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat die Einwohnerzahl des flächenmäßig größten deutschen Bundeslandes fast ununterbrochen zugenommen. Von 9,3 Millionen Menschen im Jahr 1949 wuchs die Bevölkerung bis 1970 auf 10,5 und schließlich auf 12,3 Millionen im Jahr 2001. Und weil es wenig Industrien mit Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften gab, waren die Zuwanderer überwiegend Deutsche. Mit einem Ausländeranteil von 9,3 Prozent liegt Bayern heute nur im Mittelfeld der westdeutschen Bundesländer. Lediglich München (23,7 Prozent), Nürnberg (18,2) und Augsburg (17,9) verzeichnen hohe Ausländeranteile.

Zukunft gesichert

Dank guter Wirtschaftsdaten werden bayerische Kreise mehrheitlich weiter wachsen. Denn innovative Industrien ziehen vor allem junge Arbeitnehmer an. Entsprechend liegen die wirtschaftlichen Krisenregionen im Nordosten des Bundeslandes auf der Verliererseite.



Reale und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Bayern 1990 bis 2020 in Prozent (Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)

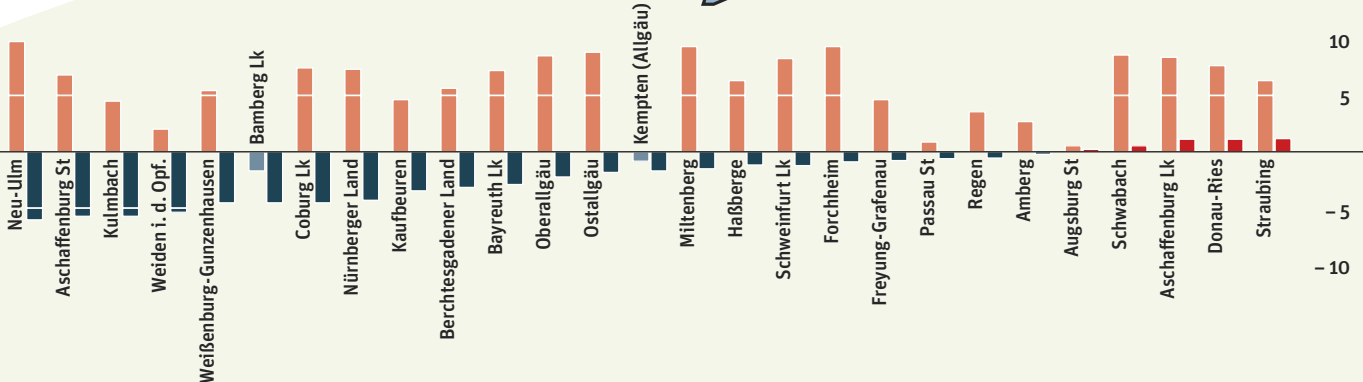
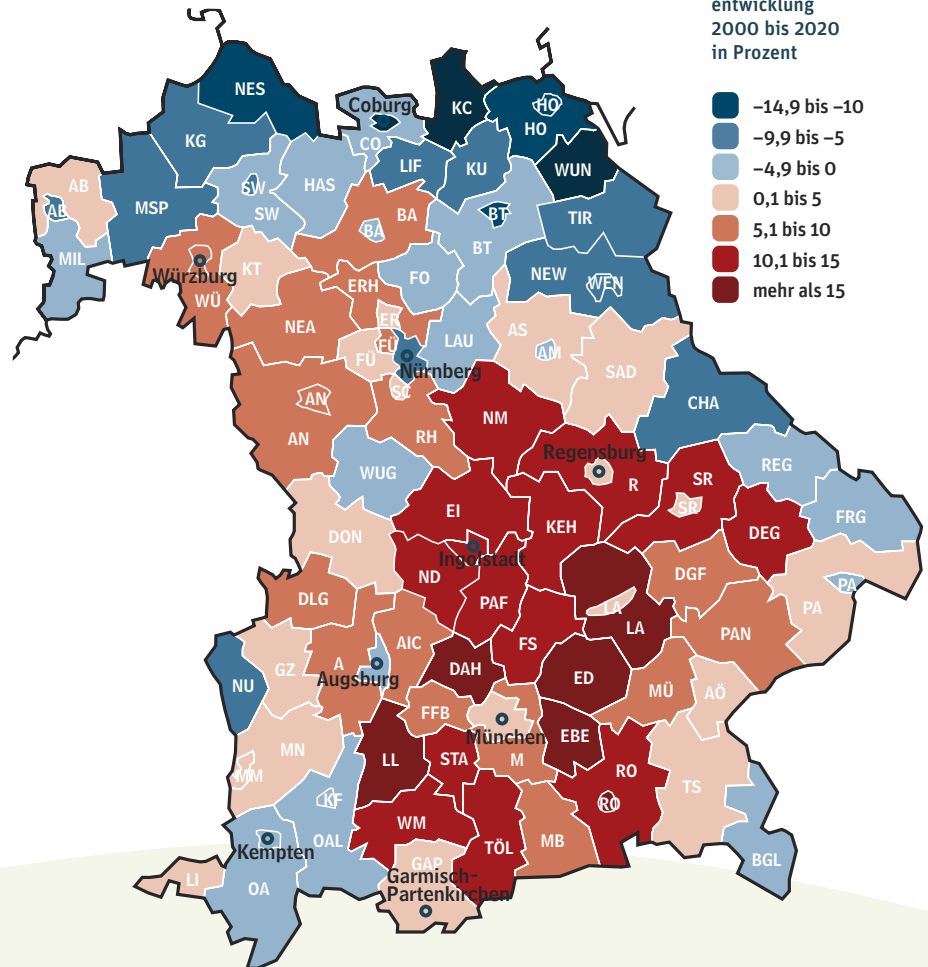
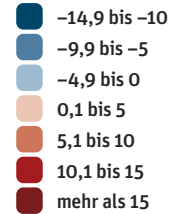
Wachstum durch Zuwanderung

Bis vor kurzem konnte Bayern eine positive natürliche Bevölkerungsentwicklung verbuchen. Der Grund dafür liegt in der günstigen Altersstruktur des Landes: Die ständige Zuwanderung brachte vorwiegend junge Menschen nach Bayern. Nur 16,2 Prozent der Bevölkerung sind über 65 Jahre, ein Wert, der in Westdeutschland nur von Baden-Württemberg unterboten wird. Noch im Jahr 2000 wurden in Bayern mehr Kinder geboren als Menschen starben. Danach kippte auch hier das Verhältnis zugunsten der Sterbefallüberschüsse.

Besonders viele Kinder bekommen die Menschen im überwiegend katholisch geprägten Bayern allerdings nicht. Mit einer Fertilitätsrate von 1,41 belegt der Freistaat Rang fünf unter den deutschen Bundesländern. Nur einige ländliche Kreise, etwa Weißenburg-Gunzenhausen (1,59) oder das Unterallgäu (1,65), zählen zu den kinderreichen Gebieten Deutschlands.

In den sechs Jahren zwischen 1995 und 2001 wuchs die Bevölkerung Bayerns um insgesamt 2,8 Prozent, nur Schleswig-Holstein legte noch mehr zu. Bis 2020 prognostiziert das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung einen weiteren Zugewinn von 3,3 Prozent. Abgesehen von Brandenburg, das starke Suburbanisierungs-Gewinne aus der Hauptstadt Berlin erwarten kann, hat kein anderes Bundesland eine so positive Prognose.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020 in Prozent



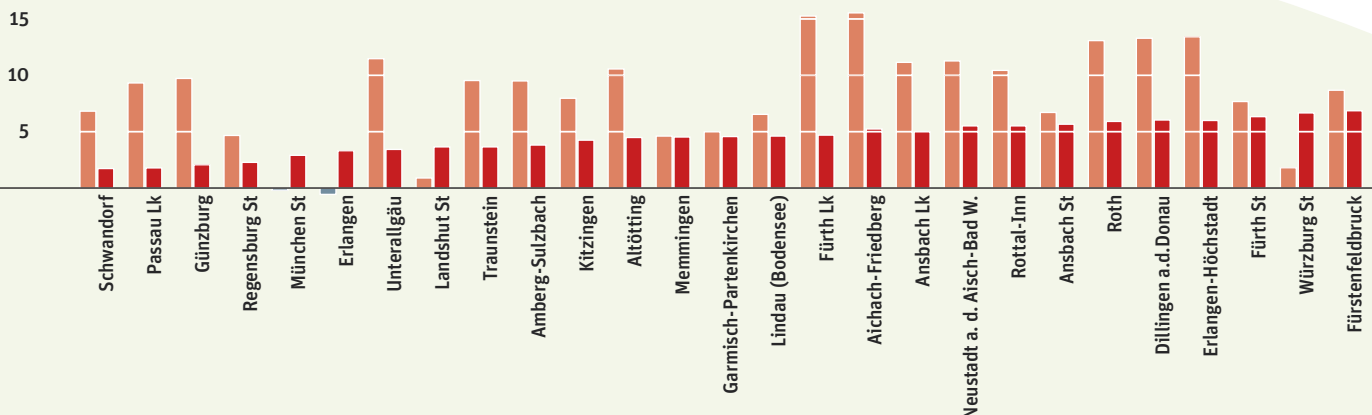
Drei Zentren der Innovation

Größte Boomregion Bayerns ist der Großraum München. Von den zehn deutschen Spitzenkreisen dieser Studie liegen vier im Umland der bayerischen Landeshauptstadt. Erding, Ebersberg und Freising belegen die Plätze zwei bis vier der Gesamtwertung, der Landkreis München folgt auf Platz acht. Auch in der Demografie-Wertung ist der Münchner Umlandkreis Erding Spitze – gemeinsam mit den niedersächsischen Kreisen Vechta und Cloppenburg. Erding profitiert von Abwanderungen aus München. Der Kreis ist zwischen 1990 und 2001 um ein Viertel gewachsen und soll laut Prognosen bis 2020 um weitere 28 Prozent zulegen. Erding verzeichnet dabei sogar ein ausgeglichenes natürliches Bevölkerungssaldo und eine gute Altersstruktur: Fast ein Viertel der Bewohner ist jünger als 20 Jahre.

Noch auf zwei weiteren Zentren der Ökonomie kann der Freistaat aufbauen. Das oberbayerische Ingolstadt und die vorgelegerten Landkreise Eichstätt und Pfaffenhofen erreichen erstklassige Bewertungen. Die Region verdankt ihr Wohlergehen dem Automobilhersteller Audi. Der zog nach dem Krieg aus dem sächsischen Zwickau ins strategisch günstig gelegene Ingolstadt,

nahe der traditionsreichen Industrieregion Nürnberg-Fürth. Heute beschäftigt Audi in Ingolstadt so viele Mitarbeiter wie nie zuvor. In den vergangenen fünf Jahren hat das Unternehmen die Zahl der Beschäftigten in der Region um 23 Prozent aufgestockt. Fast 45.000 Menschen arbeiten in der Region für Audi.⁵³ Hinzu kommen Werk tätige aus rund 80 bayerischen Zulieferfirmen. Zwischen 1995 und 2001 nahm die Zahl der Beschäftigten in Ingolstadt um 19 Prozent zu. Vor allem junge, qualifizierte Menschen zog es in die Automobil-Region. Die Kreise Eichstätt und Pfaffenhofen wuchsen dadurch zwischen 1995 und 2001 um 7,3 Prozent. In Eichstätt leben mit 25,7 Prozent unter 20-Jährigen die meisten jungen Menschen im Freistaat. Von 1.000 Menschen sind nur zehn arbeitslos oder auf Sozialhilfe angewiesen – das ist eine glatte Note eins. Mit einer Kinderzahl von 1,58 je Frau weist der Kreis zudem die viert-höchste Fertilitätsrate in Bayern auf. Durch sehr gute Wirtschaftsdaten, aber auch sehr gute demografische Werte erreicht der Kreis Eichstätt mit einer Note von 2,64 Platz eins der deutschen Gesamtwertung.

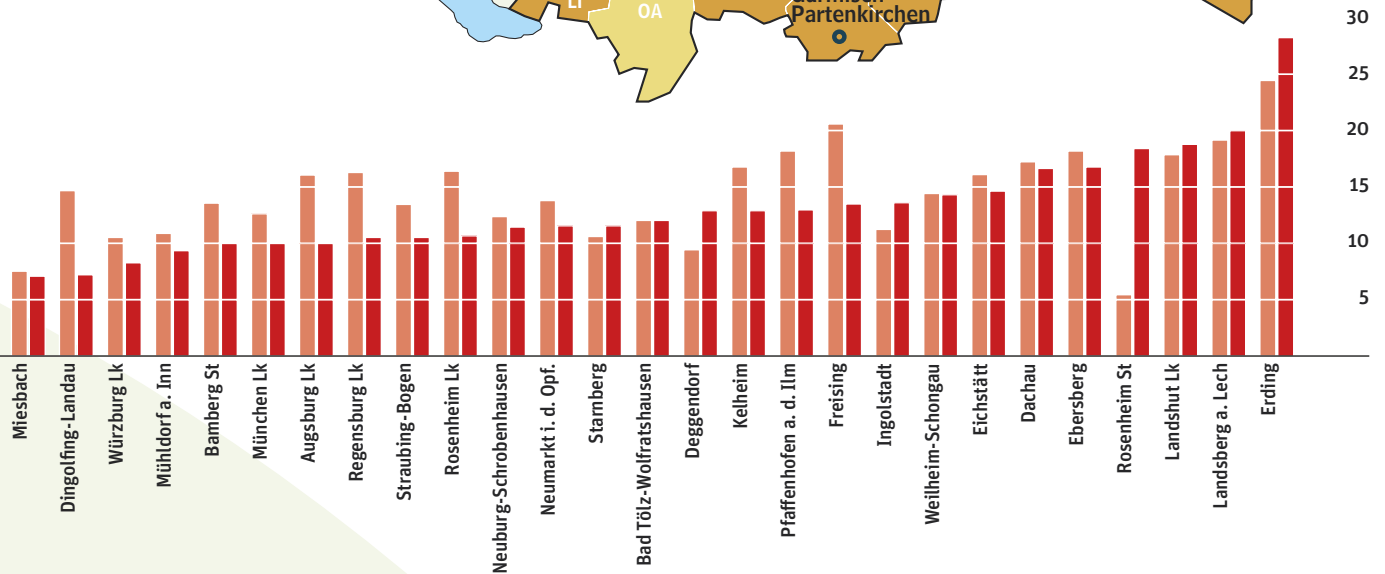
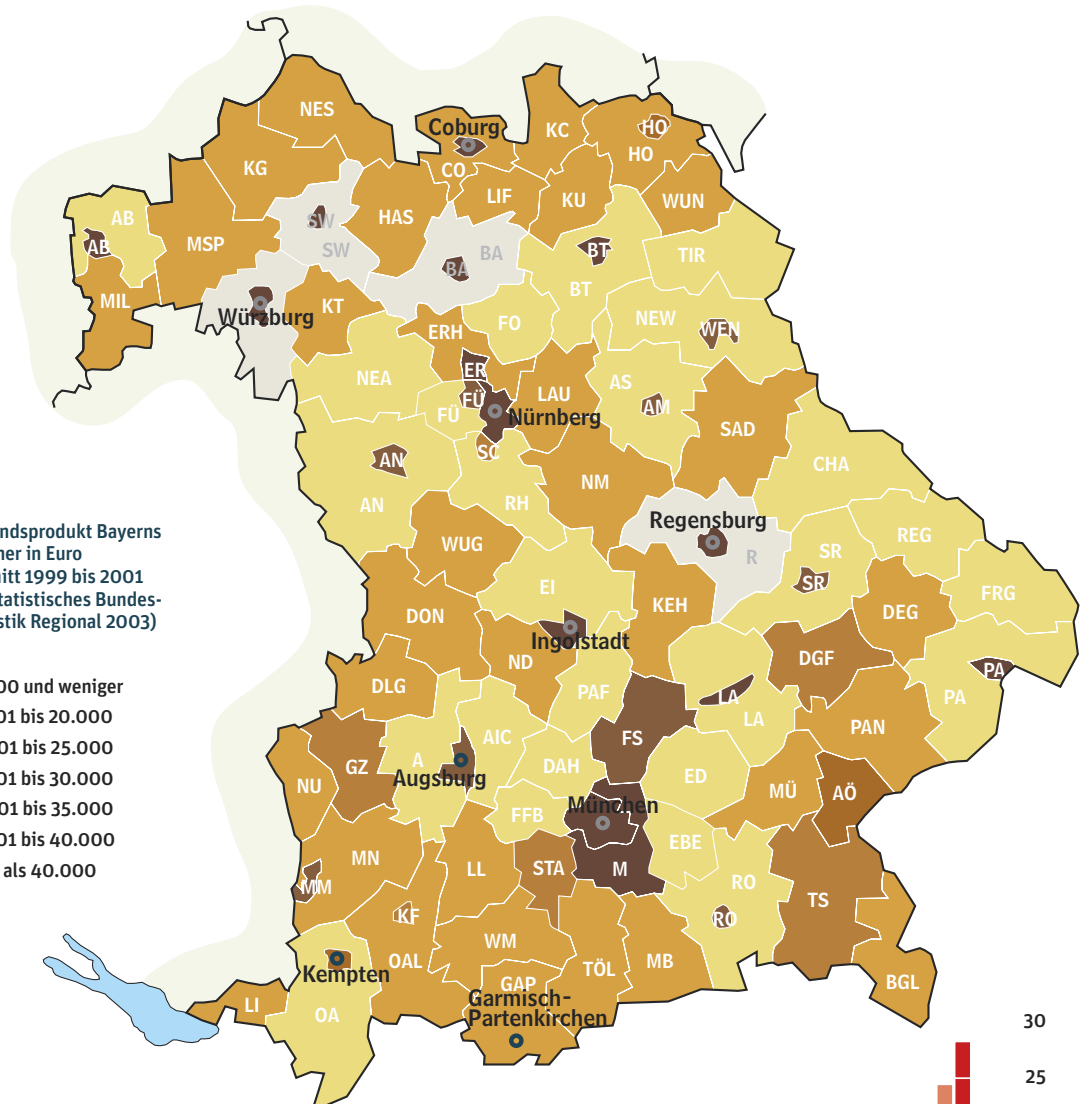
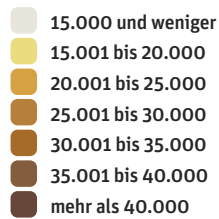
Eine dritte Wachstumszone in Bayern ist die mittelfränkische Region um Erlangen. Die Stadt am Main-Donau-Kanal konnte mittlerweile dem wirtschaftlich wie demografisch stagnierenden Industriegebiet Nürnberg-Fürth den Rang ablaufen. In Erlangen, das sich selbst als „Bundeshauptstadt der Medizin“ bezeichnet, hat die Medizintechnik-Sparte von Siemens ihren Sitz. Neben einem Innovationszentrum für diesen Bereich hat die Stadt ein klinisch-molekularbiologisches Forschungszentrum eröffnet sowie mehrere neue medizinische Lehrstühle angesiedelt. Mittlerweile haben sich über hundert pharmazeutische und medizintechnische Unternehmen in der Region niedergelassen.⁵⁴ In der Universitätsstadt haben 22,2 Prozent aller Beschäftigten einen Fach- oder Hochschulabschluss – einer der höchsten Anteile Hochqualifizierter in Deutschland. Im Landkreis Erlangen-Höchstadt, der Erlangen umschließt, legte die Zahl der Beschäftigten zwischen 1995 und 2001 um 19,2 Prozent zu. Diese Zahlen sind erstaunlich, denn die Bildungsdaten für Gesamt-Bayern sind wenig beeindruckend: Mit 10,2 Prozent erreichen relativ viele Jugendliche nicht einmal den Hauptschulabschluss, einer der schlechtesten Werte im Westen Deutschlands. Und nirgendwo in der Republik liegt der Anteil junger Menschen mit Hochschulreife so niedrig wie in Bayern.⁵⁵ Das Land importiert einen großen Teil seiner gut ausgebildeten Fachkräfte aus anderen Bundesländern.



Ganz vorne in Sachen Innovation

Viel Geld erwirtschaftet wird in Bayern ohnehin. Aber bestimmte Kreise stechen durch eine besondere Wertschöpfung hervor. Die Städte München, Ingolstadt, Erlangen und Nürnberg haben so viele innovative Industrien angezogen, dass hier auch die demografische Zukunft zumindest mittelfristig gesichert ist.

Bruttoinlandsprodukt Bayerns je Einwohner in Euro
Durchschnitt 1999 bis 2001
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003)



High-Tech an der Isar

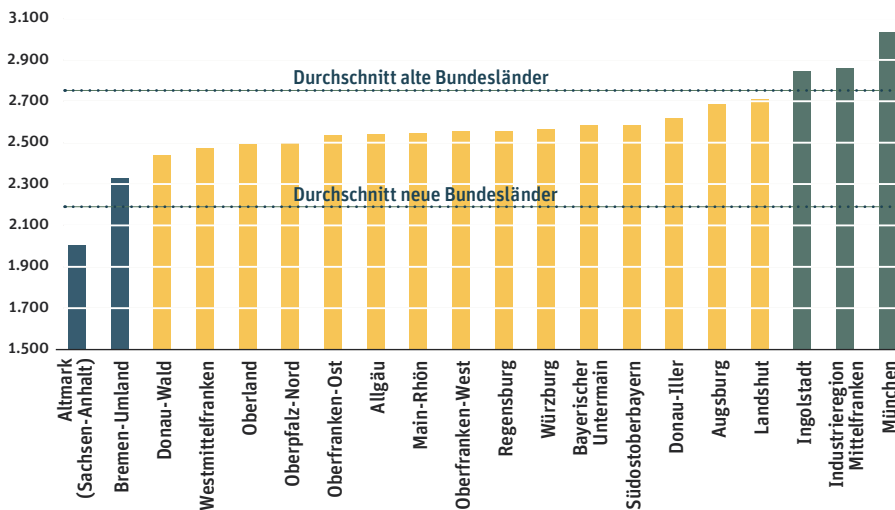
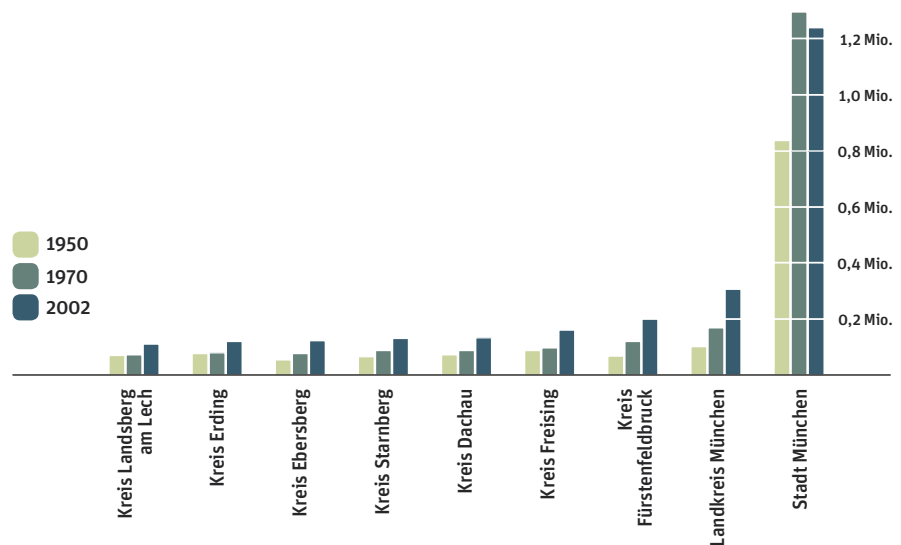
In der Nachkriegszeit zog es nach Siemens immer neue Unternehmen aus der Technologie-Branche in die Nähe des Elektronik-Riesen. Schon 1958 kam beispielsweise der Flugzeughersteller Bölkow nach Ottobrunn nahe München, der mittlerweile in dem europäischen Luft- und Raumfahrtkonsortium EADS aufgegangen ist. Seit 1975, als der Aufschwung der Mikroelektronik begann, hat sich die Zahl der Hochtechnologie-Unternehmen im Raum München vervierfacht. Von den etwa 2.000 Firmen unterhalten vier Fünftel Geschäftsbeziehungen zu Siemens.⁵⁶ Zwölf Prozent aller bundesdeutschen Softwareunternehmen sind im Großraum

München ansässig. Für Arbeit sorgt auch die Rüstungsindustrie mit über hundert Firmen, die Funk- und Radarsysteme, Panzer und Kampfflugzeuge herstellen. Zwischen 1995 und 2001 stieg die Zahl der Beschäftigten in der Region um fast elf Prozent. Spitzenreiter war der Landkreis München mit einem Plus von 25,7 Prozent. In der Großregion München, unter anderem mit den Kreisen Erding, Freising und Starnberg, hatten im Jahr 2000 über 15 Prozent aller Beschäftigten einen Fach- oder Hochschulabschluss – die deutschlandweit höchste Dichte an gut ausgebildeten Fachkräften.

München

In der Region München leben heute 56 Prozent mehr Menschen als vor 50 Jahren. Während die Landeshauptstadt seit 1970 nicht mehr gewachsen ist, boomen seither viele Umlandkreise.

Bevölkerung in München und den Umlandkreisen
(Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung)



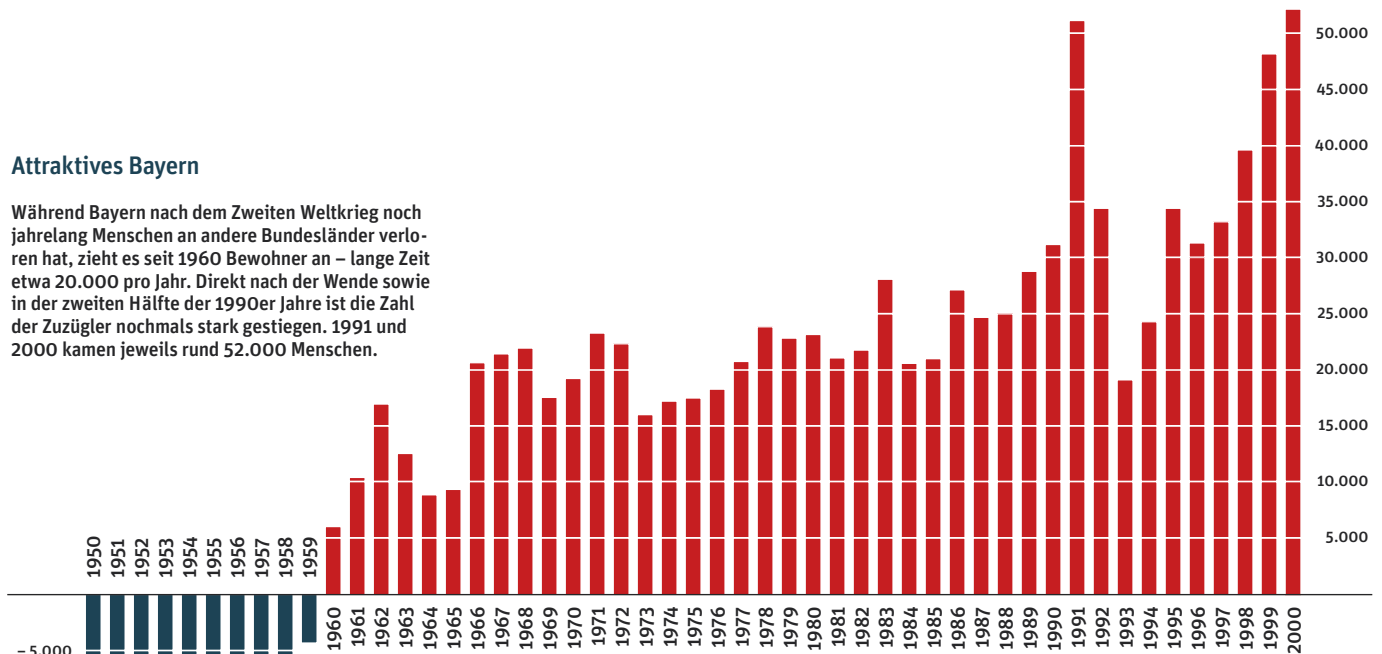
Der Wohlstand im Süden

In den Regionen München, Ingolstadt und Mittelfranken wird mehr verdient als im westdeutschen Durchschnitt. Zum Vergleich die beiden Regionen in West- und Ostdeutschland mit den jeweils geringsten Einkommen.

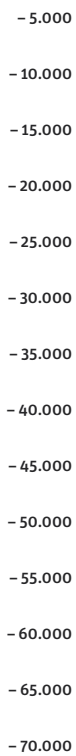
Durchschnittliche Einkommen in den Regionen Bayerns
(Quelle: BBR, INKAR 2003)

Attraktives Bayern

Während Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg noch jahrelang Menschen an andere Bundesländer verloren hat, zieht es seit 1960 Bewohner an – lange Zeit etwa 20.000 pro Jahr. Direkt nach der Wende sowie in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist die Zahl der Zuzügler nochmals stark gestiegen. 1991 und 2000 kamen jeweils rund 52.000 Menschen.



Wanderungssaldo zwischen Bayern und dem übrigen Bundesgebiet. Seit 1991 einschließlich neue Bundesländer (Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung)



Schlechte Noten für Bayerns Nordosten

Bayern hat allerdings auch seine Problemregion – das im Nordosten gelegene Oberfranken. Die Gegend war schon früh industrialisiert und wie anderen alten Revieren wird ihr nun der einstige Vorsprung zum Verhängnis. Wunsiedel im Fichtelgebirge war lange ein Zentrum der Porzellanindustrie, der Textil- und Möbelproduktion. Noch 1950 arbeiteten 55 Prozent der oberfränkischen Erwerbstätigen im Textilgewerbe oder im Bereich Glas und Keramik – heute sind es noch 20 Prozent. Die Wiedervereinigung Deutschlands verschaffte diesen Branchen zwar noch eine letzte Blüte, doch nach 1993 ging es endgültig bergab. Oberfranken verlor zwischen 1992 und 2000 mehr als 25.000 Arbeitsplätze, beziehungsweise mehr als sechs Prozent aller Jobs. Allein in der Feinkeramik entfielen 8.700 Stellen.⁵⁷ Die Region Oberfranken-Ost, mit den Kreisen Wunsiedel, Hof, Kulmbach und Bayreuth hatte zwischen 1995 und 2001 mit einem Minus von 7,5

Prozent den zweithöchsten Beschäftigungsverlust in den alten Bundesländern zu verkräften – nur der Ruhrgebietskreis Emscher-Lippe hatte mehr zu leiden.

Wie es für Regionen mit sterbenden Industrien typisch ist, sind die oberfränkischen Landkreise bereits heute stark überaltert. Oberfranken-Ost ist die viertälteste Region Deutschlands – 19,1 Prozent der Einwohner sind über 65 Jahre. Durch den Sterbefallüberschuss büßt besonders der Landkreis Wunsiedel viele Einwohner ein – im Mittel der letzten Jahre waren es jeweils etwa 0,8 Prozent. Nach den Prognosen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung werden die Landkreise Wunsiedel, Hof und Kronach einschließlich der Stadt Hof bis 2020 etwa 15 Prozent ihrer Einwohner verlieren. Wunsiedel ist mit einer Gesamtnote von 4,5 bayerisches Schlusslicht.

Bewertung Bayern

		Demografie						Wirtschaft						Integration			Bildung			Familienfr.		Flächenn.			GESAMTNOTE					
		Kinderzahl	Unter 20-jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsq.	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte		Kindergärten	Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
AIC	Aichach-Friedberg	4	3	3	1	3	2	2,7	2	4	4	3	1	2	2	2,6	5	4	4,5	4	2	4	3,3	1	6	3,5	3	6	4,5	3,14
AÖ	Altötting	4	4	3	2	4	2	3,2	3	2	2	3	2	4	4	2,9	2	4	3,0	4	1	4	3,0	3	6	4,5	4	5	4,5	3,27
AM	Amberg	5	5	2	1	5	3	3,5	3	2	4	5	3	6	4	3,9	6	4	5,0	5	1	4	3,3	5	5	5,0	4	5	4,5	3,95
AS	Amberg-Sulzbach	3	3	3	2	3	2	2,7	4	4	5	3	2	3	3	3,4	1	6	3,5	4	1	6	3,7	2	6	4,0	1	5	3,0	3,27
AN	Ansbach Lk	4	3	3	2	3	2	2,8	4	4	3	2	1	4	3	3,0	6	5	5,5	4	1	6	3,7	2	5	3,5	2	4	3,0	3,32
AN	Ansbach St	3	5	1	2	4	2	2,8	2	2	5	3	3	6	4	3,6	6	3	4,5	2	1	5	2,7	5	5	5,0	1	5	3,0	3,41
AB	Aschaffenburg Lk	4	4	3	2	4	2	3,2	2	4	3	2	2	3	3	2,7	6	5	5,5	5	2	4	3,7	1	5	3,0	4	5	4,5	3,41
AB	Aschaffenburg St	4	5	1	1	5	4	3,3	2	1	5	2	4	5	3	3,1	6	4	5,0	3	2	3	2,7	6	5	5,5	4	5	4,5	3,64
A	Augsburg Lk	4	4	2	1	3	1	2,5	2	4	2	3	2	3	3	2,7	4	5	4,5	4	2	4	3,3	2	6	4,0	4	5	4,5	3,18
A	Augsburg St	4	5	1	2	4	2	3,0	2	2	5	2	4	6	5	3,7	5	4	4,5	4	2	3	3,0	5	6	5,5	5	5	5,0	3,77
KG	Bad Kissingen	4	4	3	2	6	4	3,8	3	3	3	4	2	6	4	3,6	5	6	5,5	3	3	5	3,7	3	5	4,0	2	2	2,0	3,73
TÖL	Bad Tölz-Wolfratshausen	4	4	2	1	3	1	2,5	2	3	3	3	2	4	3	2,9	5	3	4,0	3	2	3	2,7	4	6	5,0	2	2	2,0	2,95
BA	Bamberg Lk	4	3	3	2	2	2	2,7	4	6	2	1	2	2	3	2,9	*	4	4,0	3	3	5	3,7	1	5	3,0	3	5	4,0	3,10
BA	Bamberg St	6	5	1	2	4	3	3,5	2	1	3	5	3	6	4	3,4	6	4	5,0	2	3	2	2,3	6	4	5,0	5	4	4,5	3,68
BT	Bayreuth Lk	4	4	2	2	4	3	3,2	4	4	4	3	1	4	4	3,4	5	4	4,5	4	3	5	4,0	2	6	4,0	1	4	2,5	3,50
BT	Bayreuth St	6	6	2	2	4	5	4,2	2	1	5	5	4	5	5	3,9	5	4	4,5	3	3	2	2,7	5	4	4,5	4	4	4,0	3,91
BGL	Berchtesgadener Land	6	5	3	1	5	3	3,8	3	3	3	6	2	6	4	3,9	4	4	4,0	4	1	5	3,3	4	6	5,0	2	1	1,5	3,68
CHA	Cham	4	4	3	2	3	4	3,3	5	4	5	4	1	4	3	3,7	4	5	4,5	3	1	6	3,3	2	6	4,0	1	2	1,5	3,45
CO	Coburg Lk	3	4	2	2	4	3	3,0	3	3	1	2	4	4	4	2,9	4	4	4,0	3	4	5	4,0	2	5	3,5	3	5	4,0	3,32
CO	Coburg St	6	5	1	3	5	6	4,3	2	1	3	3	6	4	5	3,3	6	4	5,0	4	4	3	3,7	5	4	4,5	4	5	4,5	4,00
DAH	Dachau	4	4	1	1	3	1	2,3	1	4	3	1	1	3	3	2,3	5	4	4,5	4	1	3	2,7	3	6	4,5	4	5	4,5	2,95
DEG	Deggendorf	4	4	3	1	3	1	2,7	3	3	3	3	2	4	3	3,0	4	4	4,0	3	1	5	3,0	3	6	4,5	3	5	4,0	3,23
DLG	Dillingen a. d. Donau	3	3	3	1	4	2	2,7	3	3	4	2	2	3	2	2,7	6	4	5,0	5	1	5	3,7	1	6	3,5	2	5	3,5	3,18
DGF	Dingolfing-Landau	3	4	4	1	3	2	2,8	3	2	2	1	1	3	3	2,1	6	4	5,0	3	2	6	3,7	2	6	4,0	2	5	3,5	3,09
DON	Donau-Ries	3	3	4	2	3	2	2,8	3	3	2	2	1	4	2	2,4	5	6	5,5	3	1	5	3,0	2	6	4,0	2	5	3,5	3,14
EBE	Ebersberg	4	4	1	1	3	1	2,3	1	4	2	2	1	2	3	2,1	5	4	4,5	2	1	1	1,3	3	6	4,5	4	5	4,5	2,73
EI	Eichstätt	3	3	3	1	2	1	2,2	2	4	1	2	1	3	2	2,1	6	4	5,0	3	1	4	2,7	1	5	3,0	2	4	3,0	2,64
ED	Erding	3	3	2	1	2	1	2,0	2	4	2	1	1	2	1	1,9	4	4	4,0	3	3	4	3,3	2	6	4,0	3	5	4,0	2,68
ER	Erlangen	6	5	1	2	2	2	3,0	1	1	5	1	3	4	5	2,9	5	3	4,0	3	3	1	2,3	5	5	5,0	5	5	5,0	3,32
ERH	Erlangen-Höchstadt	4	4	3	2	3	2	3,0	2	3	3	1	1	2	3	2,1	4	3	3,5	3	3	1	2,3	2	5	3,5	4	5	4,5	2,86
FO	Forchheim	4	3	2	2	4	3	3,0	3	5	4	1	2	3	4	3,1	5	4	4,5	3	3	3	3,0	1	5	3,0	3	5	4,0	3,27
FS	Freising	4	4	2	1	1	1	2,2	2	2	3	1	1	2	2	1,9	5	4	4,5	3	3	2	2,7	2	6	4,0	4	5	4,5	2,73
FRG	Freyung-Grafenau	4	4	3	2	3	3	3,2	4	4	5	4	2	3	3	3,6	4	6	5,0	3	1	6	3,3	2	6	4,0	1	1	1,0	3,36
FFB	Fürstenfeldbruck	5	5	1	1	3	2	2,8	1	4	2	2	2	3	3	2,4	5	4	4,5	2	1	1	1,3	3	6	4,5	5	5	5,0	3,00
FÜ	Fürth Lk	5	4	3	2	4	2	3,3	1	5	2	1	2	3	3	2,4	5	5	5,0	3	3	3	3,0	2	5	3,5	5	6	5,5	3,36
FÜ	Fürth St	4	5	1	1	4	2	2,8	2	2	5	1	4	4	5	3,3	5	5	5,0	5	3	3	3,7	5	6	5,5	5	5	5,0	3,73
GAP	Garmisch-Partenkirchen	5	5	1	1	5	2	3,2	2	3	4	5	2	6	4	3,7	4	2	3,0	2	1	5	2,7	5	6	5,5	1	1	1,0	3,27
GZ	Günzburg	3	3	3	2	3	2	2,7	3	2	2	2	2	3	3	2,4	6	5	5,5	4	2	5	3,7	2	6	4,0	3	5	4,0	3,23
HAS	Haßberge	3	3	4	2	4	3	3,2	4	3	2	2	2	3	4	2,9	6	5	5,5	3	3	6	4,0	2	5	3,5	2	5	3,5	3,45
HO	Hof Lk	4	5	2	2	6	5	4,0	3	3	5	4	2	6	5	4,0	6	5	5,5	3	4	5	4,0	2	5	3,5	3	4	3,5	4,05
HO	Hof St	5	5	1	3	5	5	4,0	3	2	6	5	3	6	5	4,3	6	4	5,0	5	4	5	4,7	5	5	5,0	4	5	4,5	4,41
IN	Ingolstadt	3	4	3	1	2	1	2,3	2	1	5	1	3	4	2	2,6	6	4	5,0	4	1	3	2,7	3	5	4,0	3	5	4,0	3,00
KF	Kaufbeuren	3	4	2	2	5	3	3,2	2	2	5	4	3	6	5	3,9	6	4	5,0	5	2	5	4,0	5	5	5,0	4	5	4,5	3,95
KEH	Kelheim	3	3	3	1	4	1	2,5	3	3	2	2	1	3	2	2,3	5	4	4,5	4	2	5	3,7	2	6	4,0	2	3	2,5	2,91
KE	Kempton (Allgäu)	4	5	2	2	4	3	3,3	2	2	3	2	3	6	5	3,3	6	4	5,0	4	2	5	3,7	6	5	5,5	4	5	4,5	3,82
KT	Kitzingen	4	4	2	2	4	2	3,0	4	3	3	3	2	4	3	3,1	5	6	5,5	3	2	5	3,3	3	5	4,0	3	4	3,5	3,45
KC	Kronach	4	5	3	3	6	6	4,5	3	3	5	1	2	4	5	3,3	5	4	4,5	3	4	6	4,3	2	5	3,5	2	5	3,5	3,91
KU	Kulmbach	5	5	2	2	5	4	3,8	3	3	3	2	2	5	4	3,1	6	5	5,5	5	3	5	4,3	2	5	3,5	2	5	3,5	3,77

* keine Daten verfügbar

		Demografie							Wirtschaft						Integration		Bildung			Familienfr.		Flächenn.			GESAMTNOTE					
		Kinderzahl	Unter 20-jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.-Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singelhushalte		Kindergärten	Zwischennote	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote
LL	Landsberg a. Lech	3	3	3	1	2	1	2,2	2	3	5	4	2	3	2	3,0	4	3	3,5	3	1	3	2,3	2	6	4,0	3	5	4,0	2,91
LA	Landshut Lk	4	3	3	1	3	1	2,5	3	4	2	2	1	2	1	2,1	4	6	5,0	3	2	5	3,3	1	6	3,5	2	5	3,5	2,91
LA	Landshut St	6	6	1	2	5	2	3,7	1	1	6	2	3	6	4	3,3	6	5	5,5	4	2	3	3,0	5	5	5,0	3	5	4,0	3,77
LIF	Lichtenfels	5	4	2	2	4	4	3,5	3	3	4	2	2	4	3	3,0	5	6	5,5	3	4	6	4,3	2	5	3,5	3	3	3,0	3,59
LI	Lindau (Bodensee)	3	4	2	1	4	2	2,7	3	3	5	4	2	6	4	3,9	5	4	4,5	2	2	4	2,7	5	6	5,5	4	2	3,0	3,50
MSP	Main-Spessart	4	4	3	2	4	4	3,5	3	3	3	2	1	4	3	2,7	5	5	5,0	3	2	5	3,3	1	5	3,0	2	5	3,5	3,32
MM	Memmingen	3	4	2	2	4	2	2,8	2	2	2	2	6	4	2,9	6	3	4,5	3	2	5	3,3	5	5	5,0	2	5	3,5	3,32	
MB	Miesbach	5	4	1	1	4	2	2,8	1	3	5	4	1	5	3	3,1	5	3	4,0	3	2	3	2,7	4	6	5,0	2	1	1,5	3,09
MIL	Miltenberg	3	3	2	2	3	3	2,7	3	3	4	2	2	3	4	3,0	6	5	5,5	4	2	5	3,7	1	5	3,0	4	5	4,5	3,36
MÜ	Mühlendorf a. Inn	4	4	3	1	4	2	3,0	3	3	3	3	2	4	3	3,0	5	5	5,0	5	1	5	3,7	2	6	4,0	3	6	4,5	3,50
M	München Lk	6	5	4	1	3	2	3,5	1	1	1	2	1	3	2	1,6	5	3	4,0	2	1	1	1,3	4	5	4,5	5	4	4,5	2,82
M	München St	6	6	1	3	3	2	3,5	1	1	5	1	3	4	5	2,9	5	4	4,5	4	1	1	2,0	6	6	6,0	6	4	5,0	3,55
ND	Neuburg-Schrobenhausen	3	4	5	1	3	1	2,8	3	3	3	2	1	3	3	2,6	6	4	5,0	3	1	5	3,0	1	6	3,5	3	6	4,5	3,18
NM	Neumarkt i. d. OPf.	3	3	2	1	3	1	2,2	3	3	2	3	1	3	1	2,3	6	3	4,5	4	2	5	3,7	1	6	3,5	2	5	3,5	2,86
NEA	Neustadt a/d Aisch-Bad W.	3	3	3	1	4	2	2,7	3	4	5	2	2	4	2	3,1	5	4	4,5	3	1	5	3,0	2	5	3,5	1	4	2,5	3,09
NEW	Neustadt a/d Waldnaab	3	3	4	2	4	4	3,3	4	4	4	3	2	3	3	3,3	4	4	4,0	4	3	6	4,3	2	5	3,5	1	5	3,0	3,50
NU	Neu-Ulm	3	4	3	2	3	4	3,2	2	3	3	1	2	3	3	2,4	5	4	4,5	4	2	4	3,3	2	5	3,5	4	5	4,5	3,23
N	Nürnberg	6	6	1	2	5	4	4,0	2	1	6	3	5	5	5	3,9	5	5	5,0	6	3	3	4,0	6	6	6,0	6	5	5,5	4,36
LAU	Nürnberger Land	5	4	2	2	5	3	3,5	2	3	2	2	2	4	4	2,7	5	4	4,5	4	3	3,3	2	5	3,5	4	5	4,5	3,41	
OA	Oberallgäu	3	4	1	2	3	3	2,7	3	4	5	3	2	4	4	3,6	2	4	3,0	3	2	5	3,3	4	6	5,0	2	1	1,5	3,18
OAL	Ostallgäu	3	3	3	1	4	3	2,8	3	3	5	3	1	4	2	3,0	5	4	4,5	3	2	5	3,3	3	6	4,5	2	2	2,0	3,18
PA	Passau Lk	4	4	3	2	4	2	3,2	4	4	5	4	2	4	2	3,6	1	5	3,0	4	1	6	3,7	3	6	4,5	3	1	2,0	3,36
PA	Passau St	6	6	1	2	4	3	3,7	2	1	6	6	3	6	6	4,3	4	4	4,0	2	1	2	1,7	5	5	5,0	3	3	3,0	3,68
PAF	Pfaffenhofen a. d. Ilm	4	3	3	1	3	1	2,5	2	4	1	2	1	3	2	2,1	5	4	4,5	4	1	4	3,0	1	6	3,5	3	5	4,0	2,86
REG	Regen	3	4	4	2	4	3	3,3	4	4	4	4	2	3	4	3,6	6	4	5,0	3	1	6	3,3	2	6	4,0	1	1	1,0	3,41
R	Regensburg Lk	4	4	2	1	3	1	2,5	3	5	3	2	2	2	2,7	3	4	3,5	4	2	4	3,3	2	6	4,0	3	5	4,0	3,05	
R	Regensburg St	6	6	1	2	3	2	3,3	1	1	5	3	4	5	4	3,3	5	3	4,0	4	2	1	2,3	6	5	5,5	5	4	4,5	3,55
NES	Rhön-Grabfeld	4	3	4	2	4	5	3,7	4	3	3	4	3	4	3	3,4	5	6	5,5	2	3	5	3,3	2	4	3,0	1	3	2,0	3,50
RO	Rosenheim Lk	3	4	2	1	4	1	2,5	3	4	3	4	2	4	3	3,3	5	3	4,0	3	2	4	3,0	3	6	4,5	3	3	3,0	3,18
RO	Rosenheim St	5	5	2	2	3	1	3,0	2	2	5	3	3	5	5	3,6	6	3	4,5	3	2	3	2,7	5	6	5,5	5	5	5,0	3,68
RH	Roth	4	4	2	1	4	2	2,8	3	4	3	2	2	3	3	2,9	5	5	5,0	3	1	5	3,0	1	5	3,0	3	5	4,0	3,18
PAN	Rottal-Inn	3	4	3	1	4	2	2,8	4	3	3	4	2	4	3	3,3	5	5	5,0	4	1	6	3,7	3	6	4,5	1	3	2,0	3,36
SC	Schwabach	4	4	1	2	4	2	2,8	1	2	5	2	3	4	4	3,0	6	4	5,0	2	3	3	2,7	4	5	4,5	4	6	5,0	3,41
SAD	Schwandorf	4	4	4	1	4	2	3,2	4	3	3	2	2	4	3	3,1	6	4	5,0	3	1	6	3,3	3	6	4,5	2	5	3,5	3,50
SW	Schweinfurt Lk	4	4	3	2	4	3	3,3	3	6	3	2	2	3	3	3,1	*	6	6,0	4	3	5	4,0	1	5	3,0	3	6	4,5	3,41
SW	Schweinfurt St	4	5	1	3	5	4	3,7	3	1	6	5	5	6	5	4,4	6	3	4,5	2	3	4	3,0	6	4	5,0	5	5	5,0	4,33
STA	Starnberg	5	5	1	1	4	1	2,8	1	2	2	5	1	5	3	2,7	5	3	4,0	3	1	1	1,7	4	6	5,0	4	4	4,0	3,05
SR	Straubing	5	5	4	2	5	2	3,8	2	2	6	3	3	5	4	3,6	5	6	5,5	4	1	5	3,3	5	5	5,0	2	5	3,5	3,91
SR	Straubing-Bogen	4	3	2	1	4	1	2,5	3	5	3	3	2	3	1	2,9	6	5	5,5	3	1	6	3,3	1	6	3,5	1	3	2,0	3,05
TIR	Tirschenreuth	4	4	3	3	5	4	3,8	4	4	4	2	4	4	4	3,7	3	5	4,0	3	3	6	4,0	3	6	4,5	1	5	3,0	3,82
TS	Traunstein	4	4	2	1	4	2	2,8	3	3	3	4	2	5	3	3,3	4	4	4,0	4	1	5	3,3	3	6	4,5	2	2	2,0	3,23
MN	Unterallgäu	3	3	3	2	4	2	2,8	3	3	3	3	1	4	3	2,9	5	5	5,0	3	2	5	3,3	2	6	4,0	2	3	2,5	3,18
WEN	Weiden i. d. OPf.	3	5	1	2	4	4	3,2	3	2	5	4	3	5	5	3,9	4	5	4,5	3	3	5	3,7	5	5	5,0	2	5	3,5	3,77
WM	Weilheim-Schongau	3	4	2	1	3	1	2,3	3	3	3	4	1	4	3	3,0	5	3	4,0	4	1	3	2,7	2	6	4,0	3	5	4,0	3,05
WUG	Weißenburg-Gunzenhausen	3	4	3	2	5	3	3,3	3	3	3	3	2	4	3	3,0	5	5	5,0	3	1	6	3,3	2	5	3,5	2	4	3,0	3,36
WUN	Wunsiedel i. Fichtelgebirge	5	5	3	3	6	6	4,7	3	3	6	4	3	6	5	4,3	6	5	5,5	4	4	5	4,3	4	5	4,5	3	5	4,0	4,50
WÜ	Würzburg Lk	4	4	2	2	3	2	2,8	3	5	3	3	2	3	3	3,1	4	5	4,5	2	2	4	2,7	2	5	3,5	3	5	4,0	3,23
WÜ	Würzburg St	6	6	1	1	3	2	3,2	2	1	6	5	3	6	5	4,0	6	5	5,5	3	2	1	2,0	6	4	5,0	5	4	4,5	3,77

* keine Daten verfügbar

WEGE IN DIE DEMOGRAFISCHE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Ursachen wie Auswirkungen des demografischen Wandels sind komplex und betreffen nahezu alle Politikfelder und Lebensbereiche. Die Richtung der Veränderung ist vorgegeben. Die Zeichen stehen auf Schrumpfung und Alterung. Die Kinderzahlen werden nicht so weit steigen, dass die Bevölkerungszahl wenigstens mittelfristig stabil bleiben könnte. Die Lebenserwartung wird nicht sinken und damit vergrößert sich das Rentenproblem. Und auch Zuwanderer können weder die alternde Bevölkerungsstruktur ausreichend verjüngen noch das Schrumpfen vollständig kompensieren. Es gibt folglich keine Patentantwort auf die anstehenden Fragen. Sondern nur eine Mischung aus Möglichkeiten, um die Veränderungen abzufedern und die Menschen auf den Wandel vorzubereiten. Folgende Punkte sollten dabei bedacht werden:

1 Demografisch denken
Laut einer Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2003 haben 52 Prozent der Deutschen noch nie den Begriff „demografischer Wandel“ gehört. Dies zeigt, dass die Bedeutung dieses Phänomens bisher kaum in das öffentliche Bewusstsein gedrungen ist. Die demografische Entwicklung sollte aber nicht nur in der Öffentlichkeit diskutiert, sondern auch bei der politischen Planung mehr als bisher berücksichtigt werden. Demografische Veränderungen haben eine sehr lange Vorlaufzeit und erfordern eine besondere Weitsicht. Weil die einzelnen Regionen sehr unterschiedlich von dem anstehenden Wandel betroffen sind, sollte das demografische Wissen vor allem auf kommunaler Ebene verbessert werden.

2 Das Schrumpfen organisieren
In vielen Gebieten ist der Schrumpfungsprozess auf absehbare Zeit unumkehrbar. Die im Grundgesetz verankerten „Gleichwertigen Lebensverhältnisse“ für alle deutschen Regionen lassen sich nicht durch eine Förderung strukturschwacher Zonen aufrecht erhalten. Deshalb sollten wirksame Rückzugsstrategien entwickelt werden. Die Möglichkeiten reichen vom Wohnungsrückbau bis zur vollständigen Entsiedelung und Renaturierung einiger Regionen. Aller Erfahrung nach ist es sinnvoll, den Rückbau von den Stadträndern nach innen zu organisieren und kein Geld in die Sanierung von Außenbezirken zu stecken. Um dabei Fehlplanungen zu verhindern und weil der demografische Wandel nicht vor Ländergrenzen halt macht, sollten die betroffenen Kommunen und Kreise länderübergreifend zusammenarbeiten.

3 Städte attraktiver machen
Die innerdeutsche Wanderungsbewegung zeigt, dass viele Städte in der Vergangenheit insbesondere für Familien massiv an Reiz verloren haben. Durch Wegzüge, zurückgehende Steuereinnahmen, leerstehende Wohnungen, Überalterung und sinkende Kaufkraft geraten schrumpfende Städte in eine verheerende Abwärtsspirale. Eine Möglichkeit, den Abstieg zu bremsen, besteht darin, die Städte attraktiver, das heißt, vor allem familien- und kinderfreundlicher zu gestalten. So lässt sich auch die ökologisch unerwünschte Zersiedelung im Umland der Städte bremsen. Pendlerpauschale und Eigenheimzulage, in Wirklichkeit versteckte Subventionen für die Automobilindustrie und die Bauwirtschaft, beschleunigen den Zerfall der Städte. Erfolgreiche Ansätze der Reurbanisierung, wie etwa in Leipzig, sollten unterstützt und vervielfältigt werden.

4 Investitionen lenken

Die Wirksamkeit von öffentlichen und privaten Investitionen hängt ganz wesentlich von der demografischen Zukunftsfähigkeit der betroffenen Regionen ab. Eine Regionalförderung nach dem Gießkannenprinzip ist eine Verschwendung von Ressourcen. Sie sollte sich vielmehr auf Regionen mit Zukunft konzentrieren. Plattenbauten zuerst mit Millionenbeträgen zu sanieren und dann wegen Bedarfsmangel abzureißen, bedeutet eine Fehlinvestition. Auch bundesweite Investitionen sollten an den demografischen Wandel angepasst werden. Zum Beispiel im Straßenbau: Während Verkehrsexperten mehrheitlich von einem Rückgang der Verkehrsleistung ausgehen, plant das Verkehrsministerium für die Spanne 1997 bis 2015 mit einem 16-prozentigen Wachstum des Verkehrsaufkommens.⁵⁸ Doch schon seit 1999 wird auf Deutschlands Straßen weniger gefahren.⁵⁹ Wenn von 2015 an die geburtenstarken Jahrgänge das fahrfreudigste Alter verlassen, ist sogar mit einem massiven Rückgang der Kilometerleistung zu rechnen.

5 Verschuldung abbauen

Die öffentlichen Haushalte haben in der Vergangenheit zu viele Ausgaben über Schulden finanziert. Heute sind sie häufig kaum noch handlungsfähig und können nicht einmal die Probleme der Gegenwart bewältigen. Die Steuereinnahmen und die Einzahlungen in die Sozialsysteme werden aber aus demografischen Gründen sinken, während die Herausforderungen in Zukunft wachsen. Die wichtigsten Aufgaben im Rahmen der demografischen Veränderung lassen sich dann noch schwerer lösen. Denn es fehlt an Geld für Bildung und Familienförderung, für die Integration von Migranten und die Versorgung alter Menschen. Je eher und intensiver Verschuldung abgebaut wird, umso eher besteht die Möglichkeit, sich aus der negativen Spirale von wachsenden Kosten und sinkenden Einnahmen zu befreien.

6 Subventionen nur für Innovation einsetzen

Gerade Gebiete, in denen überkommene und nicht mehr konkurrenzfähige Industrien wie die Kohleförderung oder der Schiffbau lange künstlich mit Subventionen am Leben erhalten wurden, haben heute die größten demografischen Probleme. Diese Regionen haben häufig den Einstieg in eine moderne Wirtschaftskultur verpasst, was zu Abwanderung und Überalterung beiträgt. Subventionen sollten deshalb gestrichen werden, wo sie auf den Erhalt unproduktiver Wirtschaftszweige abzielen. Aber dort eingesetzt werden, wo sie innovativen Branchen auf die Sprünge zur Marktreife helfen. Auch hier gilt: Verzögerung bedeutet Verteuerung.

7 Bundesländer neu strukturieren

Der demografische Wandel erfordert eine Reform des deutschen Föderalismus. Die kleinen Bundesländer Bremen und Saarland leiden massiv unter Strukturwandel, Überalterung und Bevölkerungsschwund. Flächenländer mit angrenzenden Stadtstaaten wie Schleswig-Holstein und Hamburg, oder Berlin und Brandenburg sind längst zu Hybriden geworden. Eine getrennte und kostenträchtige Doppelverwaltung dieser ökonomischen und sozialen Einheiten erscheint heute wenig sinnvoll. Zusammengelegte Bundesländer könnten effizienter arbeiten und mehr Einfluss geltend machen.

8 Längere Lebensarbeitszeit einführen

Um den heutigen Lebensstandard zu erhalten, müssen die Deutschen länger arbeiten. Solange die Menschen wie derzeit im Durchschnitt mit 60,4 (Frauen) beziehungsweise 61 (Männer) Jahren in Rente gehen, ist eine Altersversorgung nach heutiger Vorstellung nicht finanzierbar. Auch eine höhere Frauenerwerbsquote und kürzere Ausbildungszeiten würden die Arbeitsleistung der Deutschen verbessern. Um Anreize für eine längere Berufstätigkeit zu schaffen und um die Alterssicherung zu verbessern, könnte ein Teil des Einkommens von Arbeitnehmern über 65 von der Steuer befreit werden.

9 Bildungssystem reformieren
Das Studienabschlussalter in Deutschland liegt mit über 28 Jahren über dem Niveau vergleichbarer Länder. Zu lange Studienzeiten verzögern den Eintritt ins Erwerbsleben und damit auch die Möglichkeit, in jungen Jahren finanziell abgesichert eine Familie zu gründen. Je später sich junge Menschen auf ein erstes Kind einlassen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Kind ohne Geschwister aufwächst. Auch das Schulsystem hat einen Einfluss auf die Kinderzahlen: Ganztagschulen, wie sie in Frankreich oder der Schweiz die Norm sind, ermöglichen beiden Elternteilen einen Beruf auszuüben. Zudem erleichtern sie eine individuelle Förderung von hoch- wie auch von weniger begabten Schülern. Unbedingt verbessert werden muss das System der Hauptschulen. Zum einen, damit Hauptschulabsolventen wieder größere Chancen am Arbeitsmarkt bekommen. Und zum anderen, um die besorgniserregend hohe Zahl vor allem an männlichen Jugendlichen zu reduzieren, die nicht einmal diesen Abschluss schaffen. Dies ist auch demografisch von Bedeutung, denn junge Männer ohne ausreichende Bildung finden seltener eine Partnerin zur Familiengründung als durchschnittlich Qualifizierte.

10 Arbeitswelt an eine ältere Belegschaft anpassen
Die Unternehmen müssen sich auf alternde Belegschaften einstellen. Weiterbildung sollte nicht auf jüngere Mitarbeiter beschränkt sein, sondern auch über 50-Jährigen offen stehen. Erkenntnisse der Altersforschung belegen, dass die verbreitete Vorstellung über „unproduktive Alte“ falsch ist. Das Potenzial älterer Menschen sollte besser erforscht und gezielt eingesetzt werden. Denn eine Gesellschaft, die bald schon mehrheitlich aus über 50-Jährigen besteht, ist zwangsläufig auf die Leistungen der höheren Semester angewiesen.

11 Integration von Ausländern verbessern
Die demografische Entwicklung macht deutlich, dass Deutschland in Zukunft weiter Einwanderung braucht. Ausländer müssen deshalb besser als bisher in die Gesellschaft integriert werden. Diese Aufgabe beginnt bei den Kindern von Ausländern. Sie sollten so früh wie möglich, am besten in Kindergärten und unter einer Mehrheit deutschsprechender Spielkameraden, die deutsche Sprache erlernen. Generell wird zu wenig in die Bildung von Migrantenkindern investiert. Auch von den Zuwanderern selbst: Die meisten von ihnen streben eher nach einer Einkommens- als nach einer Bildungskarriere. Als Folge gibt es nur wenige Ausländer mit hohen Qualifikationen. Gegenden mit guten Integrationswerten sollten systematisch untersucht werden, um positive Beispiele für die Einbürgerung von Migranten zu finden und sie dann modellhaft in anderen Gegenden zu vervielfältigen.

12 Einwanderung steuern
Deutschland ist seit über 30 Jahren ein Einwanderungsland. Die Zuwanderer bringen allerdings nicht immer eine geeignete Qualifikation mit, um im Arbeitsmarkt aufgenommen zu werden. Deutschland braucht deshalb eine gezielte Einwanderungspolitik nach einem Punktesystem, ähnlich wie sie von Staaten wie Kanada oder Neuseeland betrieben wird. Langfristig wird es nicht ausreichen, Hochqualifizierten die Einwanderung nach Deutschland lediglich zu ermöglichen, denn alle Industrienationen mit schwindender Bevölkerung werden bald schon um Fachkräfte konkurrieren. Es sollte daher zielgerichtet um die „besten Köpfe“ geworben werden. Und nicht nur das: Hochqualifizierte Deutsche sollten auch bessere Chancen im eigenen Land erhalten. Etwa 70.000 von ihnen leben und arbeiten allein in den Vereinigten Staaten und stellen dort nach Indern und Chinesen die drittgrößte Gruppe der nicht in den USA geborenen Menschen mit höchstem Bildungsstand.⁶⁰

13 Bürgergesellschaft stärken
Der Staat hat aufgrund des demografischen Wandels für immer schwierigere Aufgaben immer weniger Mittel zur Verfügung. Er wird sich deshalb in Zukunft von einigen dieser Aufgaben trennen müssen, die dann von der Zivilgesellschaft übernommen werden. Hierbei spielen Stiftungen eine besondere Rolle. Größere Zuwendungen an Stiftungen sollten deshalb leichter steuerlich absetzbar sein. Gleichzeitig stellen die „jungen Alten“ ein großes, ungenutztes und kreatives Potential dar. Die Bürgergesellschaft kann Menschen mit Ideen, mit Finanzkraft und mit Zeit zum Umsetzen guter Ideen zusammenführen. Besonders in Bereichen, in denen durch den demografische Wandel neue Belastungen entstehen, wie bei Altenpflege oder Ausländerintegration könnten Senioren wichtige Aufgaben erfüllen. Die immer größer werdende Gruppe der über 60-Jährigen wird in Zukunft Aufgaben übernehmen müssen, die heute von Zivildienstleistenden erfüllt werden, denn deren Kohorte schrumpft zahlenmäßig.

14 Kinder- und familienfreundlicher werden
Zuwanderung allein kann den demografischen Trend nicht aufhalten. Um die Altersstruktur zu stabilisieren, braucht Deutschland auch mehr Nachwuchs. Umfragen zufolge wünschen sich Deutschlands Frauen im Mittel zwei Kinder. Die gegenwärtige Fertilitätsrate liegt aber nur bei 1,4. Ebenso hätten 75 Prozent aller Kinderlosen gerne eigenen Nachwuchs – am liebsten zwei Kinder. Welche Hemmnisse der Erfüllung des Kinderwunsches im Wege stehen, ist bis heute umstritten – und im wesentlichen unerforscht. Gewiss aber erleichtern Kinderbetreuung und Ganztagschulen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Flexible Arbeitszeiten sollten nicht nur älteren Erwerbstätigen sondern vor allem jungen Eltern ermöglicht werden.

15 Kinder selbstverständlich machen
Anders als in vielen anderen Ländern gelten Kinder in Deutschland nicht als Normal-, sondern häufig als ökonomischer Problemfall. Es ist aber nicht damit getan, Steuern für Familien mit Kindern zu senken und Kinderlose zu bestrafen. Was fehlt, ist eine gesellschaftliche Diskussion um den Eigenwert von Kindern. Dazu gehört eine Debatte über die Nachhaltigkeit des gegenwärtigen Lebensstils. Denn eine Gesellschaft ohne Kinder ist auf Dauer nicht überlebensfähig.

16 Bevölkerungsforschung fördern
Umfragen zufolge wollen die Deutschen keine schrumpfende Nation. Weitgehend unbekannt ist jedoch, warum sie gleichzeitig zu wenig Nachwuchs in die Welt setzen. Weniger jedenfalls als beispielsweise die Franzosen, die deshalb weit geringere demografische Probleme erfahren werden. Welche sozialen und kulturellen Faktoren die Kinderzahlen beeinflussen, und was sich aus dem Beispiel von Industrienationen mit höherer Fertilität lernen lässt, sollte besser erforscht werden. Generell ist der Stellenwert der Demografie als Wissenschaft in Deutschland extrem niedrig. Hierzulande gibt es nur vier Universitätslehrstühle für Bevölkerungswissenschaft – weit weniger als in vergleichbaren Ländern. Bei Drucklegung dieser Studie waren obendrein sämtliche Professuren vakant. Zumindest einem der Lehrstühle droht die Streichung aufgrund von Einsparungen.

17 Abschied nehmen von unrealistischen Visionen
Länger leben, immer weniger arbeiten und dabei immer reicher werden – das war eine wirklichkeitsfremde Phantasie der 1970er, 1980er und 1990er Jahre. Deutschland muss sich vorbereiten auf schwere Zeiten, in denen lieb gewonnene Gewissheiten von Wohlstand und totaler Absicherung in Frage gestellt werden. Diese Herausforderung stellt sich der gesamten Gesellschaft, der Politik, der Wirtschaft, und den Gewerkschaften – und jedem Einzelnen.

ANMERKUNGEN UND QUELLEN

- ¹ Günter Herfert (2004): Die ostdeutsche Schrumpflandschaft. In: Geografische Rundschau 56.
- ² Das Dienstleistungsportal des Bundes: Informationen zu deutschen Bundesländern. Online im Internet: www.bund.de/Verwaltung-in-Deutschland/Bundeslaender/Hamburg-.5309.htm
- ³ Statistisches Landesamt Hamburg: Bevölkerung – Einwohner und Haushalte. Familien und Erwerbstätigkeit. Statistik-Magazin Hamburg 7/2003.
- ⁴ Statistisches Landesamt Hamburg: Bevölkerung – Einwohner und Haushalte. Familien und Erwerbstätigkeit. Statistik-Magazin Hamburg 7/2003.
- ⁵ Hamburger Abendblatt vom 13. Oktober 2003: „Fünf Prozent mehr Hamburger“
- ⁶ CIA-World-Factbook: Länderinformation zu Saudi-Arabien. Online im Internet: www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/sa.html;
- Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung: Erdöl- und Erdgasreserven in der Bundesrepublik Deutschland zum 1.4.2003. Online im Internet: www.nlfb.de/rohstoffe/downloads/reservenbericht-2003.pdf
- ⁷ Niedersächsisches Landesamt für Statistik: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach 90 Wirtschaftsabteilungen am 30.06.2001. Online im Internet: www.nls.niedersachsen.de/Tabellen/Erwerbstaetigkeit/K7023214001.html
- ⁸ Arbeitnehmerkammer Bremen (2002): Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande Bremen: 14.
- ⁹ IG Metall Wilhelmshaven: Bilderausstellung 100 Jahre Olympia – Arbeitskampf bleibt in Erinnerung. Online im Internet: www2.igmetall.de/homepages/igmetall-now/igm-wilhelmshaven/aktuell-whv.html
- ¹⁰ Weiß, Wolfgang (Hg.) (1996): Mecklenburg-Vorpommern. Brücke zum Norden und Tor zum Osten. Gotha, 131.
- ¹¹ Weiß, Wolfgang (Hg.) (1996): Mecklenburg-Vorpommern. Brücke zum Norden und Tor zum Osten. Gotha, 97.
- ¹² Weiß, Wolfgang (Hg.) (1996): Mecklenburg-Vorpommern. Brücke zum Norden und Tor zum Osten. Gotha, 87.
- ¹³ Statistisches Landesamt Berlin: Statistik Berlin. Online im Internet: www.statistik-berlin.de
- ¹⁴ Statistisches Landesamt Berlin: Statistik Berlin. Online im Internet: www.statistik-berlin.de
- ¹⁵ Netzwerk integrierter Programme und Projekte: Städte und Gebiete. Schwedt/Oder. Online im Internet: www.nipp.brandenburg.de/nipp_programme/zis_schwedt.html
- ¹⁶ Scherf, Konrad (Hg.) (1995): Berlin und Brandenburg auf dem Weg in die gemeinsame Zukunft. Gotha, 99.
- ¹⁷ Miegel, Meinhard (2002): Die deformierte Gesellschaft. Berlin, 63.
- ¹⁸ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2004): Bevölkerungsentwicklung in der Metropolregion bis 2020. Online im Internet: www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/download/metropolreg.pdf
- ¹⁹ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2004): Bevölkerungsentwicklung in der Metropolregion bis 2020. Online im Internet: www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/download/metropolreg.pdf
- ²⁰ Statistisches Landesamt Berlin: Statistik Berlin. Online im Internet: www.statistik-berlin.de
- ²¹ Berliner Zeitung vom 13.1.2004: „Die Problemkiese liegen im Westen“ und „Gefährliche Viertel“
- ²² Sächsische Landeszentrale für politische Bildung: Sachsen. Wirtschaft: Online im Internet: www.slpb.de
- ²³ Statistisches Landesamt Sachsen. Online im Internet: www.statistik.sachsen.de
- ²⁴ Hoyerswerda Infopool: Die Geschichte der Neustadt. Online im Internet: www.hoy-infopool.de/kategorien/historie/entstehung_neustadt.html
- ²⁵ Sächsische Zeitung Online vom 17.2.2004 „Arbeitslosigkeit 2015 bei null?“
- ²⁶ Jürgen Herfert (2003): Die Politiker müssen den Mut haben, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. In: Das Parlament 37.
- ²⁷ Kultusministerium Thüringen: Projekt „Denkanstoss“. Online im Internet: www.thueringen.de/tkm/denkanstoss/
- ²⁸ Stadtverwaltung Jena, Dezernat 2
- ²⁹ Mitteldeutsche Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft: Deponien/Altablagerungen. Grube Johannes. Online im Internet: www.mds.de
- ³⁰ Zwischen 1955 und 1970 war nur der Wert für 1961 verfügbar, die übrigen Werte sind inter- bzw. extrapoliert
- ³¹ Standard & Poor's (2003): Public Finance. Online im Internet : www2.standardandpoors.com/spf/pdf/fixedincome/local_and_regional_governments_2003.pdf
- ³² Statistiker der Kohlenwirtschaft e.V.
- ³³ Portratz, Wolfgang/ Widmaier, Brigitta (1999): Nordrhein-Westfalen in Europa: Den Strukturwandel ins Land holen. IAR-Jahrbuch 1999/2000, 238-257.
- ³⁴ Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie (2003): Bayern: Wirtschaftstark, innovativ, zukunftsfähig. Wirtschaftsentwicklung 1993 bis 2002 im Ländervergleich. Online im Internet: www.stmwvt.bayern.de/pdf/wirtschaft/Wirtschaftsentwicklung_Bayern.ppt
- ³⁵ Umweltbundesamt (2003): Hintergrundpapier: Abbau der Steinkohlensubventionen – Ergebnisse von Modellrechnungen
- ³⁶ Strohmeier, Klaus Peter (2002): Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet. Projekt Ruhr. Online im Internet: www.projek Ruhr.de
- ³⁷ Zur Wirkung von „Konsumtempeln“ auf die Beschäftigung siehe: Andrea Helmer Denzel (2002): Global Play im Ruhrgebiet. Die Erstellung handelsergänzender Dienstleistungen im Einzelhandel am Beispiel eines Urban Entertainment Centers und Innenstädten. Dissertation. Online im Internet : www.ruhr-uni-bochum.de/heinze/Globalplay.pdf
- ³⁸ Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Gewaltkriminalität im Ruhrgebiet siehe: Klaus Peter Strohmeier: Determinants of Urban Violence in the Ruhr Area and their Interlinkages. An Analysis of Ecological Distributions and Correlations. Online im Internet: www.ruhr-uni-bochum.de/staresoz
- ³⁹ Nach Angaben des Soziologen Klaus-Peter Strohmeier (Universität Bochum) werden bereits 2010 rund 40 Prozent der Jugendlichen im Ruhrgebiet nichtdeutscher Abkunft sein (Neue Zürcher Zeitung vom 18. Januar 2002: „Spricht das Ruhrgebiet bald Türkisch?“)
- ⁴⁰ Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen; Studie aus dem Jahr 1999
- ⁴¹ Petra Geschwandtner-Andreß (1999): Medienwirtschaft in Köln. Arbeitspapier Nr. 116 des Instituts für Rundfunkökonomie Köln. Online im Internet: www.uni-koeln.de/wiso-fak/rundfunk/
- ⁴² Bund-Länder-Programm Soziale Stadt: Arbeitspapiere. Neunkirchen. Online im Internet: www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/zwischenbilanzkongress/2-neunkirchen.shtml
- ⁴³ Clearingstelle Konversion in Rheinland-Pfalz: Selbstdarstellung. Online im Internet: www.konversion.com und Konversionsbericht 2000/2001 der Landesregierung Rheinland Pfalz. Online im Internet: www.mwvlw.rlp.de/Inhalt/Themen/Wirtschaft/etc/konversionsbericht2001/anlagen.html
- ⁴⁴ BASF-Gruppe, Pressemitteilung vom 3.11.2003 (P03-474)
- ⁴⁵ Stadtbau West: Pilotstädte. Online im Internet: www.stadtbauwest.info/pilotstaedte/pirmasens_herausforderungen.html
- ⁴⁶ Konversionsbericht 2000/2001 der Landesregierung Rheinland Pfalz. Online im Internet: www.mwvlw.rlp.de/Inhalt/Themen/Wirtschaft/etc/konversionsbericht2001/anlagen.html
- ⁴⁷ Kommunalfenster AG Hamburg: Konversion als Chance für Neues. Das Beispiel Zweibrücken. Online im Internet: www.kommunalfenster.de
- ⁴⁸ Eigene Berechnungen. Die Daten von 1999 wurden aus folgendem Grund herangezogen: Seit 2000 gilt ein geändertes Staatsbürgerschaftsrecht, nachdem Kinder von Ausländern unter bestimmten Bedingungen automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Dadurch lässt sich seither eine Fertilitätsrate für Personen mit Migrationshintergrund nicht mehr separat ermitteln.
- ⁴⁹ Migrationsbericht Hessen 2002
- ⁵⁰ Migrationsbericht Hessen 2002
- ⁵¹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
- ⁵² Maier, Jörg (1998): Bayern. Perthes Länderprofile. Gotha.
- ⁵³ Bayerischer Rundfunk Online: Bayern heute. Online im Internet: www.br-online.de/bayern-heute/thema/audi/bedeutung.xml
- ⁵⁴ Stadt Erlangen: Selbstdarstellung. Online im Internet: www.erlangen.de
- ⁵⁵ Statistisches Bundesamt
- ⁵⁶ Maier, Jörg (1998): Bayern. Perthes Länderprofile. Gotha, 150.
- ⁵⁷ IHK Oberfranken-Bayreuth (2002): Oberfranken. Die Wirtschaftsentwicklung seit der Grenzöffnung. Online im Internet: www.bayreuth.ihk.de/upload/3411340892-51.pdf
- Der Begriff „Oberfranken“ bezieht sich hier auf die beiden Raumordnungsregionen Oberfranken-Ost und Oberfranken-West
- ⁵⁸ Bundesverkehrswegeplan (2003): 60
- ⁵⁹ Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (2002/2003): Verkehr in Zahlen.
- ⁶⁰ National Science Foundation: Science and Engineering Indicators 2002

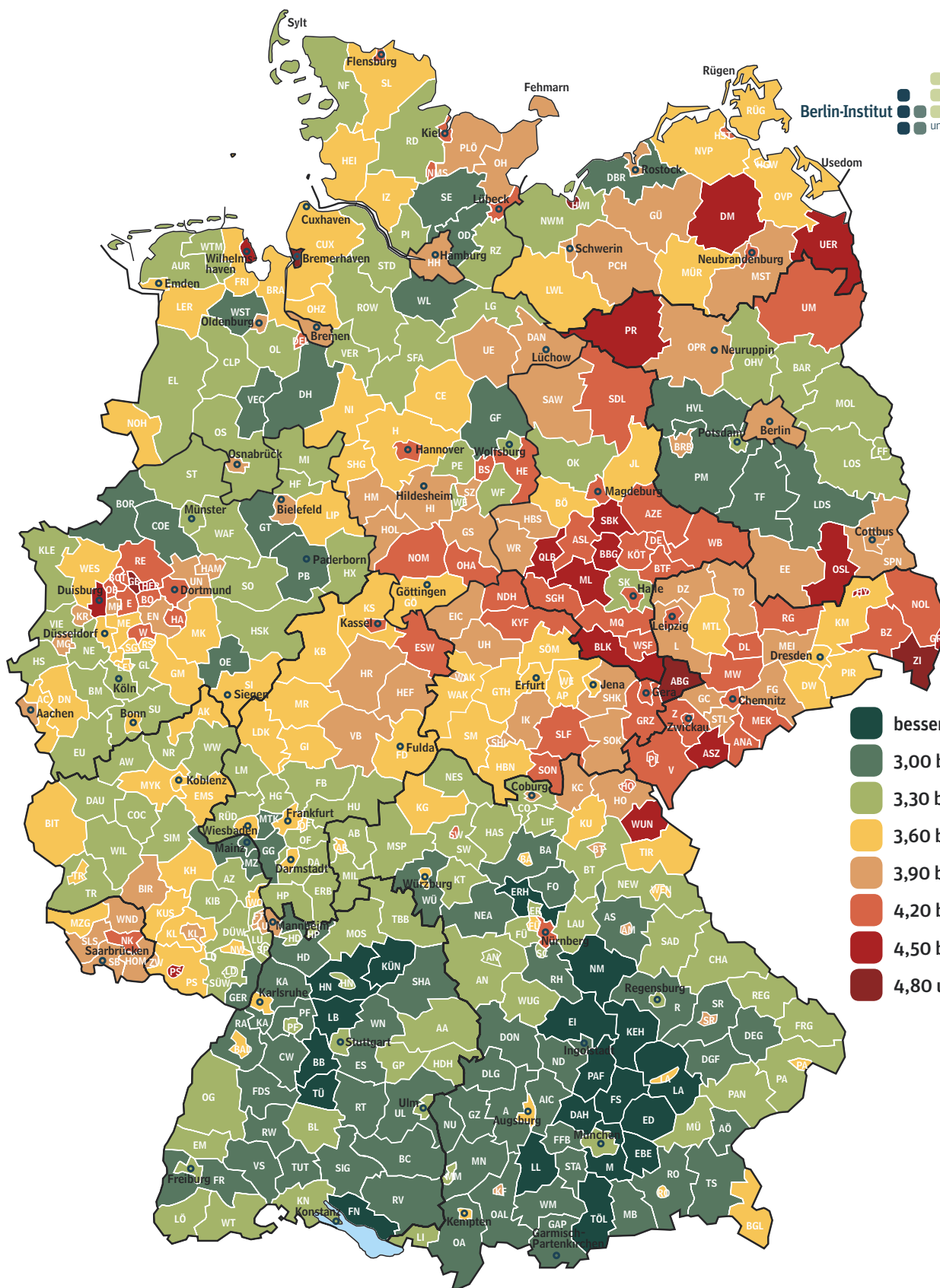
ALLE KREISE IM ÜBERBLICK

In der Gesamtbewertung aller deutschen Landkreise und kreisfreien Städte ist ein klares Nord-Süd- sowie ein Ost-Westgefälle zu erkennen. Dass der Osten schlecht abschneidet, ist kaum verwunderlich: Die seit der Wende anhaltend schwierige Wirtschaftslage hat vor allem junge Menschen abwandern lassen. Zudem setzen Ostdeutsche weniger Kinder in die Welt als die Bewohner der alten Bundesländer. Besonders für Thüringen und Sachsen-Anhalt kündigt sich aufgrund nahezu aller demografischen und wirtschaftlichen Indikatoren eine weitere Standort-Verschlechterung an.

Unter den 13 Schlusslichtkreisen des Bundesgebietes liegen neun in den neuen Bundesländern. Manche dieser Gebiete werden in naher Zukunft kritische Grenzen der Einwohnerdichte unterschreiten, unterhalb derer ein Erhalt der Infrastruktur nur noch mit Hilfe hoher Strukturförderungen möglich wäre. Dass einige der schlecht bewerteten Kreise kulturelle und landschaftliche (Quedlinburg) oder städtebauliche (Wismar und Görlitz) Reize besitzen, hilft ihnen leider wenig.

Aber auch im Westen breiten sich demografische Problemzonen aus. Dabei haben einst mächtige Industrieregionen wie das Saarland und das Ruhrgebiet, aber auch die Küstenkreise Wilhelmshaven, Bremerhaven, Lübeck und Kiel, die einst auf den Schiffbau setzen konnten, mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie die notorischen Schwundregionen des Ostens: Überkommene Industrien, Abwanderung, Überalterung. Alle westdeutschen Schlusslichtkreise sind Leidtragende des Strukturwandels: Bremerhaven, Gelsenkirchen, Herne und Pirmasens. Schließlich müssen sich auch weite Gebiete entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze mit schlechten Noten abfinden – in Südostniedersachsen, Nordhessen und Nordbayern. Nach dem Wegfall der alten „Zonenrandförderung“ mussten dort viele unrentable Betriebe schließen. In der Folge zogen die Menschen fort. In einigen Problemgebieten weisen miserable Bewertungen im Bereich Bildung zudem auf einen weiteren Abstieg hin.

Wirklich gut schneiden nur die beiden Südländer Bayern und Baden-Württemberg ab – letzteres kann nahezu flächendeckend als zukunftsfähig eingestuft werden. Die wirtschaftlich florierenden Kreise dürften im zunehmenden Wettbewerb um junge, qualifizierte Menschen bis ins Jahr 2020 weit vorne liegen. Gewinner sind vor allem die Randgebiete der Städte, die von der Stadtfucht junger Familien profitieren. Im Umland von München, Erlangen, Ingolstadt, Stuttgart und Heilbronn liegen 18 der 19 Kreise, die in der Gesamtbewertung mit einer besseren Note als 3,0 abschneiden. Verstärkt wird die Attraktivität dieser Standorte durch einen hohen Freizeitwert. Die Zukunft gründet allerdings selbst hier auf Zuwanderung aus dem In- und Ausland, denn die Kinderzahlen reichen auch in Bayern und Baden-Württemberg nicht annähernd aus, um den Bevölkerungsbestand zu halten.



- besser als 3,00
- 3,00 bis 3,29
- 3,30 bis 3,59
- 3,60 bis 3,89
- 3,90 bis 4,19
- 4,20 bis 4,49
- 4,50 bis 4,79
- 4,80 und schlechter

Berlin-Institut

für Weltbevölkerung und globale Entwicklung
Markgrafenstraße 37
10117 Berlin

www.berlin-institut.org

Dieses Projekt wurde unterstützt von der
ROBERT BOSCH STIFTUNG

Saarland, der schrumpfende Zwerg +++ Frauenmangel in den neuen Bundesländern +++ Hamburg bleibt jung +++ Ausländerhochburg Stuttgart +
Westfalen vergreist +++ in der Lausitz ziehen die Wölfe ein +++ neue Wirtschaft für Dresden +++ Berlin, die angeschlagene Hauptstadt +++ Geisters